



17. März 1930

LUDWIG QUESSEL · ZERSTÖRTE ILLUSIONEN · ZUM MILLIARDENDEFIZIT DES REICHS



ALS vor einem Jahr der Hilferdingetat der Öffentlichkeit bekannt wurde, ging eine tiefe Erregung durch das deutsche Volk. Sie hatte ihren Ursprung in der erschreckenden Tatsache, daß auch die neue, mehr links gerichtete und unter sozialdemokratischer Führung stehende Reichsregierung der Ausgabeninflation nicht Herr zu werden vermochte. Auf 600 Millionen Mark berechnete Rudolf Hilferding diejenigen Ausgaben, die aus den vorhandenen Einnahmequellen nicht gedeckt werden könnten. Dieses Riesenloch im Reichshaushalt wollte er durch eine Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden um 120 Millionen Mark, durch Höherschätzung der Einnahmen um 91 Millionen Mark und durch Steuererhöhungen um 389 Millionen Mark verstopfen.

Gegen dieses Finanzprogramm Hilferdings lehnte sich alles auf. Im Reichsrat liefen die Länder Sturm gegen die Kürzung der Überweisungen, weil sie die Notwendigkeit die Besoldungs- und Personalinflation rückgängig zu machen nicht einsehen wollten. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte der rechte Flügel Bedenken gegen die Höherschätzung der Einnahmen um 91 Millionen Mark, der linke gegen die Steuererhöhungen, soweit sie sich auf Massensteuern (Biersteuer 165, Spiritusmonopol 90 Millionen Mark) erstrecken sollten. In scharfem Gegensatz zur sozialdemokratischen Linken sah man bei den bürgerlichen Parteien gerade in denjenigen Steuererhöhungen, die den Besitz treffen sollten (Erbschaftssteuer 20 Millionen Mark, Vermögenssteuer 104 Millionen Mark), die schwerste Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft, weil sie den Anstoß zu neuen Kapitalfluchtwellen geben und die Bildung zusätzlichen Kapitals erschweren müßten. Dem Empfinden der im Produktionsprozeß stehenden Steuerzahler gab in jenen leidenschaftlich bewegten Tagen wohl am besten Gustav Stresemann Ausdruck, als er am 26. Februar 1929 gegen die wie eine Sintflut in Reich, Ländern und Gemeinden anwachsende Ausgabensteigerung die schwere Anklage schleuderte:

»Die Gebarung der Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden kann einen tatsächlich nur mit Grauen erfüllen. Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone. Wir hetzen die Kommissionen der Finanzämter zur Prüfung aller Bücher. Wir pfländen dem Bauer die Kuh weg, weil er die Steuern nicht zahlen kann. Der Steuererheber steht bei der Lohnzahlung, bei jedem Honorar, bei jedem Unternehmergeinn, und durch die Art der Erhebung der Steuern haben wir, wenn

auch nicht in die Substanz der Wirtschaft eingegriffen, so doch jene Bildung von Reserven unmöglich gemacht, ohne die wir auf die Dauer die Volkswirtschaft nicht aufrichten können . . . Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor einer Millionenchar der Angestellten und Arbeiter auf der andern Seite. Damit steigern sich die sozialen Gegensätze . . . Nichts kann diese Entwicklung mehr beschleunigen als die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben im deutschen Parlamentarismus, die sich in die fortgesetzte Erhöhung der Steuern umsetzt . . . Es handelt sich darum festzustellen, daß es mit dieser Politik nicht weitergeht, wenn wir nicht sehenden Auges in den Abgrund hinabstürzen wollen.« Wir wissen, daß im Reichsrat und im Reichstag Hilferdings Finanzprogramm für 1929-1930 stark abgeändert wurde. Der Reichsrat setzte die Überweiskürzung, die Länder und Gemeinden zur Minderung ihrer Personal- und Gehaltsinflation zwingen sollte, an das Ende der Steuerschätzung, um sie damit unwirksam zu machen. Der Reichstag lehnte die Erhöhung der Biersteuer und die Änderung der Erbschaftssteuer ab. Die Steuererhöhung beim Spiritusmonopol um 90 Millionen Mark nahm er wohl an, aber so spät, daß sie sich im Hilferdingetat nur mit 70 Millionen Mark auswirken konnte. Bei der Erhöhung der Vermögenssteuer um 20 % (für das Finanzjahr 1929-1930) mußte sich Hilferding einen Abstrich um 12 % gefallen lassen. Es wurden demgemäß von den Steuererhöhungen nur 110 Millionen Mark (statt 379) beschlossen, nämlich 40 Millionen Mark durch Erhöhung der Vermögenssteuer (statt 104) und 90 Millionen Mark beim Spiritusmonopol, wovon wegen der verspäteten Annahme dieser Steuererhöhung jedoch nur 70 Millionen Mark in den Reichshaushalt eingestellt werden konnten.

Ungeachtet des Umstands, daß Hilferdings durchaus berechtigter Versuch Länder und Gemeinden vom Reich aus durch Überweiskürzung zur Rückgängigmachung oder doch Eindämmung ihrer Personal- und Gehaltsinflation zu zwingen im Reichsrat gescheitert war, gingen die bürgerlichen Parteien nunmehr zu einer rigorosen Ausgabenstreichung im Reichshaushaltsplan über, die der zügellosen Ausgabenwirtschaft der Reichsbureaukratie Schranken setzen sollte. Von 2 Finanzsachverständigen der Sozialdemokratie, Ernst Keil und Paul Hertz, wurde in Wort und Schrift wiederholt die Meinung geäußert, daß die Sparaktion des Reichstags unwirksam bleiben werde. 4 Wochen vor Ablauf dieses Finanzjahrs ist den Mitgliedern des Reichstags der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 zugegangen, der zeigt, daß Rudolf Hilferding im Gegensatz zu seinen finanzsachverständigen Parteifreunden Keil und Hertz richtig handelte, als er sich denjenigen anschloß, die die Meinung vertreten, daß der deutschen Finanznot allein von der Einnahmeseite her nicht beizukommen ist, daß vielmehr überall in Reich, Ländern und Gemeinden rigoros gespart werden müsse. Der Nachtrag zum Reichshaushalt, der jetzt dem Reichstag vorliegt, stellt fest, daß die »vorgenommenen Streichungen in Höhe von 182 Millionen bis auf einen Betrag von rund 24 Millionen wirklich durchgeführt werden konnten«. Es scheint notwendig allen jenen Finanzpolitikern, die in der Wahnvorstellung leben, die Finanzkrankheit Deutschlands lasse sich von der Einnahmeseite her kurieren, die amtliche Rechtfertigung der Sparpolitik des Reichs von 1929 im Nachtrag zum Reichshaushalt zur besondern Beachtung zu empfehlen:

»Es konnte sonach, von einzelnen notwendigen Korrekturen abgesehen, keine Rede davon sein die bei der Etatsberatung durch die gesetzgebenden Körperschaften erfolgten Kürzungen und Streichungen wieder rückgängig zu machen. Die Sparaktion bleibt vielmehr ihrem Zweck wie ihrem Erfolg nach durchaus bestehen. Wenn sich

auch einzelne Abstriche in der Praxis nicht als durchführbar erweisen, so wird hierdurch das Verdienst und die Bedeutung der Sparaktion nicht geschmälert. Es muß im Gegenteil darauf hingewiesen werden, daß die vom Reichstag auf der Ausgabenseite vorgenommenen Streichungen in Höhe von 182 Millionen bis auf einen Betrag von rund 24 Millionen wirklich durchgeführt werden konnten. Die Auffassung, daß die Ausgabenstreichung durch den Reichstag eine verfehlte Aktion gewesen wäre, und daß die gestrichenen Ausgabeposten sämtlich oder wenigstens zum größten Teil durch den Nachtragshaushalt wiederhergestellt würden, ist daher unrichtig. Unbestreitbar ist also die Wirksamkeit der Sparaktion des Reichstags. Wie aber steht es mit seiner Steuererhöhungsaktion?

Was zunächst die Branntweinsteuererhöhung betrifft, so weist hier der Nachtragshaushalt gegenüber dem Voranschlag ein Minderaufkommen von 45 Millionen Mark auf. Statt 70 Millionen Mark sind durch die Erhöhung der Branntweinbesteuerung nur 25 Millionen Mark mehr eingegangen. Bei der Vermögenssteuer, die für 1929-1930 um 8 % erhöht worden ist, so daß ein Mehrbetrag von 40 Millionen Mark erwartet werden konnte, beträgt das Mehraufkommen in Wirklichkeit nur 7 Millionen Mark. Die gesamte Steuererhöhung von 1929, die 110 Millionen einbringen sollte, hat noch nicht $\frac{1}{3}$ der veranschlagten Mehreinnahme erbracht. Wo ein Mehr von 110 Millionen herauskommen sollte, hat der Steuerzufluß nur 32 Millionen Mark ergeben. Soweit die Ausbalanzierung des Hilferdingetats von der Einnahmeseite erfolgte, stehen wir vor zerstörten Illusionen. Auch die Annahme, daß ein durch höhere Besteuerung verminderter Branntweingenuß sich in einem wesentlich erhöhten Ertrag der Biersteuer auswirken würde, hat sich als unrichtig erwiesen. Die Biersteuer weist nur die minimale Erhöhung von 4 Millionen Mark auf. Rechnet man sie bei der Branntweinbesteuerung an, so ergibt sich bei der Alkoholbesteuerung immer noch ein Minderaufkommen von 21 Millionen Mark. Die Erfahrung des Steuerjahrs 1929-1930, das am 31. März sein Ende erreicht, gibt den Finanzpolitikern recht, die ernst und entschieden die Anschauung vertreten, daß allein durch Steuererhöhungen die Zahlungsfähigkeit des Reichs, der Länder und Gemeinden nicht aufrechterhalten werden kann, daß die Sanierung der deutschen Finanzwirtschaft vielmehr vorwiegend durch eine Minderung der Ausgaben erfolgen muß.

Der Nachtrag zum Reichshaushalt erweist aber nicht nur die Steuererhöhungen im Hilferdingetat als zu $\frac{2}{3}$ zerstörte Illusionen sondern auch die Höher-schätzung des Gesamtsteueraufkommens als eine vollkommen falsche Rechnung. Bei nicht weniger als 15 Steuern ist ein Minderaufkommen zu verzeichnen. Überall zeigen sich Risse, öffnen sich Spalten in den Mauern der deutschen Finanzwirtschaft. Auf Grund der Steuereingänge des Zeitraums vom 1. April bis zum 31. Dezember 1929 rechnet man amtlich bis zum 31. März 1930 mit folgenden Ausfällen: Körperschaftssteuer 40 Millionen Mark, Vermögenssteuer 33, Erbschaftssteuer 15, veranlagte Einkommensteuer 10, Umsatzsteuer 90, Grunderwerbssteuer 5, Börsenumsatzsteuer 40, Beförderungssteuer 3, Obligationssteuer 5, Zölle 93, Spiritusmonopol 45, Leuchtmittelsteuer 1, Schaumweinsteuer 3 Millionen Mark. Am 31. März 1930 wird also nach amtlichen Berechnungen bei 15 Steuern ein Minderaufkommen von 411 Millionen Mark zu verzeichnen sein. Schon heute müßte man unbedingt von einem Zusammenbruch der deutschen Finanzwirtschaft sprechen, ständen der langen Flucht von Steuerausfällen nicht bei 2 Steuern erhebliche Mehrerträge gegenüber. Es sind dies der Lohn- und Gehaltsabzug, der ein Mehr von 125 Millionen

Mark zu ergeben verspricht, und die Tabaksteuer, von der man infolge der vor Weihnachten vorgenommenen Erhöhung ein Mehr von 45 Millionen Mark erwartet, wozu dann noch 4 Steuern mit kleinen Mehrbeträgen von zusammen 12 Millionen Mark treten. Durch diese Mehrbeträge sinkt das Gesamtminderkommen aus Steuern auf 229 Millionen Mark. Hinzu kommt, daß diese Mindereinnahme eine Mehrzahlung des Reichs an die Länder (15 Millionen Mark) bedingt, so daß man am 31. März dieses Jahres ein Gesamtminderkommen von 244 Millionen Mark verzeichnen wird.

Geht man von der Einnahme- zur Ausgabeseite über, so wird das Bild unserer Finanzlage noch trostloser. Man sieht, daß an nicht weniger als 60 Stellen die vorgesehenen Summen erheblich überschritten worden sind. Zieht man von den zahlreichen Mehrausgaben (630 Millionen Mark) die nur an 8 Stellen erzielten Minderausgaben (19 Millionen Mark) ab, so verbleibt auf der Ausgabenseite der riesenhafte Mehrbetrag von 611 Millionen Mark. Mindereinnahmen (244 Millionen Mark) und Mehrausgaben (611 Millionen Mark) ergeben für den ordentlichen Etat den Fehlbetrag von 855 Millionen Mark. Rechnet man das ungedeckte Defizit des Köhleretats von 1928-1929 im Betrag von 154 Millionen Mark dem Fehlbetrag des Hilferdingetats zu, so kommt man zu dem schreckenerregenden Gesamtdefizit von 1009 Millionen Mark, wobei die Mehrausgabe im außerordentlichen Etat von 1929-1930 im Betrag von rund 50 Millionen Mark ganz außer Betracht geblieben ist.

Das im Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1929-1930 nachgewiesene Milliardendefizit müßte unvermeidlich alsbald zu einer partiellen Zahlungseinstellung des Reichs führen, wenn uns nicht die Zahlungserleichterungen des Youngplans zu Hilfe kämen. Dieser Youngplan, der Neue Plan, ist ja nun am 12. März vom Reichstag angenommen und am 13. März vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnet worden. Von den 1009 Millionen Mark Defizit des laufenden Rechnungsjahrs können 614 glatt durch die Youngersparnisse gedeckt werden. Das alsdann noch verbleibende Defizit beträgt rund 396 Millionen Mark, wovon nur 4 durch höhere Verwaltungseinnahmen abgetragen werden können. Die vor kurzem noch zu Steuerherabsetzungen im nächsten Finanzjahr ausersehenen Youngersparnisse hat also das Milliardendefizit schon restlos verschlungen. Ungedeckt bleiben immer noch 392 Millionen. Wie will Paul Moldenhauer dieses Defizit beseitigen? Darüber gibt uns der Artikel 4 des Nachtrags zum Reichshaushalt wie folgt Auskunft:

»Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt zur Deckung der Fehlbeträge aus den Rechnungsjahren 1928 und 1929 die Summe von 392 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits zu beschaffen.«

»Im Wege des Kredits zu beschaffen«: das heißt nichts anderes als kurzfristige Anleihen aufzunehmen. Das jetzt nachweisbare Milliardendefizit des laufenden Rechnungsjahrs wirft zunächst das Steuersenkungsprogramm des Kabinetts Hermann Müller vom Dezember 1929 mitleidslos über den Haufen. Es zehrt nicht nur die Youngersparnisse von 1929-1930 gierig auf sondern verschlingt dazu noch den größern Teil der Youngersparnisse für 1930-1931. In dieser tragischen Situation unserer Nation richtet sich der politische Wille nicht etwa auf den Weg, der aller Erfahrung und Einsicht nach allein Rettung aus der Not verspricht, nämlich die Ausgaben rigoros herabzusetzen, sondern man ist einfach bestrebt durch erneute Erhöhung der Gesamtsteuermasse aus der Defizitwirtschaft herauszukommen. Zu der schon erhöhten Besteuerung

von Branntwein, Tabak, Kaffee und Tee soll nun noch eine Erhöhung der Biersteuer um 240 Millionen sowie eine Steuer auf Mineralwasser (35 Millionen) und Benzin (60 Millionen) treten. Wie Hilferding im Frühjahr 1929, so will Moldenhauer im Frühjahr 1930 das deutsche Finanzproblem vorwiegend von der Einnahmeseite her meistern. Jubelnd begrüßte es die Vossische Zeitung, daß am 6. März eine Steuereinigung auf dieser Grundlage innerhalb der Großen Koalition perfekt geworden wäre. In einer Schlagzeile wurde gesagt, das Kabinett wäre einig kein Notopfer zu erheben sondern » $\frac{1}{2}$ Milliarde aus Getränkesteuern, Benzinzoll und Industrieabgabe« herauszuholen. Im Frühjahr war es der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding, der auf der Grundlage des Dawesplans die Finanzen Deutschlands sanieren zu können glaubte, indem er dem Reichstag vorschlug die Steuern um $\frac{1}{4}$ Milliarde zu erhöhen und durch eine Überweisungskürzung von 120 Millionen Länder und Gemeinden zur Verringerung von Personal und Gehältern zu zwingen. Am Widerstand der Länder scheiterte der gesunde Gedanke der Überweisungskürzung. Der Reichstag strich Hilferding von 124 Millionen Besitzsteuererhöhung 84 und setzte an ihre Stelle eine Ausgabenverminderung von 182 Millionen, wovon, wie wir jetzt bestimmt wissen, 152 Millionen auch tatsächlich eingespart worden sind. Nichtsdestoweniger beweist jetzt der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan, daß der von Reichsrat und Reichstag modifizierte Hilferdingetat auf durchaus falschen Annahmen beruhte. Die Flut der Ausgaben, an einigen Stellen wirksam eingedämmt, stieg an anderen reißend empor, während die Steuereinnahmen hinter ihrem geschätzten Aufkommen weit zurückblieben. Das Ende vom Lied ist das jetzt amtlich nachgewiesene Milliardendefizit, das nur deshalb noch nicht den Bankrott bedeutet, weil die Younggesetze die Ausgabenseite im laufenden Finanzjahr um 614 Millionen Mark Reparationszahlungen erleichtern, und der Reichstag auf Grund der Youngersparnisse des kommenden Finanzjahrs sich berechtigt glaubt dem Reichsminister der Finanzen eine Ermächtigung zur Aufnahme kurzfristiger Anleihen im Betrag von rund 400 Millionen Mark zu erteilen. Es bedarf keines Nachweises, daß das Reich diese 400 Millionen Mark auch kurzfristig von keiner Seite geliehen bekommen könnte, wenn die Younggesetze uns nicht eine Ausgabensenkung in den beiden Jahren 1929-1930 und 1930-1931 von zusammen 1294 Millionen Mark brächten. Ohne den Youngplan stände der Staatsbankrott dicht vor der Tür. Das ist das Ergebnis nüchterner Betrachtung unserer Finanzlage, wie sie uns der Nachtrag zum Reichshaushalt des Rechnungsjahrs 1929-1930 enthüllt hat.

WAS das kommende Finanzjahr anlangt, so ist das Kabinett sich einig darüber, daß die Lösung des Finanzproblems wieder von der Einnahmeseite her erfolgen soll. Zu dem restlosen Verbrauch der Youngersparnisse soll eine Einnahmeerhöhung von $\frac{1}{2}$ Milliarde aus Getränkesteuern, Benzinzoll und Industrieabgabe treten. Von Ausgabenverminderungen wird kaum gesprochen. Sie erscheinen lediglich als Wunschbilder einer bessern Zukunft, verschwommen und dunkel, am Horizont des Rechnungsjahrs 1931-1932. Es wird gewünscht, daß der Etat dieses Jahrs »unter den laufenden Ausgaben des Jahrs 1930 bleiben« soll. Weiter wird gewünscht, daß in dem Rechnungsjahr, das am 1. April 1931 beginnt und am 31. März 1932 endet, »die Steuern um 600 Millionen Mark gesenkt werden sollen«; wozu Hilferdings Steuersenkungsprogramm,

das durch das Milliardendefizit seines Etats für das kommende Finanzjahr erledigt worden ist, insoweit neu belebt werden soll, als schon jetzt, freilich erst mit Wirkung vom 1. April 1931 ab, eine Kürzung des Einkommensteuerbetrags im Durchschnitt um $12\frac{1}{2}\%$ gesetzlich festgelegt werden soll.

Allen diesen Vereinbarungen der Parteien kann der Finanzpolitiker, der weiß, daß weit mehr als die Hälfte des deutschen Volkseinkommens von den öffentlichen Kassen an sich gezogen wird, nur einen beschränkten Wert beilegen. Dies um so mehr, als der kommende Moldenhaueretat im Gegensatz zum ursprünglichen Hilferdingetat nicht nur auf jeden Druck zum Abbau des Personals und seiner Gehälter verzichtet sondern Länder und Gemeinden dadurch, daß er die Biersteuer und den Benzinzoll zu Teilungssteuern macht und den Betrag der Mineralwassersteuer restlos den Ländern überlassen will, von jedem Zwang zur finanzpolitischen Umkehr befreit. Während Hilferding die Überweisungen im Frühjahr 1929 um 120 Millionen Mark zu kürzen bestrebt war, will Moldenhauer sie im Frühjahr 1930 um 170 Millionen Mark erhöhen. Damit ist die jahrelange mühsame Arbeit des Reichssparkommissars zur Bekämpfung der Ausgabeninflation der Länder nutzlos vertan.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß es keine Personal- und Besoldungsinflation gibt. Es gibt sie. Trotz allen Verschleierungskünsten der Bureaukratie dringt langsam Licht auch in dieses Dunkel. Ein Beispiel: Am 24. Januar berichtete man der Vossischen Zeitung aus Breslau:

»Der Breslauer Regierungspräsident hat, nachdem die Nachprüfung der Besoldungsordnung der Stadt Breslau vom April 1928 jetzt beendet ist, dem Magistrat der Stadt Breslau eine Verfügung zugestellt, in der er um weitgehende Abänderung der Besoldung ersucht. Der Verfügung ist eine genaue Zusammenstellung der nach Ansicht der Aufsichtsbehörde zu viel gezahlten Bezüge beigefügt. Insgesamt werden 2560 Beamte von diesen Maßnahmen betroffen. Nach den Schätzungen der Aufsichtsbehörde würden etwa 2 Millionen Mark in dem Personaletat der Stadt erspart werden, falls ihre Wünsche in vollem Umfange durchgeführt würden.«

Die bisher zumeist geheim gehaltenen Untersuchungen des Reichssparkommissars haben den Beweis erbracht, daß auch in den Ländern eine weitgehende Überbewertung der Beamtenarbeit zu verzeichnen ist. Zu der Besoldungskommt die Personalaufblähung, über die das Organ Der Beamtenbund am 26. November 1929 folgendes mitzuteilen wußte:

»Tatsächlich ist die Zahl der planmäßigen Beamten in Preußen vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1929 um 54 357 auf 142 747 gestiegen, während die Zahl der Hilfsbeamten gleichzeitig um 8377 auf 13 150 zurückgegangen ist. Im Jahre 1930 soll die Zahl der Hilfsbeamten weiter auf 11 059 verringert werden, während die der planmäßigen Beamten um 1771 auf 144 518 gesteigert werden soll . . . In der Zahl von rund 79 000 Stellen, die an Beamten, Angestellten und Arbeitern im Jahre 1930 gegenüber der Vorkriegszeit mehr vorhanden sind, sind nicht weniger als 55 300 Stellen bei der Schutzpolizei enthalten, die infolge des Friedensvertrages geschaffen werden mußten. Wenn man diese Besonderheit ausscheidet, dann bleibt bei den eigentlichen Beamten im Vergleich zu 1913 ein Zuwachs von 6949 Stellen oder 7,9%.« Aus vorstehenden Darlegungen erfahren wir, daß Preußen heute 54 357 Beamte mehr beschäftigt als 1913, obgleich es durch den Versailler Vertrag 3 Provinzen mit vielen Millionen Einwohnern verloren hat. Rechnet man für jeden neuen Beamten nur mit einem Durchschnittsgehalt von 3000 Mark, so gibt das heutige Kleinpreußen für sein Beamtenheer 162 Millionen Mark mehr aus als das Großpreußen von 1913. Für den Beamtenbund ist trotzdem alles in schönster Ordnung. Die unglücklichen Arbeitslosen, die durch die ökonomischen Rückwirkungen der Beamteninflation von ihren Arbeitsplätzen vertrieben werden, werden darüber anders denken.

Parallel mit der Gehalts- und Personalinflation geht aber überall auch noch eine Pensionsinflation. Dafür ein Beispiel. Darmstadt hatte 1916 einen Oberlandesgerichtspräsidenten im Amt (Gehalt 11 000 Mark) und einen im Ruhestand (Pension 10 000 Mark). Im Jahr 1928 bezog der Oberlandesgerichtspräsident im Amt 16 500 und 3 Oberlandesgerichtspräsidenten im Ruhestand je rund 14 000 Mark. Infolge finanziell schlecht orientierter Personalpolitik wurden von der Republik für die Planstelle des hessischen Oberlandesgerichtspräsidenten an Gehalt und Pensionen 1928 41 621 Mark gezahlt, während die Monarchie 1916 bei dieser Planstelle (Gehalt und Pension) mit 21 000 Mark ausgekommen war. Bei der Planstelle des Senatspräsidenten in Darmstadt, auf die 1928 4 Pensionäre entfielen, stellten sich die Ausgaben (Gehälter und Pensionen) vor dem Krieg zumeist nur auf 21 000 Mark, 1928 auf 57 621 Mark. Überhaupt muß gesagt werden, daß die Parlamente erst dann wissen, was eine Planstelle kostet, wenn sie auch die auf sie entfallenden Pensionslasten kennen. In keinem Etat des Reichs, der Länder und Gemeinden findet aber der Parlamentarier, der sich schützend von den Steuerzahler stellen will, darüber Auskunft. Auch die amtliche Statistik bewahrt tiefstes Schweigen gegenüber dem Beamtenproblem. In Deutschland besteht der beschämende Zustand, daß kein Politiker in der Lage ist zu sagen, wie viele Beamte Reich, Länder und Gemeinden, öffentlichrechtliche Betriebe und Sozialversicherungen eigentlich beschäftigen. Auch über das zahlenmäßige Verhältnis der oberen und mittleren zu den unteren Beamten ist aus der amtlichen Statistik nichts zu erfahren. Die Nation ist dem Reichsminister Adam Stegerwald zum größten Dank verpflichtet, daß er 1927 auf Grund seiner Erfahrungen als preußischer Ministerpräsident den Mut fand erstmals eine Schätzung unseres gewaltigen Beamtenheers vorzunehmen. Nach Stegerwalds Schätzung von 1927 beschäftigen Reich, Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost rund 95 000 höhere, 401 000 mittlere und 899 000 untere Beamte. Nicht eingegriffen sind in dieser Schätzung die Beamten der öffentlichrechtlichen Betriebe von Ländern und Gemeinden. Man kann daher zu der Auffassung gelangen, daß Deutschland unter Einbeziehung der Beamten der öffentlichrechtlichen Betriebe und der Sozialversicherungen über 100 000 höhere, über 500 000 mittlere und über 1 Million untere Reichs-, Länder- und Gemeindebeamte aufzuweisen hat. Die Rundschau der Kommunalbeamten schätzt die Zahl sämtlicher Beamten in Deutschland auf 1 550 000. Über die Zahl der Pensionäre in Reich, Ländern und Gemeinden fehlen selbst Schätzungen. Man muß befürchten, daß auf jeden aktiven Beamten im Durchschnitt ein Beamter im Ruhe- oder Wartestand kommt. Das ergäbe dann ein Riesenheer von 3 Millionen aktiven und pensionierten Beamten. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion liegt ein Antrag vor die Reichsregierung zu ersuchen auf Grund der Stellenpläne des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der öffentlichrechtlichen Betriebe (einschließlich der Versicherungsanstalten) eine Statistik der Beamten und Pensionäre mit einem Gesamteinkommen von über 3600 Mark jährlich nach Einkommensklassen aufstellen zu lassen und alsbald zu veröffentlichen. Daß die amtliche deutsche Statistik über die Gesamtzahl der Beamten und Pensionäre und deren Einkommensverhältnisse sowie über deren Anwachsen seit 1913 keinerlei Auskunft gibt, so daß die Parlamente auf Grund unsicherer Schätzungen das immer brennender werdende Problem der Beamten-, Besoldungs- und Pensionsinflation behandeln müssen, ist ein Zustand, den kein pflichtbewußter Abgeordneter ertragen und dulden dürfte.

Sehr entschieden muß die Ansicht abgelehnt werden, daß das gewaltige Anwachsen des Finanzbedarfs des Reichs, der Länder und Gemeinden lediglich auf den verlorenen Krieg zurückzuführen sei. Gewiß, jedermann weiß, daß die inneren und äußeren Kriegslasten groß sind. Wir wissen aber auch aus der amtlichen deutschen Statistik, daß die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags, der Verlust der Kolonien und die Schuldentilgung durch die Inflation den Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden um den Betrag der gegenwärtigen Youngzahlungen herabgesetzt haben. Trotzdem ist der Finanzbedarf seit 1913 in stürmischem Tempo gestiegen:

Körper	Reiner Finanzbedarf (in Millionen Mark)		
	1913-1914	1925-1926	1926-1927
Reich	2 375,8	5 321,0	6 561,4
Länder (ohne Hansestädte)	1 711,7	3 364,6	3 696,8
Hansestädte	305,0	445,1	505,2
Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Hansestädte)	2 785,9	5 325,2	6 437,3
Zusammen	7 178,4	14 455,9	17 200,7

Trotz durch Friedensvertrag und Inflation um 1600 Millionen Mark jährlich zwangsläufig verringertem Finanzbedarf sehen wir dessen unheilvolles Anwachsen von 7,1 Milliarden im Jahr 1913-1914 auf 17,2 Milliarden im Jahr 1926-1927. Für 1929-1930 wird der reine Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden auf über 20 Milliarden veranschlagt. Dazu kommen die Reichsbahn im Betrag von 5500 Millionen, die Reichspost mit über 2000 Millionen, die Sozialversicherungen mit 5500 Millionen und die öffentlichrechtlichen Betriebe, die 3000 Millionen brauchen dürften. Von dem Einkommen des deutschen Volks fließen also 36 Milliarden Mark in öffentliche Kassen. Dieses Volkseinkommen wurde 1913 von Sachverständigen auf 42 Milliarden geschätzt. Seitdem hat Deutschland sein Kolonialreich, Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Eupen-Malmedy verloren. Nichtsdestoweniger glaubten die Führer der deutschen Industrie das deutsche Volkseinkommen 1926 auf 48 Milliarden Mark jährlich schätzen zu dürfen. Seit 1926 ist die Kaufkraft der Mark so erheblich infolge der Beamten-, Gehalts- und Pensionsinflation gesunken, daß man jetzt allerdings den Wert des deutschen Volkseinkommens, in Reichsmark ausgedrückt, auf 65 Milliarden veranschlagen kann (woraus aber keineswegs auf eine Zunahme des stofflichen Reichtums zu schließen ist). Davon fließen 36 Milliarden in öffentliche Kassen, deren Kapitalbildungskapazität vorwiegend negativ, nur ausnahmsweise positiv ist. Gewiß wird für diese 36 Milliarden auch viel geleistet (Güter-, Personen-, Nachrichtenbeförderung, öffentlicher Unterricht, Krankenpflege usw.), ein viel zu großer Teil dieser Riesensumme wird aber unproduktiv durch die Beamten-, Besoldungs- und Pensionsinflation verschlungen. Selbst von amtlicher Seite her gibt man jetzt die These preis, daß die große Arbeitslosigkeit keine Verminderung der Gütererzeugung mit sich bringe. In der Tat, jedermann weiß, daß die Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie auf die Finanznot und nicht auf Rationalisierung zurückzuführen ist. Ebenso liegen die Dinge beim Straßenbau und bei den Erneuerungsbauten der Reichsbahn. Preußens Handelsminister Walther Schreiber gab der Wahrheit die Ehre, als er, im Gegensatz zu der Auffassung, die nur die Rationa-

lisierung sieht, aber dem lawinenhaften Anschwellen der öffentlichen Ausgaben keine Beachtung schenkt, im Preußischen Landtag am 11. März ausführte, die große Arbeitslosigkeit sei nicht, wie vielfach angenommen werde, auf die Rationalisierungsmaßnahmen in unserer Wirtschaft zurückzuführen sondern habe ihre Ursache in einer Verminderung der Gütererzeugung; zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei nicht nur die Beseitigung übermäßiger und produktionshemmender Steuerbelastungen erforderlich sondern auch eine Behebung des außerordentlichen Kapitalmangels, unter dem unsere Wirtschaft leide. Zu Schreibers Ausführungen ist zu sagen, daß es keinen andern Weg zur »Beseitigung übermäßiger und produktionshemmender Steuerbelastungen« gibt als einen energischen Abbau der Beamteninflation. Immer wieder muß man auf die grundlegende Tatsache verweisen, daß den 36 Milliarden Volkseinkommen, die in Form von Steuern, Gebühren und Beitragszahlungen zunächst in die Verfügungsgewalt der Bürokratie gelangen, nur 29 Milliarden gegenüberstehen, die sich ihrem Zugriff noch entziehen.

Die Rückwirkungen dieses Mißverhältnisses in der Verwendung des National Einkommens sind wachsende Arbeitslosigkeit und Verminderung der Gütererzeugung. Der linksgerichtete Republikaner Erich Dombrowski hat sie im Frankfurter Generalanzeiger vom 22. Februar 1930 wie folgt beschrieben:

»Zugegeben: In den letzten Jahren ist bei der Aufnahme und der Verwendung ausländischen Anleihekaptals von der Privatwirtschaft, in Industrie, Handel und Landwirtschaft viel gesündigt worden. Es sind sicherlich Unsummen von Geldern falsch investiert worden. Oft aus Wettbewerbsgründen, wo eine Verständigung kapital-schonend gewirkt hätte. Aber die Hauptschuld trifft doch die Verwaltungs- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Körperschaften in Reich, Ländern und Gemeinden, die schließlich zu einer derartigen Übersteigerung der Steuern und sonstigen Abgaben und Lasten geführt hat, daß ein Unternehmen nach dem anderen zu guter Letzt nicht mehr in der Lage war neben den hohen Zinsen für aufgenommene Kredite, neben den sozialen Bürden auch noch die unablässig hinaufgeschraubten Steuern zu entrichten, ohne über alledem zusammenzubrechen. Alle Versuche diesen steuerlichen Turmbau von Babel abzubauen, dieses Paragraphengeschlagen. Wurden uns endlich, unter dem Druck der aufschreienden öffentlichen Meinung, Steuerersenkungen versprochen, dann kamen, wieder und wieder, zuletzt nur noch weitere Steuererhöhungen dabei heraus. So in den Städten, wo die Realsteuern generell abgebaut werden sollten. So im Reich, wo die Herren Hilferding und Moldenhauer nach einander als Verkünder von Steuerermäßigungen ihre ministerielle Laufbahn begannen. Diese uferlose öffentliche Ausgabenwirtschaft, die dauernd jede kleine neue Kapitalbildung, die fast jeden Grashalm auf dem Geldmarkt, wenn er eben erst die harte Erdscholle durchbrochen hat, abgrast, verhindert immer von neuem eine ruhige und organische Kapitalbildung der Privatwirtschaft. Die Finanzminister und die städtischen Kämmerer, mit dem ganzen Gefolge ihrer Agenten, haben sich wie ein Heuschreckenschwarm auf das deutsche Land gelegt. Weit und breit nur Heuschrecken. Alles grau in grau. Wo soll man da die Hoffnung hernehmen, daß sich bald wieder grüne Flecken auf der deutschen Gelderde zeigen werden, daß es wieder vorwärtsgehen wird? Eine Geißel des Landes, ein heulender Schrecken.«

In der Tat, »weit und breit nur Heuschrecken«: das ist das Bild, das sich in Deutschland dem ökonomisch geschulten Verstand darbietet. Und dazu nirgendwo ein energisches Zeichen der Umkehr. Immer und überall das selbe Bild: Von der Einnahmeseite her (durch erhöhte Steuern und Gebühren) will man allen finanziellen und sozialen Problemen zuleibe gehen, obwohl sich in letzter Zeit immer deutlicher offenbart, daß sowohl Steuer- als auch Gebührenerhöhungen ihren Zweck verfehlen. Die Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn, die durch die Abschaffung der 4. Klasse nur schlecht ver-

schleiert wurde, hat uns keinen finanziellen Mehrertrag gebracht. Eine ähnliche Erfahrung hat die Berliner Verkehrsgesellschaft mit ihrer Tarifierhöhung um 20 % gemacht: Statt 3,3 Millionen Mark bekam sie im Februar nur 2 herein; 1,3 Millionen Mark fehlen. Warum? Die wirtschaftlich schwachen Elemente, die überall die Mehrheit bilden, können nicht mehr mit. Daher der Mißerfolg, der auch bei Hilferdings Steuererhöhungen jetzt offenbar wurde.

Es ist unmöglich sich von der nagenden Sorge freizumachen, daß nach einem Jahr der Nachtrag zum Moldenhaueretat die Erfahrung bestätigen wird, daß die Steuerkraft des deutschen Volks bereits jetzt restlos ausgeschöpft ist, so daß Steuer- und Gebührenerhöhungen hinter den Voranschlägen weit zurückbleiben oder sich ganz und gar als falsche Rechnungen erweisen müssen. Inzwischen aber werden die ökonomischen Rückwirkungen der Steigerung der öffentlichen Ausgaben, die mehr und mehr Menschen von ihren Arbeitsplätzen vertreibt, in Politik und Wirtschaft immer greifbarer zutage treten.

MAX COHEN . NACH DER ANNAHME DES NEUEN PLANS



YOUNGPLAN und Finanznot, zu einer unlöslichen Einheit verbunden, haben die deutsche Innenpolitik der letzten Wochen in Wirren hineingebracht, die nahe an eine Regierungskrise herangeführt. Auch jetzt, nachdem der Neue Plan Reichsgesetz geworden ist, sieht man immer noch nicht den Weg, der aus diesen Wirren herausführen könnte. Es ist nämlich so, daß gerade diese Verbindung des Youngplans mit der deutschen Innenwirtschaft sinnenfällig die Abhängigkeit der Innenpolitik von der (unzulänglichen, wenn nicht direkt verfehlten) Außenpolitik des Reichs zeigt, daß man diesen Zusammenhang aber nicht sieht oder nicht sehen will. Und darum zeigt sich noch nirgends der Ansatz einer wirklichen Lösung. Während dieser kritischen Wochen in Berlin tagten 2 internationale Konferenzen: die eine in London, die andere in Genf, die beide die bewegenden Kräfte der internationalen Politik bloßlegten, von denen die deutsche Politik bestimmt wird. Man muß sie zusammen betrachten.

Über die Londoner Flottenkonferenz, die unter dem Titel einer Abrüstungskonferenz geht, sagte hier vor 4 Wochen Richard Kleineibst das Notwendige: daß nämlich die von den angelsächsischen Weltmächten proklamierte Freiheit der Meere in der Art, wie sie von ihnen gefaßt wird, die Aufrichtung und Sicherung einer pax anglosaxonica bedeutete. Keinem einzigen Staat des europäischen Kontinents würde danach in Konfliktszeiten die Freiheit zur See, wohl aber England und Amerika die Beherrschung der See gesichert werden. Wenn es dazu nicht kommen wird, so nur aus dem Grund, weil eben Frankreich fest auf der europäischen Sache verharrete. Dafür wird es nun von den Pazifisten aller Länder und leider auch von den Sozialdemokraten als Störer des Weltfriedens hingestellt. Glücklicherweise ist der französischen Politik im Interesse des eigenen Landes, das im Krieg so furchtbar geblutet hat, die wirkliche Friedenssicherung so wichtig, daß es dafür sogar den Schein der Friedensstörung auf sich nimmt. Namentlich in Deutschland sollte man endlich einsehen, daß Frankreich hier der Torhüter des Kontinents ist, der es verhindert, daß britisches Diktat von den Kontinentalvölkern, wie ehemals zuweilen, in Gehorsam entgegengenommen und befolgt wird.

Frankreich kann und wird die angelsächsischen Wünsche nicht erfüllen, bevor die nächsten Jahre Klarheit über ein engeres Zusammenarbeiten der europäischen Nationen gebracht haben. Ist diese Frage einmal entschieden, und führt ihre Lösung, wie wir hoffen wollen, zu einem festen deutsch-französischen Bund auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet, dann wird man erst über konkrete Abrüstung sprechen können, dann kann sie auch wirklich von statten gehen. Dann kann nicht mehr die eine europäische Nation gegen die andere ausgespielt werden, weil der Kontinent die Gemeinsamkeit seiner Interessen begriffen hat und produktiv betätigen kann.

Was in London militärpolitisch, geht zurzeit in Genf wirtschaftspolitisch vor sich. Dort sind die Vertreter der verschiedenen Nationen zu einer Beratung zusammengelassen, die man Zollfriedenskonferenz genannt hat. Es geschah auf englische Initiative. Von dem britischen Handelsminister Graham war vorgeschlagen worden einen allgemeinen Zollfrieden auf 3 Jahre zu schließen. Auch hier soll der Welt ein Friede gebracht werden, der sich wieder einmal in so merkwürdig prästabiler Harmonie mit den angelsächsischen Interessen befindet. Die Durchführung jenes Friedensvorschlages müßte alle Versuche abstoppen neue enge Handelsbeziehungen auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens einzugehen. Aber gerade solche gegenseitigen Vereinbarungen auf dem Fuß der Gleichheit und Gleichberechtigung bilden die Bausteine zur Errichtung des Vereinigten Europäischen Kontinents. Sie bedeuten nicht nur ein Aufhören wirtschaftlicher Feindseligkeiten sondern ermöglichen auch eine übernationale Rationalisierung der Produktion, schaffen damit einen einheitlichen Wirtschaftskörper. Daher ist ein einziger engerer Vertrag zu zweit, zu dritt oder zu viert mehr wert als 3 Jahre allgemeiner Zollferien. Wenn es den beiden angelsächsischen Mächten ernstlich um einen Handels- und Zollfrieden zu tun ist, so sollten sie zuerst bei sich zu Hause anfangen, indem sie ihre autonomen Zolltarife durch ein System von Verhandlungstarifen, wie es die europäischen Staaten haben, ersetzen. Es ist kaum noch erträglich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika wie auch Großbritannien ganz nach eigenen inneren Bedürfnissen ihre Zölle festsetzen und auf Grund einer formalen Meistbegünstigung von Deutschland alle jene Zollermäßigungen eingeräumt erhalten, die Deutschland irgendeinem andern Staat deshalb zugesteht, weil er seine Zölle Deutschland gegenüber herabgesetzt hat. Die angelsächsischen Mächte bekommen diesen Vorteil, ohne selbst auch nur den geringsten Entgelt zu leisten. Mag der ursprüngliche Sinn der Meistbegünstigungsklausel im Ausschluß jedweder Differenzierung gelegen haben, heute bewirkt sie nur, daß ein Land etwas hergeben muß, ohne etwas dafür zu erhalten. Ihr wirklicher Sinn läge in der Gegenseitigkeit. Wo diese fehlt, könnte ein undifferenzierter Zollfriede nur eine bestehende Ungleichheit und Ungerechtigkeit noch verstärken. Der Vertreter Italiens Giuseppe Bottai hatte durchaus recht, als er am 19. Februar darauf aufmerksam machte, daß man unter ganz ungleichen Bedingungen doch keinen Zollfrieden schließen könne. Der Korrespondent eines großen demokratischen Blattes nannte diese Theorie fürchterlich primitiv. Aber ich fürchte, daß diese Primitivität nur in seinem eigenen Denken lag. Denn er merkte nicht, wie sehr er sich selber widerlegte, als er gleichzeitig zugeben mußte, der italienische Delegierte hätte es durchaus begriffen, daß »die einen vom Abschluß eines Zollwaffenstillstands, die anderen von Einigung über eine ge-

meinsame wirtschaftliche Aktion zur Annäherung der europäischen Staaten sprächen«. Auch in Genf ist es wieder Frankreich, das, unterstützt von anderen Staaten des Kontinents, im kontinentaleuropäischen Interesse die Aufrichtung einer wirtschaftlichen pax anglosaxonica verhindert. Der Gegenentwurf, der von ihm eingebracht wurde, statuiert das Prinzip der Gegenseitigkeit. Und dieses wiederum führt, konsequent durchgeführt, zu einem wahren Zollfrieden. Erfreulicherweise kann man feststellen, daß in diesem Punkt der deutsche Delegierte Rudolf Hilferding die Sachlage richtig zu sehen scheint. Zwar glaubte auch er am 11. März sagen zu müssen, die deutsche Delegation bedaure, daß der Zollwaffenstillstand auf so große Schwierigkeiten gestoßen sei. Aber, fügte er sofort hinzu, sie halte den französischen Entwurf für eine geeignete Diskussionsgrundlage, denn er erfülle weitgehend das Verlangen nach gleichmäßiger Lastenverteilung. Nach Auffassung der deutschen Delegation werde gerade durch den französischen Konventionsentwurf der Zollwaffenstillstandsgedanke in hohem Maß gefördert. Da diese Konvention auf den zweiseitigen Handelsverträgen aufgebaut sei, enthalte sie auch alle Sicherungen dieser Verträge, und gerade dieser wichtige Umstand habe die verhältnismäßig einfache Form des französischen Vorschlags ermöglicht. Es ist nur zu wünschen, daß die deutsche Delegation und ihr Mitglied Hilferding bei dieser Einsicht beharren und vor allen Dingen aus ihr die notwendigen allgemeinen Konsequenzen ziehen.

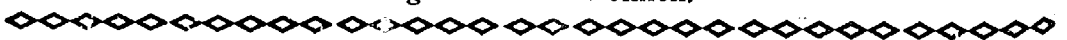
Die Genfer Zollfriedenskonferenz gibt England wieder einmal Gelegenheit auf der politischen Arena als Kämpfer gegen den Protektionismus aufzutreten. Die Zuschauer sollen vergessen, daß gerade das Britische Reich einen Protektionismus treibt, der sich vor dem der europäischen Staaten dadurch auszeichnet, daß er nicht sowohl die eigene Produktion qualitativ fördern als vielmehr die Produktion der anderen Völker einengen will. Wenn wir in Deutschland Zölle festsetzen, um unsere Produktionsstätten gegen Einbruch anderer, die unter anderen Bedingungen arbeiten, zu schützen, so tun wir damit nicht nur etwas, was national sich von selbst versteht, sondern wir erfüllen damit auch eine Forderung allgemeiner Produktivität, da wir dadurch die Entwicklung zur Qualitätsproduktion fördern. Wenn Großbritannien sich nur in seinem eigenen Land vor fremder Konkurrenz schützen wollte, könnte man dagegen nichts einwenden. Aber Welch ein moralisches Recht hat es diese fremde Arbeit auch von anderen Märkten fernzuhalten und dadurch ihre Weiterentwicklung zu unterbinden? Das aber tut England Deutschland gegenüber, indem es in der Reparationsfrage den Kampf gegen die deutschen Sachlieferungen bedenkenlos (und durch deutsche Schwäche allzu erfolgreich) geführt hat. Es hat nicht nur dafür gesorgt, daß die deutschen Sachleistungen nach 10 Jahren ganz verschwinden, sondern auch dafür, daß jedweder Reexport deutscher Sachleistungswaren unterbleibt. Gerade dieser aber hätte Deutschland die Möglichkeit geboten auf Märkte zu gelangen, die ihm sonst verschlossen waren, und dies in ganz legitimer Weise; denn es hätte sich ja dort nur halten können, wenn es in der Qualität seiner Leistungen auf der Höhe blieb. Aber das englische Interesse verlangt die Abwürgung der Sachlieferungen und des ganzen Systems, das damit zusammenhängt. Würde man dieses ausbauen dürfen, so käme es ganz von selber zu einem engern wirtschaftlichen Zusammenarbeiten Deutschlands mit Frankreich. Es wäre dann auch möglich viele Tausende deutscher Arbeiter in

Frankreich, in diesem Land, das keine Arbeitslosigkeit kennt, wohl aber weitere Arbeitskräfte gebrauchen könnte, ihre Tätigkeit ausüben zu lassen. Nicht als "Fronende" (dieses Schlagwort stammt von einem anglophilen deutschen Linksblatt, das vor Jahren, als das Projekt Le Trocquer aufgestellt war, es dadurch demagogisch zu entwerten suchte) sondern als freiwillige und gutentlohnte Arbeiter, deren Schaffen drüben dem ganzen deutschen Volk zugute käme und den deutschen Arbeitsmarkt mit seiner Riesenzahl von Arbeitslosen entlasten könnte. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß auch in dieser Frage auf kontinentaleuropäischer Seite eine ähnliche Auffassung platzgreift, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften stets vertreten wurde. Der frühere italienische Finanzminister Alberto de Stefani äußerte sich, wie der Tag am 9. März mitteilte, dahin, daß, je mehr man dem Reparationsproblem auf den Grund sehe, man immer wieder auf die Erkenntnis stoße, daß seine Lösung nur durch direkte oder indirekte Sachlieferungen Deutschlands möglich sei. Bedenkt man, daß Frankreich in der Frage der Sachlieferungen, an denen es interessiert war, auf den Reparationskonferenzen ganz auf der deutschen Seite stand, so muß man es doppelt bedauern, daß sowohl die deutschen Sachverständigen in Paris wie die deutschen Delegierten im Haag nicht fest auf diesem deutschen Interesse beharrten. Ist es wirklich von einem Vertreter Deutschlands zu viel verlangt, wenn man ihm zumutet englischen Wünschen gegenüber fest zu bleiben?

Das Sachlieferungssystem hätte, wie eben erwähnt wurde, den deutschen Arbeitsmarkt besser gestalten können. Für die Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung, das für die kommende Finanzreform eines der schwierigsten darstellt, wäre dadurch manches gewonnen. Die deutsch-französische Kooperation könnte aber auch sonst auf unsere Innenwirtschaft günstig einwirken. Von allem, was der bisherige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht getan hat, um die Politik der Reichsregierung zu sabotieren, war eins aber, das muß man sachlich zugeben, durchaus richtig: daß er nämlich den Gemeinden die Aufnahme ausländischer Kredite erschwert hat. Nur allzu leicht vergessen diejenigen, die für Zwecke von mehr als fragwürdiger Produktivität nach weiteren Auslandsgeldern schreien, daß unsere auswärtige Verschuldung mindestens 16 Milliarden Mark beträgt. Dieser Betrag muß verzinst und amortisiert werden. Wie soll das ein Land, dessen Produktion behindert wird (siehe das oben über die Sachlieferungen Gesagte), leisten können? Es ist also unbedingt notwendig, daß man, bevor man an neue Auslandskredite denkt, genau prüft, ob sie wirklich unumgänglich sind. In den meisten Fällen kann man sie entbehren, wenn man die ins Riesenhafte angeschwollenen Ausgaben energisch verringert. Doch ganz ohne Auslandskredit kann man freilich jetzt nicht auskommen. Nun heißt es aber ein Moment berücksichtigen, das bisher in all den Debatten über die Anleihefrage merkwürdigerweise überhaupt keine Rolle gespielt hat: Muß man sich zu einer Anleihe entschließen, dann hat man vor allem darauf zu sehen, in *welchem* Land man um solche nachsucht. Mit dem unterschiedslosen Terminus Auslandsanleihe muß aufgeräumt werden. Ausland und Ausland müssen für uns zweierlei werden. Hier muß das Gesamtverhältnis, in dem wir zu dem betreffenden Land stehen oder stehen wollen, entscheiden. Wir wollen als Geldgeber nur solche haben, mit denen uns auch sonst gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbinden, und mit denen wir dann gemeinsame wirtschaftliche

Aufgaben lösen können. In weiten, ja fast in allen deutschen Kreisen hat man sich daran gewöhnt es als ganz selbstverständlich anzusehen, daß als Kreditgeber für Deutschland vor allem oder ganz und gar nur die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommen. Aber gerade mit diesen verbindet uns weiter gar nichts. Eine Zusammenarbeit mit Amerika bedeutete für die deutsche Produktion, gleichviel auf welchem Gebiet, immer nur eine *societas leonina*. Befreien wir uns daher von dem Aberglauben, daß man Geld nur in Amerika suchen könne. Das war schon bei den bisherigen Anleihen gar nicht richtig. Denn wenn solche auch in Amerika aufgenommen wurden, so war damit noch gar nicht gesagt, daß es auch amerikanisches Geld war, das man erhielt; es waren zu einem vielleicht erheblichen Teil die Sparer anderer Länder, die das Geld in diese Anleihen brachten. Erst recht würde das in Zukunft der Fall sein. Warum sollen wir nun unsere Kredite nicht direkt da aufnehmen, wo die natürliche Möglichkeit dazu gegeben ist? Unser westlicher Nachbar Frankreich, vor dem Krieg schon der Geldgeber vieler, verfügt jetzt wieder über große Anlagekapitalien. Der nach dem letzten Ausweis 44,5 Milliarden Francs betragende Goldbestand der Bank von Frankreich, die außerdem noch 25 Milliarden fremder Devisen besitzt, kann im Land selber gar nicht untergebracht werden. Was läge näher, als daß ein Teil dieses Überflusses dem kapitalhungrigen deutschen Markt zu produktiven Zwecken geliehen würde? Das wäre keine einfache Kreditgebung sondern gleichzeitig die Anbahnung neuer deutsch-französischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Was wir da an Zinsen und Amortisation zahlen müßten, käme der europäischen Produktion, indirekt also wieder uns, zugute, während alles, was nach Amerika geht, uns für alle Zeiten entschwinden ist. Man sagt freilich immer, der französische Sparer sei sehr vorsichtig und infolge früher erlittener großer Verluste sehr schwer dazu zu bringen sein Geld für langfristige Anleihen herzugeben. Mag diese Darstellung auch psychologisch richtig sein, so ist sie es doch nicht für immer. Ob und in welchem Umfang wir französisches Geld erhalten, hängt in der Hauptsache von der Entwicklung der Gesamtbeziehungen der deutschen zur französischen Wirtschaft ab. Einem Land, mit dem man auf vielen Gebieten kooperiert, in einer Art, wie es mit dem Eisenpakt begonnen wurde, mit dem daher Konflikte immer unwahrscheinlicher werden, vertraut man sein Kapital schon an. Hier wäre eine überaus dankbare Aufgabe für den neuen Reichsbankpräsidenten gegeben, der nicht so wie sein Vorgänger nur finanztechnisch routiniert ist, sondern dem man auch einen Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und das, was aus ihnen folgt, zutrauen kann.

Der Neue Plan ist beschlossen, und Deutschland muß nun zusehen, wie es ihn ausführt. Ohne eine Finanzreform, die bis ins letzte geht, wird es das unmöglich können. Beides aber führt uns, wie wir sahen, auf das Zentralproblem der Außenpolitik. Wir können uns nicht, wie das leere Gerede in gewissen demokratischen Kreisen lautet, immer sämtliche Türen offen halten; wir laufen dann nämlich Gefahr, daß sie uns schließlich alle mit einander vor der Nase zugeschlagen werden. So war es ungefähr auch vor dem Krieg. Aber das soll uns nicht wieder passieren. Verständigen wir uns mit Frankreich, so werden wir das, was bei der Gestaltung des Neuen Plans versäumt wurde, bei seiner Ausführung nachholen können.



MAX KLESSE · IST ABRÜSTUNG ÜBERHAUPT MÖGLICH? · EINE BETRACHTUNG ZUR FLOTTEN-KONFERENZ UND ZUR LAGE IM FERNEN OSTEN

MIT dem Regierungsantritt der Arbeiterpartei ist das Waffenbündnis der Vereinigten Staaten mit dem Britischen Reich entschieden neubelebt worden. Die Vernichtung der deutschen Flotten- und Kriegsmacht hatte England in Europa von einem großen Alpdruck befreit. Viele glaubten nun, daß sich in Amerika eine neue, und selbst für die Kraft des britischen Löwen zu gewaltige, Gegenmacht entwickeln könnte. Mit diesem neuen politischen Machtzentrum, das durch Blut und Zivilisation dem englischen im Innersten verbunden ist, zu einem machtpolitischen Ausgleich, ja zu enger Zusammenarbeit zu gelangen mußte einem britischen Staatsmann aus dem Volk leichter gelingen als einem Mann aus den herrschenden konservativen Kreisen; volkstümlicher Instinkt und Einsicht in die realen Machtverhältnisse führten MacDonald nach Amerika, wo er die wärmste Aufnahme fand, und das englische Volk billigte es, als er, den Notwendigkeiten der Machtentwicklung und -verschiebung nach dem Krieg Rechnung tragend, die von Amerika geforderte Parität in der Flottenstärke bewilligte und sogar dem Wunsch der Amerikaner auf Räumung des amerikanischen Mittelmeers das größte Verständnis entgegenbrachte. Die angelsächsische Verbindung, die in der gemeinsamen Front gegen die kleineren Seemächte auf der Flottenkonferenz in London deutlich in die Erscheinung trat, und die das immer enger werdende Bündnis zwischen Dollar und Sterling auch wehrpolitisch untermauert, sieht in der Errichtung der angelsächsischen Weltherrschaft, in der Absperrung aller von Angeln beherrschten Räume, als God's own countries, gegen die "farbige" Welt und die "europäischen Eingeborenen" sowie in der Ausbeutung dieser noch nicht angelsächsischen Länder ihr nächstes, von Gott gewolltes weltpolitisches Ziel. Für den Kriegsfall bedeutet dies aber den Handel zur See unterbinden und mit Hilfe der Blockade auch die stärkste Landmacht niederwerfen zu können, wie es England schon 2mal gegenüber Frankreich (Ludwig XIV, Napoléon) und im Weltkrieg gegenüber Deutschland gelang.

Im Unterseeboot ist nun den kleineren Seemächten eine Waffe erstanden, die nicht bloß eine wirksame Verteidigung der heimatlichen Gewässer gegen die großen Seefloten gestattet sondern eine ebenso wirkungsvolle Waffe im Kampf gegen die feindlichen Handelsschiffe, also im Fall Englands ein Mittel zur Gegenblockade des britischen Inselreichs darstellt. Man kann verstehen, daß England an der Abschaffung der Unterseebootwaffe alles gelegen ist, und daß es dem von Frankreich gewünschten Transferrecht: nämlich die in einer Schiffskategorie nicht benutzte Tonnage (etwa bei den Großkampfschiffen) auf eine andere Kategorie (etwa Unterseeboote) zu übertragen, mit allen Mitteln entgegentritt. Es durfte auf volle Unterstützung bei Amerika rechnen, das sich ja selbst gegenüber dem kleinen Japan in der Unterseebootfrage in einer ähnlichen Lage befindet wie England gegenüber den kontinentalen Völkern; denn Japan würde mit Hilfe einer Unterseebootflotte immer in der Lage sein sich gegen einen Angriff der Vereinigten Staaten erfolgreich zu wehren, ihn abzuschlagen und die amerikanischen Handelsverbindungen mit den Philippinen und mit China empfindlich zu stören.

Daß die kleinen Seemächte nicht daran denken und denken können von sich aus Krieg gegen die angelsächsischen Weltmächte zu führen, bedarf hier keiner Erörterung. Der Stand der Seerüstungen spricht deutlich genug davon, wo man an Verteidigung und Selbstbestimmung, und wo man an Angriff und Weltherrschaft denkt. Nach Angaben der britischen Admiralität ist der Bestand der Kriegsflotten (respektive der im Bau befindlichen Schiffe) heute dieser:

Land	Bestand (respektive im Bau)				Marinepersonal 1925-1926
	Schlachtschiffe	Schlachtkreuzer	Kreuzer	Unterseeboote	
Großbritannien	16	4	54 (9)	52 (18)	103 025
Vereinigte Staaten	18	—	32 (8)	122 (2)	112 514
Japan	6	4	34 (7)	69 (8)	72 800
Frankreich	9	—	15 (4)	52 (40)	58 650

Viel lebendiger noch als die rohen Zahlen der Schiffseinheiten wirkt die Aufstellung der Ausgaben der Mächte für den Flottenbau nach der sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington: Es gaben in den Jahren 1921 bis 1927 England 8,5, die Vereinigten Staaten von Amerika 10,1, Japan 4,1 und Frankreich 1,9 Milliarden Mark für ihre Seerüstung aus.

In den angeführten Zahlen kommt deutlich zum Ausdruck, worum es sich für alle nichtangelsächsischen Mächte handelt: um den Ausbau der einzigen Waffe, die bei den bescheidenen materiellen Mitteln eine erfolgversprechende Verteidigung ihrer nationalen Freiheit verbürgt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Beseitigung des Unterseeboots unbestreitbar auch wehrpolitisch die angelsächsische Weltherrschaft bedeuten würde. Ein solcher Zustand, der mit der Sperrung ganzer Erdteile für alle Nichtangelsachsen identisch ist und gerade im Stillen Ozean, wo der Gegensatz zwischen den übervölkerten Tieflohnländern von Japan bis Indien einerseits und den untervölkerten Hochlohnländern von Canada bis Australien andererseits zum Himmel schreit, am brutalsten zur Auswirkung kommt, würde alles andere als den Weltfrieden sichern. Es wäre die pax anglosaxonica. Umgekehrt bedeutet eine Rüstungsbeschränkung für Großkampfschiffe, wie sie das Fünfmächteabkommen in Washington vom November 1921 bis zum Februar 1922 festlegte, gerade für die finanziell schwachen Mächte einen Vorteil. Dieses Abkommen, in dem die "großen" Seestreitkräfte für Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Italien auf 5 : 5 : 3 : 1,75 : 1,75 festgelegt wurden, war für Japan durchaus nicht ungünstig; denn 1. war eine Beschränkung für Unterseeboote nicht vorgesehen, 2. bedeutet bei dem Aktionsradius von nicht über 2500 Seemeilen für Großkampfschiffe die größere amerikanische Zahl keine Gefahr für das Inselreich; beträgt doch die Entfernung von dem zur starken Seefestung ausgebauten Hawaii bis Jokohama 3390 Seemeilen, bis nach Manila sogar 4762 Seemeilen, womit jede wirksame Verteidigung der Philippinen durch die Vereinigten Staaten ausgeschlossen ist, 3. untersagt Artikel 19 des Abkommens jede Neubefestigung östlich des 110. Längengrads (zunächst auf die Dauer von 10 Jahren), wodurch die Philippinen in ihrer Abwehrkraft gegenüber dem nahen Japan sehr geschwächt werden. Japan hatte bereits vor dem Abkommen alle in Frage kommenden strategischen Punkte, wie die Bonininseln, Amami-Oschima und andere, aufs modernste befestigt und aufs beste ausgerüstet. Japans strategische Stellung ist im Augenblick also für einen Verteidigungskrieg eher günstig als ungünstig zu

nennen. Ohne Bedrohung vom Festland her könnte es mit einer kleinern Armee als der bestehenden seine Interessen dort gut wahrnehmen. Das durch die Abrüstungskonferenz festgelegte Verhältnis 5 : 5 : 3 für Großkampfschiffe wurde durch die Vermehrung von kleinen Einheiten (Unterseeboote, Torpedobootszerstörer) fast ausgeglichen. Andererseits zeigt das Kräftegleichgewicht in der Kategorie der Kreuzer, die nach Schnelligkeit, Kraft und Weitenüberwindung die Entscheidung bringen, den Spannungsgrad zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan deutlich an. Es besteht also strategisch zurzeit noch keine ernste Gefahr für das Inselreich. Die nächsten angelsächsischen Seekriegsplätze; Pearl Harbort auf Hawaii und Singapore (das allerdings erst stark von England ausgebaut wird), sind so weit von Japan entfernt (3390 respektive 3000 Seemeilen), daß sie noch nicht als Stützpunkte für angelsächsische Angriffskriege sondern mehr als Verteidigungsposten gegen ein in Zukunft nach Ozeanien und dem Indischen Ozean vorrückendes Japan-China zu werten sind. Eine grundsätzlich andere Lage würde jedoch einerseits durch die Beseitigung der Unterseeboote, andererseits durch den Ausbau der amerikanischen Luftflotte (Flugzeugmutterschiffe) geschaffen werden. Die Japaner dürfen das Verbot der Unterseeboote einem Angriff auf Japans Freiheit gleichsetzen. Ist doch die Lage Japans in jeder Richtung außerordentlich ernst, weil das Inselreich, wie keine andere Großmacht, eine Reihe von Gefahrenquellen aufweist, die es bei einem unglücklichen Kriegsausgang in noch größere Ohnmacht stürzen müßten als der Weltkrieg unser Volk. Gerade die Lage Japans beleuchtet schlaglichtartig, von welchen Gefahren die nichtangelsächsischen Völker in Zukunft bedroht sind, wenn sie weiter in ohnmächtiger Isolierung verharren.

Die Schuldknechtschaft Deutschland-Europas gegenüber den Angelsachsen wurde hier bereits als Gefahrenquelle für die Zukunft dargestellt¹. Im folgenden soll unter besonderer Berücksichtigung der Lage Japans die Gefahr der angelsächsischen Herrschaft für das werdende Wirtschaftsreich Ostasien und für die Fernhaltung seiner Bewohner von den benachbarten subtropischen und tropischen Siedlungsräumen geschildert werden. Denn nur ein enges Hand-in-Hand-Arbeiten Kontinentaleuropas und Japan-Chinas könnte die so notwendige Neuverteilung unserer Erde gegen den angelsächsischen Raumegoismus erreichen und durch die Schaffung eines Weltgleichgewichts zwischen dem europäisch-russisch-asiatischen Landblock und dem angelsächsischen Seeblock den Weltfrieden verbürgen. Daß die angelsächsische Offensive gegen die Unterseeboote an dem japanisch-französischen Widerstand gescheitert ist, darf als gutes Omen verzeichnet werden.



UF dem japanischen Inselbogen von Hokkaido bis zu den Liu-kiu sitzt eine durch nationale und kulturelle Einheit in hohem Grad ausgezeichnete Bevölkerung von 62 Millionen in einem für den hohen Bevölkerungszuwachs (800 000 bis 1 000 000 Köpfe jährlich) sehr knapp bemessenen Lebens- und Arbeitsraum, dem es an allen für die moderne Großmachtstellung wesentlichen Rohstoffen in hinreichender Menge (Erdöl, Eisenerzen) oder Güte (Kohle) fehlt. Diese Armut der japanischen Inseln an Eisenerzen war einer der Hauptgründe für die Ausdehnung des Inselreichs auf den asiatischen Kontinent und den Kampf um die Führung in der entstehenden kontinentalen Schwerindustrie.

¹) Siehe *Klasse* Kontinentaleuropäische Schuldnerfront gegen Amerika, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 975 und folgende.

Die Erfolge, die Japan auf diesem Gebiet bereits errungen hat, sind außerordentlich groß: Es besitzt in der Mandschurei die reichsten Kohlen- (Fuschunminen) und Eisenerzvorkommen (Erze von Anzan), und es ist ihm während des Weltkriegs und danach gelungen das größte Kohlen- und Eisenwerk Chinas unter seine Kontrolle zu bringen, das durch seine Lage am mittlern Jangtse den glücklichsten Standort aufweist (Han-Jeh-Ping-Werke bei Wutschang-Hankow). Erst durch diese Erwerbungen hat das an Natur-schätzen arme Land den wirtschaftlichen Unterbau für seine politische Großmachtstellung gewonnen. Die Entwicklung der Baumwollindustrie in China während des Weltkriegs veranlaßte das japanische Kapital gleichfalls zu starker Beteiligung, um nicht durch Chinesen und Engländer von dem außerordentlich entwicklungsfähigen Zukunftsmarkt verdrängt zu werden. Etwa 40% der Spindeln in China sollen in japanischem Besitz sein; von den Streiks der Chinesen in Schanghai wurden bekanntlich in erster Linie die großen japanischen Baumwollspinnereien betroffen. Das Elend der in der Baumwollindustrie Beschäftigten ist dadurch aller Welt bekannt geworden. »In den japanischen Baumwollspinnereien in Schanghai und Tsingtau wird täglich 12 bis 13 Stunden für etwa 80 Goldpfennig gearbeitet«, hieß es im Manifest der chinesischen Intellektuellen von 1925. Aber auch in Japan selbst sind die Arbeitsverhältnisse noch heute recht tristlos. Erst im Jahr 1916 brachte das endlich angenommene Arbeiterschutzgesetz einen ganz bescheidenen Anfang des Frauen- und Kinderschutzes, also praktisch besonders in der Textilindustrie, wo übrigens moderne Großbetriebe durchaus vorherrschen. Aber angesichts der noch immer bestehenden Überarbeit (über 10 Stunden) und der Unterernährung ist es nicht verwunderlich, daß die japanische Arbeiterin nur die Hälfte der Leistung ihrer englischen Berufsgenossin aufweist, der Materialverbrauch viel größer, und die Erkrankungs- und Unfallzahlen mehr als doppelt so hoch sind wie in den westlichen Industrieländern.

Der Weltkrieg bedeutete aber für die japanische Industriewirtschaft einen gewaltigen Antrieb, und diese Kriegskonjunktur brachte der Arbeiterklasse eine erhebliche Besserung ihrer Löhne. Wie Tokijiro Kaji Anfang 1925 in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung berichtete, »steht das eine unbedingt fest, daß sich die wirtschaftliche Lage der japanischen Industriearbeiter seit dem Krieg sehr stark gebessert hat, wahrscheinlich mehr als in irgendeinem andern Land«. Mit diesen Lohnsteigerungen wurde aber die Hauptstütze des japanischen Exportindustrialismus ins Wanken gebracht, und die Wirtschaft in gewissem Sinn auf ganz neue Grundlagen gestellt. Bisher war die japanische Industriearbeit durch überaus lange Arbeitszeit, sehr niedrige Löhne und entsprechend geringe Leistungen gekennzeichnet. Produkte mit geringwertiger Arbeit drückten dem japanischen Wirtschaftsleben und Export bis heute den Stempel auf: Rohstoffe wie Rohseide und Kupfer, geringe Baumwollwaren und grobe Baumwollgarne, Streichhölzer, Bürsten, Matten usw. beherrschten das Feld. Der Weltkrieg hat nun eine völlig neue Situation für die japanische Industrie und Ausfuhr geschaffen. Dem Absatz von geringwertigen Arbeitsprodukten sind infolge der chinesischen und indischen Konkurrenz auf den asiatischen Märkten enge Grenzen gezogen. Nur hochwertige japanische Industrieprodukte könnten es in Zukunft mit der europäisch-amerikanischen Konkurrenz aufnehmen, und bei gleichwertigen Leistungen könnte Japan dank seiner günstigen geographischen Nachbarlage

auf den Fernostmärkten die abgelegenen Konkurrenten schlagen. Das zu erreichen ist die wichtigste Aufgabe der japanischen Industrieführung. Der Übergang zu hochwertiger Produktion wird von starken sozialen Kämpfen begleitet sein. Dieser Zeitabschnitt verschärften Klassenkampfes bekommt in Japan eine besondere Note durch die noch ungelöste Agrarfrage, die eine ebenso brennende Aufgabe darstellt wie die Arbeiterfrage. Etwa $\frac{2}{3}$ der gesamten Bauernschaft sind auf Pachtland angewiesen, um nur notdürftig leben zu können. Sowenig die rund 500 000 in eigenen Gewerkschaften organisierten Pächter und Landarbeiter unter $5\frac{1}{2}$ Millionen Bauernfamilien heute bedeuten, sowenig die ländlichen Massen von ihrer Bedeutung für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft durchdrungen sind, so wichtig sind sie für die zukünftige Politik. Das bedeutet keineswegs, daß Japan am Vorabend der politischen oder gar sozialen Revolution steht. Immerhin erwacht in den Städten das Klassenbewußtsein in steigendem Umfang. Mit dem Sozialismus erhalten die Massen die schärfste Kritik des gegenwärtigen und den Glauben an den zukünftigen Gesellschaftszustand. Und für die Bauern ist die Revolutionierung als seelisch-geistiger Vorgang viel einfacher, weil der Traum des Pächters überall und von jeher darin besteht Besitzer zu werden.

Japan ist also in einem gewaltigen Umwandlungsprozeß auf allen Gebieten des Lebens begriffen, der immer weitere Volkskreise ergreift und an die Wurzeln des japanischen Lebens rührt. Die alte absolute Herrschaft der oberen Schichten über die autoritätsgläubigen Massen, wie sie noch vor dem Weltkrieg bestand, existiert heute nicht einmal mehr auf dem Land. Die früher so leicht lenkbaren, bedürfnislosen Massen sind in ihrem Selbstbewußtsein nicht bloß durch den industriellen Aufschwung stark aufgerüttelt worden, ihre Lebenshaltung hat sich nicht bloß gehoben und damit auch ihre Lebensansprüche, sondern noch mehr sind sie durch die ungehemmte englische Kriegspropaganda gegen den "deutschen Militarismus" und den "deutschen Absolutismus" in ihren Staatsidealen verwirrt worden. Der "Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Demokratie" bildete eine ebenso starke Dauerkritik des japanischen Staatswesens und seiner Methoden. Auch in Japan wird sich in Zukunft die Demokratie durchsetzen und einen vom lebendigen Volkswillen getragenen Volksstaat begründen, in freier Arbeitsgemeinschaft mit Chinesen und Koreanern.

Trieben Rohstoffmangel, Übervölkerung und Not die japanischen Massen zur Auswanderung und den japanischen Kapitalismus zu einer Expansion mit militärischen Machtmitteln auf den asiatischen Kontinent, so war das Auftreten der Amerikaner dort grundsätzlich anders. Die Vereinigten Staaten haben, besonders im letzten Vierteljahrhundert, mit großen Mitteln und gutem Erfolg daran gearbeitet ihren Anteil an der Erschließung Ostasiens zu steigern. Amerikas Rolle unterscheidet sich von der der übrigen Mächte grundsätzlich dadurch, daß es einer Macht wie China, mit dem es die gleiche Lebensluft am Stillen Ozean atmet, kein Land und keine Leute entreißen will; es will nur gewinnbringend und womöglich führend Kapital und Teile seiner Intelligenz auf diesem gewaltigen Markt der Zukunft wirken lassen. Dieses Eindringen Amerikas in Ostasien entspringt also nicht einem Mangel an Lebensraum für das eigene Volk oder den "Lebensnotwendigkeiten" seines Kapitalismus, wie bei Japan, sondern dem Verwertungsbedürfnis des amerikanischen Kapitals. Dieser rein ökonomische Imperialismus ohne Not, viel-

mehr aus Überfluß gestattete ein verhältnismäßig mildes, maßvolles Auftreten gegenüber den Chinesen, mit denen man in jeder Weise Fühlung zu gewinnen suchte. Amerika brachte erhebliche Mittel für die amerikanischen Missionen in China auf, die mit ihrem Stab von Ärzten und anderen Wissenschaftlern sowie Lehrern um die Seele des chinesischen Volks warben. Gegenüber diesem Kulturimperialismus, mit dem der ökonomische Imperialismus des amerikanischen Kapitals Hand in Hand vordringt, mußten die militärischen Methoden Japans und der europäischen Mächte versagen. Die großen Erfolge der Vereinigten Staaten in China, die sich in einem stetigen Wachstum des amerikanischen Anteils am chinesischen Handel äußerten, haben auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet die Beziehungen zwischen Japan und Amerika verschlechtert. Aber diese Gegensätze in der kontinentalasiatischen Wirtschaftspolitik sind noch nicht so heftig, daß sie in naher Zeit zum Krieg führen müßten. Schwererwiegend für die japanische Massenstimmung gegenüber Amerika ist und bleibt die Stellungnahme der Amerikaner und anderer Angelsachsen gegen die "farbige" Einwanderung, die am schwersten das von Menschen berstende kleine Inselreich trifft. Die aus der Lebens- und Arbeitsnot der japanischen Massen hervorgehende Auswanderungsbewegung nach warmen (nach Klima und Landschaftscharakter geeigneten) Ländern in Ozeanien und Westamerika wurde durch die Herren dieser untervölkerten Hochlohnländer, die Angelsachsen in den Vereinigten Staaten, Canada, Australien und Neuseeland, unterbrochen. Die Macht der Volksmassen in Japan und ihr Einfluß auf die Außenpolitik war bisher sehr gering, die Kraft ihres eigenen kleinen Landes, gemessen an den vereinigten Angelsachsen am Stillen Ozean, ist viel zu klein, um sich gegenüber den Einwanderungsverboten durchsetzen zu können. Also eingezwängt auf die schon dicht bevölkerten Inseln mit einem jährlichen Zuwachs von 1 Million, in einem gewaltigen industriellen Umstellungsprozeß zur Qualitätsarbeit begriffen, die Agrarfrage ungelöst, sieht sich Japan einer von Jahr zu Jahr wachsenden Expansion des amerikanischen Kapitalismus auf dem ostasiatischen Festland gegenüber, dem Eckpfeiler der japanischen Wirtschaft und des nationalen Nahrungs- und Arbeitsspielraums.



ERFEN wir noch einen Blick auf die großen Nachbarn des kleinen Inselreichs, so kann man in der Tat verstehen, daß Japan der fernern Zukunft mit wachsender Sorge entgegenblickt. Denn von diesen Mächten ist einzig Japan darauf angewiesen zu seiner Selbsterhaltung über seine Grenzen hinauszugehen. Die anderen können im Notfall wirtschaftlich ein Eigenleben führen, Japan nicht. Was das bedeutet, hat Deutschland im Weltkrieg erfahren müssen.

Es fällt zunächst auf, daß China, Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika Japan an räumlicher Ausdehnung und Bevölkerungszahl weit überlegen sind, wie die folgende Übersicht zeigt:

Land	Ausdehnung (in Quadratkilometer)	Bevölkerungszahl (in Millionen)
Rußland	23 400 000	150
China und Nebenländer	11 100 000	440
Vereinigte Staaten und Kolonien	9 700 000	125
Japan und Kolonien	680 000	82

Japan hat vom Festland her zwar machtpolitisch auf lange Zeit hinaus gewiß

nichts zu fürchten. Da das russische Volk keine Lebensnotwendigkeiten jenseits seiner Grenzen in Ostasien zu vertreten hat, war eine Verständigung zwischen den beiden Nachbarn nach 1904-1905 möglich, ja notwendig geworden. Die Annäherung begann bereits im Jahr 1910, als der amerikanische Staatssekretär Knox die Internationalisierung der chinesischen (also auch mandschurischen) Bahnen vorschlug. Dieser Streich gegen die Vorzugstellung Japans in der Süd-, Rußlands in der Nordmandschurei scheiterte an dem Widerstand der beiden Mächte. Im Jahr 1912 verständigten sich beide über ihre Sonderinteressen: in der Südmandschurei und Innern Mongolei zugunsten Japans, in der Nordmandschurei und Äußern Mongolei zugunsten Rußlands. Im Weltkrieg konnte daher Rußland sein ostasiatisches Gebiet, unbesorgt vor Japan, von Truppen entblößen. Japan hat eben bereits genug "kalte" Länder, die der der Wärme bedürftige Südjapaner nicht besiedeln kann (Hokkaido, Korea, Mandschurei); es wird sich auf die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Gebiete beschränken. Dem dient der Russisch-Japanische Vertrag vom Januar 1925: Japan räumte das zur Wiedervergeltung für in Nikolajewsk getötete Japaner besetzte Nordsachalin und erhielt dafür das Schürfrecht auf Öl mit 50 % der Funde als Konzessionen, das Recht auf Fischerei in den russischen Küstengewässern gegen die üblichen Abgaben und Wirtschaftskonzessionen in Ostsibirien; gegenseitig gilt die absolute Meistbegünstigung im Handelsverkehr. Die Bereinigung mit Rußland machte Japan den Rücken frei, befreite es aus beunruhigender Isolierung und verbreiterte seine schmale, im Krieg unzulängliche Ölbasis.

Die Stellung Japans in der Mandschurei sowie in der chinesischen Schwer- und Textilindustrie charakterisiert gleichzeitig die stimmungsmäßigen Beziehungen zwischen den Japanern als den Unternehmern und Kaufleuten und den Chinesen. Von einer durch Rasse- und Kulturverwandtschaft getragenen, innern politischen Verbundenheit und Arbeitsgemeinschaft der beiden Völker konnte bisher nur wenig gesprochen werden, wenn man von einzelnen Vertretern des modernen japanischen Buddhismus absieht, die die Kulturgemeinschaft betonen und die dauernd enger werdende Schicksalsgemeinschaft der ostasiatischen Völker erkannt haben und immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein bringen. China ist trotz den erfreulichen Erfolgen der nationalen Bewegung noch zu schwach, um sich mit einem Ruck aus dem Netz der "ungleichen Verträge" befreien zu können. Die starke Finanznot des Riesens Reichs mit seinen großen, immer wieder zu einer gewissen Selbständigkeit strebenden naturgegebenen Teilstaaten würde jedoch auch nach Aufhebung der "ungleichen Verträge" die Abhängigkeit Chinas vom Ausland, das heißt in erster Linie von den Angelsachsen, noch auf Generationen hinaus aufrechterhalten, wenn es nicht zu einer grundsätzlichen Einigung und Zusammenarbeit mit Japan gelangt. Nur die gemeinsame Aufschließung der Reichtümer der ostasiatischen Erde kann den Prozeß der Befreiung Ostasiens von fremder Bevormundung und Kapitalherrschaft beschleunigen. Dabei hätten die Chinesen dank ihrer Zahl und Wirtschaftskraft die vorübergehende Führung Japans ebensowenig zu fürchten, wie etwa wir die Führung Frankreichs bei dem Zusammenschluß der europäischen Kontinentalstaaten. Nur vereinigt werden sie die Kraft aufbringen ihre Ansprüche auf tropische und subtropische Siedlungsräume gegen die Angelsachsen durchzusetzen und dort Besitzer und Herren zu werden, wo sie heute noch als Halbsklaven dem europäisch-amerikanischen Kapital die Ausbeutung dieser Länder erst ermög-

lichen. Japan hat die ihm zugefallenen Mandatsinseln schon jetzt zum Teil bis an die Krater heran kultiviert und wiederbevölkert, während die Weißen die eingeborene Bevölkerung ausnahmslos durch Alkohol und Infektionskrankheiten überall dezimieren, sie, nach dem boshafte Wortspiel eines Franzosen, zwar nicht zivilisieren, aber syphilisieren.

Betrachten wir endlich noch die Beziehungen zu Großbritannien. England unterstützte früher als Gegner und Nachbar Rußlands in Asien Japan gegen die große Festlandsmacht. Im Jahr 1902 kam es zum förmlichen Bündnis. Rußland, in Ostasien geschlagen, mußte sich mit England über die persischen und sonstigen zentralasiatischen Interessen einigen und wurde danach aus dem asiatischen Gegner Englands fürs erste sein europäischer Bundesgenosse. Nach dieser Abwendung Rußlands von Großbritanniens schwachen Punkten in Asien verlor Japan an Wert als Bundesgenosse für England. Die Erneuerung des Bündnisses zwischen England und Japan im Jahr 1912 bildete eine Enttäuschung für Japan, weil England gegenüber Mächten, mit denen es seine Differenzen auf dem Weg des Schiedsgerichtsverfahrens erledigte, Waffenhilfe versagte; zu diesen Mächten hoffte England damals auch die Vereinigten Staaten bald zählen zu können. Zu einer Erneuerung des Bündnisses im Jahr 1922 kam es gar nicht mehr, weil die Angst der britischen Tochterstaaten am Stillen Ozean vor Japans nun bis an den Äquator reichender Macht es nicht zuließ.



JAPAN steht also unter einem zunächst noch immer wachsenden innern und äußern Druck. Aus seiner Bedrängnis im Innern und der Zange in der Außenpolitik sich mit eigener Kraft zu befreien ist ihm unmöglich. Es bleibt nur die Verständigung mit China mit dem Ziel der wirtschaftlichen Konzentration Ostasiens.

Dank seiner labilen Sozialverfassung kann Japan auf Jahrzehnte hinaus das Risiko nicht auf sich nehmen einen Krieg zu verlieren. Es kann daher keinen Angriffskrieg gegen Amerika unternehmen, da es bei den ungleichen Kräften keinerlei Aussicht auf Endsieg hätte. Zu einem gleichlautenden Urteil gelangt man, wenn man die wirtschaftlichen Kräfte der beiden Mächte mißt. Von ganz besonderer Bedeutung für Japan ist, daß $\frac{2}{3}$ der japanischen Ausfuhr in seine beiden Nachbarländer (China, Vereinigte Staaten) gehen, deren ungeteilte Sympathieen in kultureller und politischer Hinsicht es bekanntlich nicht besitzt (leider auch die Chinas vorläufig noch nicht). Ein Krieg mit ihnen oder ein längere Zeit von ihnen durchgeführter Boykott würde das ganze japanische Wirtschaftsleben lahmlegen. In der innerlich und äußerlich gespannten Lage, in der sich Japan heute befindet, wird sich 1 bis 2 Jahrzehnte später, mindestens in der Frage des Bevölkerungsdrucks und der Raumsperre durch die Angelsachsen, auch China befinden. Es ist daher eines der wichtigsten Ziele sozialistischer Weltpolitik die beginnenden Spannungen zwischen Weißen und Nichtweißen durch rechtzeitige Verständigung und organische Abgrenzung der beiderseitigen Siedlungsräume zu überwinden. Da die Einsichtslosigkeit der Besitzenden, das heißt der Angelsachsen, die schwersten Kämpfe in Zukunft heraufzubeschwören droht, müssen wir als Sozialisten versuchen die Bevölkerungs- und Wanderfrage zu lösen, indem wir darauf hinwirken, daß den Südchinesen und Japanern die ungehemmte Einwanderung auf die südostasiatische und pazifische Inselwelt ermöglicht und in jeder Weise erleichtert, nicht wie heute erschwert wird.

Nur ein organisches Kräftegleichgewicht verspricht die Sicherung des Weltfriedens. Voraussetzung dafür ist aber die organische Neugliederung in im wesentlichen autarkischen Wirtschaftsimperien: Europa mit Nord- und Zentralafrika, Rußland, Ostasien und Inselwelt als Landblock, die beiden angelsächsischen Weltreiche als Seeblock. Erst nach Durchführung dieser Gliederung besteht Aussicht unserm Planeten den Frieden zu erhalten, und erst dann ist die von den Völkern ersehnte Rüstungsbeschränkung zu verwirklichen, indem an Stelle der kostspieligen zwischenstaatlichen Völkerrüstungen (bis an die Zähne, vom Greis bis zum Säugling) nur auf die Grenzen der Wirtschaftsimperien beschränkte Sicherungsmaßnahmen treten. Abrüstung ohne Neugliederung gleicht dem Beginn des Hausbaus mit der Schornsteinspitze.

BALTHASAR WEINGARTZ . WANDLUNGEN IM ENGLISCHEN PARTEIENLEBEN

KEIN Zweifel: Im politischen Leben Englands befindet sich alles im Fluß. Von Stagnation ist nichts zu merken. Der politische Pulsschlag des Volks zeigt hohe Temperatur. Es sind 2 Tatsachen, von denen jede für sich allein stark genug werden kann die innenpolitische Lage von Grund auf umzugestalten. Die eine: In ernstzunehmenden politischen Kreisen spricht man von der Möglichkeit, die der Daily Herald immer wieder bestritt, die Labourregierung könne sich schließlich dazu entschließen das Parlament aufzulösen und bei einer Neuwahl von den Wählern ein neues Mandat mit einer gesicherten parlamentarischen Unterlage zu verlangen. Die andere: Die von den Zeitungslords, Lord Beaverbrook und Lord Rothermere, unter dem Namen United Empire Party gegründete neue Partei (deren Anziehungskraft nicht unterschätzt werden darf, auch wenn gewisse Vorkommnisse dem Enthusiasmus für sie einstweilen Schranken gesetzt haben) könnte das ganze jetzige Parteiensystem Englands auf den Kopf stellen. Beides hängt aufs engste mit der gegen ihre Anfangszeit schon sehr stark veränderten Stellung zusammen, die die Labourregierung zurzeit im Land einnimmt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ihr weiteres Schicksal dadurch bestimmt wird.

Am 11. März erlitt das Kabinett MacDonald seine erste Niederlage. Zu seinem Sturz kam es freilich nicht. MacDonald forderte, um zunächst Klarheit zu schaffen, den konservativen Oppositionsführer Stanley Baldwin auf ein Mißtrauensvotum einzubringen. Baldwin tat dies, und am 13. März wurde darüber entschieden. Bei der Abstimmung erklärten sich 308 für, 235 gegen die Regierung, deren Existenz damit fürs erste gerettet ist. Immerhin: Das parlamentarische Barometer zeigt plötzlich Sturm an. Von den vorzunehmenden Neuwahlen wird schon im Land mehr und mehr gesprochen. Der Regierung fällt es schwer wieder ein allgemeines Vertrauen wie im letzten Sommer zu finden. Wahrscheinlich hängt der Umschwung der öffentlichen Meinung auch mit dem offenkundigen Fehlschlag der Flottenkonferenz zusammen, in der es trotz der Front des Angelsachsentums nicht gelungen ist und nicht gelingen will Europa zu entwaffnen und die angelsächsische Alleinherrschaft zur See sicherzustellen. Doch davon sei in diesem Zusammenhang nicht gesprochen. Hier soll nur der Gang der englischen Innenpolitik, wie er sich im Parteileben manifestiert, skizziert werden.



BER die Möglichkeit von Neuwahlen im Lauf des Sommers ist die Ansicht der Times von Bedeutung, die am 6. Februar schrieben: »Selten befand sich ein Premierminister in einer gesichertern Stellung als der jetzige. Sollte er sich zur Neuwahl entschließen, würde er zweifellos eine Mehrheit für seine Regierung erhalten.«

Das Zeugnis des großen Blatts berechtigte damals den Daily Herald zu schreiben, die Labourregierung sei »zum festen Bestand des Landes geworden«:

»Wir empfehlen das Zeugnis der Times nicht nur unseren ausländischen Freunden zum Studium sondern vor allem auch den verschiedenartigen Pessimisten und sonstigem Volk mit schwachen Nerven in unserer eigenen Arbeiterpartei.«

Daß wir als Sozialisten uns freuen würden, wenn es der Labour Party gelänge der Regierung eine festere parlamentarische Grundlage zu geben, bedarf keiner weitem Darlegung. Indes, gerade dem Freund hilft man am ehesten durch konsequente und aufrichtige Kritik. Von 2 Monaten zeichnete ich hier die Sackgasse, in der sich die Labourregierung befand¹. Die Ursache dieser Verirrung lag in der zu ängstlichen Behandlung der Kohlenfrage. Die Regierung hat denn auch ihre ursprüngliche Vorlage weitestgehend abgeändert. Diese Abänderungen entsprechen den von den Liberalen vorgebrachten Forderungen. Lloyd George freilich erklärt sich noch immer nicht befriedigt. Er hatte es durchgedrückt, daß seine Partei in der entscheidenden Ausschlußberatung am 27. Februar gegen die Förderzahlbestimmungen stimmte. Lange vor dieser Abstimmung war es bekannt geworden, daß wenigstens 4 liberale Abgeordnete gegen den Willen des eigenen Parteiführers für die Regierung votieren würden. Von den 59 Mitgliedern der Partei brachen jedoch 17 die Parteidisziplin. Sie blieben entweder dem Parlament fern, enthielten sich der Abstimmung oder stimmten gegen das Mißtrauensvotum und für die Regierung, wodurch diese vor dem Sturz gerettet wurde. Bei der entscheidenden Abstimmung siegte die Regierung mit 9 Stimmen. Lloyd George wurde von den eigenen Parteifreunden eine schwere Niederlage beigebracht. Unter den Disziplinbrüchigen befand sich sogar Sir William Edge, der Fraktionseinpeitscher. Am auffallendsten ist die Haltung der großen liberalen Zeitungen, der Daily News und des Manchester Guardian, die sich am Tag nach der Abstimmung rücksichtslos hinter die aus der Reihe tanzenden Abgeordneten stellten. Die Daily News schrieben:

»Vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet, ist das Vorkommnis bedauerlich, ein Sturz der Regierung wäre aber weit schlimmer gewesen.«

Und der Manchester Guardian äußerte sich in bemerkenswerter Weise:

»Es ist gut zu wissen, daß ein liberaler Antrag die Regierung beinahe zu Fall gebracht, aber die Abwesenheit liberaler Abgeordneter eine liberale Katastrophe verhütet hat . . . Beim Lesen der Parlamentsreden wird sich der gewöhnliche Mann verwundert fragen, wie sich eine Mehrheit der Parteifraktion für ein Votum gegen die Regierung bestimmen ließ, da doch die Vorlage in ihrer neuen Form fast vollständig den liberalen Wünschen entspricht.«

Diese Dinge geben einen Einblick in die merkwürdige Lage der Liberalen Partei. »Die liberale Presse sowie der Liberale Rat sind mit der Führung Lloyd Georges unzufrieden«, schrieb die streng konservative Morning Post am 4. März. Auch das ist nichts Neues. Lord Edward Grey gab als Führer des Liberalen Rats dieser Unzufriedenheit wiederholt Ausdruck. Wohl selten waren aber die Gegensätze so kraß wie diesmal. Das zwang Lloyd George

1) Siehe Weingartz Die Labourregierung in der Sackgasse, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 25 und folgende.

zum Handeln. Er berief zum 4. März eine Sitzung der Parteifraktion ein, kündigte gleichzeitig an, er werde als Parteiführer zurücktreten, falls dem Disziplinbruch kein Riegel vorgeschoben würde. Dazu sagte der Daily Herald in einem Leitartikel, betitelt Die Irrtümer Lloyd Georges, am 3. März:

»Herrn Lloyd Georges 2. Versuch die Labourregierung zu Fall zu bringen wurde ihm diesmal zum Verhängnis. Die Liberale Partei befindet sich in offener Revolte. In der angekündigten Fraktionssitzung kann es leicht zu Parteiaustritten kommen. Unter den Austretenden kann sich sogar Lloyd George selbst befinden. Das ist die Strafe für eine fehlerhafte Führerschaft. Selten hat eine Partei so viele Fehler zu verbuchen wie die Liberale Partei bei der Kohlenvorlage. Es ist ausgeschlossen, daß es sich hier um Unerfahrenheit handelt, da Lloyd George der Vater des Unterhauses ist. Auch hat er die höchsten parlamentarischen Ämter bekleidet. Mangel an Fähigkeit liegt auch nicht vor, da Lloyd George zu den schlauesten und gerissensten Taktikern gehört, die England oder irgendein anderes Land aufzuweisen hat. Der Schlüssel zur Aufklärung der Situation ist: Der liberale Parteiführer wollte unter allen Umständen die Regierung schnellstens zu Fall bringen, was sein ganzes Vorgehen der letzten Wochen beweist. In dem Zeitraum, der zwischen der 2. Lesung und der Ausschußberatung liegt, wurde nun aber der ursprüngliche Entwurf grundsätzlich abgeändert. Dem unermüdlichen Fleiß des [Handelsministers] Herrn Graham gelang es die 4 wichtigsten Punkte der liberalen Forderungen in die Vorlage einzuflechten. Befriedigte das den liberalen Führer? Nicht im geringsten. Warum nicht? Weil Herr Lloyd George glaubte Neuwahlen erzwingen und mit der Parole "Gegen eine Verteuerung der Kohle!" in den Wahlkampf ziehen zu können.«

Die von Lloyd George vorgenommene Parteiaktion verlief zunächst wie das Hornberger Schießen. Es gab wohl eine Reihe von Vertrauenskundgebungen, aber keine Parteiaustritte. Die in die Brüche gehende Parteifreundschaft wurde wieder zusammengekittet. Ein Teil der "Disziplinbrüchigen" handelte aus Rücksicht auf seine Wähler; er vertritt Bergbaubezirke. Wie wenig dies jedoch der Regierung nützte, zeigte ihre oben erwähnte Schlappe am 11. März: Sie unterlag in der Abstimmung mit 8 Stimmen. Gewiß handelte es sich da noch nicht um eine grundsätzliche Frage, aber es war doch ein schlimmes Symptom. Der zwischen dem Bergarbeiterverband, den Grubenbesitzern und der Regierung abgeschlossene Pakt erhielt dadurch jedenfalls einen bösen Schlag. Die abgelehnte Bestimmung, die übrigens nach dem Daily Herald in den Kreisen der Labour Party nur wenig Freude ausgelöst haben soll, hatte es in das Ermessen der Grubenbesitzer gestellt der Schwerindustrie einen Extrabeitrag aufzuerlegen, eine Subvention für die notleidende Kohlenindustrie zur Abwehr des Dumping im Ausland. Der Liberale Henry Francis Owen hatte diese Bestimmung verurteilt, da sie allen guten Geschäftspraktiken ins Gesicht schlage. Owen war einer der Liberalen, die am 27. Februar der Regierung gegen den Willen des liberalen Führers beisprangen. Über den weiteren Verlauf der Dinge kann heute in England niemand mit einiger Sicherheit etwas aussagen. Was wird Lloyd George tun? Man rechnet in manchen politischen Kreisen mit der Möglichkeit, er könne sich mit der von Lord Beaverbrook inszenierten neuen Parteeildung identifizieren.

Für den Eingeweihten klingt auch diese Vermutung gar nicht so phantastisch, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Schon einmal spielte Lloyd George mit der Idee als Gegendruck gegen die "sozialistische Gefahr" eine große Nationale Partei zu gründen; sein Plan scheiterte 1922 nur an dem Widerstand gewisser konservativer Kreise. Außerdem bestanden zwischen Lloyd George und Lord Beaverbrook während des Kriegs engere Beziehungen. Bekanntlich machte gerade Lloyd George die Zeitungslords während des Kriegs zu den wahren Lenkern des Schicksals von England.

Er ließ sich gern von diesen vorantreiben. In der 2. Hälfte des Kriegs bekleidete außer Lord Northcliffe Lord Beaverbrook ein Ministeramt. Er war Informationsminister oder besser Pressechef. Seine Hauptaufgabe bestand, wie er in einem 1925 veröffentlichten kleinen Buch behaglich mitteilt, darin die Presse der Dominien sowie der Neutralen zu beeinflussen:

»Als Informationsminister machte ich es mir zur Hauptaufgabe die Redakteure der Dominien sowie der neutralen Länder zu bewegen eine Reise nach Britannien zu unternehmen. Besser als eine von außen eingetrichterte Beeinflussung war die Methode die Führer der Empire- und neutralen Presse selbst zu Propagandisten zu machen, nachdem sie mit uns im persönlichen Verkehr gestanden hatten. Besonders in den Dominien wirkte diese Taktik Wunder.«²

Nach dem 11. November 1918, der Erklärung des Waffenstillstands, wurden die Zeitungslords aus dem Regierungsboot ausgeschifft. Lord Beaverbrook hatte aber am Regierungshandwerk Spaß gefunden. Er war entschlossen auch fernerhin "Politik zu machen". In seinem Buch erzählt er, wie er Ende 1918 für wenig Geld Eigentümer des Daily Express wurde und es in kurzer Zeit verstand das Blatt zu einem »wichtigen Instrument der Öffentlichen Meinung zu machen«. Im Lauf einiger Jahre gelang es die Zeitung, die zuerst in einer Auflage von 350 000 Exemplaren erschien, auf 1 Million Exemplare zu bringen. Heute hat das Blatt mehr als 1½ Millionen Leser. Wie der Observer kürzlich mitteilte, repräsentieren die beiden Lords Rothermere und Beaverbrook einen Leserkreis von etwa 12½ Millionen. Welchen Einfluß der Daily Express hatte, geht aus dem hervor, was Lord Beaverbrook unter anderm über die Lage im Jahr 1922 schrieb:

»Zum zweitenmal zeigte es sich, daß der Daily Express ein getreuer Interpret der Öffentlichen Meinung war. 1. Er unterstützte Lloyd George im Wahlkampf von 1918 und hatte die Genugtuung, daß seine Regierung über eine überwältigende Mehrheit verfügte. 2. Im Jahr 1922 trat die Zeitung für Bonar Law ein, der zur Regierung berufen wurde. 3. Im Jahr 1923 warnte die Zeitung vor einer Parlamentsauflösung, und Stanley Baldwin erlitt auch tatsächlich eine schwere Niederlage. 4. Im Jahr 1924 nahm der Daily Express den Kampf gegen die Sozialisten auf, die dann auch im Wahlkampf unterlagen. Diese Ereignisse beweisen, wie genau der Daily Express die Schwankungen der Öffentlichen Meinung kennt. Freilich ist zu beachten, daß die Zeitung auch die Öffentliche Meinung dirigieren muß.«



Im vergangenen Jahr nun begann Lord Beaverbrook einen »Empirekreuzzug«, der jetzt am 17. Februar zur Gründung der United Empire Party führte. Zweck der Partei ist es »durch eine vernünftige Politik wieder zur Prosperität zu kommen«; das Empire soll »zu einer wirtschaftlichen Einheit verschmolzen« werden. In einem Artikel an die Presse erklärte der Zeitungslord:

»Von heute ab wünsche ich keine Einzeichnungen mehr für den Empirekreuzzug. Nunmehr bitte ich alle, die mit mir des Glaubens sind, für Großbritannien sei es eine Lebensnotwendigkeit zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik zu kommen, die United Empire Party nach Kräften zu unterstützen. Die Ausnutzung des unbegrenzten Reichtums des Britischen Empires soll durch britische Köpfe und britisches Kapital geschehen, zum Nutzen des britischen Handels und britischer Arbeit.«

Lord Rothermere, Bruder des verstorbenen Lord Northcliffe, Besitzer der Times, der Daily Mail und anderer Blätter, hat zwar den Empirekreuzzug unterstützt, geht aber im übrigen mit Lord Beaverbrook nicht ganz Hand in Hand. Dieser schrieb daher in der Beaverbrookpresse am 18. Februar:

»Die Entstehung einer neuen Politik hat den Parteiführern Kopfzerbrechen verursacht. Auf einmal sind sich die Chefs der alten Parteimaschine (Konservative, Liberale, Labour) darin einig die Förderer neuer Ideen mit Stumpf und Stiel aus

2) Siehe *Beaverbrook Politicians and the Press* /London 1925/ Seite 12.

zurotten. Herr Snowden hat seinen Haß ausgelassen. Herr Lloyd George hat alle seine kriegsgefärbten Gewänder hervorgesucht, schlägt die sonderbarsten Purzelbäume. Herr Baldwin steht außerhalb der Gefechtslinie, während seine politischen Offiziere gegen alle diejenigen wettern, die an die wirtschaftliche Einheit des Empires glauben. Ich habe die Überzeugung gewonnen: Nicht nur die freie Einfuhr hat uns geschädigt, sondern vor allem haben die alten politischen Parteien, Sklaven der Tradition, jeder neuen Idee abhold, uns an den Abgrund gebracht. Zwecklos wäre es deshalb glauben zu wollen, aus diesen alten Flaschen könne guter Wein fließen.« Die bestehende wirtschaftliche Unordnung kann nur durch eine straffe Zollunion beendet werden. Schutzzoll für Industrie und Landwirtschaft ist die Parole der United Empire Party. Im übrigen will die neue Partei politisch neutral sein, sie wendet sich an die Anhänger der bestehenden Parteien.

Lord Beaverbrook will vor allem die in der Konservativen Partei nach der Wahlniederlage sich bemerkbar machende Mißstimmung ausnutzen. Schon vor der Wahl kam sie gegen den Parteiführer und Premierminister Stanley Baldwin ziemlich stark zum Ausdruck. Naturgemäß verschlimmerte sich diese Unzufriedenheit nach verlorener Schlacht. Man warf Baldwin vor, er habe es nicht verstanden der Partei eine richtige Parole zu geben. Auch gab es Unfriede darüber, daß es dem Führer an der Fähigkeit fehle den Geist des Unionismus neuerlich zum Leben zu erwecken. Gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts hatte Joseph Chamberlain, dieser bedeutende, produktionspolitisch denkende Staatsmann, durch Gründung der Unionistischen Partei das ganze bis dahin bestehende Parteiwesen gesprengt. Durch die berühmte Reformbill von 1832, die eigentlich das Zeitalter der modernen Demokratie einleitete, vollzog sich die erste große Parteiwandlung in England. Mit dieser Reform ging der alte Feudaladel eine Ehe mit der neuen Bourgeoisie ein, man teilte sich in die Staatsmacht³⁾. An Stelle der Tories und der Whigs entstanden Konservative und Liberale Partei. Als 1885 Gladstone nach schwerstem Kampf gegen Irland sich entschloß Homerule einzuführen, zerstörte der bis dahin äußerst radikale Joseph Chamberlain die Liberale Partei und schuf im Handumdrehen die Unionistische Partei, die Elemente beider Parteien vereinigte. Die Unionisten waren gegen Homerule, sie hielten an der Union zwischen England, Schottland und Irland fest. Chamberlain schuf durch das neue Parteigebilde den modernen Imperialismus. Die liberalen Unionisten übernahmen die Führung der alten Konservativen Partei. Bis zur Jahrhundertwende führte die neue Partei fast ununterbrochen das Szepter. Als sich nach dem Burenkrieg der Unfriede gegen Chamberlain richtete, griff er neuerlich zu dem Mittel einer neuen Parteigruppierung. Er war der erste Kreuzfahrer, der das Vereinigte Empire durch eine Zollunion schaffen wollte. Aber Großbritannien war dafür noch nicht reif. In dem Kampf um die Frage "Freihandel oder Schutzzoll?" siegte noch die alte Freihandelsdoktrin. Die Idee Chamberlains, die das Britische Reich auf eine neue Produktionsgrundlage stellen wollte, wurde kaum begriffen und jedenfalls verworfen. Das Schaffensprinzip mußte dem Handelsprinzip weichen. Aber auch die Liberale Partei wandelte sich. Sie schlug den Weg zum Sozialliberalismus ein. Lloyd George war der Begründer dieser Bewegung, die im Weltkrieg zugrunde ging; er flößte dem siechen Liberalismus der Freihandelsepoche neues Blut ein. Über Lloyd George ließ sich Harold James Laski im Daily Herald vom 6. März 1930 also aus:

3) Siehe dazu *Bernstein* Der gegenwärtige Stand der demokratischen Entwicklung Englands, in den Sozialistischen Monatsheften 1901 I Seite 400 und folgende.

»Vor 10 Jahren gab es keinen Beobachter des englischen politischen Lebens, der nicht überzeugt war, Lloyd George sei als Lenker der Geschicke des Landes unersetzlich. Im Parlament stützte er sich auf eine beispiellose Mehrheit. Millionen im Volk sahen in ihm den Mann, der den Sieg vorbereitet hatte. Seine liberalen Widersacher waren zu einem Rest Entmutigter zusammengeschrunpft. Die Labour Party war nichts mehr als ein wichtiges Fragment des politischen Lebens. Wie kein anderer seit Gladstone beherrschte Lloyd George den parlamentarischen Gang der Dinge. Im Kabinett war er unbestreitbar die bedeutendste Figur. Seine Ministerkollegen waren weiter nichts als untergeordnete Sekretäre. Männer wie Bonar Law, Arthur Balfour, Lord Curzon und Sir Austen Chamberlain nahmen gehorsamst seine Befehle in einer Art entgegen, wie das seit den Tagen Sir Robert Walpoles nicht mehr vorgekommen war. Es erweckte den Eindruck, als sei er auf Lebenszeit zur Ausführung der politischen Macht berufen. Heute gibt es keinen Staatsmann von Rang, der mehr diskreditiert ist als er. Seine Feinde trauen ihm nicht, und es ist sehr zweifelhaft, ob er das Vertrauen seiner Freunde genießt.«

Stanley Baldwin hat durch seine, am 4. März gehaltene Rede »eine vollständige Veränderung der politischen Lage bewirkt«, schrieb Lord Beaverbrook am 5. März im Daily Express. Was war geschehen? Zur Verhinderung einer Zertrümmerung der alten Konservativen Partei hatte Baldwin bestimmte Konzessionen an die Freunde des Schutzzolls gemacht. Ob das die Konservativen in ihrer Gesamtheit mitmachen, ist zweifelhaft. So oder so ist mit einem Umschwung des Parteienwesens zu rechnen, besonders schon deshalb, weil Lord Rothermere durchaus nicht mit der Rede Baldwins einverstanden ist; er verlangt eine 100prozentige Parteinahme für den Schutzzoll und für die Reichszollunion. Hat auch das Baldwinpronunziamento den Presselords etwas Wasser in den Wein gegossen, so wird doch die einmal entfachte Kampagne nicht so leicht zur Ruhe zu bringen sein. Zweifellos ist hier die Hand an die klaffende englische Wunde gelegt. Alle Ideen und Programme der letzten Jahre wurden zur Heilung dieser Wunde erfunden.

Bezeichnend hierfür ist auch ein Artikel, den Edward F. Wise, Volkswirtschaftler und Mitglied der Maxtongruppe, im New Leader vom 7. Februar 1930 unter dem Titel Empire und Ausfuhr schrieb, und in dem es heißt:

»Das Beste, was zugunsten der Kampagne für die Reichszollunion gesagt werden kann, ist die Anerkennung der Tatsache, daß sich die Verhältnisse der Weltwirtschaft gründlich geändert haben . . . Unser Außenhandel liegt darnieder. Recht hat Herr Thomas, wenn er nicht müde wird zu erklären, die Lage der Industrie könne nur durch Hebung des Außenhandels verbessert werden. In den Industrien, die vom Außenhandel abhängen, ist die Arbeitslosigkeit am größten. Metall-, Kohlen-, Textil-, Schiffbauindustrien weisen den größten Prozentsatz an Arbeitslosen auf . . . Unsere Ausfuhrquote bleibt gegen den Vorkriegsstand immer noch um 50% zurück. Ein schwacher Trost ist es sich mit der Ausrede zufriedenzugeben, dieser Rückgang müsse als Folge der durch den Krieg hervorgerufenen Zerrüttungen verbucht werden, oder er sei auf den industriellen Aufschwung der neueren Länder zurückzuführen. Freilich spielen diese Faktoren eine Rolle, geben aber keinen Aufschluß darüber, daß, während wir zurückblieben, der Welthandel den Vorkriegsstand schon überschritten hat. Während wir verloren, gewannen Amerika, Japan, Deutschland und andere Länder mehr als wir verloren. Sogar in den Dominien haben genannte Länder Gewinne zu verzeichnen, der britische Handel blieb trotz der Empiremeistbegünstigung stationär. Die bestehenden Lücken können auch nicht durch Hebung der innern Kraft ausgestopft werden. Wohl könnte das etwas helfen, aber unsere Textil- und Stahlindustrien wurden nun einmal auf den Notwendigkeiten der Millionen Verbraucher der Welt aufgebaut und nicht zur Deckung der Bedürfnisse unseres kleinen Inselvolks. Zwar spricht Herr Thomas, ohne deutlich zu werden, von der Notwendigkeit der Verringerung der Produktionskosten durch Rationalisierung und andere Methoden, das tun auch Herr Lloyd George und Herr Baldwin. Was aber geschieht in dieser Richtung, und wie lange soll man warten, bis ein greifbarer Erfolg zu verzeichnen ist?«

Wise gehört zum Kreis der Männer, die die Theorie des "Sozialismus in unserer Zeit" erdachten. Diese Theorie mag hölzern gewesen sein. Sie war aber ein Versuch auch volkswirtschaftlich realpolitisch zu denken. Diese Männer sagten sich: Gehört das Zeitalter der reinen sozialistischen Agitation ohne staatsmännische Verantwortung der Vergangenheit an, und ist die Ära der Verantwortung angebrochen, dann nützen auch die in der Vergangenheit aufgestellten Thesen nichts mehr, namentlich auch die nicht, die im internationalen Sozialismus immer noch als Erbgut der Vergangenheit mitgeschleppt werden (und, wie die ganze Konsumentenauffassung, nie eigentlich sozialistisch waren). Wise lehnt zwar die von Lord Beaverbrook aufgestellte Theorie ab, ist aber mit dem Gang der Dinge unzufrieden. Bemerkenswert ist, daß auch die Leute der Maxtongruppe zur Hebung der Industrie wiederholt der staatlichen Subvention das Wort redeten. England steht eben im Wirtschaftspolitischen am Scheideweg.

JAMES Ramsay MacDonalds Austritt aus der Independent Labour Party erinnert daran, daß es auch in der Labour Party Leute gibt, die es mit der "Parteidisziplin" nicht ernst nehmen. Auf die Frage, ob solche Disziplin vom einzelnen Parteigenossen Kadavergehorsam verlangen darf, antwortete Eduard Bernstein am Beginn dieses Jahrhunderts, als er als Streiter für den demokratischen Sozialismus zur Zielscheibe des konservativen "Radikalismus" in der Partei wurde:

»In bezug auf Zurückdrängen der eigenen Überzeugung gibt es allerdings einen Punkt, von wo ab die Rechte der Partei aufhören.«⁴

Doch wiederholte er auch, was er 1898 geschrieben hatte: daß als Partei die Sozialdemokratie die Wahrerin bestimmter Interessen sei und demgemäß innerhalb gewisser Grenzen »dogmatisch und selbst intolerant sein darf«. Welches sind diese »gewissen Grenzen«? Darum dreht sich der jetzige Streit zwischen der Independent Labour Party und der Labour Party. Wobei en passant bemerkt werden muß, daß die Begriffe dogmatisch und intolerant in England doch anders aussehen als in Deutschland. Auf einer Konferenz der Independent Labour Party in Wales erklärte Genosse James Edmunds:

»Die Labour Party ist unser Kind [das Kind der Independent Labour Party], wir haben deshalb auch das Recht sie zu züchtigen. [Zuruf: »Jawohl, aber nicht das Recht sie zu töten«].«

Eine parlamentarische Regierung, besonders wenn sie sich auf keine unabhängige Mehrheit stützen kann, wird trotz größter Toleranz bestimmte Opfer vom einzelnen verlangen müssen. In diesem Sinn muß sie also "intolerant" sein. Die Maxton-Wheatley-Gruppe ging in den letzten Monaten sogar dazu über einen eigenen Einpeitscher zu ernennen. Man spricht jetzt davon, die Independent Labour Party werde sich von der Labour Party trennen, um sich als selbständige Partei zu konstituieren. Ob es dazu kommt, wird sich auf dem zu Ostern stattfindenden Parteitag zeigen.

Im übrigen bedeutet der Schritt MacDonalds das Ende einer Lebensperiode. MacDonald ist ein Kind der Independent Labour Party, aber der Vater der Labour Party. Auf der Gründungsversammlung der Labour Party im Jahr 1900 wurde James Ramsay MacDonald als Delegierter der Independent Labour Party zum Führer der neuen Partei bestimmt. Es war die Zeit, in der er dann bald auch seine Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften begann, die er durch eine Darstellung des Verhältnisses der englischen Gewerkschaft-

⁴ Siehe *Bernstein Parteidisziplin und Überzeugungstreue*, in den Sozialistischen Monatsheften 1901 II Seite 848.

falls sie erteilt würde, könnte für Frankreich nichts nützlicher sein als engste Gemeinschaftsarbeit mit Deutschland. Der Ozeanluftverkehr ist eine derartig große und verantwortungsschwere Aufgabe, daß er nur durch kontinental-europäische Kooperation betrieben werden kann. Für jede Europaarbeit, gleichviel welcher Art, ist aber als Kristallisationspunkt ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich von fundamentaler Bedeutung. Das Ziel deutscher und französischer Luftpolitik sollte daher eine rasche Verständigung in der sogenannten portugiesischen Frage sein, um so mehr, als die Zusammenarbeit im Luftverkehr auch schon bisher beide Länder befriedigt haben dürfte.

Allerdings ist man sich in Deutschland über die Bedeutung des französischen Luftfahrtwesens im allgemeinen noch nicht entfernt klar. Man vergißt eben zu rasch. Durch die zupackende Betriebsamkeit Amerikas wird der Anschein erweckt, als ob das Neue, Zukunftschaffende von Amerika käme, und man merkt nicht, daß Amerika nur europäischen, französischen wie deutschen, Geist exploitiert. Daher ist es angebracht einmal in die Erinnerung zu rufen, was Frankreich gerade für die Beherrschung der Luft geleistet hat. Daraus wird sich dann von selbst ergeben, wie entscheidend für die Zukunft eine von französischer Erfindungskraft und Initiative und deutschem systematisch nachhaltigen Schaffen getragene Luftverkehrswirtschaft sein kann.

5 Mittel sind es, mit deren Hilfe sich der Mensch in der Luft zu bewegen vermag: der Fallschirm, der Freiballon, das Luftschiff, das Gleit- und Segel- und das Motorflugzeug. Später mag vielleicht die Rakete noch hinzukommen.

Unter den bis jetzt gebräuchlichen Geräten ist der Fallschirm das älteste Instrument. Als sein geistiger Vater darf Leonardo da Vinci angesprochen werden, der nicht nur ein großer Künstler sondern auch ein großer Techniker war. Aber wer hat diese Erfindung Leonardos unter Einsatz seines Lebens zuerst ausprobiert? Der erste Mensch, von dem auf Grund neuerer Forschungen nachgewiesen werden kann, daß er einen Absprung mit dem Fallschirm gemacht hat, war ein Franzose, Joseph Montgolfier. Er sprang 1777 vom Giebel seines Hauses in Annonay ab. Das Experiment gelang. 2 Jahre später wiederholte Montgolfier diesen Versuch, und zwar von einem 38 Meter hohen Turm in Avignon. Er befestigte diesmal an seinen Schirm jedoch nicht sich selbst sondern einen Hammel, der wohlbehalten unten ankam. 1783, also wenige Jahre vor Ausbruch der Großen Revolution, erfand Joseph Montgolfier zusammen mit seinem Bruder Etienne den Heißluftballon. Gestattete der Fallschirm nur die Bewegung in der Vertikalen, und zwar nur von oben nach unten, so gewährte der Freiballon den Menschen auch die Bewegung in der Horizontalen. Seine Erfindung bedeutete also einen wichtigen Schritt nach vorwärts. Wesentlich ist, daß der Franzose Jacques Charles sehr bald grundlegende Verbesserungen an dem neuen Fahrzeug vornahm. Vor allem ersetzte er die Heißluft durch den Wasserstoff. Sehr rasch erhielt der Freiballon in Frankreich die Gestalt und Einrichtung, die er heute noch aufweist. In den beinahe 150 Jahren, die seitdem verstrichen sind, ist dieses Luftfahrzeug, sieht man von der Erfindung der Reißbahn ab, die den Ersatz des Ankers durch das Schleppseil zur Folge hatte, nur wenig verändert worden, es hat im großen und ganzen sein ursprüngliches Gesicht behalten. Erst in allerletzter Zeit brachte eine deutsche Firma, die Wasser- und Luftfahrzeuggesellschaft, für einen zu wissenschaftlichen Hochfahrten be-

stimmten riesigen Freiballon (10 000 Kubikmeter) eine Neuerung, die den Austritt des Gases nach unten verhindert und damit Brand- und Explosionsgefahren bei bestimmten wissenschaftlichen Versuchen ausschließt. Mit der Erfindung des Freiballons im Jahr 1783 schenkte Frankreich der Welt ein Instrument, das Ewigkeitswert besitzt. Motorflugzeug und Luftschiff können den Freiballon nicht verdrängen, denn die Eindrücke, die eine Ballonfahrt gibt, sind von so köstlichem, eigenartig unnachahmlichem Reiz, daß die Menschheit schwerlich darauf verzichten wird. Je mehr die Mechanisierung und Motorisierung voranschreitet, desto größeren Wert wird, gewissermaßen zum Ausgleich, das geräuschlos als ein Teil des Windes dahinschwebende primitive Fahrzeug erlangen. Der Franzose Nicolas Blanchard war es vor allem, dessen kühne Fahrten den eben erfundenen Freiballon in der Welt bekannt machten. Er hat auch als erster den Ärmelkanal auf dem Luftweg bezwungen. Haben Franzosen den Freiballon geschaffen und entwickelt, so waren es später Deutsche, die die stärksten Leistungen aus ihm herausholten. Dies beweist unter anderm die nachstehende Zusammenstellung der Weltrekorde. Größte Entfernung 3 052 Kilometer, zurückgelegt von dem deutschen Führer Richard Kaulen; längste Dauer 87 Stunden, Führer der Deutsche Rudolf Berliner; größte Höhe 10 800 Meter, Führer: die deutschen Professoren Arthur Berson und Reinhard Süring. Dieser 1901 aufgestellte Weltrekord der beiden Gelehrten wird nunmehr seit fast 28 Jahren gehalten.

Mit der Erfindung des Freiballons wurde für die Weiterentwicklung des Fallschirms eine ganz neue Lage geschaffen. Nun erst war es möglich den Fallschirm in größeren Höhen zu verwenden. Von jetzt an war man nicht mehr auf die unzulängliche Benutzung von Dächern, Türmen und Mauern beschränkt. Vor allem aber zeigte sich nun für den Fallschirm ein Kreis wichtiger praktischer Aufgaben, die bisher so gut wie gefehlt hatten. Die Ausprobierung des Fallschirms vom Freiballon aus erfolgte zunächst, indem man Tiere, hauptsächlich Hunde, Katzen und Hammel, hinabschickte, die auch in der Regel unbeschädigt landeten. Erst 14 Jahre nach Erfindung des Freiballons, nämlich 1797, wagte ein Mensch einen Fallschirmabsprung von ihm aus. Freier Wille und Zwang schienen hier zufällig zusammenzutreffen, denn der Ballon platzte mit hörbarem Geräusch in der Luft. Es war der Franzose André Jacques Garnerin, der aus etwa 700 Meter Höhe absprang und wohlbehalten ankam. Er wurde durch seine zahlreichen gelungenen Absprünge, die er zum Teil vor einem erlesenen Publikum in den Hauptstädten des Kontinents vornahm, ein international gefeierter Mann, dessen Unerschrockenheit die Welt Ehrfurcht zollte. Als erste Frau führte 1814 seine Nichte Elisa Garnerin vor Ludwig XVIII einen Fallschirmabsprung aus. Sein älterer Bruder zeichnete sich dadurch aus, daß er bedeutende technische Verbesserungen am Fallschirm vornahm. Der Name der Familie Garnerin wird so immer mit der Geschichte des Fallschirms ruhmvoll verknüpft bleiben. Als die Lenkluftschiffe brauchbare Instrumente wurden, bekam der Fallschirm erhöhte Bedeutung als Rettungsmittel, da die Brand- und Explosionsgefahren dieses Fahrzeugs infolge der Paarung Wasserstoff-Benzin erheblicher waren als die des Freiballons. Ähnliches galt später für die Flugzeuge. Aber hier tauchten ernstliche Bedenken auf, ob ein Mensch von dem schnell dahineilenden engen Flugzeug aus mit einem Fallschirm unverletzt abspringen könne. Die Scheu vor einem solchen Versuch war nicht gering. Der erste, der im Jahr 1913,

bahnbrechend in Europa, bewies, daß es ging, war der Franzose Bourhis. Bald darauf wurde der Fallschirm zu einem unentbehrlichen, selbstverständlichen Bestandteil des Kampfflugzeugs. Viele Flieger verdanken ihm die Rettung ihres Lebens im Krieg, denn er gestattete ihnen aus dem brennenden oder zusammengeschossenen Flugzeug auszusteigen und den Abstieg zur Erde vorzunehmen. Heutzutage führen in der Regel Post-, Versuchs- und Kunstflieger, Fluglehrer und -schüler Fallschirme mit sich. Gar mancher von ihnen wäre nicht mehr unter uns, wenn es dieses Werkzeug nicht gäbe.

Auch in der Entwicklung des Lenkluftschiffs sind die Franzosen pfadfindend und richtungweisend geworden. Die Lenkbarmachung des Ballons setzte die Erteilung einer Eigengeschwindigkeit voraus. Diese konnte dem Luftfahrzeug, dessen Tragfähigkeit relativ gering ist, nur durch leichtgewichtige, kleinstmögliche, dabei aber doch kräftige Motore verliehen werden, denn es war notwendig von vornherein eine verhältnismäßig hohe Eigengeschwindigkeit zu erzielen, um im Kampf mit dem Gegenwind nicht zu unterliegen. Von der Erfindung solcher Motore war also die Lenkbarmachung des Ballons abhängig. Die Einrichtungen, die unstarre Lenkballons aufweisen müssen, hatte bald nach der Erfindung des Freiballons der spätere französische General Jean Baptiste Meusnier im wesentlichen festgelegt. Er wurde so der geistige Vater der unstarren Lenkballons. Charakteristisch für den Entwurf seines Luftschiffs ist der Luftsack (ballonet), der für die Prallerhaltung des unstarren Ballons sorgt. Meusnier fiel 1793 im Kampf gegen die Preußen bei Mainz. Zu Ehren dieses hervorragenden Mannes ließ der König von Preußen während des Leichenbegängnisses das Feuer einstellen.

Der erste Lenkballon, der sich 1855 mit einer allerdings unbrauchbar kleinen Eigengeschwindigkeit (2 bis 3 Sekundenmeter) ein Stück vorwärtsbewegte, war das spindelförmige Luftschiff des Franzosen Henry Giffard. Er hatte eine kleine Dampfmaschine von 3 Pferdestärken eingebaut. Viel bedeutungsvoller waren die Erfolge, die die französischen Hauptleute Arthur Krebs und Charles Renard 1884 erzielten. Es gelang ihnen mit ihrem Lenkballon La France eine große Acht zu beschreiben (7,6 Kilometer in 23 Minuten). Als Antriebskraft benutzten sie einen Elektromotor von 8,5 Pferdestärken.

Größere Erfolge mit dem Luftschiff konnten jedoch erst erzielt werden, als der 1883 von Daimler geschaffene Benzinmotor vervollkommen war. Diese neue Antriebskraft fand ihr Hauptanwendungsgebiet im Automobil. Dieses verlangte gebieterisch eine immer größere Gewichtserleichterung des Motors pro Pferdestärke. So wurde es zum Wegbereiter für Luftschiff und Flugzeug. In der Fortentwicklung des Automobils haben die Franzosen dank ihrem Hang zum Neuen und Glauben an das Neue ebenfalls Ausgezeichnetes geleistet und so gleichzeitig auch der Sache der Luftfahrt wesentlich gedient.

Das Interesse für Luftschiffe und später auch für Flugzeuge trug in weiteste Kreise Alberto Santos Dumont. Er war zwar von Haus aus Brasilianer, lebte aber in Paris und hat dort seine Erfolge errungen. Von 1899 ab baute er 15 kleinere Lenkballons, mit denen er in und um Paris eine Reihe sehr amüsanten Fahrten ausgeführt hat, die viel zur Popularisierung der Luftfahrt beigetragen haben. Das ist wichtig. Denn ohne Anteilnahme des Volks kann sich die Luftfahrt nicht günstig entwickeln. Die unstarren und halbstarren Luftschiffe sind Frankreich zu verdanken, die Starrluftschiffe Deutschland, dem mit ihnen große Erfolge beschieden waren.

Auf dem Gebiet des Gleit- und Segelflugs, auf dem sich namentlich Deutschland auszeichnete, hat Frankreich wesentliche Vorarbeiten geleistet. War doch der französische Schiffskapitän Le Brix nachweislich der erste, dem, im Jahr 1854, motorlose Flugversuche gelangen. Sein Apparat erwies sich bei verschiedenen Flügen als durchaus lenkbar, und es wird auch stimmen, daß er sich mit ihm 100 Meter über den Erdboden erhoben hat. Doch seine Experimente blieben einmalige Leistungen, ohne kontinuierliche Weiterentwicklung. Erfolgreiche Vorkämpfer für den motorlosen Flug waren auch die Franzosen Louis Mouillard und Alphonse Penaud. Ihnen verdankt die Flugwissenschaft Wertvolles. Vater des Menschenflugs mit Apparaten, schwerer als die Luft, ist bekanntlich Otto Lilienthal, der bei seinen Arbeiten von seinem noch lebenden Bruder Gustav unterstützt wurde; er hat systematisch in den Jahren 1891 bis 1896 Versuchsreihen von insgesamt 2000 Gleitflügen durchgeführt. Erst nach dem Krieg stieg die Entwicklungskurve des Gleit- und Segelflugs steil an. Der Aufschwung ging von Deutschland aus; er war nämlich eine Folge des Versailler Friedensvertrags, der es bewirkt hat, daß in dieser Flugart Deutschland jetzt unbestritten an der Spitze der Welt steht.

1903 entstand das Motorflugzeug. Die von da ab ununterbrochene Entwicklung des Flugwesens beginnt mit den Flügen der Brüder Wilbur und Orville Wright. Indessen hatten sich schon vorher andere, vor allem der Franzose C. Ader mit einem Motorflugzeug in die Luft erhoben. Es waren das mehr Sprünge als wirkliche Flüge. Doch soll man diese Vorläufer des spätern Flugs nicht vergessen. Die praktische Verwendung des technisch Neuen kommt oft viel später als der erste Versuch oder gar die eigentliche schöpferische Idee. Sie geschieht erst, wenn ein Bedürfnis entsteht, das sich zur Notwendigkeit ausweitert. Im Flugwesen war das um die Wende des 1. und 2. Jahrzehnts unseres Jahrhunderts der Fall.

Frankreich ist unbestreitbar das einzige Land in Europa gewesen, das dem aufkommenden, sehr skeptisch beurteilten Motorflugwesen tatkräftig den Boden geebnet hat. Hier sei in erster Linie des französischen Hauptmanns E. Ferber gedacht. Otto Lilienthal hatte in Deutschland selber keinen rechten tätigen Nachfolger gefunden. Es würde zu weit führen hier im einzelnen die Verdienste Ferbers zu schildern, der 1909 den Fliegertod starb. Er war, wie ich bereits in meinem Buch über das erste Vierteljahrhundert Menschenflug ausführte, »ein Mann der Wissenschaft und Tat zugleich, ein Mann, der Voisin, Farman und Blériot zum Studium der "Fliegekunst", wie sie damals hieß, angeregt und darin gefördert hat. Ferbers nachahmenswerter Grundsatz war: Man muß Tatsachen schaffen und dann über diese Tatsachen reden und schreiben. Eine tragische Gestalt ist er insofern, als ihm große, in die Augen springende, weithin hallende Publikumserfolge versagt blieben. Und doch ist sein Wirken tiefergreifend und nachhaltiger gewesen als das mancher anderen, die große Triumphe feiern durften und in aller Munde waren. Als die Flugtechnik, die dem Hauptmann Ferber so viel Erkenntnis verdankte, sich endgültig durchgesetzt hatte, wurde ihr großer Bahnbrecher abberufen.« Die Jahre 1906 bis 1913 wurden zu Glanzzeiten für die französische Fliegerei. Niemals darf die Welt vergessen, was Frankreich in jener Periode zum Nutzen aller Nationen geleistet hat. Santos Dumont, der sich inzwischen auch dem Flugsport zugewendet hatte, flog in der Nähe von Paris 1906 zirka 70 Meter weit, Henry Farman 1907 schon 771 Meter; 1908 blieb er sogar

20 Minuten und 20 Sekunden in der Luft. Das Jahr 1909 wurde zum Geburtsjahr einer ganz großen Tat. Louis Blériot überflog mit einem selbstkonstruierten 20-Pferdestärken-Flugzeug den Ärmelkanal: 41 Kilometer in 27 Minuten 21 Sekunden. Hier wurde zum erstenmal von einem Flugzeug eine Meeresstrecke überquert, wurden Landesgrenzen überflogen. Diese weithin leuchtende Leistung hat die Welt mehr als andere Unternehmungen von den Möglichkeiten des Flugwesens überzeugt und dessen Entwicklung einen kräftigen Auftrieb verliehen. Im gleichen Jahr legte bei dem ewig denkwürdigen klassischen Flugwettbewerb zu Reims Farman schon 180 Kilometer in 3 Stunden und 4 Minuten zurück, während Henry Rougier eine Höhe von 158 Meter erreichte. Die Konkurrenz von Reims war wirksamste Propaganda für das gesamte europäische Flugwesen und hat der Sache sehr genützt. 1910 folgte eine andere bewunderungswürdige Großtat. Der kaum 23jährige Geo Chavez überflog mit einem Blérioteindecker als erster die Alpen. Chavez stammte von peruanischen Eltern ab, aber er wurde in Paris geboren, lebte dort und fühlte ganz französisch. Er stieg am 23. September 1910 mittags in Brig im Wallis auf, überflog in einer Höhe von 2200 Meter und in einer Ausdehnung von zirka 40 Kilometer das ganze Massiv des Simplons. Nach 42 Minuten setzte er in Domodossola in der Lombardei zur Landung an. Wenige Meter über dem Boden brachen ihm die Schwingen. Er verunglückte tödlich.

Bis 1913 steigerten sich fortgesetzt die Flugleistungen der Franzosen. Der Grund hierfür ist zum guten Teil auch darin zu suchen, daß sich in Frankreich rechtzeitig wohlhabende Männer fanden, die bedeutende Summen für die Entwicklung des Flugwesens zur Verfügung stellten, während in Deutschland die Reichen den feuersicheren Geldschrank fest verschlossen hielten. Aus der Fülle prachtvoller französischer Leistungen jener Tage seien einige angeführt. Zunächst die Flüge Roland Garros', der als erster das Mittelmeer überquerte. Sodann der Europaflug Brindejone des Moulinaux', der mit einem Moraneindecker die 4800 Kilometer lange Strecke Paris-Berlin-Warschau-Petersburg-Stockholm-Kopenhagen-Hamburg-Haag-Paris in 8 Tagen ohne den geringsten Bruchschaden zurücklegte; der Europarundflug 1929 war nicht viel länger, die Strecke war nicht schwieriger, vielleicht sogar etwas leichter, und die zur Verfügung gestellte Zeit war nicht kürzer. Schließlich muß noch der unvergeßliche Charles Pégoud erwähnt werden, der als erster Sturz- und Rückenflüge ausführte. Man erinnert sich der Begeisterung, die seine Flugvorführungen in Berlin auslösten. Das war ganz kurz vor dem Krieg. Welch ein Verhängnis, daß die spontane neidlose Solidarität der beiden Nachbarvölker bald darauf in Blut und Haß ertränkt wurde, und welch ein Mahnsymbol für alle Zeiten, daß gerade der eben erst in Deutschland umjubelte Pégoud eines der ersten Kriegsoffer wurde.

Ende 1913 war in Deutschland durch die Nationalflugspende endlich Geld ($7\frac{1}{4}$ Millionen Mark) für das Flugwesen aufgebracht worden. Von da ab gewann Deutschland einen hervorragenden Platz im Flugwesen, und es hat ihn auch während der 4 Jahre Krieg aufrechterhalten. Es ist dies, wenn man sich in die (jetzt schon leider fast vergessenen) Bedingungen des Weltkriegs zurückversetzt, gewiß eine in hohem Maß anerkennenswerte Leistung unserer Konstrukteure, Flieger, Werkmeister und Arbeiter. Auch nach Kriegsende hat Deutschland, trotz allen ihm auferlegten direkten und indirekten Einschränkungen in der zivilen Luftfahrt, deren Entwicklung nun begann, seinen Mann

gestellt. Ein Vergleich zwischen den Leistungen Deutschlands und Frankreichs kann freilich nicht gut gezogen werden, weil Deutschland jegliche Militärfliegerei untersagt wurde, während Frankreich zur Luft außerordentlich stark gerüstet ist und qualitativ oder quantitativ oder gar in beiden Beziehungen noch immer weiter zur Luft rüstet. Zurzeit hält es wahrscheinlich ungefähr insgesamt 4500 Flugzeuge verschiedener Art unter den Fahnen. Von allen Flugleistungen sind Fernflüge die wertvollsten. Es ist bemerkenswert, daß Frankreich gerade hierin respektable Leistungen in großer Anzahl aufzuweisen hat. Aus der Fülle seien nur ganz wenige genannt: Paris-Peking 9780 Kilometer, Paris-Teheran-Paris 14 000 Kilometer, Paris-Madagascar-Paris 15 000 Kilometer. Besondere Achtung nötigt uns der Weltflug der Franzosen Dieudonné Costes und René Le Brix ab (58 400 Kilometer). Unlängst hat Costes zusammen mit Bellonte einen ununterbrochenen Flug von zirka 8000 Kilometer Ausdehnung, von Paris nach der Mandschurei, in ungefähr 51 Stunden ausgeführt. Diese Leistung stellt einen Weltrekord dar. Und am 20. Januar eroberten Costes und Codes 3 Weltrekorde: im Distanzflug, im Dauerflug und in der Geschwindigkeit für Flugzeuge bis 500 Kilogramm Nutzlast für Frankreich. In aller Erinnerung ist und bleibt es, daß französische Flieger als erste den Atlantischen Ozean in der Ost-West-Richtung auf der Norderdhälfte zu überqueren versuchten. Der Erfolg blieb ihnen versagt. Die kühnen Männer ließen ihr Leben. Aber ihr Beispiel wirkte anfeuernd. Erst Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice gelang diese Leistung. Sie ist seit fast 2 Jahren noch nicht wiederholt: Beweis, wie schwierig sie war.

Im Luftverkehr treibt Frankreich heute eine sehr vernünftige Politik. In Anpassung an die Natur des Verkehrsflugzeugs beschränkt sich Frankreich im wesentlichen auf den Betrieb weniger, aber langer Linien. Dadurch, daß Frankreich über viele Kolonien verfügt, fallen seinem Luftverkehr höchst bedeutende schöne Aufgaben zu; denn das Mutterland hat natürlich ein starkes Interesse daran mit seinen Gliedern durch das schnellste Verkehrsmittel verbunden zu werden. Nachstehend die wichtigsten französischen Luftverkehrslinien: London-Paris-Marseille, Paris-Biarritz-Madrid, Paris-Brüssel-Amsterdam, Paris-Köln-Berlin, Paris-Saarbrücken, Paris-Prag-Sofia-Konstantinopel, Paris-Warschau, Paris-Wien-Budapest-Belgrad, Toulouse- (respektive Marseille-) Spanien-Marokko-Französisch Westafrika-Südamerika, Marseille-Algier, Marseille-Beirut, Antibes-Ajaccio-Tunis-Bona. Der Verkehr nach Südamerika wird über den Atlantischen Ozean nur zum Teil mit Flugzeugen betrieben; die Hauptwasserstrecke wird mit Schnellbooten (Avisos) bewältigt. Linien nach Madagascar und nach Indochina sind im Ausbau.

Wenn wir nach diesem kurzen und raschen Streifzug durch die Geschichte der Luftfahrt den Anteil Frankreichs überblicken, müssen wir feststellen, daß die französische Nation die wertvollsten Dienste beinahe allen Zweigen der Luftfahrt in deren schwierigsten Entwicklungsstadien geleistet hat, nämlich zu jenen Zeiten, als es noch gänzlich ungewiß, ja unglaubhaft war, daß die Luftfahrt jemals praktischen Zwecken dienlich gemacht werden könnte. Wer aber die ersten Schritte tut, der hat vielleicht mehr geleistet als die Nachfolger zusammen, auch wenn erst diesen die wesentlichsten Erfolge beschieden wurden. Die Bahnbrecherarbeit, die frische Unverzagttheit, der unbekümmerte Mut, mit dem Frankreich das Banner ergriff und es den Nationen viele Jahre

lang vorantrug, muß man im Auge behalten, wenn man an die Arbeit der Zukunft geht: an die Europaarbeit, in der es ein isoliertes Deutschland ebensowenig geben wird wie ein isoliertes Frankreich. Wie auf anderen Gebieten, so wäre, wie schon eingangs dargelegt, auch auf dem Gebiet des Luftverkehrs und Luftfahrzeugbaus ein enges Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich, für das geistig wie wirtschaftlich die besten Vorbedingungen gegeben sind, sehr zu wünschen. Dieses kann natürlich nur bei völliger Gleichberechtigung von statten gehen. Geht man an eine ernsthafte Kooperation, so werden und müssen die letzten Einschränkungen und Freiheitsbeeinträchtigungen, die der Kriegsausgang dem deutschen Volk gebracht hat, endgültig fallen. »Es gibt ein Recht, das höher ist als alle anderen Rechte: das eines Volkes in Unabhängigkeit und nationalem Selbstbewußtsein zu leben.« Dieses Wort Briands wird der Leitgedanke des sich neugestaltenden Kontinents. Sollte die Luftfahrt, die die Länder einander näher bringt, den Weg Frankreichs und Deutschlands nach Europa verkürzen, so hätte sie allein dadurch einen trefflichen Beweis ihrer Existenznotwendigkeit erbracht.

RAPHAEL SELIGMANN · EINIGE BEMERKUNGEN ZUR GESCHICHTSCHREIBUNG



HARMLOSEN gilt die vorgeschobene Stellung einer Person oder die Auffälligkeit eines Geschehnisses als sicheres Zeichen für das persönliche Verdienst dieser Person und die Gewichtigkeit dieses Geschehens. Erfahrene wissen, wie viele Zufälligkeiten, Nebensächlichkeiten und Äußerlichkeiten hier des öftern mit im Spiel sind, wie wenig mitunter die vorgeschobene Stellung einer Person oder die Auffälligkeit eines Geschehnisses persönlichen Verdiensten in dem einen und inneren Gewichtigkeit in dem andern Fall entsprechen. Aber die Lage ändert sich zusehends, sobald geschichtliche Personen und geschichtliche Begebenheiten in Frage kommen. Hier beginnt der Kundige nicht anders als der Naive zu denken. Alles, was in die Geschichte kommt, alles, was in der Geschichte sich einen Platz errungen, ist beiden eo ipso etwas sehr Wichtiges und Bedeutendes. Dies ist um so weniger berechtigt, als gerade in der Geschichte unzählige Konjunkturen und Verwicklungen mit am Werk sind, um einerseits ganz unwesentliche Erscheinungen persönlicher wie sachlicher Natur in den Vordergrund des Interesses zu rücken und andererseits sehr bedeutende Phänomene in den hintersten Hintergrund zu drängen.

Ganz besonders sind es die Geschichtschreiber, die unter dem fatalen Aberglauben leiden, als sei alles geschichtlich Hervorragende zugleich auch seinem innern Wesen nach bedeutungsvoll; also gerade diejenigen, die sich berufen glauben uns objektiven Aufschluß über den objektiven Verlauf geschichtlicher Prozesse gewähren zu können. Der Geschichtschreiber hat es ausschließlich mit Dingen, Tatsachen und Personen zu tun, die es zu einem gewissen Grad von Notorietät gebracht haben, und verrät einen fast unüberwindlichen Hang alles noch mangelhaft, fragmentarisch und in Umrissen Bekannte nach Muster des ihm Vertrauten und Geläufigen zu deuten und zu beurteilen. Das wäre an sich noch kein Übel. Auch Naturwissenschaftler, Psychologen und Künstler müssen zu allererst und notgedrungen mit Dingen und Menschen hantieren, die ihnen bekannt geworden sind, und auch sie verraten eine starke

Neigung alles noch ungenügend Bekannte nach Muster des genauer Bekannten zu deuten und zu beurteilen, wie es überhaupt in der Natur des menschlichen Verstandes liegt alles noch nicht Gekannte auf bereits Gekanntes zurückzuführen. Allein dem Geschichtschreiber passiert hier etwas, was ihn von dem wissenschaftlich und künstlerisch Tätigen zu seinem Nachteil unterscheidet. Naturwissenschaftler, Psychologen und Künstler operieren mit dem ihnen verfügbaren Stoff an bekannten Dingen, Tatsachen und Personen in schlicht selbstverständlicher Weise, will sagen, ohne mit deren Bekanntheit von vornherein ein besonderes Werturteil zu verbinden, während der Geschichtschreiber in die ihm geschichtlich nahe gebrachten Erscheinungen persönlicher und sachlicher Natur von vornherein ein ganz bestimmtes Werturteil hineinlegt, das nämlich, daß die Begebenheiten und Personen, die ihm bekannt wurden, eo ipso auch bedeutende Begebenheiten und Personen seien.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, zu welch argen Mißgriffen, falschen Einschätzungen und schiefen Beurteilungen eine derartige Haltung den Geschichtschreiber verleiten muß. Der krumme Spiegel der geschichtlichen Konjunkturen, mit dem der Geschichtschreiber bei seinen Beobachtungen und Betrachtungen ahnungslos herumhantiert, ohne dessen verzerrende Wirkungen in Anschlag zu bringen, läßt ihm das einmal mäßige Persönlichkeiten und geringfügige Begebenheiten in unnatürlicher Größe erscheinen und macht ihn das anderemal unempfindlich für bedeutende Persönlichkeiten und Ereignisse, die aus diesem oder jenem nebensächlichen Grund nicht in den Brennpunkt des geschichtlichen Geschehens geraten sind. Er gleicht des öftern jenem oberflächlichen Beobachter, der die Geschichte eines Landes ausschließlich nach der Skandalchronik seiner Zeitungen, oder jenem harmlosen Passanten, der die Geschichte einer Stadt lediglich nach Straßenaufläufen, oder auch jenem seichten Biographen, der die Geschichte eines Menschen lediglich nach seinen Reisen, Prozessen, außerordentlichen Begegnungen und auffälligen Handlungen beurteilen wollte.

Verweilen wir einen Augenblick bei dem letztgenannten Fall. Geschichte ist Darstellung und Wiedergabe eines äußern oder innern Geschehens. Die innere Geschichte eines Menschen ist die Geschichte seines täglichen Kampfs um Erhaltung und Behauptung, seiner Bestrebungen und Leidenschaften, seiner Nöte und Bedürfnisse, seiner Hoffnungen und Enttäuschungen, Leiden und Freuden, Sehnsüchte und Befriedigungen oder, um es ganz kurz zu sagen, die Geschichte seines Schicksals. Darstellung und Wiedergabe eines menschlichen Lebens müßten in erster Linie ihr Augenmerk auf den Verlauf des psychischen Stroms und seiner Etappen und Wendepunkte richten. Da würde es sich herausstellen, daß manche unansehnliche Begebenheit, manche Erfahrung von alltäglichem Charakter, manches äußerlich unwichtige Geschehnis schwerer ins Gewicht fällt als die paar offensichtlichen und auffälligen Geschehnisse.

Auch Völker haben ihre Schicksale. Auch Völker führen einen täglichen Kampf um Erhaltung und Behauptung, auch hier gibt es Bestrebungen und Leidenschaften, Nöte und Bedürfnisse, Hoffnungen und Enttäuschungen, Leiden und Freuden, Sehnsüchte und Befriedigungen. Allerdings gestaltet sich hier die Situation in manch wichtiger Hinsicht ganz anders. Das Innenleben verläuft hier in einer andern Dimension. Wenn hier von Nöten und Bedürfnissen, Hoffnungen und Enttäuschungen, Bestrebungen und Leidenschaften usw. geredet wird, werden damit solche gemeint, die einem Ganzen oder be-

stimmten Schichtungen dieses Ganzen, jedenfalls einer Gruppe in ihrer Totalität gemeinsam sind. Einzelpersonen erhalten hier Bedeutung nicht an sich sondern als Vertreter eines bestimmten allgemeinen Typus. Hauptsache bei alledem bleibt jedoch nach wie vor Darstellung eines Lebensverlaufs, der sich vornehmlich ganz im Stillen abspielt, jedenfalls sich in ein paar augenfälligen, mitunter recht belanglosen Momenten keineswegs erschöpft.

Für den üblichen Geschichtschreiber gibt es nun "bedeutende" Völker, die über eine reiche und glanzvolle Geschichte verfügen, weil sie eben das Glück oder, wenn man will, Unglück haben im Knotenpunkt des politischen Verkehrs zu stehen, "minder bedeutende" Völker, die eine ereignisarme, und "ganz unbedeutende" Völker, die schon gar keine Geschichte haben. Zu solchen bedeutungsarmen oder ganz bedeutungslosen Völkern sollen beispielsweise die Chinesen, teilweise die Inder, die Japaner bis vor etwa 50 Jahren, wie auch beinahe sämtliche halb- und unzivilisierten Völker gehören. Alle jene und ähnliche Völker haben also keine richtige Geschichte gehabt oder haben sie noch bis heute nicht. Wie ist es zu verstehen? Da all jene Völker lebten und leben, müssen sie schon irgendwelche Geschichte besitzen, aber diese Geschichte verlief und verläuft lautlos, ohne sich durch irgendwelche auffällige Taten bekannt gemacht zu haben oder bekannt zu machen. Die Geschichte all dieser und ähnlicher Völker ist deshalb keine Geschichte im richtigen Sinn des Worts, wird möglicherweise der übliche Geschichtschreiber hierzu bemerken, weil sie sich geschichtlich nicht auswirkte und auswirkt, das heißt, weil sie keine Folgen und Konsequenzen für den weitem Ablauf der historischen Ereignisse hatte und hat. Für wen aber hatte sie keine Folgen und Konsequenzen? Für die betreffenden Völker selber und deren Nachbarn doch ganz gewiß, denn jede durchlaufene Phase ihres Lebens beeinflusste die darauf folgende in ganz bestimmter Weise. Aber sie hatte keine Folgen und Konsequenzen für die paar abendländischen Nationen und Staaten, die der übliche Geschichtschreiber in ganz unberechtigter Weise für die allein maßgebenden hält. Nun, auch dies stimmt keineswegs, wenn man der Sache etwas tiefer auf den Grund geht. Die "geschichtslose" Geschichte jener abseits stehenden Völker hatte zweifellos weittragende Bedeutung auch für die abendländische Menschheit, wie wir heute bereits sehen können, aber sie hat sich nicht in vorlauter Weise bemerkbar gemacht, und dies genügt der Geschichtschreibung, um sie als unbedeutend zu charakterisieren. Aus der Fülle der ihm bekannten Daten greift der Geschichtschreiber mit Vorliebe Persönlichkeiten oder Begebenheiten heraus, die sich geschichtlich ganz besonders bekannt machten, das heißt, die durch irgendeine zufällige Welle des historischen Geschehens in den Vordergrund der Beobachtung geschoben wurden. Flugs verbindet er mit dem Begriff bekannt das Werturteil bedeutend, und genannte Persönlichkeiten oder Begebenheiten erhalten dadurch ein Gewicht, das ihnen laut dem wahren geschichtlichen Sachverhalt und der immanenten Logik des Geschehens kaum gebührt. Nunmehr wird der Geschichtschreiber selber ein Opfer seines eingebildeten Gewichts. Gedrängt von diesem wird er in eine Richtung getrieben, die sich von der wahren Sachlage immer mehr entfernt, da er unwillkürlich auch alles andere für bedeutend halten wird, was mit den "bedeutenden" Personen und Begebenheiten irgendwie zusammenhängt, und alles das für unbedeutend, was mit jenen nicht zusammenzuhängen scheint. Und daher kommt es nur zu oft, daß das Bild, das uns der Geschichtschrei-

ber solcher Art vom historischen Geschehen entwirft, immer schiefer wird. Die griechischen und römischen Geschichtschreiber zum Beispiel kannten, wohl das kleine Volk im Land Judäa und mußten es kennen, da sie mit ihm mehr als einmal zusammenstießen. Aber es war ihnen nicht bekannt genug und daher auch nicht bedeutend. So konnte es geschehen, daß sie gar kein Auge für das innere Leben und Weben dieses Volks hatten und für all jene äußerlich unscheinbaren Faktoren dieses Lebens, die für die Geschichte der abendländischen Menschheit später von weitesttragenden Folgen wurden. Was für sie allein von Belang und Bedeutung war, das waren die lärmenden Taten der mazedonischen, persischen und anderen Eroberungszüge, also gerade das, was sich, im Vergleich mit dem geräuschlosen Tun jenes kleinen Volks, für das geschichtliche Leben der kommenden Generationen sowohl im Abend- wie im Morgenland als recht geringfügig erwies. Wollten wir uns ein Bild von der Antike lediglich auf Grund dieser Geschichtschreibung konstruieren, so fiel es recht mangelhaft aus und ließe die Dinge in einem recht einseitigen und daher auch falschen Bild erscheinen; es würden darin all jene Tendenzen fehlen, die der griechisch-römischen Antike so mächtig entgegenwirkten. Wir haben gar keinen Grund anzunehmen, daß die modernen Geschichtschreiber gemeinhin anders verfahren. Sie verfügen zwar über unvergleichlich ergiebigere und handlichere Mittel der Information, aber sie huldigen der gleichen Auffassung und bedienen sich der gleichen Methoden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der politische Geschichtschreiber etwa Anleihe bei der Geschichte der Religion, der Philosophie, der Kunst usw. zu machen habe. (Wiewohl es an sich gewiß nicht schaden würde.) Denn derartige Anleihen würden ihm nicht viel helfen, solange er noch in dem Aberglauben befangen bleibt, daß bekannte Daten eo ipso auch bedeutende Daten seien. Es ist etwas anderes gemeint. Nämlich, daß der Historiker ungefähr und mutatis mutandis wie der Künstler zu verfahren habe, der ganz "unbekannte" und ganz alltägliche Personen und Geschehnisse zum Gegenstand seiner Beobachtung macht. Freilich nicht wie jener "Künstler des Erzählens", der zu irgendeiner erdachten Situation Personen und Begebenheiten hinzukonstruiert oder unbedingt nach Indien fahren zu müssen glaubt, um bedeutende Geschicke vermerken und bedeutende Erlebnisse einheimen zu können (und sie sehr langweilig, weil ohne dichterische Anschauung und dichterisches Miterleben, erzählt), sondern wie jeder richtige Künstler, dem das Schicksal der Person, die innere Logik oder, wenn man will, Unlogik des Geschehens Hauptsache, und die Kunst des Erzählens Nebensache ist (wobei ihm diese Nebensache meistens unvergleichlich besser gelingt als jenem angeblichen Erzählungskünstler, weil er sie nämlich mitempfunden und miterlebt hat). Wer die wirkliche Geschichte Frankreichs während der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts kennen lernen und verstehen will, der könnte aus Zolas Rougon-Macquart weit mehr herausholen als aus der politischen Geschichte des französischen Volks, trotz all ihrer Lebhaftigkeit, Intensität und Vielgestaltigkeit. Und wer die wirkliche Geschichte des vorrevolutionären Rußlands verstehen will, der würde aus den Persönlichkeiten und Ereignissen dieses Landes, die aus seiner Politik bekannt geworden sind, schon beinahe gar nichts gewinnen; hingegen sehr viel für das Verständnis auch der historischen Geschicke dieses Landes, wenn er Einblick in das Treiben und die Lebensschicksale aller jener ganz unbekannteren Tschitschikow, Oblomow, Basarow, Nechljudow, Karamasow usw. nähme, von denen in den Werken der vorrevolutionären russischen

KARL OBERMANN · DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE JUGEND ALS WEGBEREITER FÜR EINE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERSTÄNDIGUNG



SELBST den aus falsch verstandenem Nationalgefühl oder rettungsloser Anglomanie unentwegten Frankophoben dämmert allmählich die Erkenntnis, daß es ohne Verständigung und Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich keine Zukunft Europas gibt. Und so geht man, notgezwungen, daran solche Grundlage zu schaffen. Was aber die Diplomaten am grünen Tisch bewegt vorzubringen und zu verhandeln, das ist nicht minder eine Angelegenheit des Volks, das sind Fragen, von denen das Volksganze bewegt und getragen wird. Das alles ist gleichsam im Volksleben spürbar, und so ist es verständlich, daß namentlich die junge Generation an den Tagesfragen regen Anteil nimmt und in ihrer Art einzuwirken versucht. Wie Jugend überhaupt in ihrer besondern Art die Lage und Fragen der Zeit aufgreift und sie zu ihrer Angelegenheit und ihrer Sache macht, so ist auch die deutsch-französische Verständigung eine besondere Sache der Jugend der beiden Länder geworden.

Deutsch-französische Verständigung bedeutet für einen großen Teil der deutschen Jugend, doch erst recht für einen großen Teil der französischen Jugend, in starkem Maß eine wichtige Aufgabe, der sie sich mit ganzer Kraft widmet. Friedensarbeit ist für die französische Jugend Arbeit für die deutsch-französische Verständigung, sie handelt von ihrem Gesichtspunkt aus, in einer Zusammenarbeit mit Deutschland die Gewähr für einen dauernden Frieden sehend. Andererseits ist es auch die deutsche Jugendbewegung, die bei der Jugend Frankreichs ein intensives Interesse in Anspruch nimmt, wie sie ja auch bei anderen Völkern einen besondern Ruf genießt. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß heute die deutsche Jugend bei der französischen bereits mehr Ansehen genießt als die englische, daß man viel mehr Wert darauf legt mit der deutschen Jugend freundschaftlich zu verkehren. Man will von ihr und ihrer Art hören. Gerade weil der Jugend Frankreichs das Streben der deutschen Jugend etwas gilt, erhofft sie durch eine Zusammenarbeit mit ihr eine bessere Zukunft zum Wohl beider Völker zu erreichen. Deutsche und französische Jugend haben sich tatsächlich da zusammengefunden, mit einander verständigt und ausgesprochen, wo ihre Väter sich gegenseitig bekämpft haben. Die Jugend der beiden Völker traf sich im ehemaligen Kampfgebiet Frankreichs, wanderte zusammen längs den Millionen Gräbern und reichte sich die Hand zur Versöhnung. Die Tage des Mordens hatten der Jugend beider Länder etwas zu sagen, sie wiesen ihr andere Wege, und diese Erkenntnis von der Nichtswürdigkeit des Völkermordens ist es, die die Jugend zusammengeführt hat, um sich unbefangen über das auszusprechen, was war, was ist, und was wird. Es ist der Eindruck des im Krieg Gesehenen und Erlebten, der noch heute der Jugend im ehemaligen Kriegsgebiet vor Augen steht und ihre ganze Haltung bestimmt. Der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung ist geradezu das Ideal für den größten französischen Jugendverband, worauf sich alle seine Arbeit konzentriert. Diese ausgeprägte Friedenshaltung weiter Kreise der französischen Jugend und der französischen Bevölkerung finden wir nicht in gleichem Maß in Deutschland. In Frankreich, beim Anblick der Riesenfriedhöfe und Kriegstrümmer, liegt es

eben näher im Geist der Gefallenen zu leben und den Frieden zu wollen. Das Erlebnis jener Tage ist hier nicht auszulöschen und stärkt die Jugend in ihrer Friedensarbeit. Auch die französische Jugend zeigt in ihrer Haltung diese Verwurzelung mit dem Heimatland, die Liebe zur Erde, die so viel Elend und Blut sah, die Liebe zu allen Toten, die hier ruhen, und aus dieser Liebe heraus erstrebt man den Frieden, liebt man den Menschen und den Deutschen. Die Arbeit der französischen Jugend ist also einheitlicher auf das Ziel einer deutsch-französischen Verständigung gerichtet als die unsrige, dieses Ziel ist ein mit ihrem Leben verbundener Lebensinhalt.

Als Deutschem, der gewohnt ist in nüchterner problematischer Art seinen Idealen nachzugehen, der nicht so schnell Begeisterung einer Sache entgegenbringt, kommt einem der überaus herzliche Empfang bei der französischen Jugend etwas überraschend. Ich wenigstens war sehr erstaunt als Ausländer sofort in dieser überaus liebevollen Art von einer Anzahl französischer junger Menschen empfangen, sogleich vertrauensvoll und brüderlich aufgenommen zu werden, als ob man sich schon lange gekannt hätte. Als ich in Halluin zum Zweck einer gemeinsamen Wanderung durch das Kriegsgebiet französische Kameraden traf, verging mir bald das Gefühl einziger Deutscher unter Fremden zu sein; man war gleich mit einander vertraut, man stand sich nicht kühl und teilnahmslos gegenüber sondern fand sich gleich in einer Herzlichkeit, die regen Anteil und Interesse für die deutsche Jugend und ihre Friedensarbeit bezeugte. Es war ein Sonntagnachmittag, als ich in Halluin ankam und nach einigem Suchen den Weg zum Versammlungsort der französischen Jugend fand. Kaum war ich dort angelangt, gab es solch eine freudige Begrüßung, daß man sich ganz heimisch fühlen konnte. Man merkte: Diese Menschen sind uns keine Fremden, sie leben und fühlen mit uns. Diese Jugend ist nicht mehr die heranwachsende Generation des "Erbfeinds", der Krieg hat sie sehend gemacht, hat jahrhundertalte Täuschung beseitigt. Wer so mit der Bevölkerung und der Jugend dieses Landes in Berührung kommt, wer so mit ihr verkehrt, der weiß, was es mit dieser "Feindschaft" der Nationen auf sich hat. Jedenfalls ist heute das Wort Erbfeind für die junge Generation Frankreichs gegenstandslos geworden.

An jenem Abend war den Kameraden der französischen Jugendvereinigungen, der Jeune République und der Volontaires de la Paix, nichts lieber, als daß ein junger Deutscher bei ihrer kleinen Werbeveranstaltung zugegen war. Es war eine Veranstaltung im Sinn des Friedensgedankens. Fast sämtliche Darbietungen berührten in irgendeiner Weise die deutsch-französische Verständigung, es trat deutlich hervor, daß diese Frage das Kernproblem für den Franzosen ist. Man führte Theaterstücke auf, die an Beispielen aus dem Leben die Stellung der alten Vorkriegsgeneration zur deutsch-französischen Zusammenarbeit zeigten und im Gegensatz dazu auf den Willen und die Arbeit der französischen Jugend für eine solche Zusammenarbeit hinwiesen. In allen Darbietungen des Abends kam dieser Geist der französischen Jugend zum Ausdruck. Der Vorsitzende der französischen Jugendvereinigung lud mich ein einige Tage bei ihm zu bleiben, und so hatte ich Gelegenheit mich weiter mit der französischen Jugend anzufreunden und an ihren Gruppenabenden teilzunehmen. Halluin ist eine kleine Industriestadt an der belgisch-französischen Grenze, ihre Einwohner sind vorwiegend Industriearbeiter. Nach des Tages Arbeit in der Fabrik, im Bureau usw. treffen sich die jungen

Menschen in ihrem Vereinshaus. Die Jeune République und die Volontaires de la Paix sind auch hier wie überall in Frankreich vertreten und rührig tätig. Die letztgenannte Vereinigung der "Friedensfreiwilligen" wurde erst vor einigen Jahren gegründet und soll vornehmlich die jungen Leute im Alter von 14 bis 23 Jahren zu praktischer Friedensarbeit zusammenfassen. Diese Vereinigung ähnelt in ihrer Art ein wenig dem deutschen Wandervogel. Doch ist die französische Jugend ganz anders als die deutsche Jugend. Das Streben nach einer bewußt persönlichen Lebensgestaltung, das in der deutschen Jugendbewegung eine so große Rolle spielte und zum Teil auch noch spielt, ist den jungen Franzosen ziemlich fremd, wie sie sich überhaupt mit ihrer eigenen Art kaum beschäftigen. Worum es ihnen geht, ist ein freundschaftliches Zusammensein im Geist friedlicher Zusammenarbeit. Geselligkeit und Kameradschaft sollen der Herbeiführung einer neuen Gesellschaft, einer Gemeinschaft des Friedens, dienen. Dabei bedarf es gar keiner Erörterung des Friedensproblems. Der Krieg ist für die Jugend im ehemaligen Kriegsgelände eine Tatsache, die sie tagtäglich vor Augen hat. Nur praktische Arbeit (Zeitung- und Schriftenvertrieb, Veranstaltungen usw.) sind ihre Mittel im Kampf für einen befriedeten Kontinent. So sammelt man denn junge Menschen in diesen Vereinigungen, um die Liebe zum Frieden ein Volksgut werden zu lassen. Man spielt und singt, unterhält sich, verteilt Schriften. Es sind besondere Lieder, die in den Kreisen der französischen Jugend entstanden sind; man singt sie bei jeder Gelegenheit, und sie sind der deutlichste Ausdruck der Gesinnung. *Brisons nos chaînes!* Das war das erste Lied, das ich da hörte: eine Aufforderung an die Menschen den Krieg zu überwinden, sich über Grenzen hinweg die Hände zu reichen, wie es denn im Refrain heißt: »Völker, wacht auf, zerreißt eure Ketten, damit die Liebe für immer siege. Stellt die Wiege des Friedens dorthin, wo jetzt Opfer des Krieges ruhen.« Ein ebenso viel gesungenes Lied sagt im Kehrreim: »Es schimmert nach Nacht und Grauen, Völker, wacht auf, es tagt. Kommt, kommt und helft des Friedens frohes Heimatland erbauen.« Ein weiteres Lied, das man gern sang, ist *Der Friede am Rhein* benannt: »Söhne Deutschlands und Söhne Frankreichs, Arbeiter des Friedens und der Liebe, an den Ufern des Rheins wollen wir uns für immer Treue schwören.« Man kann wohl sagen, daß diese Lieder wirklich den Geist der französischen Jugend wiedergeben. Dieser Friedenswille, dessen sicherste Grundlage jeder Franzose in der deutsch-französischen Verständigung sieht, ist ehrlich. Das hat sich in der liebevollen Weise gezeigt, wie man in Frankreich deutscher Jugend begegnete.

Noch mehr aber erwies sich diese gegenseitige Verbundenheit deutscher und französischer Jugend auf einer gemeinsamen 14tägigen Wanderung durch das ehemalige Schlachtgebiet Nordfrankreichs. Als wir Seite an Seite über Felder schritten, wo in verlassenen Schützengräben und eingefallenen Granattrichtern noch der Tod und das Grauen wohnten, wo wir Trümmerstätten furchtbarer Tage begegneten, erkannten wir unsere gemeinsame Aufgabe: für den Zusammenschluß des Kontinents zu arbeiten. Allenthalben begegnete man größeren Kriegsfriedhöfen. Ob es nun deutsche, ob es französische waren, überall das selbe Bild: stumme Kreuze in endlosen Reihen. Wir zogen gemeinsam von Ort zu Ort und von Stadt zu Stadt, überall von der Bevölkerung freundlich empfangen. Überall sprach man mit einander über die furchtbaren Folgen des Kriegs. Das war ein Thema, das die Franzosen angesichts der zahlreichen Kriegstrümmer stets auf der Zunge hatten, um so

mehr, als sie wußten, daß wir gleicher Gesinnung waren. Mit uns wanderten die Friedensfreiwilligen, die die Vorbereitungen zu dieser Wanderung getroffen hatten. Wir fanden mit ihnen ein wirkliches Einvernehmen, eine Kameradschaft, die uns allen etwas zu geben vermochte. Auf dieser Wanderung konnten deutsche und französische Jugend sich wirklich etwas sein. Man war auf einander angewiesen, einer lernte vom andern: die Franzosen von uns, wie man sich beim Wandern einzurichten hat, wir von den Franzosen, wie man unmittelbar und unbefangen sieht, und beide von einander, wie man Trennendes ausschalten, Verbindendes verstärken kann.

Dieses kameradschaftliche Zusammensein, das einander ergänzen half, das uns gemeinsame Stunden der Freude und auch Stunden der Einkehr beim Anblick der unendlichen Gräberreihen brachte, hat zu einem gemeinschaftlichen Erlebnis brüderlicher Bindung an einander, einer Bindung von Volk zu Volk, beigetragen. Unser Weg führte uns über verlassene Schlachtfelder, an eingefallenen Schützengräben vorbei, über unendliche Friedhöfe, und da wußten wir, daß das Vermächtnis der Gefallenen der französischen Jugend eine heilige Sache ist, um dessen willen sie die Toten des Weltkriegs ehrt. Wir standen zusammen auf der Lorettohöhe, vor uns der französische Friedhof mit 34 472 Toten, das Massengrab mit 15 865 Toten, im Tal der deutsche Friedhof mit 36 500 Gefallenen, daneben noch andere Friedhöfe, die ganze Landschaft ein Friedhof, nichts als Kreuze und nochmals Kreuze inmitten kahler verlassener Felder. Hier ist der europäischen Menschheit für ewige Zeiten eine Warnung gegeben worden. Es sollte ihr Damaskus sein, wo sie umkehrt, um entschlossen den Weg zum Vereinigten Europäischen Kontinent einzuschlagen. Die Jugend der beiden Nachbarvölker, die am meisten geblutet haben, ist jetzt dabei diesen Weg zu bahnen.

WALTHER PETRY · ÜBER LANDSCHAFT UND STIL · ZUM WERK DES DICHTERS RAMUZ



CHARLES Ferdinand Ramuz erzählt in einer seiner Novellen von einem Mann, wie er abends vor seinem Haus sitzt, nichts erwartend als das Dunkel, das kommt, und er gibt, um diesen Mann herum, mit Kürze und doch äußerst nachdrücklich, die weitere Landschaft, das Haus und die Felder, die Ebene zwischen den Bergen, darüber den Himmel. Das ist, hier schon, wo es als Kunstmittel noch kaum verwandt wird, von eigentümlicher Wirkung, wie Landschaft nicht als Fond, als Raum, sondern als Gestalt neben anderer Gestalt ausgedrückt wird. Die Landschaft ist das erste, das vor allem Anfang einmal festgelegt wird, nicht lyrisch sondern prosaisch in deutlich beschreibender, umrißstarker Art. Von ihr ab wendet sich der Dichter dem Menschen zu und sieht ihn, ohne Wechsel des Standpunkts, wie er eben noch eine Formation, einen Berghang oder einen Waldzug sah, als ein Geschöpf durchaus seiner bestimmten ausgeprägten Welt. Er beschreibt ein Gesicht wie einen Rasenfleck, gibt seine Farbe, seine Zerklüftungen an, bleibt, wie es scheint, bei der Oberfläche, den Bewegungen, den Veränderungen und erwähnt ein Inneres nur in seinem äußern Ausdruck. Gewinnt man daraus die Meinung, der Dichter sei nicht psychologisch, ist man im Recht. Folgert man, er müsse demnach eine Beschränkung aufweisen, von unserm Interesse etwas entfernt stehen, zu einer heutigen Problematik kaum etwas aussagen, ist man, falls

sich daran eine Wertung knüpft, im Irrtum. Die unbedingte Lebendigkeit aller Bücher Ramuz', der als französisch schreibender Westschweizer und Waadtländer sein ganzes Werk seiner Heimat und ihren Menschen abgewinnt, beweist die nur territoriale Bedeutung dessen, was wir, aus anderer soziologischer Verwurzelung, als den Kreis unseres zeitigen, zeitig problematischen Lebens empfinden. Folglich beginnt, 500 Kilometer südlich Mitteleuropas, jenseits der Berge, die nicht nur als geographische Scheide zu nehmen sind, der Bezirk eines traditionell unerschütterten Lebens, wie es Ramuz beschreibt: des Lebens von Bauern, Weinbauern in ihren Dörfern unterhalb der Berge, mit übererbten Marken und Ordnungen, das an dem, was uns bestimmt, endet, und wo ältere, naturhafte, schlechthin unveränderliche Bestimmungen, wie vor Jahrhunderten so noch heute, zu gelten beginnen.

In der Beschreibung dieser Welt, deren besondere ausgeprägte Figur, deren angestammte Volksart das einzige, immer wieder aufgenommene Thema seines weitschichtigen Werks bildet, gelingt es Ramuz die Enge eines so vom Landschaftlichen, vom Stammesmäßigen her begrenzten Romans mühelos zu sprengen: Die Provinz, das schweizerische Land, baut seine Bücher nur rahmenmäßig ein, bestimmt nur die sinnliche Skala der Beschreibung (die dadurch, daß sie immer wieder dem selben Sujet sich zuwendet, an Intensität und Gewalt gewinnt, was an Weite und Wechsel sie etwa einbüßt), wahrhaft aber ist dieser Boden Urboden menschlichen Geschehens, irdische Ebene, epischer Grund. Dadurch, daß er sich nie an das Detail verliert, seine Farbigkeit nie ein Lokales malt, seine Heimat überhaupt elementaren Charakters ist, gesteigerte Berg- und Waldwelt, und daß er über dieses Massiv des diesseitigen Gevierts noch die Gewalten anderer Welt schickt, stellt der Dichter sein Werk jenseits irgendwelcher Heimatkunst im Bereich des großen europäischen Romans frei. Er beginnt im Engen, aber dies ist allein getreue Bescheidung auf seine Aufgabe. Er hat es, innerhalb dieser Enge, nur mit dem Elementaren zu tun, mit dem einzelnen Vorgang nur als Symbol eines allgemeinen; das Personelle wird ins Dunkle gestellt, das Kreatürliche beleuchtet; das einzelne, nachdem es atmend gebildet, wunderbar belebt wurde, in eine übermenschliche Schicksalsheimat wieder zurückgeschickt. Hier werden die Verhältnisse dieser außerordentlichen Bücher langsam deutlich: Sie haben den geschlossenen epischen Vorwurf, den einfachen Plan, und bilden ihn mit der ganzen Gewalt einer Sprache aus, die aus unverlähmten Wurzeln steigt. Landschaft, Figur, Vorgang sind in diesem Werk visionär, urbildlich, und die Sprache empfängt von hier ihre Bestimmung. Sie dämmt sich, wird langsam geleitet, fließt klar. Das Wort ist eigentümlich: nicht gesucht, gefunden; es steht erhaben wie die blanke Prägung der Münze.

In der 1926 veranstalteten deutschen Ausgabe seiner Werke¹ findet sich, als Einführung gleichsam in die Welt der Romane, ein Novellenband, in dem Stücke aus verschiedenen Epochen des Dichters sich folgen. Hier ist es aufschlußreich die immer stärker werdende Kraft zu beobachten, mit der die Natur und der einfache anonyme Vorgang auf den Dichter überwirken. Das Novellenmäßige tritt zurück, ein Charakter profiliert sich nur typisch, restlos versiegt die Anteilnahme am besondern, nicht alltäglichen Ereignis. Das

1) Zuerst erschienen 1921 3 Bände Ramuz Gesammelte Werke, unter Mitwirkung des Verfassers herausgegeben von Albert Baur, im Rheinverlag in Basel; 1926 kam die Ausgabe in 4 Bänden bei Orell Füssli in Zürich heraus; 2 weitere Bände erschienen bei Curt Weller in Leipzig.

immer Wiederholte, das Geringe, was sonst nur als Kolorit nebenbei der Schilderung aufliegt, wird zum Gegenstand. So im Bauernknecht das Leben des Knechts, die tägliche festgeflochtene Kette seiner Arbeit, beschrieben wie ein Vorgang der Naturgeschichte, der es in der Tat ist, mit völligem Fehlen einer besondern Anteilnahme an der Figur, genau Zug um Zug, stark in Farbe und Rundung. Oder im Stück Weinbauern die Arbeit einer Sippe, der Winzer, wo ganz im Vordergrund und mächtig herausgearbeitet die Landschaft liegt, die Hänge heiß in der glühenden Sonne mit den Reben, ein Kreis, der völlig die Menschen, die in ihn hineingestellt, bezirkt, unveränderlich, den sich folgenden Generationen immer die selben Pflichten aufbürdend. Dennoch: »Andere haben wirklich mehr Glücksfälle, aber hier findest du mehr Größe. Eine Größe leuchtet hier, und gerade in der Gleichförmigkeit steckt sie. Wo viel Abwechslung ist, ist viel Kleinkram. Ein Ding läßt das andere vergessen, und alle schwinden dahin; schön ist aber, wenn nur eine einzige und immer die nämliche Sache da ist, immer die nämliche, wie der Tropfen Wasser, der den Stein höhlt.« Hier bestimmt sich der Dichter die Richtung. Dies ist die Natur, ihre Stetigkeit, ihr langsamer Atem, ihr Gefälle von Stufe zu Stufe die Jahrhunderte hinunter, das Dauernde: dies wird sein Vorwurf. Er übernimmt von ihr seine Methode: die Stetigkeit, die Verbundenheit, langsam und rhythmisch bewegt, die gleichmäßige Zuwendung zu allen Erscheinungen, ihr Nebeneinander, ihr Wachstum aus unsichtbaren Tiefen. Denn es bewegt diese Welt, und gerade, wo sie ganz gesichert erscheint, das Irrationale, das Geisterhafte, es erschüttert und zerschlägt sie.

Dies ist das eine. Das andere die Art, wie Ramuz es gestaltet: sein Stil.

Jeder Versuch solchem Vorwurf empfindungsvoll zu begegnen, mußte an der schroffen Bestimmtheit seiner Figur, die Interpretationen nicht zuläßt, scheitern. Diese Natur ist, fern von Staffage, dämonische Gestalt; von Mächten in ein Äußerstes getrieben, nicht veränderlich, nur deutbar. Sie wächst, jenseits jedes Idyllischen, in der dramatischen Erstarrung ihrer Grate und Alpen ins Absolute, mit solcher Strenge, daß ein wie immer gefälliger, weicher, ja nur geschmeidiger, ausgleichender Stil sie niemals, ohne sie zu fälschen, fassen würde. Ramuz aber, im unablässigen Anschauen ihres Bildes, wurde ihr ähnlich. Seinen Stil durchwaltet das selbe Gesetz: Kargheit, Wucht, Tragizität. Er gibt, so im Roman Das Regiment des Bösen, das Gehege, die umfriedete Welt, eine Welt, deren Wurzeln auf Stein fühlen, und die näher als andere dem offenen Licht liegt. Hier siedelt er die Menschen an, Familien, Dörfer, er bezeichnet ihre Wege, ihr Tagewerk. Alles ist im Gleichen, aber dennoch gibt es, nur wenigen vernehmbar, Zeichen eines sich nähernden Verhängnisses, das der Gleichmut aller Unaufmerksamen nicht ablenkt. Es kommt jemand ins Dorf, siedelt sich an, scheint ein Dorfschuster, ist aber der Böse, der aus dem Hinterhalt Stütze um Stütze ihr gesichertes Leben einreißt; es kommen Seuchen, Unglücke, Fehlschläge, es kommt der Tod in jederlei Gestalt, und erst, nachdem das ganze bisherige Wesen Wurzeln nach oben und brach daliegt, kommt die Erneuerung.

Die Erzählung bewahrt in ihrem Gang und in jeder Phase ihr schicksalmäßiges Diktum. So, wie der Bericht läuft, mußte es kommen, Abwege waren nicht möglich. Die offene oder geheime Führung des Lebens der Katastrophe zu entspricht auch dem Charakter der Welt, der Ramuz in seinem Werk folgt. Er sieht die Menschen als die Geschöpfe ihrer Heimaten,

vom Boden, der sie nährt, und den sie bezwingen müssen, durchgearbeitet bis ins Seelische; auch hier also wie dort die Gefahr der Versteinerung, der Dürre, des Hochmuts, der starren Frevel, die allein durch die einschlagende Welle des Unglücks wieder zum Menschlichen ausgeglichen werden können. Die Größe des Dichters aber bestimmt die Abwandlung seines immer selben Themas. Er ist früh im vollen Besitz seiner Mittel, einer episch ursprünglichen Kraft der Aussage, und wendet sie immer dem selben Punkt zu. Komposition und Methode sind beinahe formelhaft². Fortschreitend gewinnt die Sprache ein Äußerstes an Ausdruck, barer Form, Bindung. Der Text stuft sich in kurze Absätze wie in Verse. Der Roman, gegen andere dieser Zeit und der selben Kunsthöhe gehalten, scheint, in seinem strengen Ausschluß alles Ungefährlichen, wie formalistisch und nahe dem epischen Gedicht, aber innerhalb seiner Blockaden, und von ihnen geschützt, bewahrt er das ganze, ungeschmälerte, irdische und höhere Dasein. Hier ist, von der Landschaft getragen, die ihm den Stoff nicht nur, die ihm im Natürlichen auch die stufige, ausgestaltete Figur vorlebte, ein Dichter am Werk, der in alter, kaum noch möglich scheinender Folge steht.

ADOLF BEHNE · VERKEHR UND TRADITION

MAN kann weder das eine Dogma aufstellen, daß dem Verkehr die Werte der Tradition bedingungslos zu weichen haben, noch das andere, daß der Verkehr um alle traditionellen Werte ausweichen müsse. Es kommt in jedem einzelnen Fall auf das Wesen und auf die Berechtigung des betreffenden Verkehrs an und auf den Wert und Sinn des betreffenden historischen Monuments.

Im allgemeinen überschätzt man bei uns leicht die Massivität des Verkehrs. Selbst Leipziger Platz, Alexanderplatz und Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche stehen einstweilen hinter Place de la Concorde und Piccadilly Cirque weit zurück. Aber wir überschätzen leicht auch den Wert unserer Monumente. Einer gewissen Verkehrspsychose steht ein historischer Sentimentalismus gegenüber. Was wir in Berlin haben, das sind einzelne schöne alte Bauten. Kein Mensch mit Verantwortungssinn wird sie leichtfertig opfern wollen: Brandenburger Tor, Zeughaus, Schloß, Bauakademie, ich brauche nicht alles einzeln aufzuführen. Aber wir haben kaum irgendeinen Straßenzug, kaum irgendeinen Platz, der wahren Denkmalswert im guten Sinn besitzt. Sie sind alle schon in den Gründerjahren, dann in wilhelminischen Jahren und zuletzt in Inflationsjahren verdorben. Weder sind die Linden, noch der Pariser Platz noch der Gendarmenmarkt heute wirklich einheitliche Monumente, auch für die Wilhelmstraße kann man das kaum noch behaupten. Einzelne gute schöne Bauten, aber sie alle sind schon ohne historische Atmosphäre; sie sind, seien wir offen, nicht mehr Bestandteile der Stadt sondern versprengte Raritäten. Aber erst die künstlerische Atmosphäre, die Beziehung zum Ganzen macht das Monument wertvoll und erhaltenswert. Es ist da ein ungeheurer Unterschied zwischen Paris und Berlin. Place Vendôme, Place des Vosges, das sind noch ganz geschlossene Baugruppen, vollkommene Einheiten und noch immer organische Teile der Stadt. Für derartiges zu kämpfen und auch Opfer zu bringen, das hat in der Tat seinen guten Sinn.

² Es sei an dieser Stelle an den Zusammenhang des Wadtländers mit dem geistigen Europa erinnert, der sich im Bereich der Musik vollzog: Ramuz schrieb den Text zu Strawinskis Geschichte vom Soldaten.

Nun kann man sagen: Wenn Berlin durch die Sünden der Väter so arm an Denkmälern geworden ist, muß es die paar erhaltenen Dinge doppelt gut schützen. Gewiß. Nur darf man dann nicht alles, was ein bißchen Grünspan angesetzt hat, gleich wichtig nehmen. Bei dem aber, was man erhält, konserviere man nicht das umgrenzte Objekt sondern schaffe ihm produktiv, nicht antiquarisch sondern von der Gegenwart aus, die atmosphärische Umwelt.

Ein Beispiel, wie es gemeint ist: Es genügt nicht das Brandenburger Tor stehen zu lassen. Es hat nur einen künstlerischen Sinn mit dem Pariser Platz, mit bestimmten Maßen und Verhältnissen. Läßt man nun an diesem Platz weiterhin eine Wald-, Weg- und Wiesenbauerei zu (Hotel Adlon, Länderbank), dann reiße man das Tor nur ab; denn wenn es auch stehen bleibt, wird es bei diesem Verfahren bald erledigt sein. Ich sage nun absolut nicht: Es soll hier überhaupt nicht neu gebaut werden. Es soll durchaus nach Notwendigkeit neu gebaut werden, aber aus dem Sinn eines bestimmten künstlerischen Ensembles heraus, wobei Beschränkungen in irgendeinem stilistischen formalen Sinn ganz bedeutungslos und, wie die Erfahrung lehrt, eher schädlich als nützlich sind. Das, worauf es ankommt, läßt sich in ästhetische Polizeivorschriften nicht fassen. Es hilft hier nicht "Anpassung", sondern einzig und allein die beste künstlerische Qualität, jene vollkommenste Gegenwartsleistung, die im Bewußtsein der Verantwortung nicht nur *sich* baut sondern den Platz, das Ganze. Wie man für die Spittelkolonnaden in einen Kampf eintreten kann, ist mir unerfindlich. Ein unbedeutendes Gelegenheitswerk, an seinem Platz längst verödet, hilflos, anmutlos, weil von seinem kulturell-künstlerischen Milieu nichts erhalten blieb, eine verstaubte Sache. Hier hat es meines Erachtens der Verkehr leicht zu sagen: Ich bin wichtiger. Aus unserer geistigen Vorstellung Berlin verschwindet mit diesen paar Säulen nichts. Man kann sie nicht in einem Atem etwa mit dem Brandenburger Tor nennen. Das ist wirklich ein Bestandteil der Stadt, und sein Fall ließe eine Lücke. Also muß es auf jeden Fall, um jeden Preis gehalten werden? Man darf es jedenfalls nicht ohne zwingendste Notwendigkeit opfern. Solange es sich nur darum handelt, daß durch die Erhaltung des Tors den Autos und Autobussen der Weg vom Schloß zum Knie um 1 Minute oder auch um 2 $\frac{1}{2}$ Minuten verlängert wird, würde ich sagen: Das ist der Bau wert; mag der Herr Generaldirektor etwas früher seinen Wagen vorfahren lassen. Aber wenn nach allen ehrlichen Versuchen einer Verkehrsverbesserung Menschen durch das Tor zu Schaden kommen, dann würde ich sagen: Das Tor muß weichen. Also es handelt sich um ein Abwägen von Fall zu Fall.

Wie oben erwähnt, bleibt der Berliner Verkehr einstweilen weit hinter Paris und London zurück. Trotzdem darf man ihn nicht bagatellisieren. Er wächst in schnellem Tempo, und der kluge Mann baut vor. Als die Königskolonnaden aus der Königstraße weichen mußten, gab es auch einen "Vandalismus"skandal. Aber kann sich heute jemand überhaupt vorstellen, daß diese Säulen da noch immer im Menschenstrom des Alexanderplatzes stünden?

Und noch eines. Die unentwegten Traditionalisten vergessen immer das eine: Alle jene Baumeister, deren Werke sie bedingungslos erhalten wissen wollen, haben, um eben jene Werke bauen zu können, selbst früheres Kunstgut niedrigerissen. War das nicht auch Vandalismus? Sind denn Gontards Spittelkolonnaden von Ewigkeit her? Zuvor war dort die romantisch ehrwürdige

Wildnis kurfürstlicher Wehrgräben. In den Augen damaliger Provinzialkonservatoren war es doch eine Barbarei, daß hier aus nüchternen Verkehrsrücksichten von Gontard eine Brücke geschlagen wurde. Die Brücke für den Verkehr von 1776 zu bauen ist kein Vandalismus; sie für den Verkehr von 1930 zu verbreitern ist Vandalismus. Und vor dem kurfürstlichen Wehrgraben waren dort einmal Wald, Wiese, Feld. Wer hat mit dem Vandalismus angefangen? Der Säulensammler weiß Bescheid: Was die Früheren für ihre Ansprüche bauten, ist klassisch, was die Lebenden für ihre Ansprüche bauen, ist vandalisch. Erlaubt ist, was einmal war.

Charakteristisch für die Naivetät, in der viele *laudatores temporis acti* mit zweierlei Maß messen, war ein, Thi gezeichneter, kleiner Aufsatz in der *Vossischen Zeitung* vom 25. Juni 1929. Dort wurde mit jenen Barbaren und Vandalen abgerechnet, die Schinkels Reithalle nicht zu erhalten verstanden, und wenige Zeilen später hieß es: »Es fehlt nur 1 an 100 Jahren, da bekam der Geheime Oberbaurat Karl Friedrich Schinkel vom Prinzen Heinrich von Preußen den Auftrag das einstige Palais Vernizobre am Ende der Kochstraße von Grund aus umzubauen.« Nimmt Thi für das alte Palais Vernizobre Partei? Nein, er findet es gut, daß Schinkel es von Grund auf umbaute. Er kann sich nun nicht gut auf Schinkel berufen, wenn er die bedingungslose Erhaltung des Alten fordert. Sind nur diejenigen Barbaren, die Schinkel antasten, oder war es auch Schinkel, der das Palais Vernizobre antastete, und der, man denke an die leidenschaftlichen Proteste, wenn irgendwo ein Baum einem modernen Bau weichen soll, »in dem herrlichen Park, der zu der Besitzung gehörte, einige Wirtschaftsgebäude und eine Reithalle errichtete«? Thi wird vielleicht sagen, daß Schinkels Bau wertvoller wurde als es das alte Palais war. Gut. Aber ist es wirklich undenkbar, daß der Bau, dem die Spittelkolonnaden weichen, die Säulen Gontards an Wert übertrifft? Eine Zeit, die daran verzweifelte, sollte freilich das Bauen überhaupt sein lassen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Walther Pahl

Öffentliche Aufträge Daß die Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft oder ihre schematische Drosselung zu einer Lebensgefahr für die Gesamtwirtschaft werden muß, wird deutlich, wenn man sich die Höhe der Sachaufträge von Reich, Ländern und Kommunen an die Privatwirtschaft vergegenwärtigt. Im Jahr 1927 betragen die erfaßbaren Sachaufträge von Reich und Ländern allein 3381 Millionen Mark. Die Aufträge sämtlicher kommunalen Körperschaften belaufen sich nach den Haushaltsplänen von 1928 und 1929 auf etwa 5 Milliarden Mark. Die Öffentliche Hand läßt also der privaten Wirtschaft Aufträge in Höhe von insgesamt etwa 8,5 Milliarden Mark zukommen. Wie verteilen sich die Aufträge der Kommunen auf die einzelnen Wirt-

schaftszweige? Die von den Städten über 50 000 Einwohner gegebenen Aufträge in Höhe von 5 Milliarden Mark gliedern sich wie folgt:

Gegenstand	Wert der Aufträge	
	absolut (in Millionen Mark)	in %
Gas-, Elektrizitäts- und Verkehrswirtschaft (ohne Brennstoffe)	1870	37,4
Kohlen und sonstiger Heizbedarf	1005	20,1
Baustoffe und ähnliches	750	15,0
Bureau- und Einrichtungsgegenstände	415	8,3
Lederwaren, Textilien und Bekleidung	190	3,8
Chemikalien usw.	135	2,7
Lebensmittel und Futtermittel	635	12,7

Dem Arbeitsmarkt erwüchse eine ungeheure Belastung, wenn die öffentlichen Arbeiten in Deutschland gedrosselt würden.

Sächsische Werke

Dem Sächsischen Landtag ging eine Regierungsvorlage zu, in der die Übernahme von Aktien der Sächsischen Werke, die heute zu 100% dem Staat gehören, durch die Gemeinden oder Gemeindeverbände vorgesehen ist. Voraussichtlich wird zu diesem Zweck nach und nach eine Verdopplung des Grundkapitals der Gesellschaft nötig werden, das zurzeit 100 Millionen Mark beträgt. Mehr als 50% des jeweiligen Grundkapitals darf der Staat aber nicht abgeben. Den Gemeinden sollen die Gemeindeverbände und die Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts gleichgestellt werden, deren sämtliche Anteile sich im Besitz von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder des Staats befinden. An die Gemeinden werden nur Namensaktien ausgegeben, deren Veräußerung an die Zustimmung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke gebunden ist. Der Vorlage liegt der Gedanke zugrunde die sächsischen Gemeinden, die die Stromkonsumenten der Sächsischen Werke sind, enger mit dem Stromlieferanten zu verbinden und damit eine reibungslosere und möglichst auch billigere Versorgung der Konsumenten zu erzielen. Sachsen folgt mit seinem neuen Projekt dem Beispiel der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft, die vor kurzem beschloß bis zu 26% ihres erhöhten Kapitals den preußischen Gemeinden zu überlassen.

Österreich

Wilhelm Ellenbogen trat am 1. Januar in dem österreichischen Gewerkschafts-

organ Arbeit und Wirtschaft mit aller Deutlichkeit für die Kommerzialisierung der Bundesbetriebe ein. Er verteidigte sie gegen gewisse Bestrebungen der neuen Regierung die Verselbständigung der Bundesbetriebe wieder aufzuheben, indem er die wirtschaftlichen Ergebnisse der bisher kommerzialisierten Bundesbetriebe hervorhob. Sie seien auch hier nachstehend wiedergegeben.

Für das Salzmonopol wurden am 21. Oktober 1925 neue Satzungen erlassen, die eine Führung dieses Monopols nach kaufmännischen Grundsätzen usw. gewährleisten sollen. Der Erfolg dieser Umstellung auf eine kaufmännische Betriebsführung geht daraus hervor, daß die Produktion von 0,67 Millionen Meterzentner im Jahr 1924 auf 0,78 Millionen gestiegen ist, der Betriebsgewinn von 5,9 auf 15,24 Millionen Schilling.

Durch das Bundesgesetz vom 28. Juli 1928 sind die Bundesforste zu einem eigenen Wirtschaftskörper zusammenge-

faßt worden. Die Betriebserfolge bestehen in einem jährlichen Steigen der Betriebsüberschüsse und einem jährlichen Sinken des Sachaufwands. Der Betriebsgewinn ist von 1,1 auf 1,7 Millionen Schilling gestiegen, der Sachaufwand von 0,4 auf 0,2 Millionen gesunken.

Beim Tabakmonopol wurde im Jahr 1927 der Tabakeinkauf im Orient kaufmännisch organisiert. Der Staat ist damit von den Einkaufsgeschäften, die weit verzweigte Rechtsbeziehungen herstellen, entlastet worden. Das Resultat dieser kaufmännischen Verselbständigung besteht in der Erzielung größerer Ersparnisse und besserer Qualität und Sortierung des Materials.

Mit Gesetz vom 19. Juli 1923 wurde die Kommerzialisierung der Bundesbahnen beschlossen. Diese Unternehmung hat im Aufnahmejahr einen Verlust von 53,4 Millionen Schilling zu verzeichnen gehabt und wird im Jahr 1929 einen Betriebsüberschuß von rund 54 Millionen Schilling ausweisen können. Im Lauf weniger Jahre haben also die Bahnen eine Ersparnis bis zu 107 Millionen jährlich erzielen können. Dabei ist der Wert des Vermögens durch Investitionen bis zum Jahr 1927 um 267 Millionen Schilling vermehrt worden. Das Gleichgewicht im Bundesbahnbetrieb ist voll erreicht; denn es wurde in den letzten Jahren sogar schon ein kleiner Reingewinn in Höhe von 0,1 bis 0,2 Millionen Schilling erzielt. Außerordentlich gestiegen ist die Personalleistung; während im Jahr 1924 auf 1 Million Wagenachsenkilometer 58,6 Bedienstete entfielen, waren es im Jahr 1928 deren 44,5.

Tschechoslowakei

Der Staat ist in der Tschechoslowakei der größte Unternehmer des ganzen Landes. Seine Unternehmungen umfassen vor allem die Eisenbahnen, Post, Berg- und Hüttenwerke, Wälder und Güter, Tabakmonopol, Bäder, Druckereien, Münzamt, Flugzeugfabriken usw. Das Budget der gesamten Staatsbetriebe weist für 1930 Ausgaben von 8833 Millionen Kronen und Einnahmen von 10396 Millionen aus, so daß der Reingewinn 1563 Millionen beträgt. Für den Haushalt der öffentlichen Unternehmung ist in erster Linie die Tatsache wesentlich, daß mit dem neuen Budget ein guter Schritt in der Richtung der Selbstfinanzierung getan worden ist. Die Selbstfinanzierung wird auf 2 verschiedenen Wegen angestrebt. Einerseits sollen in höchstem Maß die toten Kassenbestände fruchtbar gemacht werden, indem man Teile von

ihnen zur Bestreitung von Investitionen verwendet. Andererseits verzichtet die Staatskasse auf einen großen Teil der Betriebsüberschüsse, die die Unternehmungen liefern, damit diese ihren Investitionsaufwand aus eigenen Gewinnen bestreiten können. Trotz diesen auf erhöhte Selbstfinanzierung gerichteten Tendenzen ist aber die Deckung von Investitionserfordernissen im Anleiheweg nicht vermindert sondern im Gegenteil sogar erweitert worden. Die Investitionsausgaben der staatlichen Unternehmungen sollen allerdings für 1930 von 640 auf 1212 Millionen gesteigert werden. Für die Deckung des Investitionsmehrbedarfs ist eine Ausdehnung der Anleiheoperationen um 75 Millionen geplant. 89 Millionen sollen durch Mehrüberweisungen aus dem eigenen Reingewinn, 245 Millionen durch Heranziehung brachliegender Kassenreserven, 152 Millionen durch Mehrüberweisungen des Staats aus der Verkehrssteuer gedeckt werden.

Die beiden größten auf Gewinn angelegten Staatsunternehmungen sind die Eisenbahnen und die Tabakregie.

Nunmehr will man auch die Wälderverstaatlichung ohne Verschleppung durchführen. Sie soll Ende dieses Jahres beendet sein; im Notfall will man zur exekutiven Übernahme der Besitzungen schreiten. Zunächst werden die Schwarzenbergschen Wälder in Südböhmen verstaatlicht. Sie umfassen 110 000 Hektar, von denen 55- bis 60 000 zu einem Preis von durchschnittlich 1000 bis 1200 Kronen pro Hektar beschlagnahmt werden, wobei das staatliche Bodenamt einen Überschuß von 22½ Millionen Mark erzielt. Neben den Schwarzenbergschen Wäldern sollen auch die in Böhmen liegenden Besitzungen von Liechtenstein, Thurn und Taxis, Loewenstein, Metternich und Czernin enteignet werden.

England

Die britische Regierung hat einen Wirtschaftsrat geschaffen und damit eine besonders von der Liberalen Partei propagierte Forderung verwirklicht. Der Wirtschaftsrat steht unter dem Vorsitz des Premierministers und umfaßt die 4 wirtschaftspolitischen Minister ex officio. Es steht dem Ministerpräsidenten frei weitere Minister und einen nicht umschriebenen Kreis von Sachverständigen in den Wirtschaftsrat aufzunehmen. Dem Rat ist die Aufgabe gestellt »die Regierung in wirtschaftlichen Fragen zu beraten«. Er soll weiter »ständige Untersuchungen über die Entwicklung von Handel und Industrie, die Ausnutzung

der Hilfsquellen des Staats und des Reichs, die Folgen der Gesetzgebung und der Wirtschaftspolitik im In- und Ausland, sowie alle Fragen des heimischen, imperialen und internationalen Wirtschaftslebens vornehmen, die für die Prosperität des Landes von Belang sind«. Der Wirtschaftsrat hat ein Sekretariat eingesetzt, zu dessen 1. Sekretär Thomas Jones, bisher Stellvertretender Sekretär im Labourkabinett, ernannt worden ist. Ihm stehen 2 ökonomische Sekretäre zur Seite, und zwar Hubert Henderson, bisher Leiter der Londoner Nation, und G. D. H. Cole, der Gildensozialist. Der englische Wirtschaftsrat wird vorläufig im wesentlichen eine kleine Gutachterstelle sein; er kann noch keineswegs mit dem deutschen Reichswirtschaftsrat verglichen werden, der selber auch nicht viel mehr als ein Konzessionsgebilde ist und seiner wirklichen Ausgestaltung immer noch harret.

Vereinigte Staaten von Amerika

In dem Augenblick, in dem die deutsche Industrie eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Wirtschaftsfreiheit verlangt, haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika durch die Börsenkrise zu Maßnahmen gezwungen gesehen, deren Durchführung den Aufbau einer staatlichen Planwirtschaft anzeigt. Der Präsident Herbert Hoover plant für die nächsten Jahre große öffentliche Arbeiten zur Behebung einer drohenden Arbeitslosigkeit durchzuführen. Die öffentlichen Organe, denen die Leitung dieser Arbeiten zusteht, sollen dabei mit den privaten Unternehmern zusammenarbeiten. Hoover lud verschiedene Gruppen von Wirtschaftsvertretern zu einer Besprechung ein. Die Vertreter der Eisenbahnen sagten ihm sofort ihre Unterstützung in der Form eines umfassenden Erweiterungsprogramms zu. Der Ausbau der öffentlichen Wirtschaft bedeutet produktive Erwerbslosenfürsorge.

In den Vereinigten Staaten gibt es zurzeit mehr als 1000 Eisenbahngesellschaften. Durch Gesetz vom Jahr 1920 wurde der Betrieb der Eisenbahnen wieder der Privatwirtschaft überlassen. Zugleich aber wurden der Interstate Commerce Commission, der staatlichen Aufsichtsbehörde in Verkehrsfragen, bedeutende Kompetenzen in Tariffragen eingeräumt. Die Kommission legte nach 5jähriger Arbeit nunmehr einen Plan zur Zusammenfassung der amerikanischen Eisenbahnen in 21 verschiedene Systeme vor. Ohne wesentliche Berücksichtigung der privatwirtschaftlichen Interessenten sol-

len viele kleine Gesellschaften zwangsweise an große Konzerne angeschlossen werden. Der Staatssozialismus befindet sich also in Amerika im Vormarsch. (In Deutschland begegnet dem Gedanken der Zwangssyndizierung, aus der eine organisch gestaltete Wirtschaft im Sinn der Vorschläge der Sozialistischen Monatshefte entstehen könnte, in der Öffentlichkeit zumeist immer noch Verständnislosigkeit oder Ablehnung.)

Totenliste Am 3. Februar starb in Rom der Minister für Öffentliche Arbeiten *Michele*

Bianchi an einer Nierenentzündung. Bianchi war, wie auch Mussolini, aus der Sozialistischen Partei hervorgegangen und galt als sein zuverlässigster Mitarbeiter. Sein Name wird mit der Geschichte der fascistischen Bewegung insofern aufs engste verknüpft bleiben als er einer der Quadrumviren des Marsches auf Rom war. Er bekleidete dann später zahlreiche Ämter in der Fascistischen Partei und in der Regierung; er wurde auch Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und seit der letzten Kabinettsumbildung Minister für Öffentliche Arbeiten. Bianchi wurde unter besonders großen militärischen Ehren zu Grabe geleitet; Mussolini selbst richtete an die Schwarzhemden ganz Italiens einen Nachruf, in dem er Bianchi den »Besten unter uns« nannte.

Kurze Chronik Die reichseigenen *Elektrowerke* bringen wieder 8% Dividende an 60 Millionen

Mark in Vorschlag. Im vorigen Jahr wurde das Kraftwerk Zschornowitz auf eine Leistungsfähigkeit von 440 000 Kilowatt gebracht. Auch die Kapazität der Kraftwerke Trattendorf und Lauta ist gesteigert worden; sie beträgt jetzt 160 000 respektive 130 000 Kilowatt, so daß die Gesamtleistungsfähigkeit der 3 Kraftwerke der Gesellschaft auf 730 000 Kilowatt oder 1 Million Pferdestärken gekommen ist. Die Stromabgabe ist von 2 auf 2,3 Milliarden Kilowattstunden 1929 gestiegen. ◊ Die installierte Leistung der Wasserkraftanlagen der Schweiz betrug Ende 1928 2,17 Millionen Pferdestärken. Davon entfallen auf Privatwerke einschließlich Genossenschaften 874 000 Pferdestärken = 40%, auf Gemeindewerke 198 000 Pferdestärken = 9%, auf kantonale Werke 782 000 Pferdestärken = 36%, auf Kraftwerke des Bundes 315 000 Pferdestärken = 15% der installierten Leistung. 60% der schweizerischen Elektrizitätswirt-

schaft befinden sich also in Öffentlicher Hand. ◊ Die Regierung *Estlands* beschloß eine staatliche Benzinfabrik zu errichten, die mit Hilfe des Krackverfahrens aus Brennschieferöl 60% des einheimischen Benzinbedarfs decken soll.

Literatur

Der Arbeit *Oskar Austs* Die Reform der öffentlichen Verwaltung in Deutschland /Berlin, Askanischer Verlag/ wurde vom Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen ein Preis zuerkannt. Der Grundgedanke, von der die Arbeit getragen wird: daß nämlich eine gründliche Reform der öffentlichen Verwaltung eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Überwindung der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes ist, ist durchaus richtig. Aust schlägt vor ein Reichsermächtigungsgesetz zu erlassen, auf Grund dessen »ein Verwaltungsreformer« ernannt werden soll. Es wäre besser gewesen, wenn er sich darauf beschränkt hätte die Richtung anzuzeigen, in der seiner Auffassung nach eine Reform der öffentlichen Verwaltung zu erreichen wäre. ◊ In den Wirtschaftsrechtlichen Abhandlungen /Mannheim, J. Bensheimer/ veröffentlichte *Gerhard Sigloch* eine Arbeit Die Unternehmungen der Öffentlichen Hand. Zum erstenmal wird hier das Gebiet der öffentlichen Unternehmungen nicht unter verwaltungs- sondern unter organisationsrechtlichem Gesichtspunkt betrachtet. Eine Durchleuchtung des Gebiets unter diesem Aspekt war notwendig. Sigloch arbeitet sehr gründlich die einzelnen Typen der Unternehmungen der Öffentlichen Hand heraus. Überall wird dabei untersucht, inwieweit Öffentliches Recht und inwieweit Privatrecht die rechtliche Organisation der einzelnen Typen bestimmt. ◊ Beachtung verdient die Arbeit *Reinhold Georg Quaatz* Sicherheit und Wirtschaft bei der Reichsbahn /Berlin, Reimar Hobbing/. Quaatz ist ein guter Kenner der Eisenbahnpolitik. Er hat lange Jahre im Eisenbahndienst gestanden und ist heute Verkehrsreferent im Reichstag. Seine Darstellung gründet sich vor allem auf die Ergebnisse der Prüfung des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit bei der Reichsbahn sowie des vom Verkehrsminister gebildeten parlamentarischen Informationsausschusses. Quaatz erwartet eine Beseitigung der Reichsbahnnot nur durch die Befreiung der Reichsbahn von der ausländischen Kontrolle, die ihr eine planmäßige Finanzpolitik unmöglich mache.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Anleihen Die mit der Umgestaltung des Reparationsplans eingeleitete Änderung des Reichsbankgesetzes bringt auch eine gewisse Erleichterung der Lombardbestimmungen. Während nach dem Gesetz von 1924 langfristige Schuldverschreibungen des Reichs offiziell nur mit besonderer Ermächtigung des Generalrats beliehen werden konnten, und nur, wenn außer dem als Pfand hinterlegten Papier 2 Verpflichtete, darunter eine Bank, hafteten, sind künftig Anleihen und Schatzanweisungen des Reichs voll lombardfähig. Auch den langfristigen Länderanleihen wird nunmehr die Lombardfähigkeit verliehen. Es ist deshalb bemerkenswert, daß nach dem ursprünglichen Wortlaut der geänderten Bestimmungen die langfristigen Schuldverschreibungen der Kommunen von der Lombardierung ausgeschlossen bleiben sollen. Da ihre Lombardfähigkeit vor 1924 keine ungünstigen Erfahrungen gebracht hat, liegt für solche Schlechterbehandlung kein sachlicher Grund vor. Die Städte werden dadurch geschädigt, da die Lombardfähigkeit den Papieren eine erhöhte Liquidität verleiht, und dieser Umstand beeinflußt den Kursstand und die Emissionsbedingungen. Der Reichsrat nahm denn auch den Antrag des Berliner Bürgermeisters an, nach dem Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften in Sachen der Lombardierung ebenso behandelt werden sollen wie die des Reichs und der Länder. Da die Reichsbank trotz genereller Bestimmung doch jede einzelne Emission als lombardfähig erklären muß, ist die Bestimmung auf jeden Fall ungefährlich. Die Reichsregierung wird aber dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen. Sie begründet ihre Haltung mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Finanzlage einer Reihe von Körperschaften und Kreditanstalten und damit, daß die Mittel der Reichsbank zunächst vor allem für die Finanzbedürfnisse des Reichs bereitgehalten werden müssen. Also keine grundsätzliche Ablehnung einer Gleichstellung der Städte.

Wichtiger als alles dies ist eine grundsätzliche andere Anleihepolitik, die nicht nur auf die Anleihe selbst sondern vor allem auch auf den Anleihegeber sieht. Sie muß von dem Gedanken geleitet werden, daß wir Anleihen nur da aufnehmen sollen, wo die Möglichkeit produktiver Zusammenarbeit gegeben ist, nicht da, wo die Gefahr der finanziellen

Abhängigkeit droht: also, konkret gesehen, nicht in Amerika sondern auf dem europäischen Kontinent. Hier beginnt der Zusammenhang der kommunalen Anleihepolitik mit der außenpolitischen Orientierung des Reichs.

Steuerreform Am 1. Verhandlungstag der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, die am 10. und 11. Januar in Freiburg stattfand, entwickelte Gustav Stolper vor führenden Kommunalpolitikern sein Finanzprogramm. Sein Ziel ist in besonderem Maß verstärkte Kapitalbildung, etwa eine Steigerung um 2 bis 3 Milliarden Mark, die durch völlige Umlagerung des Steuersystems erreicht werden soll. Für die Gemeinden unmittelbar wichtig sind besonders die Vorschläge für die Umgestaltung des Finanzausgleichs. Dem Reich sollen die direkten Steuern, den Gemeinden die Verbrauchssteuern, insbesondere die Steuern auf entbehrliche Genußmittel zustehen. Das würde die Steuerseite der Gemeinde-etats vollständig verändern. Dort spielen heute die Überweisungsanteile an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer die Hauptrolle. Nach Stolper ist die Einkommensteuer eine Abbausteuer, die Beteiligung an ihr sei deshalb für die Gemeinden gar nicht so vorteilhaft. Die Gewerbesteuer will Stolper fast völlig aufheben; nur eine engumgrenzte Lohnsummensteuer soll bleiben. Neue Einnahmequelle für die Gemeinden soll neben einer Getränkesteuer die Hauszinssteuer durch Umgestaltung zu einer progressiven Mietsteuer werden. Diesem Gesamtplan gegenüber ist einzuwenden, daß er mit geradezu fanatischer Einseitigkeit die Kapitalbildung lediglich durch Steuerumbau vornehmen will, über tiefliegende Ursachen der Kapitalverknappung hinwegsieht und andere Mittel ihrer Behebung einfach unbeachtet läßt. Mit solcher einseitigen Zieleinstellung wird nur der Blick auf gefährliche Weise von den schlimmen Fehlern in Wirtschaft, Verwaltung und Politik abgelenkt.

Auf der Tagung ging man gerade auf diese gar nicht ein. Man wandte sich nur gegen die Einzelpunkte des Stolper'schen Plans, betonte, daß die Einkommensteuer keineswegs als Abbausteuer anzusehen, daß ein Abstellen des Gemeindehaushalts in erster Linie auf die konjunkturrempfindlichen Verbrauchssteuern gefährlich sei. Die völlige Aufhebung der Gewerbesteuer wurde

einmütig abgelehnt. Man muß den vorgetragenen Gründen hinzufügen, daß die Einkommensteuer wohl auch als Instrument des Lastenausgleichs kaum entbehrt werden kann. Was die verlangte Aufhebung der Gewerbesteuer betrifft, so hat der Staat die Pflicht sich durch recht zwingend formulierte Sätze nicht blind machen zu lassen; er hat im Fall einer Gewerbesteuerreform die Aufgabe eine gründliche Untersuchung des Verhältnisses von Anlagekapital, Umsatz und Gewinn im Gewerbe durchzuführen. Daß vor allem in Preußen die Ertragssteuern zu sehr angespannt worden sind, ist allgemein anerkannt; hier wird die schon längst geplante Reichsrahmenreglung die notwendige Änderung bringen. Zum Grundgedanken einer progressiven Mietsteuer ist zu sagen, daß diese eine Form der Aufwandsbesteuerung darstellt, die dem Einwand der Kapitalzerstörung kaum ausgesetzt ist. In der Einzelausführung würde aber auch diese Steuer von den Stolperschen Plänen stark abweichen müssen. Sie als reine Gemeindesteuer einzuführen wäre verfehlt, denn die Ertragskraft der Städte ist gerade hier so verschieden, daß eine völlig freie Differenzierung nach den lokalen Bedürfnissen nicht zu tragen wäre. Übrigens stehen der Einführung einer allgemeinen progressiven Mietsteuer, die selbstverständlich ein weites Minimum steuerfrei lassen muß, zurzeit zu große Schwierigkeiten entgegen; das Element der "Entschuldungssteuer" und das Nebeneinander von Alt- und Neubaumieten.

Gehälterhöhe Im Anschluß an die trüben Feststellungen des Sklarekfalls wurde stürmisch eingehendere Kontrolle und Herabsetzung der hohen Gehälter in den Spitzenstellen der kommunalen Unternehmungen gefordert. Der Einwand gegen solche Forderung, daß die Unternehmungen in der Gehaltsgewährung für die Direktoren nicht frei seien, da die Konkurrenz um tüchtige Leiter ein Nachgeben erzwingt, mag nicht völlig unberechtigt sein. Die Pflicht der Gemeinden eine bekannte und vielgeschmähte Unsitte der Privatwirtschaft nicht mitzumachen ist aber doch so groß, daß man mit viel Energie danach streben muß die Gewährung phantastischer Spitzengehälter zu verhindern. Diese Grundhaltung muß ein Bestandteil dauernder Politik sein; es scheint einfach ausgeschlossen, daß heute nicht ein Nachwuchs tüchtiger Menschen zu zahlbarem Entgelt ge-

schaffen und ausgelesen werden könnte. Nach Angaben in der Presse bezog von den 5 Direktoren der Berliner Verkehrsgesellschaft einer ein Gehalt von 200 000 Mark; diese Höhe soll auf einen Vertrag zurückzuführen sein, der noch aus der Zeit der alten Berliner Straßbahngesellschaft stammt; nunmehr soll aber dieser Direktor den anderen gleichgestellt sein. Der Hinweis auf höhere Bezahlung in der Privatwirtschaft darf im öffentlichen Betrieb nicht entscheiden. Indes, die Direktorengehälter allein machen es nicht. Es muß eine Reform der Verwaltung an Haupt und Gliedern eingeleitet werden. Diese wiederum ist in den Kommunen allein nicht möglich. Sie kann nur im Zusammenhang mit entsprechenden einschneidenden Maßnahmen in den Ländern und im Reich geschehen. Ja, diese müssen vorangehen. Dann werden die Städte schon ganz von selber diesen Weg beschreiten.

Theaterwirtschaft Kulturwandel und Wirtschaftslage machen heute die Aufrechterhaltung eines befriedigenden Betriebs der städtischen Theater zu einem sehr schwierigen Problem. Wirtschaftliche Not mindert bei vielen Theaterfreunden den Einkommensteil, der für Kulturaufwand zur Verfügung steht, und die kritische Finanzlage der Städte macht wachsende Theaterzuschüsse zu einem sehr bedenklichen Übel. Veränderungen im Kulturaufwand wirken außerdem für den Anspruch der öffentlichen Theater ungünstig. Viele Städte stehen deshalb in ihrer Theaterpolitik vor ernstern Entscheidungen. So besteht in dem wirtschaftlich besonders hart betroffenen *Breslau* die Gefahr, daß das Opernhaus nach Ostern geschlossen werden muß. Der Staat hat nur eine Beihilfe zugesagt, die einen Konkurs abwenden soll, eine Sicherung über die jetzige Spielzeit hinaus aber abgelehnt. In *Mainz* hat die Stadtverwaltung allen Orchestermittgliedern am Stadttheater gekündigt, um auf jeden Fall die Hand frei zu haben; es schweben Verhandlungen wegen einer Verschmelzung mit dem Darmstädter Staatstheater. Da die *Frankfurter* Theater, auch besonders die Oper, ebenfalls mit einem wachsenden Zuschuß arbeiten, hat man bereits an eine interlokale Planwirtschaft zwischen Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Mainz gedacht. Zunächst soll durch Engagement von 4 ausgesprochenen Operettenkräften eine erhöhte Anziehungskraft beim Publikum gewonnen werden.

Daß nicht unbedingt Resignation und Einschränkung die einzige Möglichkeit sind auf äußere Schwierigkeiten zu reagieren, zeigen die Versuche, die die Verwaltung der Bühnen in Köln unternommen hat. Durch Anwendung moderner Werbemethoden ist es dort gelungen die Besucherzahl der Kunststätten erheblich zu steigern. Die Maßnahmen erstrecken sich nach 3 Richtungen: 1. Werbung für das Abonnement, 2. Umstellung der Abkommen mit den Bühnengemeinden, 3. Heranbringung der Interessenten aus der Umgebung. Eine Werbeschrift wurde mit einem für die einzelnen Bevölkerungsschichten besonders abgefaßten Werbeschreiben an 57 300 Adressen versandt. Der Erfolg kam bald: eine Steigerung der Abonnentenzahl von 2450 auf 5700. Die Werbekosten werden mit 10 000 Mark angegeben, ihnen steht eine, aus Abonnements garantierte Einnahme von 600 000 Mark gegenüber. Einen weitem Erfolg brachte die zweckvolle Beeinflussung der Bühnengemeinden (Freie Volksbühne und Bühnenvolksbund), deren Anhängerkreis war relativ gering, sie erfüllten weniger die Funktion minderbemittelte Schichten dem Theater zuzuführen, sie boten vielmehr zahlungskräftigen Theaterbesuchern die Gelegenheit zum Bezug billiger Karten. Die Bühnenverwaltung finanzierte nun die Werbung der Bühnengemeinden unter der vertraglichen Bedingung, daß künftig eine Teilung der Mitglieder in 2 Gruppen (Arbeiter, untere Angestellte, Beamte usw. bis zur Einkommensgrenze von 3600 Mark und Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte usw. bis zur Einkommensgrenze von 8400 Mark) und dementsprechend auch eine Stafflung der Eintrittspreise stattfindet, sowie daß Freunde der Bühnengemeindebewegung mit höherem Einkommen nur noch als »fördernde« Mitglieder geführt werden. Die Mitgliederzahl beider Bühnengemeinden hat sich nach dieser Werbung nahezu verdoppelt, und die Umorganisation ist für die Theaterkasse erheblich günstiger. Für die Heranziehung des Hinterlands kam vor allem die Oper in Betracht, die keinem Provinztheater Konkurrenz macht. Zur Werbung gründete die Bühnenverwaltung die Vereinigung der Bühnenfreunde, um mit ihr in den etwa 80 Orten die Adressen aller Operninteressenten zu erfassen. Der Plan machte die Ausnutzung ehrenamtlicher Kräfte möglich; die Vereinigung hatte eine rasch anschwellende Mitgliederzahl, die jetzt rund 7000 beträgt. Die Verwaltung gibt

für die Vereinigung ein monatliches Mitteilungsblatt heraus; als Entschädigung für die Bahnfahrt gewährt sie auch bei den Abendvorstellungen eine Ermäßigung. Statt 1 gibt es künftig 3 Nachmittagsfremdvorstellungen im Monat; der Apparat sei nahezu kostenlos. Unter anderen Bedingungen und in anderer Weise nahm die Stadt Münster in Westfalen eine erfolgreiche Änderung der Theaterführung vor. Sie ist nach 2 finanziell katastrophalen und künstlerisch mageren intendantenlosen Jahren wieder zum Pachtsystem übergegangen. Das Theater wurde für die Spielzeit 1929-1930 dem Intendanten Alfred Bernau überlassen, mit einer Barsubvention von 150 000 Mark und außerdem freiem Orchester, Licht, Heizung, Fundus usw.; insgesamt einem Zuschuß von etwa 350 000 Mark. Der städtische Voranschlag hatte dagegen für die Saison schon 700 000 Mark vorgesehen. Dem wirtschaftlichen Erfolg steht außerdem ein künstlerischer zur Seite. Die Besucherzahl war im November um 8000 und im Dezember um 3000 gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Die Beispiele Köln und Münster zeigen, daß es auch in scheinbar unrettbarer Situation noch Auswege gibt. Sie sind gewiß nach der besondern Lage der Stadt verschieden. Von großem Wert ist es aber auf jeden Fall zu zeigen, daß man durch organisatorische Anpassung gute Erfolge auch heute noch erreichen kann.

Eigenpublikationen Neues Altona 1919 bis 1929: Zehn Jahre Aufbau einer deutschen Großstadt heißt der 1. Band eines Werks, das im Auftrag des Magistrats der Stadt Altona von Paul Th. Hoffmann bearbeitet wurde /Jena, Eugen Diederichs/. Dieser Band ist ein Prachtwerk in Großformat auf Kunstdruckpapier, mit sehr vielen Abbildungen und Graphiken und 640 Seiten Umfang. Er umfaßt Allgemeines und Grundsätzliches, die Wohnungs- und Sozialpolitik, das Wohlfahrtswesen, die Sorge für öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Körperpflege sowie die Wirtschaft und Industrie, Verkehr und Handel. Es ist sehr nützlich die wichtige kommunale Tätigkeit in so anschaulicher Form dargestellt zu sehen. Nur besteht hier die Gefahr, daß bei solchem Umfang und den wahrscheinlichen Kosten keine Schrift geschaffen wurde, die an breitere Schichten herandrängt. Eine solche herauszubringen wäre wichtiger als Bücher zu schaffen, die dahin tendieren Museumswerk zu werden.

Mannheim: Bilder und Zahlen, Sorgen und Wünsche nennt sich die von der Stadt *Mannheim* dem Reichsrat bei seinem Besuch in Mannheim am 26. September 1929 überreichte, unter Mitwirkung Johannes Höbers von Sigmund Schott zusammengestellte Publikation, die vor allem deutlich macht, wie durch die Lage in der Ecke eines Landes und durch die Verkehrspolitik der Reichsbahn die Wirtschaft der Stadt, die entscheidend durch den Umschlagsverkehr des Hafens bestimmt wird, stark beengt wird. Gute Bilder, sparsame und deshalb übersichtliche statistische Daten machen den Text lebendig. Bei den Schaubildern fragt es sich, ob nicht mit einfacheren Formen eine stärkere Wirkung für das Verständnis erreicht worden wäre. Unter dem Titel *Die lebendige Stadt* gibt Mannheim eine Zweimonatsschrift heraus, die für die kulturell wichtigen Vorgänge in der Stadt ein Gesamtinteresse wachrufen und pflegen will. Problem ist bei solcher Aufgabenstellung heute nur vor allem, in welchem Maß es möglich ist wirksam zu der gesamten Bürgerschaft besonders einer Industriestadt zu sprechen. Das Kulturgefühl der sozialen Schichten ist tief unterschiedlich, und besonders schwer ist es durch Form und Inhalt die heute wichtigste Schicht der Stadtbürgerschaft, die Arbeiter, zu erfassen. Im 3. Heft des 1. Jahrgangs schreibt der Oberbürgermeister H. Heimerich über städtische Kulturpflege. Die Zahl aufnahmehungriger Menschen sei gewaltig angestiegen. Gerade deshalb bestehe die Gefahr, daß übler Geschäftsgeist die Gelegenheit ergreift, um einen oberflächlichen Kulturbetrieb "aufzuziehen". Neben der Aufgabe vorhandene Kulturinstitutionen im Rahmen des finanziell nur irgend Möglichen zu erhalten und auszubauen, gelte es eine gewisse planmäßige Ordnung in die Kulturveranstaltungen einer Stadt zu bringen, ohne die frei wirkenden Persönlichkeiten und Vereinigungen unter hemmenden Zwang zu stellen.

Kurze Chronik Zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen hatte in *Berlin* die Verkehrsgesellschaft vorgeschlagen in ihren Betrieben wöchentlich eine Feierschicht einzulegen, da sonst die Entlassung von mehreren hundert Arbeitern unvermeidbar sei. Der in der Mehrheit "kommunistische" Arbeiterrat lehnte diesen Vorschlag ab und gab dafür die Streikparole aus. Eine Funktionärkonferenz der beteiligten Gewerkschaften prote-

stierte scharf gegen das Verhalten des Arbeiterrats und führte Verhandlungen mit der Direktion, um auf jeden Fall Massenentlassungen zu vermeiden. Die Direktion beschloß aber wegen der Haltung des Arbeiterrats mindestens 500 Arbeiter der Technischen Abteilungen zu entlassen; ihren Entscheid begründete sie damit, daß nach tarifvertraglichen Vereinbarungen und nach dem Betriebsrätegesetz für Arbeitseinschränkungen im Rahmen des Lohnvertrags die Zustimmung der Betriebsvertretung einzuholen sei. < Die Werke der Stadt *Kassel*: Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk und ein im Bau befindliches Hallenschwimmbad, wurden in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 15 Millionen Mark umgewandelt. Von diesen 15 Millionen erhält der Elektrizitätszweckverband Mitteldeutschland gegen eigene Aktien 5 Millionen. < Die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung und die schwierige Finanzsituation der Stadtverwaltung führte in *Worms* zum Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters und der übrigen Bürgermeister. Die Stadt hat bei 49 000 Einwohnern 6000 Erwerbslose. Besondere Erregung verursachte der Abbau von Angestellten und Beamten, die sich dann gegen die Höhe der Gehälter der höheren Beamten wandte. Die Stadtverwaltung wies darauf hin, daß nur vom Reich aus auf gesetzlichem Weg die Besoldung anders geregelt werden könne. < Seit längerer Zeit laufen Verhandlungen über Abschluß eines Gaslieferungsvertrags zwischen der Stadt *Düsseldorf* und der Ruhrgasgesellschaft. Der Streit geht vornehmlich um den Einheitspreis, zu dem die Stadt das Gas übernehmen soll, das sie dann zu einem je nach der Menge gestaffelten Preis an die nicht als Konzernwerke belieferten Industrieverbraucher weitergeben will. Die Ruhrgasgesellschaft ist bestrebt die gleichen Sätze zu erlangen, wie sie für Köln vereinbart sind, um für das ganze Versorgungsgebiet Einheitspreise zu erhalten, während Düsseldorf für den um 45 Kilometer kürzeren Transportweg eine entsprechende Ermäßigung haben will. < In *Köln* wählte der Theaterausschuß der Stadtverwaltung den frühern künstlerischen Leiter der Berliner Volksbühnen Fritz Holl zum Intendanten mit 3jährigem Vertrag. Es ist bemerkenswert, daß für Holl trotz allen weltanschaulichen und kulturpolitischen Gegensätzen alle großen Parteien stimmten, da er nach rein sachlichen Erwägungen als der weitaus geeignetste

unter den Bewerbern erschien. ◊ In Paris haben die Preiserhöhungen für die städtischen Verkehrsmittel sowie für Gas und Elektrizität, die zu Neujahr in Kraft traten, beim Publikum solchen Widerstand gefunden, daß zum Beispiel die Omnibusse und Straßenbahnen Ermäßigungen zusagen mußten. ◊ Ein wahres Meisterstück amerikanischer Verwaltungspraxis vollbrachte die Stadt Chicago. Sie mußte ihre Zahlungen einstellen, Angestellte in großer Zahl entlassen und Schulen und Krankenhäuser schließen; in den Straßen lag wochenlang der Schnee $\frac{1}{2}$ Meter hoch, weil die Straßen nicht gereinigt wurden. Für den 15. Februar wurden die Verpflichtungen der Stadt auf 1300 Millionen Mark berechnet. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Situation gab eine Weigerung der Banken der Stadt weiter Kredite zu gewähren. Diese Haltung wurde damit begründet, daß die Stadt unter dem Bürgermeister Bill Thomson zu verschwenderisch gewirtschaftet hätte. Außerdem macht man dem Bürgermeister den Vorwurf, daß er intime Beziehungen zur Verbrecherwelt Chicagos unterhalte.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Zündholzmonopol Die Befürchtungen, die der Bearbeiter dieser Rundschau hier in dem Artikel

Zündholzmonopol und Konsumgenossenschaften (1929 II Seite 991 und folgende) geäußert hatte, haben sich als berechtigt erwiesen. Der Reichsrat nahm am 9. Januar den Gesetzentwurf über das Zündholzmonopol an, und noch obendrein mit einigen Änderungen, die einen Vorstoß gegen die Zündholzfabrikation der deutschen Konsumgenossenschaften bedeuten. Sachsen hatte beantragt die genossenschaftliche Produktionsquote zu streichen. Da das im Monopol festgelegte Anteilverhältnis zwischen der schwedischen und der deutschen Zündholzfabrikation 2:1 beträgt, wäre die Konsequenz des sächsischen Antrags die Auslieferung von $\frac{2}{3}$ der deutschen gemeinwirtschaftlichen Zündholzproduktion an einen ausländischen kapitalistischen Konzern. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau spricht hier mit Recht von einem »nicht zu überbietenden Skandal«. Der sächsische Antrag ist zwar abgelehnt worden. Dafür wurde aber ein bayrisch-sächsischer Antrag auf Kürzung der Produktionsquote der Großeinkaufsgesellschaft angenommen, der im Prinzip genau so zu beurteilen ist wie der sächsische Streichungsantrag; er würde der Groß-

einkaufsgesellschaft zugunsten des Schwedentrusts jede Entwicklungsmöglichkeit nehmen. Das Reich würde finanziellen Schaden erleiden, da die Abgaben, die die Großeinkaufsgesellschaft für jede Kiste Zündhölzer an das Reich zu zahlen hat, höher sind als die, die der Schwedentrust zahlt. Schädigung der Gemeinwirtschaft, Schädigung der deutschen Volkswirtschaft, Schädigung der Reichsfinanzen: das wären die Ergebnisse des Antrags der "nationalen" Regierungen Bayerns und Sachsens im Reichsrat. Die Reichsregierung hat die Torheiten des Reichsrats nicht mitgemacht. Sie hat eine Doppelvorlage zum Zündholzmonopolesetz vorgelegt, durch die das Recht der genossenschaftlichen Zündholzfabrikation wiederhergestellt werden sollte, soweit es in dem ursprünglichen Entwurf gewahrt worden ist. Freilich regten sich bei den bürgerlichen Regierungsparteien (Demokraten und Deutsche Volkspartei) gewisse Widerstände gegen die volle Wiederherstellung des alten Entwurfs. Man kam dann zu einem Kompromiß, der folgende Reglung vorsieht: 1. Die alte Quote von 23 000 Normalkisten für die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft und 3700 Normalkisten für die Kölner Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft Deutscher Konsumvereine wird wiederhergestellt (Reichsratsbeschluß: 19 000 und 3700 Normalkisten). 2. Der jährliche Produktionssteigerungssatz wird gegenüber dem 1. Entwurf herabgesetzt: von 345 auf 230 Normalkisten für die Hamburger und von 56 auf 37 Normalkisten für die Kölner Gesellschaft (der Reichsrat hatte die Möglichkeit der Produktionssteigerung beseitigt). 3. Die Kleinverkaufshöchstpreise werden zu Kleinverkaufsfestpreisen, die weder unterboten noch überschritten werden dürfen. Der Festpreis, der also ohne weiteres auch für die Konsumgenossenschaften gilt, soll 30 Pfennig pro Paket = 10 Schachteln betragen. Dieser Kompromiß der Regierungsparteien wurde am 28. Januar im Reichstag angenommen. Ein Antrag der Wirtschaftspartei auch der Edekanzentrale ein monopolfreies Kontingent von 20 000 Normalkisten pro Jahr zuzusprechen wurde im Ausschuß abgelehnt.

Dänemark Andelsbladet, das Organ der dänischen Genossenschaften, gibt die Geschäftsergebnisse der dänischen Genossenschaften für 1928 und 1929 bekannt. Die Statistik ermöglicht einen interessanten Einblick in die Mannigfaltigkeit der däni-

schon Genossenschaftsbewegung, zeigt deren wirtschaftliche Macht und gibt ein Bild von dem Stärkeverhältnis der einzelnen Genossenschaftsarten. Die dänische Genossenschaftsbewegung befindet sich, obgleich sie schon einen sehr hohen Entwicklungsstand erreicht hat, seit Jahren wieder im Aufstieg, wie die Entwicklung der Umsätze seit 1926 beweist. Der Gesamtumsatz aller dänischen Genossenschaften betrug 1926 1496,4 Millionen Kronen, 1927 1509,3, 1928 1912,1, 1929 2099 Millionen Kronen. Die Umsätze verteilten sich 1928 und 1929 auf die einzelnen Genossenschaften wie folgt:

Gattung	Umsatz (in Millionen Kronen)	
	1929	1928
Konsumvereine	265	255
Großeinkaufsgesellschaft	142	134
Ringkjøbing Amts Wareneinkaufsvereine	4	3,9
Genossenschaftsmeiereien	750	660
Butterausfuhrvereine	207,5	185,3
Genossenschaftsschlachtereien:		
Schlachtereierzeugnisse	501,1	452,8
Eierausfuhr	7,5	7,6
Eierausfuhrgenossenschaft	14,6	14,5
Viehausfuhrvereine	10,6	10,3
Landwirtschaftliche Saatgutversorgung	4,3	3,4
Fütterstoffvereine	142,8	143,8
Düngemittelgenossenschaften	24,9	18,2
Großeinkaufs- und Maschinenfabrik der genossenschaftlichen Meiereien	6,2	
Genossenschaftszementfabrik	5	5
Genossenschaftlicher Kohlenhandel	5	4
Versicherungsgesellschaft Tryg	4	4
Unfall- und Sturmschadenversicherungen	3,2	2,9
Genossenschaftliche Pensionskasse	0,8	0,9
Genossenschaftliche Sanatorienvereine	0,5	0,5
Zusammen	2099	1911,7

Rumänien

Im Jahr 1929 erhielt Rumänien ein neues Genossenschaftsgesetz. Es gibt den Genossenschaften eine Autonomie, die sie früher nicht besaßen, indem es den staatlichen Einfluß im Genossenschaftswesen auf ein Mindestmaß beschränkt und damit zugleich eine Reihe von Einrichtungen beseitigt, die die Machtposition des Staats im Genossenschaftswesen stützten. Die Kontrollinstanzen, Finanzierungs-, Großeinkaufs- und Großabsatzinstitute für die Genossenschaften waren früher reine Staatseinrichtungen; eine Tatsache, die ihren Grund darin hat, daß das rumänische Genossenschaftswesen der Bevölkerung von oben ge-

wissermaßen "verliehen" wurde. Diese Staatsinstitute sind auf Grund des neuen Gesetzes durch wirklich genossenschaftliche Organe ersetzt worden, nur in der höchsten Instanz, dem Generalrat der Genossenschaften, hat sich der Staat einen gewissen Einfluß gesichert. Im einzelnen sieht das Genossenschaftsgesetz 2 Arten von Genossenschaften vor: die mit beschränkter und die mit unbeschränkter Haftpflicht der Genossen. Eine Merkwürdigkeit ist die Genossenschaft mit festem, auf Aktien lautenden Kapital; diese Aktien sind auf Namen ausgestellt. Obgleich diese Aktiengenossenschaften dem Genossenschaftsgesetz unterstehen, kann man sie kaum als Genossenschaften bezeichnen. Wenn die Kapitalsumme festliegt, fehlt ihnen das wesentliche Merkmal der unbegrenzten Mitgliederzahl. Damit ist aber die Tendenz zum Abschluß nach außen, zur Selbstgenügsamkeit und zur Preisgabe des genossenschaftlichen Charakters gegeben. Für die einzelnen Genossenschaftsarten sind Mindestmitgliederzahlen festgesetzt: 20 für Kreditgenossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht, 50 für solche mit beschränkter Haftpflicht, 25 für sonstige ländliche Genossenschaften, 100 für städtische Konsumgenossenschaften. Interessant ist, daß das Genossenschaftsgesetz für die Verteilung des Nettoüberschusses ins einzelne gehende Vorschriften enthält: mindestens 10% müssen dem Reservefonds zugeführt, mindestens 5% für Bildungs- und soziale Zwecke verwandt werden; Verwaltungsrat und Revisionsorgan dürfen höchstens 10% erhalten, den Rest kann man den Mitgliedern als Rückvergütung zuführen.

Totenliste

Am 21. Dezember 1929 starb der Geschäftsführer des Konsumvereins Christianstadt und Umgegend *Wilhelm Schade*, im Alter von 60 Jahren. Seit der Gründung des Vereins im Jahr 1899 hat Schade ihm seine Dienste gewidmet und dazu beigetragen die Genossenschaft auf ihre jetzige Höhe zu bringen. Am 22. Dezember starb der Vorsitzende des Verbands Schlesischer Konsumvereine und 1. Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins für das Niederschlesische Industriegebiet *Adolf Thiele*, Mitglied des Preußischen Landtags, in seinem 53. Lebensjahr. Er hat sich in seiner 10jährigen Tätigkeit in der von ihm geführten Konsumgenossenschaft und im Verband Schlesischer Konsumvereine große Verdienste erworben.

Am 30. Januar 1930 verlor der Konsumverein Meißen sein Vorstandsmitglied *Otto Köhler*. Er starb nach langem, schwerem Leiden in seinem 63. Lebensjahr, nachdem er 29 Jahre hindurch für die Genossenschaft tätig gewesen war. Ende Januar starb der Direktor des Verbands der Oberschlesischen Genossenschaften (Raiffeisen) in Oppeln *Richard Beckendorff*, im Alter von 43 Jahren. Beckendorff hat mit großer Energie und Zielbewußtheit für die Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung gewirkt; hauptsächlich seiner Initiative und seiner Arbeit ist der Erfolg der Vereinheitlichungsbestrebungen in Oberschlesien zu danken.

Der Konsumverein Sendling-München beklagt den Tod des 1. Vorsitzenden seines Aufsichtsrats *Max Huber*, der am 12. Februar im Alter von 55 Jahren starb. Er hat einen Führer mit ausgeprägtem Pflichtbewußtsein verloren.

Am 3. März starb nach langer, schwerer Krankheit der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion *Paul Frenzel*, in seinem 64. Lebensjahr. Frenzel, der in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei in den vordersten Reihen mitgekämpft hatte, war Mitbegründer der Produktion, deren Aufsichtsrat er vom Gründungsjahr 1899 bis zu seinem Tod, von 1916 an als Vorsitzender, angehörte. Er war auch einer der Gründer des Bestattungsvereins, des größten auf gemeinnütziger Grundlage arbeitenden Bestattungsinstituts Groß Hamburgs. Für die Genossenschaftsbewegung Hamburgs bedeutet sein Tod einen schmerzlichen Verlust.

Kurze Chronik Im Dezember 1929 wurde im Reichstag eine Novelle zum *Genossenschaftsgesetz* angenommen, die vor allem die Zusammenschlußbewegung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen erleichtern soll. Dem *Genossenschaftsgesetz* sind die §§ 60a bis 60f neu eingefügt worden, die die Verschmelzung von Revisionsverbänden regeln. Unter anderm ist in diesen neuen Paragraphen bestimmt worden, daß die Verschmelzung ohne Liquidation der betreffenden Verbände vorgenommen werden kann, und daß dann das Vermögen der Verbände auch bei entgegenstehenden Satzungsbestimmungen auf den neuen Verband übergeht. Auch in England stand eine Änderung des *Genossenschaftsgesetzes* auf der Tagesordnung. Die Labour Party

brachte im Parlament ein Amendement zum *Industrial and Provident Societies Act* ein, das vom Britischen Genossenschaftsverband ausgearbeitet worden war. Die wichtigste Neuerung des Gesetzentwurfs war die Einschränkung der Anwendung des *Genossenschaftsgesetzes* und der Benutzung des Namens *Co-operative* auf solche Unternehmungen, die 1. jedem Mitglied 1 Stimme gewähren, 2. in der Verzinsung des Anteilkapitals nicht über 6% hinausgehen, 3. den Überschuß unter den Mitgliedern im Verhältnis zu ihren Einkäufen verrechnen, soweit es nicht Produktivgenossenschaften sind. Da die Konservativen und Liberalen in der Ausschusssitzung Verschlechterungen des Entwurfs durchsetzten, zog die Labour Party den ganzen Entwurf vorläufig zurück. ◊ Die heute noch größte deutsche Konsumgenossenschaft, die *Hamburger Produktion*, erzielte im Jahr 1929 87,8 Millionen Mark Umsatz (1928 77 Millionen), die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorigen Jahres 116 000, das Verteilungstellennetz umfaßte 238 allgemeine Verteilungsstellen, 109 Fleischwarenverteilungsstellen und 17 Spezialverteilungsstellen. Die Sparkasse hatte Ende 1929 einen Einlagenbestand von 54 Millionen Mark. Die Produktion beabsichtigt ihr in Mecklenburg gelegenes, rund 1600 Morgen großes Landgut Schwanheide zu verkaufen. ◊ Die Konsumgenossenschaftsbewegung *Großbritanniens* berichtet über gute Fortschritte im Jahr 1928. Die Mitgliederzahl stieg um 306 000 auf 5 885 000 bei einem, hauptsächlich durch Verschmelzung bedingten, Rückgang der Vereine um 22 auf 1245. Der Umsatz stieg um 9 465 000 auf 209 390 000 Pfund Sterling. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied betrug 35,58, im schottischen Verband sogar 51,93 Pfund Sterling.

Literatur

In 2., völlig neubearbeiteter Auflage erschien *Willy Wygodzinskis* zuerst im Jahr 1911 veröffentlichtes Lehrbuch des Genossenschaftswesens (Das Genossenschaftswesen in Deutschland /Leipzig, B. G. Teubner/). August Müller hat das in seinem Praktischen Teil gänzlich veraltete Werk einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen und es damit wieder zu einem wirklich gediegenen und brauchbaren Lehrbuch gemacht, das seinem Zweck den Leser »mit dem deutschen Genossenschaftswesen in allen seinen Teilen, Gebieten und Hauptformen vertraut zu machen« vollauf genügt. Er hat das Werk ganz und gar

umgearbeitet, nur das grundsätzliche Fundament ist im wesentlichen das alte geblieben. Im 1. Buch, dem Historischen Teil, wird die Entwicklung des Genossenschaftswesens behandelt. Das 2. Buch befaßt sich theoretisch und juristisch mit der Struktur der Genossenschaften, während das 3. Buch, der Praktische Teil, die bestehenden Genossenschaftsarten, ihre Eigentümlichkeiten, ihre Wirtschaftspraxis und wirtschaftliche Bedeutung untersucht. Den Schluß bildet eine kurze Literaturübersicht, die freilich nicht vollständig ist. \diamond Im 5. Heft der Sammlung Die Genossenschaft /Halberstadt, H. Meyer/ behandelt *Heinz Lemhöfer* Möglichkeiten und Grenzen eines Konsumentenmonopols. Im 1. Teil seiner Untersuchung, in der er, als Anhänger der Grenznutztheorie, mit wenig tiefgründigen Argumenten gegen die »objektive Wertauffassung« polemisiert, beschäftigt er sich rein theoretisch mit der Frage des Konsumentenmonopols. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die günstigste Wirkung des Konsumentenmonopols die Erzielung des Konkurrenzpreises sei, wobei der Konkurrenzpreis dem Kostenpreis des am teuersten produzierenden Anbieters gleichgesetzt wird. Das Ergebnis sagt faktisch also nichts mehr, als daß die Wirksamkeit des Produzentenmonopols durch das Konsumentenmonopol illusorisch gemacht wird; was auch schon heute ohne Konsumentenmonopol einfach durch Konsumentenorganisation in vielen Fällen geschieht. Im 2. Teil behandelt Lemhöfer die Praxis der Konsumentenorganisation, ohne Neues zu sagen. \diamond Im 6. Heft der selben Sammlung bespricht *Georg Fuchs* die verschiedenen Möglichkeiten der Kreditversicherung im Bankverkehr. Das Heftchen erschien unter dem Titel Die Sicherung des Bankkredites. Es dürfte gerade in unserer Zeit, die so viele Bankzusammenbrüche erlebt hat, den Genossenschaftsbanken wertvolle Dienste leisten. \diamond In seiner Dissertation Zentralverband Deutscher Konsumvereine und Reichsverband Deutscher Konsumvereine, ihre Übereinstimmungen, ihre Gegensätze und ihre Beziehungen /Werl, Fortschrittsdruckerei/ behandelt *Leo Fleischer* die schon so oft aufgeworfene schwierige Frage der Vereinigung der beiden konsumgenossenschaftlichen Spitzenverbände. Trotz allen Schwierigkeiten, die auch Fleischer sieht, hält er an der Forderung der Einheitsfront der organisierten Konsumenten fest; über die Arbeitsgemeinschaft (Erfahrungsaustausch,

Zusammenwirken auf einzelnen Gebieten) müsse man schließlich zu einer endgültigen Vereinigung kommen. Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Leider sieht man heute noch keinen Weg, der zu diesem Ziel führen könnte. \diamond Als 44. Heft der 2. Serie der Betriebs- und Finanzwirtschaftlichen Forschungen /Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/ erschien eine Schrift *Reinhold Henzlers* Die Rückvergütung der Konsumvereine. Die Arbeit stellt eine gründliche Untersuchung der Institution der Rückvergütung, hauptsächlich vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus, dar. An einem reichhaltigen Zahlenmaterial, das dem Verfasser von 3 großen Konsumvereinen zur Verfügung gestellt wurde, wird die Rolle der Rückvergütung für einzelne Warengattungen dargestellt, und daraus werden dann Rückschlüsse auf die »Konsumvereinsfähigkeit« der einzelnen Warengruppen gezogen, die freilich nur bedingten Wert haben können. \diamond In einer kleinen Schrift Die genossenschaftliche Selbsthilfe der dänischen Landwirtschaft /Berlin, Deutscher Schriftenverlag/ schildert *Richard Kaysenbrecht* anschaulich die Selbsthilfeorganisationen der dänischen Landwirtschaft, ihr Wirken und ihre Bedeutung für die dänische Volkswirtschaft. Das dänische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist vorbildlich für die ganze Welt, auch die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften könnten viel von den dänischen lernen. Obgleich die natürlichen Vorbedingungen (Boden, Klima) in Dänemark keineswegs günstig sind, hat es die dänische Landwirtschaft mit Hilfe des Volkshochschulwesens und der genossenschaftlichen Organisationen durch rechtzeitige Umstellung auf die Produktion tierischer Erzeugnisse verstanden sich so zu intensivieren, daß Dänemark heute zum Beispiel im Export von Butter und Schweineprodukten in der Welt an 1. Stelle steht. 31% des Weltbutterexports wird von Dänemark bestritten. Solche Erfolge waren nur möglich durch weitgehende Typisierung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte, auf die besonders die Genossenschaften hinwirkten. In einer andern Broschüre, betitelt Standardisierung, Rationalisierung, Landwirtschaftswerbe-
werk /Berlin, Standardverlag/, zeigt Kaysenbrecht die Notwendigkeit der Standardisierung für die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Landwirtschaft; sie sei jedoch ohne umfassende Agrarpropaganda nicht möglich.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Führung Von Sinn und Formen geistiger Führung handelt eine kleine Schrift Gertrud Bäumers /Berlin, F. A. Herbig/. Ihre Bedeutung liegt nicht so sehr in der Originalität ihrer wesentlichen Gedanken als vielmehr in der klaren Zusammenfassung dessen, was zu diesem so grundlegend aktuellen Thema Wesentliches gedacht und erfahren worden ist. Sie ist ein sehr notwendiger Versuch hier noch einmal zu sichten und zu ernten, und wenn hie und da die Abhandlung ein wenig dogmatisch anmutet, so liegt dies wohl in der Natur derartiger Versuche und sollte den Leser nicht abhalten das Vorgetragene nachdenklich zu begleiten und für die eigene Wertung und Lebensgestaltung die praktischen Folgerungen zu ziehen.

In der europäischen Staatsgestaltung ringt, wie Bäume darlegt, die alte Form der Demokratie mit einer Wiederbefestigung der Einzelherrschaft in anderer Gestalt als der des erblichen Königtums. Die Auseinandersetzung geht im wesentlichen um die Frage der Führerschaft und ihrer Auslese. Sie beschränkt sich aber nicht auf das politische Gebiet sondern erstreckt sich auf die Frage nach der geistigen Leistung überhaupt. Die zunehmende Versachlichung der Machtverhältnisse erzeugte eine neue Sehnsucht nach Persönlichkeit und nach einem Gemeinschaftsleben, in dem sich Überordnung und Unterordnung als seelischer Vorgang vollziehen. Auch die für die abendländische Gegenwart so charakteristische Erschütterung der tieferen weltanschaulichen Lebensgrundlagen gab dem Sehnen der Zeit nach wirklichem Führertum starke Nahrung. So gewinnt auch die Frage nach dem Wesen des Führertums als einer Beziehung zwischen Menschen, die dem einen Macht über den andern gibt, eine neue und aktuelle Bedeutung.

Nach Bäume hat die im Führertum zur Wirkung und Gegenwirkung gelangende Kraft 3 Seiten: eine natürlich-magische, eine in der gefühlsmäßigen Wahlverwandtschaft wurzelnde erotische, endlich eine im Ziel des Verbundenseins, und zwar im Streben nach einem gemeinsamen Wert, begründete. Die nur naturalistische Begründung des Begriffs Führertum ist sinn- und wertlos. Führertum im Sinn eines kulturellen Werts besteht nicht schon da, wo eine Natur der andern durch Willen, Lebensenergie oder qualitätslose Kraft überlegen ist, auch

nicht da, wo Gefühl als solches Abhängigkeit erzwingt. »Führung im eigentlichen Sinn kann nur da sein, wo Führer und Geführte verbunden sind in einem Werteschaffenden Akt... Nur tragend und unterstützend wirken die beiden anderen Kräfte mit.« Die so als Werteschaffender Akt verstandene Führung hat 2 Wirkungsweisen, die stets mit einander verschmolzen sind: die persönlichkeitsbildende und die auf einen sachlichen Wert, ein Werk, eine Idee, eine Gemeinschaftsform gerichtete. »Auch als persönliche Wirkung hat Führung ihr Maß und ihren Wert in einem von der Person gelösten objektiven Ideal.« Und »umgekehrt ist auch die Führung, die sich ganz und nur im Werk ausdrückt, also die des wissenschaftlichen Denkers oder des Künstlers, doch zugleich auf Menschen gerichtet«. Das wesentlichste Merkmal zur Unterscheidung wahrer Führung von bloßer Machtausübung und Unterwerfung ist demnach die Erkenntnis, daß sie ihren Sinn nur in einer Führer und Gefolgschaft gleichmäßig umfassenden Welt der Werte erfüllen kann. Das Erlebnis des Geführtwerdens besteht darin, daß sich »in einem Menschen durch die Einwirkung eines andern seine Wertwelt erhellt und befestigt«. Die Sehnsucht der Zeit nach einer starken Hand ist immer wieder darauf zu prüfen, »ob sie die Tore zu einem geistigen Reich aufstoßen will, oder ob Menschen ein Gefolgschafts- und Ergebenheitsverhältnis sinnlich genießen, oder ob sie, noch würdeloser, sich selbst in die Rolle eines Machthabers hineinphantasieren und sich damit über die eigene Schwäche hinweg verbotene Genüsse verschaffen. In der heute verbreiteten Verehrung der Diktatur rein als solcher ist viel von solcher ohnmächtiger Kraftmeierei und seelisch-physischer Genußsucht der Schwachen.« Die feindselige seelische Gegenwirkung, der der führende Mensch oft begegnet, und die nicht nur dem sachlichen Inhalt des Führerwillens und -werks gilt sondern der Überlegenheit als solcher, kann ebensowohl in der Weigerung menschlicher Schwäche begründet sein die von dem führenden Geist ausgehenden Maßstäbe und die durch ihn verkörperte Rangordnung anzuerkennen wie auch in einer Art von Verblendung, die den Führer selbst ergriffen hat.

Bäume schildert nun, wie sich das so gesehene Führertum auf den besonderen Kulturgebieten der Erziehung, der Politik, der Kunst, des Denkens und der Religion manifestiert. »Idee und Wirklich-

keit pädagogischer Führung sind heute weiter von einander entfernt als je. In den Institutionen der Erziehung, in ihrem öffentlichen System ist die Maßgeblichkeit einer solchen Idee pädagogischer Führung kaum überhaupt erkennbar... Die Lehrerbildung ist bewußt und unbewußt am persönlichen Kern des Menschen vorbeigegangen. Sie überließ die charakterliche Bildung der Freiheit des einzelnen dem Zufall, dem Schicksal, sei es, daß man diese Dinge für überhaupt inkommensurabel hielt, sei es, daß man sie grundsätzlich als in die außerberufliche Eigensphäre des Menschen gehörig ansah... So kommt es, daß Führung in ihrem vollen Sinne in den gesellschaftlichen Institutionen der Erziehung nicht vorgeordnet ist... Es steht immer wieder die Frage auf, ob das dem heutigen Aufbau der Erziehungsinstitutionen eigentümliche Nebeneinander von Teilleistungen: Familie, Schule, Kirche, Jugendpflege, nicht notwendig alle Wirkungen verflacht, ob nicht die Einflüsse sich verwirren und gegenseitig ins Wesenlose zurückdrängen, und Formlosigkeit, Unstete und Skepsis die beinahe unausbleibliche Folge sein muß.« Diesem Fazit stellt Bäumer ein ebenso trauriges Ergebnis auf dem Gebiet der zeitgenössischen Politik zur Seite: »Es gibt geschichtliche Perioden, in denen sich zwar Veränderungen vollziehen, in denen es Kämpfe, Erfolge, Niederlagen, politische oder soziale Verschiebungen gibt, und an alledem auch Namen von Menschen haften, aber keine "Führung". Ricarda Huch stellt mit Recht fest, daß der Dreißigjährige Krieg kein Ende fand, weil niemand da war, der die Kraft besaß die beteiligten Mächte zu packen und zu neuer Ordnung zusammenzuzwingen. Auch heute vollzieht sich wohl der weitaus größere Teil des politischen Geschehens ohne "Führung", das heißt zugleich ohne den Einsatz gestaltender Ideen und ohne Zielsetzungen über Gruppeninteressen hinaus. Die Politik bewegt sich fort auf den äußern Druck von Situationen und Ereignissen, die Entscheidungen unentrinnbar fordern, und die Richtung bestimmt mechanisch die Diagonale der politischen, mehr noch der wirtschaftlichen Kräfte. Wenn der Ruf nach dem Führer in der politischen Sphäre mehr ist als die hysterische Sehnsucht nach dem Diktator und der Sensation, wenn er Sehnsucht nach Führung, das heißt nach Geist und Gestaltung ausdrückt, so hat er recht.« Eine Überlegung drängt sich bei alledem unwillkürlich auf: Es wird immer wieder

Vortreffliches zum Wesen und Problem des Führertums geschrieben, so daß im Augenblick kaum noch Neues und Wesentliches hinzuzufügen bleibt. Dieses schöne ausgereifte Buch eines im Zentrum unseres geistigen und öffentlichen Leben stehenden Menschen ist selbst ein lebendiges Beispiel für die Klarheit, mit der die entscheidenden Zusammenhänge und Symptome von unseren Gebildeten gesehen werden. Worauf es aber nun ankommt, ist nicht mehr eigentlich das richtige verantwortungsbewußte Denken, sondern die richtige verantwortungsbewußte Gestaltung. Diese aber geschieht nicht durch noch so durchgearbeitete Vorstellungen vom formalen Führer- und Geführtentum. Hier entscheidet einzig die Substanz selbst: also nicht, *ob* oder *wie* man führt, sondern *wohin* man führt. Nur der richtige Inhalt gibt schöpferischer Arbeit die richtige Form. Vor der Schaffensaufgabe flüchtet sich der intellektuelle Zeitgeist gern in die resignierte Hoffnung, es werde, wenn die Stunde gekommen sei, schon irgendein Wunder geschehen, das Propheten erweckt und Massen erleuchtet. Und während man sich in dieser Hoffnung wiegt, merkt man nicht, wie sehr man stündlich daran mitschuldig ist, daß, wie zu allen Zeiten, Propheten gesteint werden.

Deutschland und Frankreich Französische und deutsche Katholiken kamen im Dezember 1929 zu einer Aussprache in Berlin zusammen, die im nichtkatholischen Deutschland längst nicht so beachtet und gewürdigt worden ist, wie es hätte geschehen müssen, und wie es in Frankreich geschehen ist. Josef Joos berichtete über sie in der Zeitschrift Abendland /Köln, Gildeverlag/. Die Pionierarbeit, die von dem katholischen Pazifisten Marc Sangnier und seinen französischen und deutschen Gesinnungsgenossen seit Jahren geleistet wird, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Aber ihr realpolitischer Aktionsradius war gering im Vergleich zu dem Einfluß, den die französischen Teilnehmer an jener Berliner Konferenz in allen Schichtungen des französischen Katholizismus ausüben. Unter diesen Teilnehmern befanden sich Vertreter der Fraktion Marin, der großen katholischen Organe, wie La Croix und La Vie Catholique, der katholischen Organisation der französischen Industriellen, führende katholische Persönlichkeiten vom Collège de France, vom Senat, von der hohen Geistlichkeit und der konservativen Journalistik. Auch das Generalsekretariat

der französischen Sozialen Wochen war auf der Berliner Zusammenkunft vertreten, um deren Zustandekommen sich Joos selbst ein großes kulturelles und politisches Verdienst erworben hat.

Unter Teilnahme einer Abordnung des Reichsbunds Deutscher Demokratischer Studenten beschäftigte sich der 4. Kongreß der Ligue d'Action Universitaire Républicaine et Socialiste, der im Januar in Toulouse stattfand, mit der Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Die heute aus 2000 bis 3000 Mitgliedern bestehende Liga wurde 1925 in Paris gegründet, um ein Gegengewicht gegen die rechtsradikale Action Française zu schaffen. Für September ist in Köln ein Ferienlager geplant, wo sich je 30 Delegierte aus Frankreich und Deutschland treffen, um das Problem des Vereinigten Europäischen Kontinents und der Minderheiten zu studieren.

Von der Zentralstelle für Studentische Völkerbundsarbeit in Deutschland und der Deutschen Hochschule für Politik wurde in Berlin eine Vorlesungsreihe über das politische Weltbild der europäischen Jugend veranstaltet. Am 24. Januar sprach Jean Dupuy, der Generalsekretär der Fédération Universitaire Internationale pour la Société des Nations, über die französische Jugend.

Eine vortreffliche Idee war es, daß die Deutsch-Französische Gesellschaft den Berlinern im Januar Gelegenheit gab den bedeutendsten forensischen Redner Frankreichs, Henri Torrès, in einem Vortrag kennen zu lernen, in dem Torrès in die Geschichte und das Wesen des französischen Geschworenengerichts einführte und seine Zuhörer mit einigen hervorragenden französischen Verteidigern der Geschichte und Gegenwart bekannt machte. Was der Redner ausführte, war nicht nur von seltenem geistigen und ästhetischen Wert sondern hinterließ auch einen tiefen menschlichen Eindruck bei den Hörern. So wie er sich diesen am Anfang seines Vortrags als einen jener Väter vorstellte, die den Kindern schwören, daß ein solcher Krieg wie der letzte niemals wiederkehren werde, endete er mit einem in seiner Leidenschaftlichkeit tief ergreifenden und endlosen Beifall hervorruhenden Aufruf an die intellektuellen Deutschlands und Frankreichs im Geist der Verständigung zu wirken.

Um den Germanistennachwuchs für die französischen Universitäten zu erleichtern und zu verbilligen, erwirbt die französische Regierung in Berlin ein Haus, in dem französische Studenten wohnen und

arbeiten können. Kurator des Heims soll Oswald Hesnard, der Kulturbeirat der Französischen Botschaft in Berlin, werden. Ein ähnliches Heim für deutsche Studenten will man in Paris errichten.

Zurzeit studieren 1000 Deutsche an der Pariser Universität, der Sorbonne. Da sie wie auch die Studenten der übrigen Nationen und die in Paris beruflich tätigen Fremden wenig Gelegenheit haben mit Franzosen zusammenzukommen, bilden sie naturgemäß ihre eigenen Gesellschaften und Vereine. Um nun diesen den Verkehr unter einander und mit den Einheimischen zu erleichtern, wurde kürzlich ein neues Institut, das Foyer de la Nouvelle Europe, gegründet und von Edouard Herriot eingeweiht. Außer geselligen Zusammenkünften will man auch Diskussionsabende über wissenschaftliche Fragen veranstalten.

Der deutsch-französische Schüleraustausch kommt immer mehr in Aufschwung und erstreckt sich nicht mehr nur auf politisch links gerichtete pazifistische Kreise. Im Jahr 1929 wurden 316 Austausche vermittelt. Die deutschen Kinder waren durchschnittlich 16 und 17 Jahre alt, die französischen 1 Jahr jünger, da die Reifeprüfungen in Frankreich früher stattfinden als bei uns. Unter den ausgetauschten Schülern waren 75 Mädchen. Der Austausch hat gute Resultate gehabt; nicht nur die Schüler haben Freundschaft geschlossen, auch die deutschen und die französischen Eltern haben Beziehungen mit einander angeknüpft.

Dank den dahin gerichteten Bemühungen des Deutschen Buchgewerbevereins stellen auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse etwa 30 französische Verleger, unter ihnen die führenden, ihre literarischen Neuerscheinungen aus. Neben den wichtigsten sonstigen Literaturgattungen ist besonders die französische schöne Literatur auf dieser Ausstellung vertreten.

Lesebücher Wie alle bisher an dieser Stelle angezeigten pazifistisch-republikanischen Stoffsammlungen Heinrich Wernekes (der in verdienstvollster Weise seine deutschen Leser dem Verständnis Frankreichs näher bringt) enthält auch sein neuestes Heft Lesebuch des *Völkerfriedens* für die Jugend und das Volk /Kehl, H. Werneke/ reichhaltiges, unermüdlich aus Geschichte und Gegenwart, aus klassischen Schriften der Weltliteratur und aus dem heutigen Schrifttum zusammengetragenes Material, das man in volkstümlichen Lesebüchern für Kinder und Erwachsene sowie in den Händen von Lehrern sehen

möchte. Freilich sind die ausgewählten Stücke noch sehr ungleichwertig. Bei den poetischen Stücken müßte ein strengerer Maßstab angelegt werden. Rudolf Franz stellte *Freidenkergeschichten* aus der Weltliteratur zusammen und versah sie mit einem Vorwort über die Freidenkerwelt in der Literaturgeschichte /Berlin, Der Freidenker/. Stücke aus Zola, Maupassant, Tolstoj, Tschschow, Strindberg, Nexö und Anzengruber werden dargeboten. Die Art der Auswahl und ihre Begründung im Vorwort verrät eine Auffassung, die der angestrebten bildnerischen Aufgabe kaum gerecht werden dürfte. Die naturwissenschaftliche Denkweise kann heute als Basis zur Kritik an erstarrter Religiosität und hohler Kirchenform keine wesentlichen Dienste mehr leisten. Der Schwerpunkt freidenkerischer Bestrebungen sollte auf vertieftes Menschentum und neue Lebensgestaltung gelegt werden statt auf die Forderung nach einer aus dem Geist der Naturwissenschaften kommenden Kunstgestaltung. Erst von dieser Basis aus gewinnt das Lebenswerk der oben genannten Dichter und Denker eine noch immer aktuelle Bedeutung. Freilich müßte eine von solcher Grundlage aus vorgenommene Auswahl auch anders aussehen. So wirkt sie etwas altmodisch.

7 Aufsätze des Nobelpreisträgers *Thomas Mann* erschienen in einem kleinen Heft, das für den Schulgebrauch bestimmt und von dem Kieler Akademiedirektor Ulrich Peters eingeleitet ist /Berlin, S. Fischer/. Die Stücke sind sämtlich aus Manns Werken Rede und Antwort und Betrachtungen eines Unpolitischen entnommen und vom Verfasser selbst ausgewählt. Man möchte wünschen, daß das gute Beispiel, das ein guter Autor zusammen mit einem guten Verlag mit dieser Auswahl und Ausgabe gegeben haben, Nachahmung fände. Schule und Erziehung könnten hierdurch gewinnen. Auch von *Heinrich Mann* erschien ein Sammelbuch (7 Jahre /Wien, Paul Zsolnay/), in dem Aufsätze, Reden, Berichte und andere Gelegenheitsarbeiten zusammengefaßt werden, mit denen Heinrich Mann das soziale und literarische Leben während der Jahre 1921 bis 1928 begleitet hat. Die Schule hat ja vor Heinrich Mann immer ein wenig Angst, soweit sie ihn überhaupt oder nur dem Namen nach kennt. Aber man denke einmal an Stücke, wie Die Literatur und die deutsch-französische Verständigung, Entdeckung Zolas, Ein geistiges Locarno (gesprächen im ehemaligen Herrenhaus in Berlin und in der Sor-

bonne in Paris), Dichtkunst und Politik (Bericht an die Preußische Akademie der Künste): wie reich könnte der Unterricht an Höheren Schulen durch sie befruchtet werden, wenn man sie zum Ausgangspunkt für Lehrgespräche nähme. Hier ist neues Land zu bearbeiten.

Zeitspiegel Welches Recht in *Deutschland* im 12. Jahr der Republik noch gilt, zeigte ein Vorfall in Waldeck. Dort mußte das Landgericht auf Grund waldeckischer Kirchenverordnungen von 1550 und 1730 einen Arbeiter verurteilen, der am Gründonnerstag seinen Garten umgegraben hatte.

In 2 höheren Schulen Goslars hatten einige Schüler bei der mit Schulwettkämpfen verbundenen Kranzverteilung die an den Kränzen befindlichen schwarz-rot-goldenen Schleifen abgerissen und unter wüsten Schimpfreden auf die Reichsfarben in den Schmutz getreten. Als der Fall im Preußischen Landtag besprochen wurde, betonte der Unterrichtsminister, daß hier die zur staatsbürgerlichen Erziehung berufenen Schulstellen versagt hätten; die Aussagen der Schüler bei der Untersuchung hätten ergeben, daß der Unterricht in der Schule ihnen keine Gelegenheit gegeben hätte sich mit den elementaren Tatsachen der Staatsbürgerkunde vertraut zu machen.

In den Münchener Kammerspielen sollte Ferdinand Bruckners Drama *Verbrecher* aufgeführt werden. Die Aufführung wurde polizeilich verboten. Die Staatszeitung begrüßte das Verbot wie folgt: »Wir wollen weder in dieser noch in anderer Hinsicht eine Provinz Berliner Bühnenverdorbenheit werden.«

Dem Dichter Ernst Toller wurden bei der Einreise in die *Vereinigten Staaten von Amerika* wegen seiner ehemaligen politischen Betätigung in Deutschland von der Einwanderungsbehörde respektive dem Arbeitsministerium in Washington Schwierigkeiten gemacht, die erst nach längeren Verhandlungen behoben wurden.

Am Howard College Birmingham in Alabama wurde der Professor Day von seinem Lehrstuhl entfernt, weil er in einer naturwissenschaftlichen Vorlesung gesagt hatte, nach seiner Überzeugung könne der Walfisch den Propheten Jonas unmöglich lebendig in seinem Bauch beherbergt haben; man dürfe die Bibel in solchen Erzählungen nicht allzu wörtlich auslegen. Daraufhin mußte er flüchten.

Die New York Times weigerten sich den neuesten Roman *Vina Delmars* anzuzeigen, weil sein Titel Die ausgehaltene Frau der Zeitung anstößig erschien.

Totenliste Am 27. August 1929 starb in Berlin der ehemalige Direktor der Berliner Handelsgesellschaft *Paul Jaffé*, 77 Jahre alt. Er gehörte in frühen Jahren der Gruppe um Friedrich Wilhelm Foerster an, die die Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur begründete. Politisch stand er dem Kreis der Nation und Männern wie Theodor Barth, Georg Gothein und Paul Nathan nahe.

Am 6. September starb *Wilhelm von Wymetal*, einer der merkwürdigsten Menschen des geistigen Wiens, kaum 51 Jahre alt. Er hatte schon als Student der Wiener Universität einen Verein für neue Kunst zur Förderung des Komponisten Conrad Ansoerge gegründet, der mit der Zeit seine Tätigkeit weiter ausdehnte und auch manche andere zu Unrecht verkannte Schöpfungen älterer und neuerer Zeit trotz manchem Widerstand der Presse der Wiener Öffentlichkeit nahebrachte; Künstler wie Josef Kainz, Marie Gutheil, Arnold Rosé, Ferdinand Gregori stellten sich unentgeltlich in den Dienst der Sache. In späteren Jahren zeichnete sich Wymetal als Kritiker durch klares und gerechtes Urteil aus. Eine Zeitlang war er auch Leiter des Österreichischen Werkbunds.

In Zwickau starb im November, während einer Operation, der Philologe *Paul Brandt* aus Schneeberg, im Alter von 54 Jahren. Sein berühmtes Hauptwerk ist die 3bändige Sittengeschichte Griechenlands, die er unter dem Pseudonym Hans Licht veröffentlichte (Dresden, Paul Aretz). Außer zahlreichen Schriften über kulturhistorische und philologische Probleme bei den antiken Autoren veröffentlichte er interessante Kulturkuriosa.

Am 29. November starb der Berliner Journalist *Fritz Specht* an einer Lungenentzündung, in seinem 66. Lebensjahr. Er wirkte mehrere Jahre als Stenograph im Auswärtigen Amt und schrieb auch eine Geschichte der Stenographie.

Kurze Chronik Für das Jahr 1930 wurde von der Universität Breslau die folgende *Preisauflage* gestellt: »Die am stärksten hervortretenden modischen Erscheinungen des deutschen Stils sollen auf Grund einer auszuwählenden Anzahl der in den gebildeten Kreisen heute am meisten gelesenen und geschätzten Schriftsteller der Gegenwart festgestellt und beurteilt werden.« ◊ In Braunschweig wurde ein *Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaft* eröffnet, an dessen Ausstattung sich neben dem Reichsministerium des Innern, dem Braun-

schweigischen Volksbildungsministerium, der Stadt Braunschweig auch der Deutsche Lehrerverein als Gründer mitbeteiligt hat. Auch zu dem Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit in Paris, dem Chinainstitut in Frankfurt, dem Amerikainstitut in Berlin und zur Technischen Hochschule in Braunschweig hat das von August Rielke geleitete Institut Beziehungen aufgenommen. Im Namen der Reichsregierung weihte Carl Severing das Institut mit einer Rede ein, die wesentliche Gedanken zu dem noch neuen Aufgabenkreis dieser werdenden Forschung anregte. ◊ Am 31. Januar trat in Preußen der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Carl Heinrich Becker zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Adolf Grimme, bisher Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Brandenburg und Berlin, bestellt. Nachfolger Grimmes im Provinzialschulkollegium wurde der Landtagsabgeordnete Christoph König, den die Sozialdemokratische Partei ursprünglich als Nachfolger Beckers in Aussicht genommen hatte. Die Ursachen dieses Revirements liegen in parteipolitischen Forderungen, die bei Gelegenheit der geplanten (aber nicht vollzogenen) Umbildung der preußischen Regierung zu einer Regierung der Großen Koalition erhoben wurden. Über seine sachlichen Ergebnisse wird man erst urteilen können, wenn positive Leistungen des neuen Ministers vorliegen, wozu ihm Zeit gegeben werden muß. ◊ Der im Dezember 1929 neu gewählte Landtag *Thüringens* bestimmte am 23. Januar mit 26 gegen 22 Stimmen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Frick aus München zum Volksbildungs- und Innenminister. ◊ Im Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtags wurde mit den Stimmen der Rechten, der Wirtschaftspartei und des Zentrums gegen die der Sozialdemokraten ein Zentrumsantrag angenommen, der die Heraufsetzung der *Altersgrenze für Hochschullehrer* auf 68 Jahre fordert. Es wurde geltend gemacht, daß die jetzige frühe Pensionierung der Hochschullehrer zu Schwierigkeiten geführt habe, daß in manchen Disziplinen kein Nachwuchs vorhanden sei, und daß viele Gelehrte erst im Alter ihre Höchstleistungen erreichen. ◊ Bei einer von der Dresdener Studentenschaft veranstalteten Abstimmung sprachen sich von 3327 Stimmberechtigten 1676 für den Austritt aus der Deutschen Studentenschaft aus. Ebenso wurde von den beiden Bonner Hochschulen eine *neue Studentenschaft* gegründet, die auf das sogenannte Rassenprinzip verzichtet und von der künftigen Arbeit alle partei-

und richtungspolitischen Bestrebungen ferngehalten zu sehen wünscht. Die Studentengruppe des Landesverbands Hamburg trat aus der Deutschen Nationalen Volkspartei aus und schloß sich der Volkskonservativen Vereinigung an. ◊ Der Völkerbund beschloß eine 2. Ausgabe der 1925 unter dem Titel *Index Bibliographicus* veröffentlichten *Weltliste Bibliographischer Zeitschriften* zu veranstalten. Zur Durchführung dieser Aufgabe, bei der sich die Nationalbibliotheken von etwa 50 Staaten unter der Leitung der Berliner Bibliothek vereinigen, stellte das Reichsministerium des Innern 5000 Mark zur Verfügung. Die bei der Preussischen Staatsbibliothek eingerichtete und von Vorstius geleitete Zentralstelle bearbeitet das wichtige bibliographische Nachschlagewerk in enger Fühlung mit dem Direktor der Schweizerischen Landesbibliothek Marcel Godet, der die 1. Ausgabe bearbeitete. ◊ Nach einer Anordnung des Chefs der Deutschen Marineabteilung soll künftig auf den Mützenbändern der Matrosen und den Namensschildern der Schiffe nur die *Frakturschrift*, die man immer noch als "deutsche" Schrift ansieht, an Stelle der bisher dort stets üblichen Antiqua verwandt werden: ein Rückschritt in eine Enge, die dem die Weltmeere umfassenden Institut der Marine wenig angemessen ist. ◊ Die 1926 in Genf gegründete Internationale Historische Vereinigung, die im letzten Jahr in Venedig zum drittenmal zusammentrat, hat sich unter anderm mit der Zusammenstellung der Grundsätze befaßt, nach denen in den verschiedenen Ländern der *Geschichtsunterricht* erteilt wird. Bei dieser rein informativ gedachten Arbeit wird auch die Frage nach dem Grad geschichtlicher Objektivität im Geschichtsunterricht der Länder geprüft. ◊ In diesen Tagen konnte der *300. Geburtstag des Journalismus* gefeiert werden. Sein Geburtsort ist Paris. Dort erschien 1630 die erste, von Théophraste Renaudot gegründete Zeitung; sie zählte den Kardinal Richelieu zu ihren Mitarbeitern. ◊ Im Februar kehrte *Miguel de Unamuno*, der bei Beginn der Diktatur Primo de Riveras Rektor der Universität Salamanca gewesen und nach den Canarischen Inseln verbannt worden war, wieder nach Spanien zurück. Er hatte 6 Jahre in Frankreich gewohnt, wohin er mit Hilfe einer Rettungsexpedition in höchst romantischer Weise entkommen war. Die Sozialistischen Monatshefte begrüßen ihren alten Mitarbeiter, der schon für den 1. Jahrgang der Zeitschrift mehrere Aufsätze geschrieben hat, in seiner neuen Freiheit.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Sozialisierung Die Frage, wie, auf welchem Weg die Sozialisierung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses im Sinn einer Überleitung zu der von der Sozialdemokratischen Partei erstrebten Umordnung der Produktions- und Verteilungsweise denkbar ist, bildet eine der Grundfragen, zu denen das nach Selbstverständigung ringende sozialistische Denken in der Bewegung immer von neuem, und um so dringender, je mehr Einfluß und Macht der Partei wachsen, zurückgreift. Marx hat bei seiner Zergliederung der kapitalistischen Gesellschaft wohl das Ziel gesehen, aber ist, den Zeitverhältnissen entsprechend, einer nähern Erörterung möglicher Sozialisierung, die damals noch im weitesten Feld lag, mit klarem Bewußtsein aus dem Weg gegangen. Gewiß, soll die gesellschaftliche, in der kapitalistischen Epoche so gewaltig gesteigerte Produktion einstmals das werden, wozu sie durch die menschlich kulturelle Entwicklung berufen scheint, so unterstellt das eine sozialistische Umorganisation des Produktionsvermögens, die dieses von den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Kapitalistenklasse loslöst und es unmittelbar den Lebens- und Kulturbedürfnissen der arbeitenden Massen selber dienstbar macht. Nur so kann unter Nutzung der in der kapitalistischen Entwicklung erzielten technischen Errungenschaften im sozialistischen Klassenkampf eine Ökonomie errungen werden, die kein Helotentum mehr kennt. Die besonderen Wege, die zu dem Ziel jeweils einzuschlagen sind, kann nur die weitere Entwicklung jeweils weisen. In diesem Sinn hat Marx, so unbedingt er daran festhält, daß ohne Klassenkampf und proletarische Machteroberung das Ziel nie Wirklichkeit werden könne, jede Aufstellung näherer Zukunftsmaßnahmen ebenso energisch von sich abgelehnt wie Spekulationen darüber, wie sich das Organisationsgefüge einer sozialistischen Gesellschaft des nähern gestalten werde. Solcherlei zu verlangen schien ihm, wie er im Kapital sagt, auf das törichte Unterfangen hinauszulaufen »Rezepte für die Garküche der Zukunft« zusammenzustellen, von der man doch nur die allgemeinsten Umrisse aufzeichnen kann. Marx spricht nur von dem Klassenkampf und der politischen Machteroberung als dessen Ziel. Aber ebenso gewiß ist, daß er, so undenkbar ihm die Realisierung des sozialistischen Ziels ohne Klassen-

kampf ist, doch niemals die revolutionäre Eroberung der politischen Gewalt als Mirakel angestaunt hat, das bei genügend rücksichtsloser Gewaltanwendung alles aus eigener Macht zu vollbringen vermöge; als könne der revolutionäre Wille, im Besitz der Gewalt, beliebig dekretieren. Marx steht der dilettantischen Überhebung und diktatorischen Hybris einer solchen Grundanschauung, die an Lenin erinnert, so fern wie man ihr überhaupt nur gegenüberstehen kann. Schlagend charakterisiert ihn jener Satz im Vorwort seines Kapitals: »daß die jetzige [also auch die künftige] Gesellschaft kein fester Kristall sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist«. So wenig dieser, so wenig läßt sie sich selber von außen her durch einen fremden Willen leiten. Ein gangbarer Weg zum Fortschritt kann die Revolution nur sein, indem sie an das keimhaft im sozialen Organismus schon Angelegte anknüpft und, das Ziel im Auge, die Mittel wählt, die im Gewordenen vorgebildet sind.

In einer größern Abhandlung über das Sozialisierungsproblem, die in den Neuen Blättern für den Sozialismus /Potsdam, Alfred Protte/ erschien, hebt *Eduard Heimann* (und, was das Allgemeine anlangt, gewiß in Übereinstimmung mit Marx) hervor, daß Sozialisierung etwas Relatives ist, daß sich die Art von Maßnahmen, durch die man die Sozialisierung fördern kann, im Wechsel der Verhältnisse jeweilig selber verändern werde. Wenn Marx in seiner Inauguraladresse den damals in England eingeführten Zehnstundentag als Ausdruck eines neuen sozialen Prinzips begrüßt, das den erfolgreichen Vormarsch der Arbeiterklasse und dessen Anerkennung durch die Gesellschaft verkündet, so werden selbstverständlich immer neue Forderungen, die die Arbeiterklasse im Kampf für ihren Aufstieg stellt, dem folgen. Unaufhaltsam muß der Strom im neuen Bett, das er sich gegraben, weiterfließen. Heimann wirft da zugleich die Frage auf, ob jene Vorstellung einer möglichst einheitlich zentralisierten Organisation, wie sie vielen Parteikreisen als marxistisch vorschwebt, den mächtigen Veränderungen gegenüber, die sich seit Marx in der Akkumulation des Kapitals vollzogen hätten, noch heutzutage theoretisch aufrechtzuerhalten sei. Marx unterstelle in seiner Zergliederung des Kapitalismus und seinen daran anknüpfenden Ausblicken auf den Sozialismus im großen und ganzen, den damaligen Zeitverhält-

nissen entsprechend, daß Mehrarbeit der Regel nach in selbständigen, mit einander frei konkurrierenden kapitalistischen Produktionsbetrieben herausgeschlagen werde; während heute, wie die gewaltige Zunahme der Aktiengesellschaften, des Kreditverkehrs, der Kartelle und der Trusts offenkundig zeige, die Anwender von Lohnarbeit zum großen Teil als Verwalter ihnen anvertrauten und kreditierten Kapitals fungieren, für das sie Zins aus dem Umsatz ihrer Produkte zu zahlen haben. Das müsse, so betont Heimann, das Vorgehen bei einer Sozialisierung zweifellos in hohem Maß komplizieren. Wie wolle man gegen die große Schicht der kleinen Zinsbezieher, die vielfach nur einen minimalen Besitz in Banken und Sparkassen deponiert haben, in gleicher Weise vorgehen wie gegen die großen monopolbesitzenden Gesellschaften, die heute Produktion und Verkehr beherrschen? Andererseits kann auch, wie Heimann mit Recht hervorhebt, heute von einer finanziellen Demokratisierung durch Verbreiterung des Aktienbesitzes im Ernst nicht die Rede sein. Die kleinen Aktionäre haben beizustimmen, nicht aber zu entscheiden. Es sind das Schwierigkeiten, auf die seinerzeit Eduard Bernstein schon nachdrücklich hingewiesen hat, ähnlich denen, die einer sozialistischen Umordnung aus der Unzahl kleiner Geschäfte und aus dem Bauerneigentum erwachsen mögen. Die Grundrichtung der sozialen Bewegung bleibt darum doch die selbe. Nur daß, worauf auch Karl Kautsky neuerdings besonders hingewiesen hat, an ein streng einheitliches Regulierungsschema der ganzen ökonomischen Sphäre in absehbarer Zukunft nicht wohl zu denken ist. Indes, mag sich der Kleinbetrieb in manchen Zweigen noch weit länger halten als man früher annahm; das Entscheidende ist die Stellungnahme dem kapitalistischen Großbetrieb gegenüber. Da sind, wenn die politische Gewalt erobert und demokratisiert ist, den Möglichkeiten einer weitgreifenden Expropriation und rationaler staatlicher Fortführung keine Grenzen gezogen. Warum soll das kartellierte große Kapital den wenigen Eigentümern durch Massenproduktion fortlaufend immer neue phantastische Summen zuführen, während die Massen darben, und die Staaten selber sich vor der Schuldenlast kaum retten können? Warum sollen hier auf dem schon oft erwogenen Weg der Verstaatlichung nicht die früher von Privaten erzielten Überschüsse der Gesellschaft der Produzenten selber und allgemeinen Kulturbedürfnissen zugeführt

werden? Es ist in keiner Weise abzusehen, weshalb sich eine solche (die nächstliegende) Art der Sozialisierung, wie Heimann annimmt, vor dem Schreckgespenst einer allgemeinen Bürokratisierung fürchten sollte. Als wenn sich nicht in jenen Riesenbetrieben längst schon eine Bürokratie herausgebildet hätte, Schematisch nach in weitem Umfang festen Regeln und insofern uniform muß das Verfahren solcher Produktions- und Verkehrsriesen, wenn sie aus dem Stadium spekulativen Experimentierens herausgekommen sind, der Natur der Sache nach immer sein. Für individuelle Initiative bleibt, von einer ganz geringen Anzahl Posten abgesehen, bei solchen Mammutwerken auch im Privatbetrieb genau so wenig Raum, als wenn sie öffentlich verwaltet werden. Mit der Anmaßung, den törichtsten Umständlichkeiten und all den sonstigen Verdrehtheiten, an die man bei dem Wort Bürokratie heute denkt, könnte eine fortschreitende Gesellschaft gewiß leicht fertig werden sowie auch, soweit dies ökonomisch lohnend ist, genügend Spielraum zur Betätigung von Individualitäten schaffen. Es ist nicht zu verstehen, wie Heimann ohne Verstaatlichung, Kommunalisierung und dergleichen eine fortschreitende Sozialisierung der Gesellschaft, die den Übergang zum Sozialismus anbahnt, für möglich hält. In den Schlußerörterungen, die die Marktproduktion und den Marktverkehr verherrlichen und diesen von der »kapitalistischen« Warenproduktion zum Zweck des Kapitalgewinns unterscheiden wollen, scheint er die Grundlage der Marx'schen Auffassung zu verlassen.

Imperialismus Die von Rosa Luxemburg in ihrem Werk über die Akkumulation vertretenen Gedankenreihen; daß der Imperialismus mit seinem Streben nach schrankenloser Ausdehnung der kapitalistischen Volkswirtschaft auf einen ökonomischen Gesamtbankrott hinsteuere, hatte *Fritz Sternberg* bereits vor einigen Jahren neu aufgenommen und theoretisch zu fundieren versucht. Er setzt nun diese Untersuchung in einem neuen Buch, betitelt *Der Imperialismus und seine Kritiker* /Berlin, Soziologische Verlagsanstalt/, in beachtenswerter Weise fort. Die alte, von Marx und Engels in dem achtundvierziger Kommunistischen Manifest mit solchem Nachdruck aufgestellte Katastrophen- und Verelendungstheorie, derzufolge die kapitalistische Produktionsweise in ihrem weitem Verlauf zu immer stärker verheerenden Handelskrisen und so

zur Selbstzersetzung führen müsse (jene Prognose, die durch die weiteren Erfahrungen im 19. Jahrhundert (Verminde- rung der Krisen, gewerkschaftliche Steigerung des frühern Geld- und Reallohns) in weitem Umfang widerlegt schien, und deren Unvereinbarkeit mit diesen Erfahrungen der evolutionäre Revisionismus in den Vordergrund seiner Marxkritik stellte), soll hier, das ist das Interessante in dem Sternbergschen Versuch, auf einer andern Basis erneuert werden. Es fällt dem Autor gar nicht ein die ökonomische Besserung weiter Arbeiterschichten während der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frage zu stellen. Aber die Möglichkeit der damals erzielten Erfolge, meint er, lasse sich letzthin nur aus der Mitwirkung einer damals besonders günstigen Konjunktur erklären. Es war das eine Zeit, in der der Kapitalismus einen in der damaligen Ökonomie noch vorhandenen »vorkapitalistischen Raum« für sich okkupierte, wodurch er rasches Ansteigen der Nachfrage nach kapitalistisch verwendbaren Arbeitskräften und damit auch Erhöhung der Löhne schuf. In dem Maß aber, wie sich die Welt einem Zustand »rein kapitalistischer« Produktionsweise näherte, einem Zustand, in dem alle güterproduzierende Arbeit als in kapitalistischen Betrieben angestellte und bezahlte Lohnarbeit erfolgt, muß ein im Wesen dieser kapitalistischen Produktionsweise unabtrennbar angelegter Widerspruch fortschreitend schärfer hervortreten. Aus dem Schema, an dem Marx im 3. Band des Kapitals es illustriert, daß an eine Ausschaltung von Überproduktion und Beseitigung der Absatzstockungen im Kapitalismus nur bei einem bestimmten Verhältnis der beiden großen Produktionszweige: dem der Produktions- und dem der Konsumtionsmittel, gedacht werden kann, will Sternberg den Nachweis führen, daß sich eine derartige Proportionalität bei völliger Weltherrschaft des kapitalistischen Systems unmöglich herstellen und aufrechterhalten lasse. Unvermeidlich ergebe sich bei einer solchen Unterstellung die Tendenz die Herstellung von Produktionsmitteln über das zum Unterhalt erheischte Maß von Lebensmitteln zu erhöhen und somit die Tendenz: bei ständigem Anwachsen der kapitalistischen Produktionsmittel (des konstanten Kapitals) die Nachfrage nach lebendigen Arbeitskräften und damit, bei relativer Arbeitslosigkeit, die Löhne selbst herabzusetzen. Die günstigen Konjunkturen, die die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte, seien nicht dem Kapitalis-

mus sondern dem Umstand zuzuschreiben, daß seine Entwicklung damals noch nicht zur Vollreife gediehen war. Nur eine den Kapitalprofit als Zweck der Produktion ausschaltende ökonomische Neuordnung könne die Gesellschaft von der sonst unvermeidlichen Gefahr wachsender Unverkäuflichkeit der Waren auf dem Markt, also unausweichbarer Absatzstockungen, und schließlich vor dem Bankrott retten. Die hier auf neue Erwägungen gegründete Prognose wird, was ihre Geschlossenheit, respektive, wenn sich bei der Kompliziertheit ökonomischer Verhältnisse eindeutige Schlußfolgerungen nicht ziehen lassen, was ihre Möglichkeiten und ihre Wahrscheinlichkeit anlangt, in der sozialistischen Literatur eingehender Nachprüfung unterworfen werden müssen.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Des schwedischen Professors G. W. Silverstolpes
Nationalökonomie für alle,

ein Büchlein von 200 Seiten, das in dem Heimatland des Verfassers, in Dänemark, Norwegen und Finnland eine Gesamtauflage von 30 000 Exemplaren erzielte, erschien jetzt in deutscher Übersetzung /Leipzig, A. Deichert/. Die Darstellung ist leicht und flüssig und knüpft geschickt an die populären Vorstellungen an, die der durchschnittliche Leser mitbringt. Es wird, um einiges hervorzuheben, von der Preisbildung, von Arbeit und Arbeitslohn, von Kapital und Kapitalzins, von dem Geldwesen, den Wechselkursen und der Konjunktur gesprochen. Einem auch nur andeutenden Ausblick auf die Problemstellungen der theoretischen Nationalökonomie und das Marx'sche Kapital geht der Verfasser aber in weitem Bogen aus dem Weg.

In der Sammlung Göschen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erschien eine neu bearbeitete Auflage von Werner Sombarts ebenso kurzem wie gehaltreichen Doppelbändchen über das *Gewerbewesen*, dessen 1. Teil im Anschluß an den Modernen Kapitalismus des Verfassers vorwiegend die Entwicklung des Gewerbewesens beleuchtet, während der 2. von der Umschichtung der gewerblichen Bevölkerung in der großindustriellen Entwicklungsperiode Deutschlands handelt.

Kurze Chronik Die Leipziger Industrie- und Handelskammer schrieb zur Feier des 100jährigen Bestehens der Öffentlichen Höheren Handelslehranstalt in Leipzig am 23. Januar 1931 einen Preis für die Bearbeitung des folgenden Themas aus: »Der wirtschaftliche

Rationalismus (Intellektualisierung und Technisierung der Wirtschaftsprozesse) in seinen Auswirkungen auf den in der Wirtschaft tätigen Menschen und seine Erziehung.« Ein Preisausschreiben der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik in Berlin stellt das Thema: »Die Persönlichkeit des deutschen Unternehmers in seiner Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren 1860 bis 1919.« Als Preis sind 5000 Mark ausgesetzt. Die Beteiligung steht jedem Deutschen frei. Im Richterkollegium sitzen, neben dem Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, die Professoren Paul Riebensahm, Joseph Schumpeter und Kurt Wiedefeld.

◊ Der Lehrstuhl der Soziologie an der Universität Frankfurt, der durch die Emeritierung Franz Oppenheimers frei geworden war, wurde dem Heidelberger Privatdozenten *Karl Mannheim* angeboten, der sich besonders durch sein Buch *Ideologie und Utopie* bekannt gemacht hat.

◊ Der Privatdozent an der Handelshochschule Leipzig *Martin Lohmann* wurde an die Universität Kiel berufen, um dort in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät über Betriebswirtschaftslehre zu lesen. ◊ Für Finanzwissenschaft *habilitierte* sich an der Universität Berlin Arnold Wolfers; in seiner Antrittsvorlesung sprach er über Kapitalknappheit und Fehlleitungen des Kapitals. Für Volkswirtschaftslehre habilitierte sich in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt Eugen Altschul. An der Berliner Handelshochschule ließ sich Carl Landauer als Privatdozent für Wirtschaftspolitik nieder, mit einer Antrittsvorlesung Rentabilität und Produktivität in der modernen Verkehrswirtschaft.

Religionswissenschaft / Theodor Stegfried

Heiliger Geist und religiöse Verwirklichung Die beiden in diesem Titel vereinigten Begriffe bezeichnen einen Konflikt nicht nur der theologischen sondern der religiösen Lage der Gegenwart. Auf der einen Seite steht das Anliegen zu unmittelbar konkretem religiösen Leben zurückzukommen, die Unmittelbarkeit, die etwa für die Reformatoren Gott, Offenbarung, Christus hatten, durch Abstreifung der modernen Geisteshaltung wiederzugewinnen. Auf der andern Seite steht das Bemühen diese Geisteshaltung in ihrer eigenen Sphäre zu durchstoßen und nicht nur gläubig einen Schöpfer zu denken sondern die Wirklichkeit selber gläubig anzuschauen.

In einer knappen Schrift Zur Lehre vom Heiligen Geist /München, Christian Kaiser/ entwickelt Karl Barth mit besonderer Prägnanz das Anliegen seiner Theologie. Sie gehört zu dem Besten, was Barth seit seinem Römerbriefkommentar veröffentlichte, und ist als Zugang zur dialektischen Theologie besonders zu empfehlen. Unter seinen wissenschaftlichen Freunden ist Barth ohne Zweifel der beweglichste. Das schadet oft genug der wissenschaftlichen Bündigkeit, aber es bedeutet auch eine Offenheit und Unbefangenheit, wie die Krisis einer Wissenschaft sie braucht. In der vorliegenden Schrift zitiert Barth ein Wort Luthers: »Wir dürfen [das heißt brauchen] nicht einen Boten zu ihm [das heißt Gott] schicken, sondern er ist zu uns kommen und selbst persönlich.« Kein Wort ist besser geeignet das Anliegen Barths zu verdeutlichen. Gegenüber dem Rückzug auf die bloße religiöse Stimmung oder auf eine mystische Tiefe der Wirklichkeit ist ihm Glaube ein lebendiges Verhältnis von Person zu Person. Daß auch die liberale Theologie ein solches nicht entbehren wollte, ist klar. Es zwingend herauszuarbeiten dürfte ihr nicht gelungen sein. Die Voraussetzung eines in sich geschlossenen Weltzusammenhangs beherrschte ihr Denken. Barth versuchte diesen Ansatz zunächst nach Analogie der neukantischen Philosophie zu überwinden, indem er wie jene das geschlossene Weltbild anerkannte und dann eine zweite Perspektive suchte, die die erste ausschaltete. Bei den Kantianern war es die ethische Perspektive, bei Barth die Bindung an ein exklusiv supranaturales Ereignis, den Einbruch Gottes in die Welt durch das Medium der Schriftoffenbarung. Dennoch bemühte sich Barth sich von einer Verabsolutierung des Textes fernzuhalten, er sprach und spricht von einer »gebrochenen« Offenbarung, und es liegt in dieser Richtung, daß er nun auch eine, wenn auch »zweideutige« Auswirkung des Heiligen Geistes im Wirken und Handeln zugesteht, und daß er ferner in scharfer Wendung gegen andere Vertreter der dialektischen Theologie eine Offenbarung Gottes aus dem Umkreis unserer tatsächlichen Existenz, ein göttliches Wort der Stunde anerkennt. Im Gegensatz zu manchen früheren Abhandlungen scheint Barth hier ein universales Offenbarungsgeschehen anzuerkennen, wobei er mit Recht ablehnt Offenbarung nur zum Namen für subjektive religiöse Gedanken herabzudrücken. Dann aber sagt er: »Was wir

uns anschaulich machen können, das ist immer unser eigenes Wirken.« Dieser Satz zeigt die Unausgeglichenheit seines Denkens, er läßt in besonders markanter Weise die neukantischen Hintergründe von Barths Denken hervortreten. Kann ich mir nur mein Wirken anschaulich machen, so ist auch die Welt der Objekte, die ich ja anschau, mein Produkt. Dann bleibt nur der supernaturalen Eingriff Gottes in diesen Bezirk. Dann steht aber auch dieser Eingriff beziehungslos neben aller sonstigen Wirklichkeit. Um den persönlichen Gott zu gewinnen, muß Barth dann das Weltbewußtsein verleugnen. Aber ist es denn wahr, daß ich nur mein Wirken mir anschaulich machen kann? Primär ist doch jedenfalls das anschaulich, was mir gegenübersteht. Indem nun Barth die Unanschaulichkeit des Glaubens betont, wahrt er zwar ein berechtigtes Moment. Aber er isoliert dieses Moment und löst den Glauben von der Wirklichkeit. Der Glaube geht nicht durch die Wirklichkeit auf das Unanschauliche hindurch sondern kapselt sich zuletzt doch in eine Isoliersphäre ein. Freilich, daß die Offenbarung kontinuierlich den Menschen an sich binden könne, lehnt Barth nicht so radikal wie seine Freunde ab; im Gegenteil, wenn er sagt, daß Sein Akt, und daß umgekehrt Akt Sein ist, so ist hier die Möglichkeit gegeben wieder den Zugang zur echten universalen Offenbarung zu gewinnen. In diese selbe Richtung weist die an Luther angelehnte Beschreibung der »Heiligung«, bei der Barth mit einer ganz andern Tiefe als in seiner Dogmatik die 3 Momente der Sündigkeit, der Rechtfertigung und der gläubigen Tat innerlich verbindet. Das hier Gesagte gehört zum Besten, was in der letzten Zeit über die Rechtfertigungslehre gesagt wurde. Barth entreißt sie der Sphäre der Abstraktion, macht sie konkret anschaulich. Der Abhandlung Karl Barths ist ein Vortrag seines Bruders, des Baseler Philosophen Heinrich Barth, über die Geistfrage im deutschen Idealismus vorangestellt. Die Arbeit ist systematisch gediegen. Ihre Grenze liegt darin, daß sie den Idealismus zu einseitig nach seinen Resultaten befragt und zu schnell an seinen philosophischen Problemen vorübergeht. Wenn Heinrich Barth Kant den Idealisten entgegenstellen will, dabei aber trotz Kant, der Dialektik als Logik des Scheins ablehnte, einen »dialektischen Gehalt« seiner Darbietung für sich in Anspruch nimmt, so ist damit die konkrete Aufgabe gegeben sich

konkret mit der Dialektik Hegels auseinanderzusetzen. Man muß dann aufhören das Hegelsche System »in seiner ganzen Pracht« zu bewundern und abzulehnen sondern ist gewiesen in exakter Auseinandersetzung zu forschen. Der Rahmen, den Heinrich Barths Vortrag gehabt hat, mag jene Grenze seiner Arbeit erklären. Dieser Rahmen war eine Theologische Woche. Freilich möchte es scheinen, daß solcher Rahmen erst recht den Philosophen veranlassen muß nicht bloße Bilder von Philosophien zu geben sondern zu zeigen, daß Philosophieren Forschungsarbeit mit eigenen Problemen ist.

In der oben genannten Arbeit hat sich Karl Barth in erheblichem Maß der Theologie Paul Tillichs genähert. Dem für diesen seit langem konstitutiven Grundbegriff der »Zweideutigkeit« alles menschlichen Handelns hat Barth einen bedeutenden Raum gewährt. Es scheint jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo eine Auseinandersetzung zwischen ihm und Tillich fruchtbar werden könnte. Dabei wäre es freilich von beiden Seiten notwendig den terminologischen Voraussetzungen gerecht zu werden. Wenn Tillichs Theologie in weitem Kreis als "bloße Spekulation" galt, so wird die Sammlung seiner Vorträge, die unter dem Titel *Religiöse Verwirklichung* /Berlin, Furcheverlag/ erschien, den aufmerksamen Leser eines andern belehren. Tillich knüpft ausgesprochen an das moderne Weltbewußtsein an, aber nur, um auf seine religiösen Hintergründe vorzustößen und diese in das Licht des christlichen Glaubens zu stellen. Damit ist der formale Gegensatz gegen Barth bezeichnet. Wenn nun Barth, wohl auch gegen Tillich, den Verdacht ausgesprochen hat, daß der Mensch dabei nur in sein eigenes Unterbewußtsein vorstößt, so würde er verkennen, daß es Tillich so gut wie ihm selber durchaus auf die konkrete Realität lebendiger Offenbarung ankommt, und daß Tillich grundsätzlich jenes Schema des in sich geschlossenen Weltsystems ablehnt. Die "profane" Terminologie dient gerade dazu dem modernen Menschen diese Perspektive so zu erschließen, daß er den Glauben nicht abstrakt neben die Wirklichkeit zu stellen braucht sondern sich den »Wert der Stunde« erschließt. Wenn wir dem Werk Tillichs eine besondere Wirklichkeitsnähe zuschreiben, so muß dabei zugleich betont werden, daß es sich hier nicht um phantasievolle Intuition sondern um exakte und mühselige Denkarbeit handelt.

Die theologische Arbeit des letzten Jahrzehnts hat sich im großen ganzen in der Form von Vorträgen vollzogen. Da war lebendige Diskussion. Der einzelne Vortrag muß freilich in sich verständlich sein. Aber von dem Wissenschaftler ist zu fordern, daß er mit der ganzen Diskussion mitgeht und die unausgesprochenen Beziehungspunkte des einzelnen Vortrags kennt.

Materialismus und Religion Der Schweizer religiöse Sozialist und Professor Leonhard Ragaz, dessen

Trotzkij in seiner Biographie in eindrucksvollen Worten gedenkt, unternahm es in öffentlichen Vorträgen das Verhältnis von Christentum und Marxismus darzustellen (Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus /Wernigerode, Hans Harder/). Der unentwegte Vorkämpfer des religiösen Sozialismus zeigt in diesen Vorträgen eine doppelte Kunst: unmittelbar lebendig den Hörer und Leser zu packen und doch nirgends von der sachlichen Gediegenheit und äußerst feinen Ziseliertheit seiner Gedankengänge etwas abzuschleifen. Sein Thema ist die Tragik des deutschen Sozialismus, der sich im Kampf gegen die überkommene Ordnung und ihre kirchlichen Chorwächter einer materialistischen Ideologie verschrieb, die im Grunde nur die Kopie des bürgerlichen Materialismus war und ist. Mit sprühender Leidenschaft entrollt Ragaz diese verhängnisartige Verquickung der sozialistischen Bewegung mit einer Lehre, die ihr wesensfremd sein mußte. Dennoch unterstreicht er nicht nur die Schicksalshaftigkeit, mit der der Sozialismus ihr verfallen mußte, sondern auch das positive Recht des "Materialismus", der keine Trennung von Geist und Materie gelten lassen wollte sondern die Forderungen des Diesseits restlos ernst nahm. Die Religion nun, mit der Ragaz den Sozialismus unterbauen möchte, ist durch 2 Momente charakterisiert: 1. durch die Berufung auf den »Geist«, der allein Leben schafft, und 2. durch ein ergreifendes Ringen mit dem franziskanischen Ideal. Jener Berufung auf den Geist werden wir recht geben müssen, wenn anders Religion uns keine erledigte Angelegenheit ist. Es wird freilich noch neuer Bemühung bedürfen, um jene von Ragaz gerügte Kluft von Geist und Materie zu schließen. Die »Treue«, mit der nach Ragaz der Glaube der »Neuen Erde« dienen soll, wird auch manche theologische Umformung noch erforderlich machen, und Ragaz eigene

Berufung auf den Geist fordert hier eine Analyse der Wirklichkeit, wie er sie in seinem Rahmen nicht zu geben brauchte, wie sie aber auf der Basis seiner Gedanken in der Tat dringend nötig wird. Im Hintergrund erscheint das franziskanische Ideal der Armut. Von niemandem, auch nicht vom Sozialisten, will Ragaz es fordern. Dennoch läßt er es immer wieder aufleuchten. Es erscheint als das Ideal der einsamen Vorkämpfer, die nicht von anderen fordern, was sie von sich fordern müssen. Ragaz berührt damit nicht nur die tiefsten Intentionen Tolstojs, sondern er versucht zu klären, wie das Ideal aus der Welt und ihren gegebenen Verhältnissen den einzelnen herausruft, ohne daß er doch aus seinem Weg eine allgemeingültige Forderung machen dürfte. Das ist Heroismus und Bescheidung in einem. Praktisch aber ergibt sich daraus für Ragaz prinzipiell, daß Sozialist sein auch sozialistisch leben heißt. Er fordert für den Alltag die Gesinnung der Güte und des Mittragens und bekämpft die Utopie, daß einfach die neuen Verhältnisse den neuen Menschen schaffen könnten. Der neue Geist, den er fordert, spricht aus seinem ganzen Werk. Mit ihm werden sich ebensowohl die Ideologen des Materialismus auseinanderzusetzen haben wie jeder einzelne, dem sozialistische Politik und sozialistische Ethik zusammenzugehören scheinen.

Mit Hilfe der materialistischen Geschichtsauffassung will *Eduard Simmel* die Religionsgeschichte durchleuchten (Wie der Mensch seinen Gott schuf /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/). Bemerkenswert ist die vom Verfasser vorgenommene Begrenzung der Aufgabe. »Die Absicht ist nicht für die Nichtexistenz einer Gottheit Material zu liefern sondern die Entwicklung der religiösen "Vorstellungen" in ihrer Abhängigkeit von der wirtschaftlichen und historischen Entwicklung der Menschheit darzustellen.« Inhaltlich weist Simmel dem astrologischen Interesse eine außerordentlich wichtige Rolle in der Religionsentwicklung zu, und er sucht dieses Interesse mit den wirtschaftlichen Wandlungen in Verbindung zu bringen. Dabei übergeht er so gut wie ganz die praktisch-ethischen Motive der Religion, und er kommt zu willkürlichen Konstruktionen. Das Motiv die »Weltenergie« zu bemeistern ist kein religiöses Urmotiv. Die Ehrfurcht vor dem Unertorschlichen, zu der sich Simmels Schlußworte zu bekennen scheinen, weist selber in eine andere Richtung.

Religionsgeschichte Eine Einführung in die Phänomenologie der Religion legt der Professor der Religionsgeschichte *G. van der Leeuw* vor /München, Ernst Reinhardt/. Diese kurze Abhandlung von nicht 160 Seiten ruht auf einer jahrzehntelangen intensiven Arbeit und versteht in prägnantester Form den reichen Ertrag wiederzugeben, ohne daß dadurch die unmittelbare Anschaulichkeit litte. Mit großer Treffsicherheit zieht der Verfasser Parallelen zwischen der Religion der Primitiven und heutigen Volksbräuchen, zwischen animistischen Vorstellungen und heutiger dichterischer Phantasie. Er gibt ein außerordentlich einprägsames Bild der primitiven Religion, läßt dabei aber nicht die Problematik vergessen, in der die Erkenntnis jener alten Religionen für uns steckt. Besonders aufschlußreich ist seine Erörterung über Religion und Magie. In Gegensatz zu theologisch voreingenommenen gekünstelten Versuchen hier eine scharfe Trennungslinie zu ziehen sieht er die steten Übergänge zwischen beiden, und er betont, daß hier nicht ein Gegensatz des »Gegenstands« sondern der menschlichen Haltung bestehe. Er sieht, wie die Religion ohne Weltdeutung nicht auskommen konnte noch kann. So wird seine Arbeit auch systematisch erheblich. Den in bloßen Begriffen sich ergehenden Theologen erinnert er an die lebendigen Realitäten der Religion. Man kann diesem Büchlein nur weiteste Verbreitung wünschen. Es vermittelt ein außerordentlich glückliches Bild der Mannigfaltigkeit religiöser Divination. Eine ungeheuer gedrängte und doch plastische Darstellung der religiösen und kirchenpolitischen Entwicklung des Mittelalters gibt der Marburger Kirchenhistoriker *Heinrich Hermelink* in dem Artikel Mittelalter der hier schon des öftern genannten Enzyklopädie *Die Religion in Geschichte und Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Einleitend erinnert er daran, daß der Ausdruck Mittelalter auf eine dogmatisch gebundene Dreiteilung des Geschichtsverlaufs zurückverweist. Ohne die darin liegende Abwertung des Mittelalters mitzumachen, stellt er auch das Mittelalter als Übergangszeit dar. Er zeigt die Überführung der antiken Tradition gut in die neuen Verhältnisse des germanischen Nordens und zieht zu diesem in der sarazenischen Kultur eine interessante Parallele. Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich diese aufs äußerste gedrängte Zusammenfassung wiederzugeben. Ihre

stilistische Kraft beweist sich darin, daß wirklich ein ungeheuer lebendiges Bild entrollt wird. Gelegentliche Einzelhinweise, so der auf den gotischen Crucifixus, der am Kreuzesstamm emporwachsend sich aufbäumt, beleuchten die ungemein scharf gezogenen Gesamtlinien. Bemerkenswert ist, daß nach Hermelink Reformation und Humanismus aus dem Mittelalter und seinen Grundelementen erwachsen sind. Abschließend nimmt er Stellung gegen den »Wunschtraum« eine einheitliche Weltanschauung des Mittelalters herauszudestillieren. Dieser kurze Hinweis sei gegeben, um auf die hervorragenden Leistungen hinzuweisen, mit denen die neue religionswissenschaftliche Enzyklopädie sich vorstellen kann.

Zeitschriften Das verdienstvolle jüdische Organ *Der Morgen* /Berlin, Philoverlag/, das seit seinem Bestehen eine geistig außerordentlich hochstehende Diskussion mit der nichtjüdischen Welt pflegt und ihr Wesen und Tendenzen des Judentums zu vergegenwärtigen bestrebt ist, dient ebenso der Orientierung der Juden über die Probleme des Christentums und der Gegenwart überhaupt. Es bringt daher auch Aufsätze von Nichtjuden. Das 5. Heft des 5. Jahrgangs ist der Religiosität der Gegenwart unter spezifisch soziologischem Gesichtspunkt gewidmet. In beachtenswerten Aufsätzen behandeln Ludwig Heitmann die Krisis der Religion in der Großstadt, Heinz Kapper proletarische Religiosität, Gustav Mahr bäuerliche Frömmigkeit.

Im Zusammenhang mit der oben besprochenen Arbeit Karl Barths sei auf die Zeitschrift der dialektisch-theologischen Kreise *Zwischen den Zeiten* /München, Christian Kaiser/ hingewiesen. Die ständigen Mitarbeiter haben verstanden dies Organ auf einer erstaunlichen Höhe zu halten. Das 4. Heft des 7. Jahrgangs bringt eine große und aufschlußreiche Abhandlung über Barths Schicksal und Idee in der Theologie. Die seit Beginn dieses Jahres erscheinenden *Neuen Blätter für den Sozialismus*, herausgegeben von Eduard Heimann, Fritz Klatt, Paul Tillich /Potsdam, Alfred Protte/, werden mit einer Abhandlung Tillichs eingeleitet, die also ausklingt: »Kein Programm sondern Wagnis aus der letzten Tiefe und in der ganzen Breite dessen, was menschlich ist, soll der Sozialismus sein, dem wir dienen als der Grundlage der Kraft und dem Ziel sinnhafter Gestaltung des Kommenden.«

Tagungen In Neusatz in Jugoslawien fand vom 3. bis zum 10. August 1929 die 1. Ost-

Westliche Theologenkonferenz statt, die von der Theologenkommision der Stockholmer Weltkirchenkonferenz für Praktisches Christentum einberufen war. Die Probleme der Stockholmer Konferenz wurden dort weiter besprochen.

Am 19. August tagte in Frankfurt die ein Jahr vorher gegründete *Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden*, die den großen Friedenskongreß sämtlicher Religionen weiter vorbereiten sollte. Als Ort für diesen Kongreß wird wahrscheinlich Jerusalem in Frage kommen. Der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Atkinson bereiste Asien, um für die Beschickung dieses Kongresses zu werben, und teilte mit, daß er überall Bereitschaft dazu gefunden hätte. In Frankfurt, wo für Deutschland ein katholischer, ein evangelischer und ein jüdischer Geistlicher sprachen, waren fast sämtliche Religionen vertreten; neben Christen und Juden Mohammedaner, Buddhisten, Schintoisten, Parsen, Hindus und andere. Eine Kundgebung der selben Arbeitsgemeinschaft wurde am 16. Oktober in Berlin veranstaltet. Von Protestanten, Katholiken und Juden wurde dort das Thema Religion und Weltfriede behandelt.

In Köln fand Mitte November eine internationale Führertagung der *Religiösen Sozialisten* statt, die nach mancher Richtung interessant war. So traten dort zum erstenmal die katholischen Sozialisten öffentlich hervor, sich in die allgemeine internationale religiössozialistische Bewegung einreihend. Sie geben jetzt bekanntlich ein eigenes Organ: das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten, heraus, von Heinrich Mertens redigiert. In Holland gibt es bereits seit 3 Jahrzehnten eine in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie arbeitende religiöse Bewegung, ebenso in der Schweiz, von der Leonhard Ragaz aus Zürich berichtete. Otto Bauer aus Wien schilderte die eigentümlichen religiössozialistischen Verhältnisse in Österreich, wo es keinerlei "christliche" Arbeiterbewegung gibt, die religiösen Arbeiter vielmehr vorbehaltlos den sozialistischen Organisationen angeschlossen sind. Der österreichische Klerus habe sich, oft seiner parteipolitischen Stellung entgegen, der Heimwehrebewegung gegenüber sehr zurückhaltend gezeigt.

Am 5. Februar 1930 wurde auf der Tagung der Allgemeinen Kirchenversammlung der *Anglikanischen Kirche* in

London mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der auf die Emanzipation der anglikanischen Staatskirche hinausläuft. Das Haus der Bischöfe hatte einen Antrag eingebracht, der eine Kommission zur Prüfung einzusetzen wünscht, ob die anglikanische Kirche unter den heutigen Staatsgesetzen genügende Bewegungsfreiheit besitzt. Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen. Die genannte Kommission soll auch die Frage der Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirche prüfen.

Totenliste

Im Dezember 1929 starb der Professor für neutestamentliche Exegese an der Katholischtheologischen Fakultät der Universität Bonn *Josef Felten*, im Alter von 79 Jahren. Er hat ein 2bändiges Werk *Neutestamentliche Zeitgeschichte* geschrieben. Er war auch viele Jahre Vorsitzender des Vereins vom Heiligen Karl Borromäus.

Anfang Januar 1930 starb, im Alter von 67 Jahren, *Martin Leitner*, der Ordinarius für Kirchenrecht an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Passau war. Große Verbreitung fand sein Handbuch des katholischen Kirchenrechts.

Am 1. März starb *Richard Wilhelm*, Ordinarius für Chinakunde und Leiter des Chinainstituts in Frankfurt. Er war 1873 in Stuttgart geboren, wurde 1895 Pfarrer in Tsingtau und befaßte sich in besonders erfolgreicher Weise mit der Schul- und Hospitalarbeit. Seine reiche Tätigkeit fand nach dem Krieg eine doppelte Anerkennung in der Ernennung zum wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Gesandtschaft in China und zum Professor an der chinesischen Reichsuniversität Peking. Seit 1924 wirkte Wilhelm in Frankfurt. Mit zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich um die Erschließung des chinesischen Geisteslebens verdient gemacht. Er redigierte die große Sammlung *Die Religion und Philosophie Chinas* /Jena, Eugen Diederichs/ und gab selber die hervorragenden Bände über Kungfutse, Laotse, Dschuang Dsi und Mong Dsi heraus.

Kurze Chronik Das Werk Ernst Michels *Politik aus dem Glauben* /Jena, Eugen Diederichs/ wurde auf den *Index* gesetzt. Über die Praxis der Indizierung unterrichten in packender Weise die Akten und theologisch-kanonistischen Gutachten zum Schrifttum Joseph Wittigs /Berlin, Lambert Schneider/. Das Studium dieses Werks verhilft zu einem erschütternden

Einblick in die Nöte, die die Lehrautorität bereitet. ◊ Das bisher dem Katholischen Priesterseminar in Pelplin /Polen/ gehörige Exemplar der 42zeiligen *Gutenbergbibel*, von der insgesamt nur 100 Exemplare gedruckt sind, wurde für 470 000 Mark nach Amerika verkauft. Für die letzte derartige Bibel sind einem deutschen Kloster von Amerika 170 000 Mark weniger bezahlt worden. ◊ Nachdem der bisherige Leiter des Religionspädagogischen Instituts in Berlin Friedrich Delekat als Professor nach Dresden berufen wurde, wurde der Privatdozent *Ottomar Wichmann* von der Philosophischen Fakultät in Halle als neuer Leiter gewählt. Seine Antrittsvorlesung in Berlin behandelte Religionsunterricht, naturwissenschaftlicher und geisteswissenschaftlicher Unterricht in ihren gegenseitigen Beziehungen. ◊ Die Anhänger *Karl Barths* bilden in Dänemark eine eigene kirchliche Partei mit eigenem theologischen Organ. Barth geht mit Ende des Semesters von Münster, wo er als Ordinarius die Systematische Theologie vertrat, in gleicher Eigenschaft nach Bonn. ◊ Als Nachfolger Karl Barths in Münster wurde der Göttinger außerordentliche Professor für Systematische Theologie *Otto Piper* ausersehen. ◊ Das Ordinariat für Neues Testament an der Universität Jena wurde dem Marburger Privatdozenten *Erich Fascher* übertragen. Fascher hat sich neuerdings durch eine scharfsinnige Kritik der Methoden der Exegese verdient gemacht. Der Titel seiner Arbeit lautet: *Vom Verstehen des Neuen Testaments* /Gießen, Alfred Töpelmann/. ◊ Der Breslauer Professor *Ernst Kohlmeyer* übernimmt den Lehrstuhl der Kirchengeschichte an der Universität Halle, als Nachfolger Johannes Fickers. ◊ Der Leipziger Privatdozent *Martin Roth* wurde Ordinarius der alttestamentlichen Wissenschaft an der Universität Königsberg, als Nachfolger Max Löhrs. ◊ An der Universität Halle *habilitierten* sich in der Theologischen Fakultät Ethelbert Stauffer und Walter Elliger.

Literatur

Eine Abhandlung Günter Jacobs *Der Gewissensbegriff in der Theologie Luthers* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ist für unsere geistesgeschichtliche Gegenwart charakteristisch. Jacob will zeigen, wie Luther den ganzen Menschen als einzelnen auf faßt, dem in seinen Anfechtungen durch Hölle, Tod und Teufel die Welt zu eng wird, und der sich in der Verkündigung des Evangeliums in seiner Existenz als Bruder dem Bruder gegenüber weiß. Der

Verfasser ist in seiner Methode durch Martin Heidegger beeinflusst. Durch die phänomenologische Methode gewinnt er eine gewisse Freiheit, die gegenüber mancher frühern Starrheit und Enge erfrischend berührt. Die Arbeit stützt sich auf die 50 Bände der Weimarer Ausgabe von Luthers Werken. ◊ Die 400. Wiederkehr des Todestags des evangelischen rheinischen Märtyrers *Adolf Clarenbach* gab Anlaß zu einer Darstellung seines Lebens, die zugleich einen Beitrag zur rheinischen Reformationsgeschichte darstellt und von Hermann Klugkist-Hesse verfaßt ist (Frühlicht am Rhein /Neukirchen, Buchhandlung des Erziehungsvereins/). ◊ In seiner Selbstbiographie /Leipzig, Felix Meiner/ berichtet *Albert Schweitzer* von seiner vielfältigen Lebensarbeit. Von der anschaulich lebendigen Darstellung der Jugendzeit unterscheidet sich diese Arbeit durch die Konzentration auf das rein Sachliche. Der Leser erhält ein Resumee seiner Werke. ◊ Die Rosenkretzerbewegung behandelt *Will Erich Peuckert* in einem umfangreichen Werk (Die Rosenkretzer /Jena, Eugen Diederichs/). Er geht ihren verborgenen Pfaden und ihrem Gehalt mit Erfolg nach, so daß ein überaus interessantes, ja spannendes Buch entsteht. ◊ Mit erheblichen Erweiterungen erschienen neu *Rudolf Ottos* Werk *West-östliche Mystik* sowie seine Aufsätze das Numinose betreffend /Gotha, Leopold Klotz/, die letztgenannten in geteilter Form unter den Sondertiteln *Das ganz Andere* und *Sünde und Urschuld*. Diese Aufsätze zeigen die konkrete Anwendung der von Otto in seinem Werk *Das Heilige* gegebenen Grundlegung. Die religionspsychologische Betrachtungsweise Ottos bezweckt keine Erklärung der Religion aus innerpsychischen Tatbeständen sondern eine Analyse der auf das Erkenntnistranszendente gerichteten religiösen Perspektiven und ihrer Einheit und Mannigfaltigkeit. ◊ An der Schrift *Walther Schellers* *Die Absolutheit des Christentums* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ muß man vor allem die methodische Sauberkeit der Untersuchung rühmen. Mit Umsicht werden alle in Frage kommenden Gedankengänge geprüft. Die Abhandlung kommt zu dem Resultat, daß man die Absolutheit weder im Sinn der unirdischen Herkunft noch im Sinn der vollkommensten Herkunft beweisen kann. Nur im ersten Sinn, also normativ, läßt sich eine Absolutheit auf Grund eines Normerlebnisbewußtseins dartun. Bedeutend ist in dem Buch Schellers die Auseinandersetzung mit der Religionsgeschichte.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Litauische Verfassung Ursprünglich war die litauische Verfassung den Verfassungen der beiden anderen Randstaaten Lettland und Estland ähnlich, sie entsprach damit nach demokratischem Aufbau und parlamentarischem Prinzip den Verfassungen der westlichen Demokratien. Allerdings war die litauische Verfassung, da sie von den Randstaatverfassungen am spätesten erlassen wurde, keineswegs mehr so radikal demokratisch sondern hatte bereits starke Ansätze zur überragenden Stellung des Staatspräsidenten und der Regierung gegenüber dem Parlament. Bekanntlich hat die Entwicklung in Litauen dahin geführt diesen Tendenzen weitem Raum zu geben, die schließlich im Militärputsch im Dezember 1926 gipfelten. Diesem Umsturz folgte ein verfassungsloser Zustand von 17 Monaten, der schließlich durch Verfassungsdekret des Staatspräsidenten im Mai 1928 beseitigt wurde.

Das Interessante an dieser nunmehr in Litauen geltenden Verfassung, die ähnlich der frühern Verfassung Preußens dem Land durch einen Machtsakt der Gewalthaber oktroyiert wurde, ist, daß sie das alte demokratische Gesicht nahezu vollkommen zu wahren sucht. Die allgemeinen Bestimmungen der Neuverfassung stimmen fast wörtlich mit denen der bisher gültigen überein. Litauen ist nach den Worten der Verfassung nach wie vor eine demokratische Republik, die souveräne Staatsgewalt gehört dem Volk, die Staatsgewalt wird nach der Dreiteilung der Gewalten durch Parlament, Regierung und Gericht ausgeübt. Auch die Grund- und Freiheitsrechte des litauischen Bürgers sind nicht geändert, insbesondere sind auch die Sozialrechte unangetastet geblieben. Alle diese Verfassungsrechte werden aber dadurch aufgehoben, daß die verfassungsrechtliche Stellung des Staatspräsidenten nahezu unbeschränkt wird. Der Staatspräsident wird nicht mehr durch den Sejm, wie bisher, sondern durch spezielle Vertreter des Volks gewählt. Was darunter zu verstehen ist, wird erst das Gesetz lehren, das über Art und Ordnung der Präsidentenwahl ergehen wird. Der Staatspräsident ernennt und entläßt die Minister und den Staatskontrolleur; er besitzt ein fast unumschränktes Vetorecht gegenüber den vom Sejm erlassenen Gesetzen. Das Kernstück der Macht des Staatspräsidenten und damit die effektive Errichtung einer Diktatur gegenüber allen papiernen demokratischen Verfas-

sungsrechten enthält aber die Bestimmung, daß nach § 28 der Verfassung die Einberufung des 1. Sejm auf Grund dieser Verfassung völlig in das Belieben des Staatspräsidenten gestellt ist, der bekanntlich bisher das Parlament noch nicht einberufen hat. Diese Bestimmung, in Verbindung damit, daß während der parlamentslosen Zeit der Staatspräsident Gesetze erlassen kann, die so lange in Kraft bleiben, bis das Parlament sie aufhebt, läßt Litauen verfassungsmäßig als verschleierte Diktatur erscheinen. Demgegenüber treten die anderen Verfassungsänderungen relativ zurück. Charakteristisch ist allerdings noch, daß auch für den Fall, daß der 1. Sejm einberufen wird, der parlamentslose Zustand künftiger Legislaturperioden nach der Verfassung bis zu 1 Jahr betragen kann. Es ist klar, daß Gesetze, die der Staatspräsident in diesem Zeitraum erläßt, später sehr schwer vom Sejm aufgehoben werden können. Zu dieser Verfassungsbestimmung tritt das nahezu unbeschränkte Vetorecht: Jedes Veto des Staatspräsidenten zwingt das Parlament ein Gesetz mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit anzunehmen. Es wird in Litauen auch dann noch ein völlig undemokratisches Verfassungsleben bewirken, wenn, was bisher nicht geschehen ist, überhaupt mit der Einberufung des Parlaments ein sozusagen konstitutionelles Verfassungsleben wieder eingeführt ist.

Von internationaler Bedeutung in der litauischen Verfassung sind die §§ 4 und 5, nach denen Wilna zur Hauptstadt Litauens erklärt wird, und eine Verminderung des litauischen Territoriums nur durch eine Volksbefragung vollzogen werden kann. Dadurch, daß diese delikaten Fragen des polnisch-litauischen Konflikts so stark verfassungsrechtlich festgelegt sind, werden natürlich auch die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen nicht gerade erleichtert werden.

Polnische Verfassung Seit vielen Monaten ist in Polen der Regierungsblock bestrebt eine Änderung der polnischen Verfassung vorzunehmen, die den schon jetzt tatsächlich überwiegenden Einfluß der Regierung und des Staatspräsidenten auch verfassungsmäßig festlegen soll. Der offiziöse Entwurf zur Änderung der Verfassung enthält in der Tat eine so weitgehende Einschränkung des Parlamentarismus, daß sich der Verfassungszustand Polens, falls ein Entwurf dieser Art Gesetz würde, nicht weit von dem Litauens entfernen würde. So wird vor allem die Un-

verletzlichkeit der Abgeordneten dahin eingeschränkt, daß der Abgeordnete wie jeder andere jederzeit ohne vorherige Genehmigung des Parlaments zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden kann; das Verfahren muß eingestellt werden, falls der Sejm es verlangt. Wenn man bedenkt, daß auch die Tagungszeit des Parlaments nach dem neuen Entwurf verkürzt werden soll, so bedeutet das eine ganz erhebliche Einschränkung der Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Auch die weitere Bestimmung, daß ein Abgeordneter wegen einer Verletzung der Würde des Sejm durch den Staatsgerichtshof seines Mandats für verlustig erklärt werden kann, schwächt naturgemäß die Stellung des Abgeordneten erheblich. In der gesetzgebenden Gewalt soll insofern eine große Verschiebung zugunsten der Regierung eintreten, als von dem 150 Mitglieder zählenden Senat 50, also $\frac{1}{3}$, vom Staatspräsidenten ernannt werden. Hiernach wird es nahezu völlig unmöglich, daß ein Gesetzentwurf wider den Willen der Regierung angenommen werden kann, zumal für die nochmalige Annahme im Parlament, nachdem also der Senat abgelehnt hat, eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erfordert wird. Sollte aber das Gesetz trotz allen diesen Erschwernissen dennoch wirklich einmal gegen den Willen der Regierung angenommen werden, so wird dem Staatspräsidenten ein Vetorecht eingeräumt, mit der Wirkung, daß das Gesetz erst auf der nächsten Tagung, also normalerweise nach einem vollen Jahr, nochmals zur Beratung kommt. Falls es dann, und hierzu ist eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erforderlich, dennoch angenommen werden sollte, so steht dem Staatspräsidenten, um sein Inkrafttreten zu verhindern, noch die Auflösung des Sejm als letztes Mittel zu. Wer das Wesen des Parlamentarismus und des Parlaments kennt, wird es für ausgeschlossen halten müssen, daß irgendein Parlament dieses Hindernissen siegreich zu Ende führen wird. Auch die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament soll grundlegend geändert werden. Zwar bleibt die Ministerverantwortlichkeit bestehen, aber mit folgender Modifikation: Wenn das Parlament dem Kabinett oder einem Minister das Mißtrauen ausspricht, so kann der Staatspräsident, statt Kabinett oder Minister abzuberufen, das Parlament auflösen, das heißt also gegen den ausgesprochenen Willen des Parlaments ein sich alsdann als Kampfregerung darstellendes Kabinett im Amt lassen. Erst wenn das neugewählte Parlament

erneut ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett aussprechen würde, müßte das Kabinett zurücktreten. Schließlich wird auch die Kontrolle des Parlaments über die Regierungsexekutive eingeschränkt. Denn nach dem neuen Entwurf sind die Minister ausführende Organe des Staatspräsidenten, ihm verantwortlich und von ihm jederzeit abrufbar. Somit ruht die gesamte Exekutive tatsächlich in den Händen des Staatspräsidenten, der gleichzeitig die Richtung der Politik bestimmt. Da aber der Staatspräsident dem Parlament nicht verantwortlich ist, sind die Verantwortung der Minister gegenüber dem Parlament und die Kontrolle des Parlaments über die Durchführung der Regierungspolitik in weitem Maß eingeschränkt. Endlich soll auch die Wahl des Staatspräsidenten völlig undemokratisch geregelt werden. Sie soll zwar nach wie vor durch das Volk geschehen, dieses ist aber nicht frei in der Wahl der Kandidaten. Denn einen Kandidaten soll der abtretende Staatspräsident nominieren können, während der andere von Parlament und Senat aufgestellt werden muß; weitere Kandidaten dürfen nicht dazukommen. Da sich bei den jetzigen Parteiverhältnissen in Polen sämtliche nicht im Regierungslager stehenden Parteien auf einen Kandidaten vereinigen müßten, um zu einem von der Regierung abweichenden Kandidaten zu kommen, was natürlich ausgeschlossen ist, so würde in Polen nach dem Änderungsentwurf tatsächlich immer der ausscheidende Staatspräsident seinen Nachfolger bestimmen. Falls der Verfassungsentwurf des Regierungsblocks in dieser Form Gesetz werden sollte, würde Polen auch staatsrechtlich aufhören eine Demokratie zu sein. Die Zukunft wird lehren, welche Kräfte in Polen die stärkeren sind: die zur Diktatur drängenden oder die demokratischen. Nach den letzten Ereignissen, nachdem sich der Sejm nach langem Zögern zu einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Switalski aufgegriffen hat, ist zu vermuten, daß das Ansehen des Parlaments wieder etwas gestärkt ist. Doch bleiben die verfassungsrechtlichen Zustände Polens nach wie vor ungeklärt.

Italienisches Strafrecht Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs für Italien ist der Kammer zugegangen. Er ist in mehrfacher Hinsicht interessant. So wird in ihm von der Todesstrafe ein ziemlich ausgiebiger Gebrauch gemacht. Für Gift- und Lustmord sowie nahen Verwandtenmord ist die Todes-

strafe festgesetzt. Gleiche Strafe trifft, wer sich der Strafverfolgung durch Mord entzieht. Auch wer 2 oder mehr Verbrechen begeht, von denen jedes mit 30jährigem Zuchthaus bedroht ist, verfällt dem Tod. Daß sich die Kumulation von Freiheitsstrafen in Todesstrafe wandelt, ist als Novum in der Geschichte des Strafrechts besonders zu vermerken. Das Strafmaß für Ehebruch und Abtreibung ist erheblich erhöht. Neu eingefügt ist eine Reihe von politischen Delikten, wie die öffentliche Schmähung der italienischen Nation, die mit Gefängnis bestraft wird, und die Zugehörigkeit zu einer regierungsseitig nicht konzessionierten Vereinigung, die hohe Geldstrafen kostet. Neben solchen politischen Sonderdelikten ist die Generalklausel des politischen Delikts im Artikel 8 festgelegt. Nach ihr gilt als politisches Delikt jedes Vergehen, das ein politisches Interesse des Staates oder ein politisches Recht des Bürgers verletzt. Als politisches Delikt gilt auch jedes gewöhnliche Vergehen, das ganz oder teilweise durch politische oder soziale Beweggründe veranlaßt wurde. Es ist klar, daß hiernach jedes Delikt als politisches ausgelegt werden kann, wenn es der Staatsraison im Einzelfall notwendig erscheint. Und in diesem Fall geht die Sache nicht nur die Italiener sondern alle Ausländer an. Denn der Entwurf bestimmt, daß der Ausländer, der sich im Ausland eines politischen Delikts schuldig macht, auf Ansuchen des Justizministers nach dem italienischen Gesetz abgeurteilt wird. Diese Bestimmung hat besondere Bedeutung für die Presse. Sie bedeutet eine außerordentliche Gefahr. Denn jeder Verfasser eines gegen die italienische Regierung gerichteten Artikels hat in Zukunft zu gewärtigen, daß er wegen politischen Vergehens in contumaciam verurteilt und bei Betreten italienischen Bodens sogleich eingesperrt wird. Man darf gespannt sein, wie die Weltöffentlichkeit sich mit diesem Versuch einer italienischen Diktatur über die gesamte Weltpresse abfindet. Vielleicht aber darf man noch mehr auf den Erfolg dieser Bestimmung, falls sie Gesetz werden sollte, gespannt sein.

Totenliste Mitte Juli 1929 starb plötzlich der ordentliche Professor für Strafrecht an der Universität Frankfurt *Berthold Freudenthal*, 57 Jahre alt. Freudenthal beschäftigte sich mit besonderer Vorliebe mit den Problemen des Gefängnislebens, die er auch auf weiten Reisen im Ausland

studierte. Er schrieb über das Recht der Fürsorgeerziehung, über Jugend-, Strafrecht und Strafvollzug im Rechtsstaat. Seine Frankfurter Rektoratsrede über die strafrechtliche Stellung der Gefangenen erregte Aufsehen.

Ende Juli verschied in München der Senatspräsident am Reichsfinanzhof **Georg Strutz**, 67 Jahre alt. Sein Name ist durch große und umfassende Kommentare zu einzelnen Steuergesetzen, insbesondere dem Reichseinkommensteuergesetz, bekannt geworden.

Im August starb in Berlin der frühere langjährige Chef der Berliner Kriminalpolizei **Karl Hoppe**, ein ausgezeichnete Kriminalist, der sich vor allem um die Ausgestaltung der Kriminalpolizei sehr verdient gemacht hat.

In seinem 86. Lebensjahr starb Anfang Oktober in Wien der Professor für Handels- und Wechselrecht **Karl Grünhut**, der bereits seit 1874 in Wien lehrte. Er hat eine Reihe bedeutender Arbeiten über Wechselrecht, Enteignungsrecht usw. veröffentlicht. Eifrig warb er für die Angleichung des österreichischen an das deutsche Recht.

Ende November verlor die Universität Münster ihren Ordinarius für Staats- und Völkerrecht **Josef Lukas**, im Alter von 54 Jahren. Er war Österreicher, kam über Graz, Czernowitz, Königsberg nach Münster. Er veröffentlichte auf seinen Gebieten wegweisende Arbeiten.

Kurze Chronik Die neue Aufgabe für den **Albert-Pinner-Preis** 1930 hat die Verschleierung der

Bilanz bei Aktiengesellschaften in privatrechtlicher und strafrechtlicher Betrachtung zum Gegenstand. Die Arbeiten des Wettbewerbs, an dem alle Berliner Rechtsanwälte zur Teilnahme berechtigt sind, müssen bis zum 28. September 1930 beim Berliner Anwaltsverein eingereicht sein. \diamond Der Badische Richtertag in Heidelberg sprach sich für den *Übergang der Justiz an das Reich* aus. \diamond Der Entwurf des neuen **Republikenschutzgesetzes** wurde vom Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstags verabschiedet. Der Inhalt deckt sich nicht mit dem früheren Republikenschutzgesetz. Weggelassen sind alle verfassungsändernden Bestimmungen sowie die Vorschriften über den schon vor einigen Jahren aufgehobenen Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik. Erweitert ist der Kreis der geschützten Personen. Das alte Republikenschutzgesetz beschränkte sich auf den Schutz der Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reichs oder eines

Landes. Der Entwurf schützt alle Personen, gegen die wegen ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung im politischen Leben Handlungen der unter Strafe gestellten Art verübt werden. Die innerpolitische Entwicklung zeigt immer deutlicher, daß ohne ein Republikenschutzgesetz in Deutschland nicht auszukommen ist. \diamond Der Staatsgerichtshof hat auf die Klage des Reichs gegen Bayern wegen *Verleihung von Titeln* entschieden, daß die Verleihung von Titeln zur Auszeichnung einer beamteten oder nicht-beamteten Person (Ehrentitel) mit Artikel 109 Absatz 4 der Reichsverfassung unvereinbar ist. Damit ist ein langwieriger Streit zwischen dem Reich und Bayern endlich zugunsten des Reichs entschieden worden. Es mag aber bezweifelt werden, ob damit auch die immer wieder auftauchende Frage nach einer Abänderung des verfassungsmäßigen Verbots von Titelverleihungen verschwinden wird. \diamond Auf dem Schweizerischen Juristenkongreß, der Mitte September 1929 in Neuenburg tagte, galt das Hauptthema dem *Eherecht*. Mit Recht konnten die Referenten die schweizerische Regelung für ausreichend und zurzeit nicht reformbedürftig hinstellen, da insbesondere die Bestimmung, daß als Scheidungsgrund die Zerrüttung der Ehe gilt, in der Praxis eine genügende Handhabe für vernünftige Entscheidungen bietet. Leider ist in Deutschland die dringend notwendige Eherechtsreform nicht vom Fleck gekommen und zuletzt wieder aus allgemeinen politischen Rücksichten auf Einspruch des Zentrums auf unbestimmte Zeit vertagt worden. \diamond Dem Abteilungsleiter am Berliner Polizeipräsidium **Max Hagemann** wurde ein Lehrauftrag für Kriminalistik und die strafrechtlichen Hilfswissenschaften an der Universität Berlin erteilt. \diamond Der Jenenser Privatdozent **Georg Löning** wurde beauftragt an der Universität Kiel über deutsches Bürgerliches und Handelsrecht zu lesen. \diamond Der außerordentliche Professor für Bürgerliches Recht an der Universität Leipzig **Karl Heldrich** folgt einem Ruf als Ordinarius an die Universität Jena. \diamond In der Berliner Juristischen Fakultät *habilitierten* sich **Walter Hallstein** und **Helmuth Rühl**.

Literatur

Von dem von Gerhard Anschütz und Richard Thoma herausgegebenen *Handbuch des deutschen Staatsrechts* (Tübingen, J. C. B. Mohr) sind die 1. bis 6. Lieferung erschienen. Sie beweisen, daß das Werk in seiner Gesamtheit eine

Standardleistung hohen Ranges zu werden verspricht. \diamond Ein aktuelles Problem behandelt *Hermann Heller* in seinem Rechtsgutachten *Die Gleichheit in der Verhältniswahl nach der Weimarer Verfassung* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ Das Gutachten beschäftigt sich mit der Rechtsgültigkeit der §§ 29 bis 34 des preußischen Landtagswahlgesetzes vom 3. Dezember 1920 in der Fassung vom 28. Oktober 1924 im Hinblick auf Artikel 4 der Verfassung Preußens und Artikel 17 Absatz 1 der Reichsverfassung. Es kommt zum Ergebnis, daß die Reststimmverrechnung des Landtagswahlgesetzes die den genannten beiden Verfassungsartikeln verbürgte Gleichheit des Wahlrechts nicht verletzt. \diamond Als 3. Heft der Abhandlungen zur fortschreitenden Kodifikation des internationalen Rechts /Berlin, Georg Stilke/ erschien *Das System der völkerrechtlichen Kollektivverträge, ein Beitrag zur Kodifikation des Völkerrechts von Curt Rühländ*. Die Schrift gibt einen vollwertigen Überblick über den Stand der Arbeiten des Völkerbunds zur Völkerrechtskodifikation sowie ein systematisches Verzeichnis der völkerrechtlichen Kollektivverträge nebst Quellen. \diamond Eine ausgezeichnet scharfsinnige, wenn auch bisweilen etwas überspitzte Untersuchung über die Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit und Recht betitelt, bringt *Otto Mainzer* /Berlin, Julius Springer/. Das Buch, das hohe Wissenschaftlichkeit mit tiefer Leidenschaft zur Sache verbindet, ist auf den Tisch jedes Juristen zu wünschen. \diamond Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung betitelt sich eine Schrift *Franz Neumanns* /Berlin, E. Laub/. Sie weist in großen Zügen an Beispielen auf die gesellschaftlichen Hintergründe von an sich spezifisch juristisch erscheinenden Problemen hin und bringt damit einen neuen Beitrag zum Thema der Klassengebundenheit der Justiz. \diamond Der amerikanische Strafverteidiger *Arthur Garfield Hays* gibt unter dem Titel *Laßt Freiheitsglocken läuten!* /Leipzig, Grethlein & Co./ an der Hand von Schilderungen der berühmtesten Prozesse in Amerika ein eindringliches Bild der amerikanischen Rechts- und Gesellschaftsverhältnisse, insbesondere im Hinblick auf Pressefreiheit, Redefreiheit und Zensur. Das Buch will aber nicht nur negative Kritik üben sondern plädiert positiv für die Erhaltung und Stärkung der Freiheitsrechte (von denen in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr allzu viele übriggeblieben sind).

Hygiene / Lisbeth Berndt

Gewerbe-
medizin

Vor 4 Jahren wurde in dieser Rundschau (1926 Seite 258) auf den großen Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung hingewiesen, den die Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten vom 12. Mai 1925 bedeutete. Damals wurden zum erstenmal Krankheiten, die durch Berufsschädigungen entstehen, den Betriebsunfällen gesetzlich gleichgestellt. Es handelte sich um 11 Gruppen aus der Reihe der Gewerbekrankheiten, die schon genügend ätiologisch geklärt und unschwer zu diagnostizieren waren. Das Gebiet, das damit der sozialhygienischen Beaufsichtigung unterstellt wurde, war aber, wie sich im Lauf der Zeit herausstellte, viel zu eng gefaßt. Einerseits setzte sich die Überzeugung immer mehr durch, daß der Schutz der Gesundheit des werktätigen Menschen als des Hauptträgers der produktiven Arbeit zu den wichtigsten Aufgaben der sozialen Gesetzgebung gehöre, andererseits stellte die ärztliche Forschung immer neue Zusammenhänge biologischer, konstitutionspathologischer und chemischer Art zwischen ursächlicher gewerblicher Schädigung und auftretender Krankheit fest. Auch machte sich ein Mangel der Gesetzgebung deutlich fühlbar. Krankheiten, die in der Verordnung nicht erwähnt waren, die aber in ihrer Ätiologie, Pathologie und in ihrer sozialen Bedeutung für das Einzelindividuum den genannten nahe verwandt waren, genossen nicht den Schutz der Unfallversicherung. Trotz offenkundiger spezifischer Berufsschädigung wurde, selbst wenn die Arbeit wegen Gefährdung der Gesundheit aufgegeben werden mußte, eine Entschädigung nicht gewährt. Die 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 ist als ein weiterer Fortschritt zu begrüßen. Sie füllt unter anderm eine schon lange fühlbare Lücke aus, indem sie landwirtschaftliche und auch seemannische Berufskrankheiten in den Kreis der Versicherung einbezieht. Durch die Verordnung wurden die folgenden 11 Krankheitsgruppen neu aufgenommen: Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans, durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, chronische und chronisch rezidivierende Hauterkrankungen durch Galvanisierungsarbeiten, durch exotische Holzarten, durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe, Erkrankungen der Muskeln, Knochen

und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen, Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomasschlackenmehl, schwere Staublungenerkrankungen (Silikose), durch Lärm verursachte Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit, grauer Star, Tropenkrankheiten, Flecktyphus, Skorbut, Infektionskrankheiten, vorausgesetzt, daß alle diese Erkrankungen in den in der Verordnung genau bezeichneten Tätigkeiten entstehen.

Der Durchführung dieser Verordnung dient ein Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 4. Juni 1929, der einen außerordentlich wichtigen Abschnitt für die Ärzteschaft enthält. Gerade die Ärzte sind es, die für die gewissenhafte Auslegung und Durchführung der erweiterten Verordnung die größte Verantwortung tragen. Während es nun bisher zweifelhaft sein konnte, welchen Grad von Gewißheit über das Bestehen einer Berufskrankheit ein Arzt erlangt haben mußte, ehe er eine Anzeige zu erstatten hatte, sind solche Zweifel nunmehr durch eine Vorschrift beseitigt, die klar sagt, daß ein Arzt schon dann zur Anzeige verpflichtet ist, wenn er Krankheitserscheinungen feststellt, die den begründeten Verdacht einer Berufskrankheit rechtfertigen. Diese Pflicht gilt für jeden Arzt, der derartige Feststellungen trifft, also neben dem behandelnden zum Beispiel auch für den ärztlichen Gutachter. Einem Arzt, der die Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet, kann von dem zuständigen Versicherungsamt eine Ordnungsgeldstrafe auferlegt werden. Nun krankt aber die ärztliche Kenntnis der Gewerbemedizin vorläufig noch an den Mängeln der beruflichen Ausbildung auf diesem so wichtigen Gebiet, das sowohl innerhalb des Studiums als auch während der weitem Lehrzeit bisher sehr vernachlässigt wurde. Dieser Tatsache trug der Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene Rechnung, als er im Frühjahr 1929 in Berlin eine Konferenz veranstaltete, die sich mit der Ausgestaltung der ärztlichen Ausbildung auf dem Gebiet der Gewerbemedizin beschäftigte. Die Konferenz war durch eine Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds angeregt worden, in der dieser den Ausschuß um Unterstützung seines Antrags auf Schaffung sozialhygienischer Lehrstühle und die Einführung der Sozialhygiene als Prüfungsfach gebeten hatte. Auf der Konferenz wurde allgemein die Vertiefung des Studiums besonders der Gewerbepathologie, Gewerbehygiene und der Lehre

von den gewerblichen Vergiftungen als notwendig anerkannt. Wie sich diese Ausbildung aber bei der durch die Zersplitterung der einzelnen Disziplinen schon jetzt so starken Überlastung des medizinischen Studiums und bei der im allgemeinen geringen praktischen Erfahrung der Hochschullehrer in der Gewerbemedizin im einzelnen gestalten soll, darüber konnten keine grundlegenden Richtlinien gegeben werden. Einen Weg hierzu weist vielleicht Franz Koelsch in seiner Abhandlung Zur Organisation des gewerbeärztlichen Dienstes in Deutschland, in der Klinischen Wochenschrift vom 22. Oktober 1929. Koelsch erörtert hier, neben vielem andern Wertvollen, die Schaffung von Landesinstituten für Arbeitsmedizin, die als Landeszentralstellen für alle einschlägigen Aufgaben gedacht sind. Dort soll der Sitz des Landesgewerbearztes sein, dort sollen sich Laboratorien, Spezialinstrumente, Bibliothek und alle Mittel für eine großzügige Forschungsarbeit befinden. Falls nun am gleichen Ort eine Universität oder eine Technische Hochschule vorhanden ist, sollen die Institute möglichst eng mit einander Fühlung nehmen, nicht nur in räumlicher Beziehung sondern besonders auch dadurch, daß der Landesgewerbearzt gleichzeitig Dozent an der Hochschule ist. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde eine bessere Ausbildung des werdenden Arztes auf dem Gebiet der Gewerbemedizin verbürgen und damit ein vertieftes Verständnis für einen Zweig der Sozialhygiene bewirken, dessen Bedeutung für die Volksgesundheit immer klarer hervortritt.

Tagungen

Vom 22. bis zum 29. Juli 1929 fand in Paris der 1. *Internationale Kongreß für Aktinologie* statt. Die Anregung dazu war von dem Pariser Institut für Aktinologie ausgegangen, das im Jahr 1927 durch die Initiative Saidmans gegründet wurde. Die Hauptthemen, die zur Diskussion standen, betrafen die Wahl einer Maßeinheit für das therapeutische Ultraviolettlicht, die Behandlung der tuberkulösen Peritonitis mit Licht, die prophylaktische Bedeutung des Ultraviolettlichts bei Rachitis, die Behandlung der rheumatischen Erkrankungen mit ultraroten Strahlen. Das Programm und die Verhandlungshefte waren in französischer, deutscher, englischer, spanischer und italienischer Sprache abgefaßt. Der nächste Kongreß soll 1932 in Kopenhagen stattfinden.

Auf dem 13. *Internationalen Ophthalmologischen Kongreß* in Amsterdam und Scheveningen vom 5. bis zum 13. September wurden mehr als 210 Vorträge und Demonstrationen aus den verschiedensten Gebieten abgehalten. Die Hauptreferate betrafen die Ätiologie des Glaukoms, die Trachomerkrankungen und die suprasellaren Geschwülste. Es wurde eine Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Blindheit gegründet.

Unter Beteiligung von über 800 Mitgliedern aus den Kreisen der Ärzte, Techniker, Aufsichtsbeamten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fand vom 17. bis zum 19. September in Heidelberg die 6. Jahresversammlung der *Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene* statt. Das Thema des 1. Tags, Der Fabrikbau, wurde vom Standpunkt des Hygienikers, des Gewerbeaufsichtsbeamten und des Künstlers aus behandelt. Der 2. Tag brachte eine Aussprache über die Fabrikspeisung. Hermann Gerbis ging in seinem Referat auf die speziellen Probleme der Arbeiterernährung ein. Er forderte wegen des Absinkens der physiologischen Leistungskurve in der Mitte des Tages in jedem Fall eine Mittagsmahlzeit, und zwar eine warme wegen der leichtern Verdaulichkeit, mit mindestens 1stündiger Ruhepause, die in einer angenehmen Umgebung, im Sommer möglichst auf Rasenplätzen, verbracht werden soll. Am 3. Tag wurde über die Therapie der Berufskrankheiten gesprochen.

Die 4. Versammlung der *Internationalen Berufsvereinigung der Ärzte*, an der sich 29 Staaten beteiligten, fand vom 26. bis zum 29. September in Berlin statt. Zu dem Thema der Bekämpfung des Kurpfuschertums teilte der Generalsekretär Decourt mit, daß das Internationale Arbeitsamt in Genf seine Mitwirkung in den Fragen der Kurpfuschereibekämpfung zugesagt hätte. Nach der Aussprache über die Sozialversicherung vom Standpunkt des Arztes aus wurde folgende Resolution angenommen: »Die in Berlin tagende 4. Jahresversammlung der Internationalen Berufsvereinigung der Ärzte erklärt die absolute Freiheit des Arztstands für unbedingt nötig zur normalen ärztlichen Tätigkeit und fordert die Ärzteorganisationen aller Länder auf ihr Möglichstes zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit zu tun. Nach Ansicht der Versammlung müßten die verschiedenen Regierungen im Interesse der öffentlichen Gesundheit jedes Bestreben zu verhindern suchen, das die ärztliche Berufsfreiheit, insbesondere in bezug auf Diagnose, Behandlung, Bescheini-

gung der Arbeitsunfähigkeit bei Patienten der Krankenkassen usw. einzuschränken bemüht ist. Die Versammlung wiederholt ihre im Vorjahr gestellte Forderung der absoluten Notwendigkeit der freien Arztwahl durch den Kranken, da das Vertrauen des Patienten zu seinem Arzt ein wichtiger Faktor zu seiner Heilung ist. Sie erklärt jede gesetzliche Einschränkung der normalen Berufsausübung des Arztes für unzulässig, hält es dagegen für eine Aufgabe der Ärzteorganisation die Verantwortung für die nötigen Maßnahmen zur Ausschaltung ärztlichen Mißbrauchs zu übernehmen.«

Gemeinverständliche
Schriften

Die in 2. Auflage vorliegende Schrift Ernst von Seufferts über die *Hygiene der Frau* und neuzeitliche Behandlung der Frauenleiden /Osterwieck, Elwin Staude/ gibt eine ausgezeichnete Übersicht über allgemeine Hygiene, Hygiene in der Ehe und Schwangerschaft, während der Geburt und im Wochenbett. Dieses Buch wirkt deshalb so instruktiv, weil es, von der anatomischen und biologischen Grundlage ausgehend, in leicht zu begreifender und doch stets wissenschaftlicher Weise den Leser mit den Vorgängen, die sich in seinem Körper abspielen, bekannt macht und allmählich zu der Überzeugung bringt, wie notwendig hygienische Vorbeugung und im Bedarfsfall ärztliche Untersuchung oder Behandlung ist. Knapp und kurz zusammengedrängt bespricht Julian Marcuse in seiner Arbeit Was jeder Mann und jede Frau wissen muß! Warum Geburtenreglung? /Berlin, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt/ das Wichtigste, was in sozialhygienischer und sozial-ethischer Beziehung dazu gesagt werden kann, und gibt eine Übersicht über die empfängnisverhütenden Mittel, ihren Wert und ihre Schädlichkeit.

Das von Lisa Mar und Hans Balzli herausgegebene Heft *Körperschönheit trotz Mutterschaft* /Stuttgart, Süddeutsches Verlagshaus/ ist in seinen *orthopädischen* Ratschlägen sehr zu empfehlen. Mar stellt eine Reihe von gymnastischen und besonders atemgymnastischen Übungen zusammen, die in den einzelnen Monaten einer normalen Schwangerschaft unter genügender Vorsicht und ärztlicher Kontrolle ausgeführt werden können. Dagegen finden sich in der ärztlichen Abhandlung neben manchen wertvollen Ratschlägen viele sachlich anfechtbare Behauptungen. Orthopädisches Turnen, wie es zweckmäßig ist und dem Kind Freude macht, schildern in Wort und

Bild Lisa Mar, Fritz Bahro, Herbert Alfred Staub in der kurzen Broschüre *Achte auf die Haltung deines Kindes!* /Stuttgart, Süddeutsches Verlagshaus/. Durch Benennungen der einzelnen Übungen nach Dingen, die das Kind aus der Beschäftigung des Alltags kennt, wird die kindliche Phantasie angeregt, das Turnen wird zu einem Spiel und gern ausgeführt. Seinen Zweck ein Ratgeber für Eltern und Erzieher zu sein erfüllt das anregend und leicht verständlich geschriebene Büchlein in vollem Maß.

In seiner warmherzigen Art, überzeugend, weil selbst überzeugt, kämpft Max Hodann in seinem Buch *Onanie* weder Laster noch Krankheit /Berlin, Universitas/ gegen das Unverständnis, die Oberflächlichkeit und Unwahrhaftigkeit, mit der heute immer noch falsche und verderbliche Vorstellungen über das Wesen der *Onanie* verbreitet und geglaubt werden.

Kurze Chronik Da die *Strahlenkunde* innerhalb der Medizin eine immer größere Bedeutung erlangt, wandte sich der Ausschuß der Deutschen Röntgengesellschaft an die Regierungen und die Medizinischen Fakultäten mit folgenden Forderungen: Einführung der allgemeinen Strahlenkunde als Pflichtvorlesung, Schaffung selbständiger ärztlich geleiteter Fachinstitute für Strahlenkunde mit dem Arbeitsgebiet der Röntgendiagnostik und Röntgen- und Radiumtherapie, Anerkennung der Strahlenkunde als eines Sonderfachs und der Radiologen als selbständiger Fachvertreter. Als ein Erfolg ist es bereits anzusehen, daß der Professor an der Chirurgischen Universitätsklinik der Charité in Berlin Henri Chaoul einen Lehrauftrag für Röntgenkunde erhielt. Chaoul hat durch die Einführung einer Reihe von technischen Neuerungen zu der Vervollkommnung des Röntgenverfahrens beigetragen. \diamond Die im Juli und August 1929 in Argentinien und neuerdings wieder vermehrt in Europa beobachtete *Papageienkrankheit* (Psittacosis) hat eine Reihe von Regierungen veranlaßt die Papageieneinfuhr bis auf weiteres vollständig zu verbieten. \diamond Im Kitasatoinstitut für Infektionskrankheiten in Tokio gelang es dem Professor Schiga den *Leprabazillus* dadurch künstlich zu züchten, daß er Lepraknoten durch 5prozentige Schwefelsäure aufschloß und sie dann auf Kartoffeln übertrug. Nach 2 Monaten trat das Wachstum der Kultur ein, die dann auf diesem Nährboden weitergezüchtet werden konnte. Durch Übertragung von Kar-

toffeln auf Glycerinagar konnte Schiga kleine, aber deutliche Kolonien erzeugen. \diamond In dem Flüchtlingslager der deutschrussischen Bauern in Hammerstein erkrankten im Dezember 1929 von 1534 Kindern, darunter 850 im 1. bis 5. Lebensjahr, 198 an *Masern*; 52 sind gestorben. Eine vom Reichsgesundheitsamt nach Hammerstein entsandte Kommission gab auf Grund ihrer Untersuchungen ein Gutachten ab, in dem sie den bösartigen Charakter dieser Erkrankungen auf die stark verminderte Widerstandskraft infolge ungenügender Ernährung zurückführt. \diamond In der canadischen Provinz Neuschottland fand sich bei einer Volksabstimmung eine überwiegende Mehrheit für die *Aufhebung des Alkoholverbots*, das dort 9 Jahre bestand, und für den Alkoholverkauf unter Kontrolle der Regierung. \diamond Die erste in ihrer Art war die *Ausstellung für Psychische Hygiene*, die unter der Bezeichnung *Gesunde Nerven* im Oktober 1929 in Berlin zu sehen war. Sie wurde durch Ernst Joel und Fritz Fränkel angeregt. Es wurde hier versucht an einem reichen und mit großem Verständnis zusammengetragenen Material einen Überblick über alles das zu geben, was das Seelenleben des Menschen und besonders des Großstadtmenschen beeinflußt. \diamond Die Hauswirtschaftliche Beratungsstelle der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß Berlin eröffnete in *Berlin* eine als dauernde Einrichtung gedachte Ernährungsphysiologische Ausstellung. Durch aufschlußreiche und belehrende Tabellen und durch sachkundige Erläuterungen und Auskünfte hoffen die Leiterinnen der Beratungsstelle eine Beihilfe zu einer notwendigen Umstellung der Ernährung geben zu können. \diamond Die türkische Regierung errichtete in *Angora* ein Hygienisches Zentralinstitut, das Forschungszwecken dienen, die Fortbildung der Ärzte und Sanitätsbeamten überwachen und die Durchführung hygienischer Maßnahmen auf allen Gebieten übernehmen soll. Leiter dieses Instituts wurde der Münchener Ordinarius für Hygiene Karl Kißkalt. \diamond Da in *China* die Errichtung eines besondern Gesundheitsministeriums geplant ist, dem eine Medizinalabteilung, eine Abteilung für Volkswohlfahrt und endlich eine Abteilung zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten unterstehen sollen, entsandte die chinesische Regierung M. Y. Tsu nach Europa, um hier die Methoden der Gesundheitspflege zu studieren. \diamond Der Privatdozent an der Universität Marburg *Hans Schmidt* wurde beauftragt

dort im Wintersemester Vorlesungen und Übungen über Hygiene abzuhalten. Schmidt ist Leiter des Instituts für experimentelle Therapie Emil von Behring in Marburg. ◊ Der Freiburger Professor Paul Diepgen folgt einem Ruf auf den in der Berliner Medizinischen Fakultät neuerrichteten Lehrstuhl für Geschichte der Medizin. Er hat außer vielen Abhandlungen über Einzeluntersuchungen eine mehrbändige Geschichte der Medizin herausgegeben. ◊ In Danzig erhielt der außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule und Direktor des Staatlichen Hygienischen Instituts Gerhard Wagner einen Lehrauftrag für Bakteriologie und Hygiene einschließlich Gewerbehygiene. ◊ In Berlin habilitierten sich Paul Gohrband und August Rütz für Chirurgie, Albert Simons für Strahlenkunde, Heinz Gott-ron für Dermatologie, Paul Wolff für Pharmakologie, Hans Weickart für Zahnheilkunde; in Frankfurt Julius Kleeberg für Innere Medizin; in München Heinz Bürkle de la Camp, Hans von Seemen und Wilhelm Hoffmeister für Chirurgie; in Münster Johannes Kremer für Anatomie; in Rostock Manfred Monjé für Physiologie; in Gießen Friedrich Bernhard für Chirurgie; in Bonn Wilhelm Blume für Pharmakologie, Toxikologie und Chemotherapie; in Leipzig Norbert Henning für Innere Medizin; in Tübingen Karl Block für Innere Medizin, Kurt Neubert für Anatomie; in Wien Emanuel Klaffen für Geburtshilfe und Gynäkologie; in Graz Dora Boerner-Patzelt für Histologie, Hubert Kunz für Chirurgie; in Pest Gabriel Doros für Dermatologie, Stephan Ballagi für Dermatologische Mykologie, Stefan Czapody und Gustav Horny für Geburtshilfe und Gynäkologie. ◊ Zum Nachfolger des unlängst verstorbenen Konrad Biesalski (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 185) in der Leitung des Oskar-Helene-Heims für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder in Berlin wurde der bisherige Oberarzt des Heims Friedrich Mommsen gewählt. ◊ Am 1. März schied Paul Frank, der 17 Jahre lang als Direktor dem Berliner Rettungswesen vorgestanden hat, aus seinem Amt. Er hat sich die größten Verdienste um den Ausbau und die Organisation des Berliner Rettungswesens erworben. 1928 wurde er ins Preußische Wohlfahrtsministerium berufen, um das Rettungswesen in ganz Preußen zu organisieren, ein Jahr später wurde er Stellvertreter des Staatskommissars für das Rettungs- und Krankenbeförderungswesen.

KUNST

Bewegungskunst / Lisbeth Stern

Rhythmus Man schreibt einen Rhythmus auf, wie man ein Versmaß oder Notentakte schreibt: auf einer geradlaufenden Linie, und diese Linie hat die Zeit vorzustellen, wie auch die Kurven von irgendwelchen Kraftwellen auf so einer Zeitgeraden aufgetragen werden. Nun gibt es doch noch eine andere Art die Kraft aufzufassen. Nicht so, daß man die einzelne Kraft heraushebt und sie in ihrem Verlauf verfolgt, sondern indem man einen Querschnitt legt und dabei natürlich nicht nur diese eine Kraft schneidet sondern ein schier endloses Gefüge von Kräften. Bilder solcher Kraftfelder, die man damit bekommt, kennt man schon aus den wissenschaftlichen Büchern. Handelt es sich nun um 2 einzelne dominierende Kräfte, wie bei dem Feld zwischen 2 entgegengesetzt geladenen elektrischen Punkten, dann sieht man die streng geführten Feldlinien um die 2 Kernpunkte. Handelt es sich aber nicht um so einen herausgehobenen und isolierten Fall, vielmehr um das Durcheinander von Kräften, wie sie besonders in der organischen Welt durcheinanderwirken, dann bekommt man einen Querschnitt, der etwa wie eine meteorologische Karte aussieht, die das Zueinander der verschiedenen Luftdruckkräfte fixiert. Eine solche Karte hat eine außerordentlich stark erregende Wirkung auf die motorischen Instinkte in uns und kommt schließlich auch auf eine Wirkung des Rhythmischen hinaus, nur mit dem Unterschied, daß diese hier wesentlich komplizierter ist. Hier hat man nicht einen rhythmischen Verlauf aufzufassen sondern eine Summe von rhythmischen Kräften, deren Verlauf man nur ungefähr aus ihrem Zueinander erraten kann. Das Bild eines solchen Kraftfelds gibt weite Ausblicke. Man sieht da die Kräfte zum Teil mit einander, zum Teil gegen einander wirken oder auch in seitlicher Komponente auf einander wirken, ein andermal weichen sie zurück und fließen auseinander. Jedenfalls, überall fühlt man die verschiedenen Stufen der Dynamik und, damit zusammenhängend, die verschiedenen Beschleunigungen, je nach der Engigkeit der Niveaulinien. Das sind vage Bestimmungen. Trotzdem könnte wohl eine solche Darstellung des Rhythmischen und das Verstehen einer solchen Darstellung fruchtbar sein, auch den Crescendi und Decrescendi um uns herum Zusammenhang geben. Sieht man den

einzelnen Rhythmus einreihig, wie er meist dargestellt wird, so kann das etwas von Enge in sich tragen. Man muß lernen ihn auch im Zusammenwirken mit den anderen zu sehen, wo er, den man bisher nur in seiner Wirkung auf die eigene Person kannte, nun sich auch in die Wirkungen der anderen Kräfte einfügen hat, deren erste Quellen man gar nicht absehen kann. Aber gerade dieses, daß man die Quellen nicht kennt sondern nur diese vielen Zwischenhebel, die da mitspielen, das mag dem Bild einer solchen Karte den etwas sublimen und irrationalen Schimmer geben. Es ließe sich auch denken, daß man die Entstehungsweise einer Melodie so darstellen könnte, als eine solche Verschiebung von Kräften, deren Mannigfaltigkeit unendlich sein kann; damit wäre die Artverschiedenheit von Melodie und Rhythmus ein wenig überbrückt. Man kann natürlich jede künstlerische Bildkomposition so darstellen: als Querschnitt von all den Spannungen, die in dem Bild auf einander wirken. Man denke an die zentralen Ausstrahlungen der meisten Renaissancebilder oder an ein Geflecht gleichwertiger Kräfte bei mancher frühern Kunst. Dann aber vor allem an die Barockkunst. Ihre Kompositionen, so schematisch dargestellt, sähen aus wie bei uns die Wetterkarten: nirgends ein leerer Raum, überall der Druck oder das Saugen irgendwelcher Kräfte. Daher das Weiche und Wachstartige der Formen. Die Eigenform der Dinge ist zugunsten der Komposition vergewaltigt. Und daß damit den Dingen ihr besonderer Sinn so sehr entzogen wurde, macht zugleich die Stärke und die Schwäche jener Kunst aus. Es mag eine Art Unvermögen sein, daß man die körperlichen Dinge immer noch als entgegengesetzt empfindet zu der Welt der Kräfte (wie vielleicht alle solche begriffliche Gegenüberstellung nur eine Art Notbehelf ist, um die Löcher in unserm Sehen zuzukleben). Aber einstweilen sieht man keinen wirklichen Zusammenhang zwischen ihnen, und die Kunst scheint zwischen der Betonung des einen und der des andern zu pendeln. Das Barock mit seiner übermäßigen Betonung der fließenden Kräfte konnte eigentlich nicht viel mehr geben als nur eine äußerste Erregung in der Richtung des Dynamischen. Nach all dem Grandiosen, das es einen fühlen läßt, wendet man sich daher doch wieder um und sucht wirkliche Dinge, in denen jene Kräfte schließlich erst ihren Inhalt bekommen. Die Bewegung zum Beispiel

eines kleinen Kindes ist sinnlos, kann nichts von Liebe oder Rührung geben, ohne das kleine Kind selbst usw.

Aber ein anderes aus unserer modernen Kunst, das mit diesem Kraftfeldgefühl sehr wohl zusammenhängen mag, ist unsere Perspektive. Die Basis für die perspektivische Konstruktion ist schon lange nicht mehr der starre Augenpunkt, auch gar nicht einmal so sehr der bewegte Augenpunkt, als vielmehr die Richtung der Kräfte, die uns entgegenstehen. Sie scheinen zu bestimmen, wohin die Front der Dinge ausgerichtet ist.

Tanztheorie Die Deutsche Tonkünstlerzeitung brachte am 5. Dezember 1929 eine Reihe sehr interessanter Beiträge über Tanz. Zuerst ein allgemeines Lob des Tanzes, von Georg Götsch, dem Leiter des neuen Musikheims in Frankfurt an der Oder. Die Form, in der Götsch seine Verehrung für den Tanz ausdrückt, ist zu wenig einfach. Er will offenbar alles einbeziehen, was beim Tanz mitklingt, und da ist natürlich die Gefahr der Überhäufung und der Unklarheit. Aber einige Sachen, die er hervorhebt, sind sehr richtig. Einmal, daß die wesentlichste Kraft des Tanzes sich nicht im Zusehen sondern im Selbsttanzen auswirkt. Und vor allem, daß es heute eine Verarmung bedeutet, daß es nur Gesellschaftstänze zu zweit gibt, und rings nur Chaos. Gerade die Gestaltung von Gruppen und Massen ist ihm wesentlich: daß der einzelne sich da wieder in eine Kollektivität einfügen lernt, die ihn auf eine ganz neue Weise mit den Kameraden verknüpft; auch kommen da natürlich Fähigkeiten heraus; die im Tanz des einzelnen oder eines Paares gar nicht geweckt werden. Von den übrigen Beiträgen ist vor allem der Mary Wigmans zu nennen. Wigman wendet sich gegen die Forderung, man solle überall einen gelockerten und ruhigen Atem haben. »Wollte er [der Tänzer] sich an die Prinzipien gesundheitsfördernder Atemlehren und -methoden halten, seine Geste würde rettungslos in lebenswürdige Sanftmut ohne jede glaubhafte Dynamik verfallen.« Der Atem ist für Wigman ein ganz unlösbarer Teil der tänzerischen Bewegung und wird instinktiv von ihr geführt. Von Valeska Gert ist in dem Heft ein Beitrag, in dem sie für die Kopplung von Tanz und Stimme eintritt, weil aus dem Körpertanz nichts Neues mehr zu holen wäre. Dann Paul Martells Aufsatz über Tanzschrift. Der Verfasser erwähnt eine Tanzschrift des

69 Jahre alten Domherrn von Langres Thoinat Arbeau ums Jahr 1588, vornehmlich noch mit Beschreibungen gemacht, dann die Tanzschrift des Pariser Ballettmeisters Feuillet aus dem Jahr 1701, in graphischer Methode, die das Fundament für alle weiteren Versuche wurde. Die wesentlichsten neuen Versuche stammen von Rudolf von Laban, der alle Bewegungsnuancen festhalten will, von G. Joachim Vischer-Klamt und endlich von Jaap Kool, der viel einfacher mit einer Art Bilderschrift an diese Sache herangegangen ist.

Variété In der Berliner Scala trat ein Drahtseiltänzer von wunderbarster Schönheit auf: *Con Colleano*. Er tanzt ohne Stange oder Schirm, so daß er ständig mit den Armen bis in die Fingerspitzen hinein, überhaupt mit dem ganzen Körper, balancieren muß. Wenn wir auch seit Jahren wohl durch die Neger gelernt haben, daß die Arme beim Tanzen nicht etwa ruhig zu halten sind, wie man es früher für richtig hielt, sondern daß sie sehr gebraucht werden: zur Balance oder auch zur Verstärkung des Schwungs, so ist das hier noch bei weitem durch die Sonderschwingungen des Drahtseils erhöht, die es natürlich sehr komplizieren. Das Tanzen und das schwingende Seil sind gegen einander im Gleichgewicht zu halten: also beides Dinge, die jedesmal eins durch das andere sich ändern, so daß immer ein Neues entstehen muß. Vielleicht hat die Beherrschung dieser inneren Sinne auch zu dem sehr gehaltenen Anstand in der Erscheinung Colleanos beigetragen. Überhaupt brachte die Scala ein glänzendes Programm. Besonders das Neger-tanzpaar, wunderbar in der Leistung des Steppens, vornehmlich der Mann, beide wie Kinder fröhlich bei der Arbeit.

Filmreportage Martin Hürlimanns Film *Die Wunder Asiens* gibt in erster Reihe das alte Asien, wo es noch nicht unter dem europäischen Einfluß sein Gesicht geändert hat, und seine alte Kunst. Er läßt da zum Beispiel einen Tempel in allen seinen Teilen von unten herauf an uns vorüberziehen. Ein tolles Bild. Die ganze Fläche ein Geschwirr und ein Gewimmel von Menschenleibern, zusammengehalten von der ruhigen Silhouette des ganzen Tempels. Überhaupt mag da wohl ein Unterschied sein zu der Bewegtheit, wie wir sie hier in Europa kannten: eine übermäßig nuancierte Bewegtheit an der Ober-

fläche, und die Grundform fast starr in ihrer Ruhe. Auch in den Tänzen bewegen sich fast nur die letzten Ausläufer des Körpers, die Hände und die Füße, und die Gesamthaltung und der Gesichtsausdruck bleiben gleich ruhig. Wenn in diesem Film zwei Menschen zusammen tanzten, war kaum eine Berührung der beiden Körper vorhanden, und dies trotz größter Nähe; der Zusammenhang war eigentlich nur durch Verschiebungen im Raum fühlbar. Der Tierfilm *Roah-Roah* zeigt die Art der Tiere in den südarktischen Meeren; die Pinguine, in ihren gesellschaftlichen Verbänden wunderbar kultiviert, die Säugetiere aber in Bewegung und Gebaren entsetzlich primitiv.

Tonfilm In den Berliner Terralichtspielen sah man den amerikanischen Tontrickfilm *Micky*; derb, handfest in seiner Phantastik und sich überstürzend in grotesken Einfällen; alles endet in einem Jazz, den der Kater auf allem spielt, was ihm in den Weg kommt, auf den Zähnen eines Nilpferds usw., dazu immer das Geschrei des Papageis dazwischen, alles fast unbarmherzig in dem Durcheinander. Dieser Trickfilm stellt aber nur eine Ausnahme in der amerikanischen Tonfilmproduktion dar, die sich sonst auf einem Geistesgebiet bewegt, das in Europa schon vor 3 Jahrzehnten verlassen war (siehe dazu auch diese Rundschau, 1929 I Seite 552 und folgende). Und daher gab es in diesem Winter in Paris eine Revolte gegen den amerikanischen Tonfilm, dessen minderwertige Sentimentalität dem Pariser Publikum, das nach Neuem verlangt, unerträglich scheint. Auch hat man dort von den angloamerikanischen Gesangseinlagen genug. (In Berlin ist man anscheinend nicht so empfindlich, mindestens allzu geduldig). Die Pariser Kinobesucher und Saalbesitzer gingen zu einem regelrechten Boykott der amerikanischen Tonfilmerzeugnisse über. Da aber Amerika infolge der Macht, die ihm sein einheitliches Wirtschaftsgebiet verleiht, den Weltmarkt beherrscht, will man jetzt diesen einzigen Vorzug Amerikas einholen, indem man für die Produktion wie für den Absatz den europäischen Kontinent zusammenschließt. Entscheidend wäre hierfür die französisch-deutsche Zusammenarbeit. Deshalb verhandelt man jetzt in Paris über deutsch-französische Gemeinschafts-tonfilme. Zunächst wird ein Film von einem Land ins andere übertragen. Dann aber nimmt man die gemeinsame Pro-

duktion in Angriff, Zurzeit wird bei den Cinéromans in Joinville-le-Pont unter der Doppelleitung von Abel Gance und Walther Ruttmann der Ton- und Sprechfilm *Das Ende der Welt* hergestellt. Der Temps würdigt das Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich; er betont mit Recht, daß diese beiden Länder europäischen Geistes sich nur zu verbünden brauchten, um auf allen Gebieten der Technik ebenso wie selbstverständlich der Kunst die Führung zu erhalten.

Kurze Chronik Ende Januar tagte in Berlin unter Beteiligung zahlreicher Vertreter öffentlicher Behörden, Parlamentarier, Industrieller usw. die 22. Generalversammlung des *Verbands der Internationalen Variététheaterdirektoren*, unter dem Vorsitz seines Präsidenten Jules Marx, des Direktors der Berliner Scala. Jakob Mollath entwarf in seinem Referat ein sehr trübes Bild der allgemeinen Wirtschaftslage, die sich besonders in der Vergnügungsindustrie in trauriger Weise auswirke. ◊ Kurt Joos, der Leiter der Essener Folkwangschule, wollte im Anschluß an diese Schule in Essen eine *Tanzbühne* gründen, fand aber bei den Essener Stadtverordneten keine Zustimmung zu seinem Plan. ◊ Es wundert einen, daß die Sentimentalität, wie man sie aus der Gartenlaube von früher kannte, noch immer in dem Umfang lebt. Im *Radio* geht die Mehrzahl der gesungenen Lieder in dem Stil. Ob das ein Wiederlebendigwerden ist, oder ob es von früher übrigblieb, ist vorerst nicht zu entscheiden. ◊ In der Hochschule Williamstown in Massachusetts wird für die Studenten des 1. und 2. Semesters auch eine schriftliche Prüfung im *Tennis* gefordert, die nur zu bestehen ist, wenn die Examinanden mit der Technik des Tennisspiels vollkommen vertraut sind.

Literatur Unsere Feier betitelt sich ein »Handbuch zur Gestaltung sozialistischer Jugendfeste und Jugendfeiern«, zusammengestellt von *Walter Eschbach* /Berlin, Arbeiterjugendverlag/. Der 1. Teil, der eine allgemeine Betrachtung über Feste überhaupt gibt, und der über Kinderfeste haben etwas belehrenden und leutseligen Ton. Romantisch volkstümliche Tradition wird betont, und vor »Unschönem« gewarnt. Das Ganze ist wohl nicht viel mehr als eine etwas starre Zusammenstellung von Rezepten. Vom Standpunkt der Kunst würde man das gern ganz und gar ablehnen. Aber andererseits fragt

man sich, ob Gemeinsamkeit nicht wichtiger sein kann, und Gemeinsamkeit ist doch nur möglich, wenn viele mittun, und wieder, wenn viele mittun, kann wohl kaum künstlerisches Niveau gehalten werden. Ganz anders sehen dann die Berichte von den Jugendfesten für Größere, aus Leipzig, Zeitz und Breslau, aus. Da ist die revolutionäre Kraft so lebendig, daß sie alles benutzt. Sprech- und Bewegungsschor, Film, Musik: alles ist mit großer Raumverteilung und Einbeziehung des Publikums zusammengefaßt. Für die Feste der Älteren, in denen es sich mehr um Vorzutragendes handelt, ist eine sehr gute Zusammenstellung geeigneter Musik und Literatur beigegeben. ◊ In der Sammlung *Wissen und Wirken* /Karlsruhe, G. Braun/ erschien eine Schrift *Rudolf Harms' Kulturbedeutung und Kultur Gefahren des Films: eine gute Darstellung der Geschichte des Films und seiner Entwicklung zur Kunst*. Der Verfasser will gerade innerhalb der Begrenztheiten des Films (als da sind seine Stummheit und seine Flächenhaftigkeit) das künstlerische Plus herausgearbeitet sehen. Aber er berücksichtigt nicht genug, daß mit der Entwicklung unserer Sinne, wie der Film sie mit sich brachte, auch die künstlerische Möglichkeit variabel geworden ist. Was Harms am meisten am Herzen liegt, ist die Zweiheit in der Filmkunst: nämlich absolute Realistik, die so unbedingten Glauben für sich beansprucht wie die Wirklichkeit selbst, und zugleich die Möglichkeit der größten Verzerrung dieser Wirklichkeit. Daraus erwächst der Filmproduktion eine ganz besondere Verantwortung. Das ganze Welt- und Lebensbild ist für den Zuschauer natürlich von den Bildern beeinflusst, die er im Kino aufnimmt. Verlogenheiten können ihm Wahrheit werden, abstruse Sonderfälle allgemeine Regel usw. Da ist der Mahnruf Harms' an die Produzenten sich dieser Verantwortung bewußt zu sein durchaus berechtigt. Früher hatte das gedruckte Wort für den einfachen Leser sicher die selbe Autorität. Aber wie verschwindend klein ist die Zahl der Leser gegen die der Kinobesucher! ◊ Das Bildungssekretariat des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin gab im eigenen Verlag ein Heftchen *Lichtbild und Film* in unserer Bildungsarbeit heraus. Es ist ein Ratgeber, wie Lichtbild und Film in den Bildungsver-einen am besten verwandt werden, mit allen Quellenangaben über Verleih, Kosten usw. Also für praktischen Gebrauch außerordentlich zu empfehlen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Hochfrequenz-technik Über moderne Hochfrequenztechnik im Wellenband der Hertzischen Versuche hielt kürzlich Georg Graf Arco einen bemerkenswerten Vortrag. Die klassischen Versuche Heinrich Hertz', durch die die Wellennatur der Elektrizität erwiesen wurde, wurden an Strahlungen von 0,1 Meter Wellenlänge und darunter angestellt. Die geringe Reichweite dieser Strahlung und die verhältnismäßig kleinen Leistungen, die Hertz erzielte, hatten in den Anfangsjahren der Radiotechnik dazu geführt mit verhältnismäßig langen Wellen von 20 000 bis 5000 Meter, also mit Schwingungen von 15 bis 60 Kilohertz (15 000 bis 60 000 in der Sekunde) zu arbeiten. In der Rundfunktechnik ging man bis 200 Meter Wellenlänge (1500 Kilohertz) herunter. Die in diesen Schwingungsbereichen erzielten Erfolge sind allgemein bekannt und bedürfen an dieser Stelle keiner weitem Betonung. Vor ungefähr 5 Jahren nun wurden von Radioamateuren die ersten Versuche mit elektrischen Schwingungen in der Größenordnung von 50 Meter (6000 Kilohertz) gemacht und gewaltige Reichweiten mit Leistungen von wenigen Watt erzielt. Die Veröffentlichungen über die frappanten Resultate wurden zunächst als "Radiolatin" angesehen. Aber die von der Radiogroßtechnik unter dem entscheidenden Einfluß Arcos angestellten Versuche bestätigten die Ergebnisse, und eine der ersten Kurzwellengroßstationen, die in Nauen errichtet wurde, konnte dauernde Verbindung mit Argentinien aufrecht erhalten, wobei sie von äußeren Störungen weit weniger beeinflusst war als die riesigen Langwellenstationen. Dieser Unterschied erklärt sich aus der Verbreitungsart der verschiedenen langen elektrischen Wellen. Die langen Wellen, etwa bis 100 Meter herab, breiten sich im wesentlichen an der Erd- oder Meeresoberfläche aus und erleiden dabei beträchtliche Intensitätsverluste. Die kurzen Wellen dagegen strahlen hauptsächlich in den freien Raum und breiten sich fast verlustlos an der in etwa 100 bis 200 Kilometer Höhe über der Erdoberfläche befindlichen Heavysideschicht aus, von der sie auf die Erde zurückreflektiert werden. Die Stationen, die mit Wellen über 5000 Meter arbeiten, sind deshalb auch augenblicklich im Aussterben begriffen. Die kurzen Wellen zwischen 12 bis 50 Meter haben den

Sieg davongetragen, zumal bei ihrer Benutzung bei größter Telegraphiergeschwindigkeit eine ebenso sichere und dauernde Verbindung möglich ist wie bei der Benutzung von Unterseekabeln. Nunmehr wendet sich das Interesse den ultrakurzen Wellen zu, die von 8 Meter bis herab zu den sichtbaren Wellen von 0,75 Tausendstel Millimeter reichen. Die Wellen in den Teilbezirken von 8 bis 0,1 Meter Länge könnten noch für den Rundfunk in kürzeren Entfernungen bis etwa 10 Kilometer verwandt werden, sie sind also nicht besonders bemerkenswert; aber die Wellen unter 0,1 Meter, die in dem Hertzischen Bezirk liegen, dürften noch sehr bemerkenswerte Überraschungen bieten, nachdem es gelungen ist mit Hilfe der Elektronenröhren die Hertzischen Leistungen um mehr als das 100fache zu übertreffen. Diese ultrakurzen Wellen gehorchen nämlich bereits, wie schon Hertz selbst festgestellt hatte, den optischen Gesetzen, die wir von den sichtbaren Strahlen her kennen. (Womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß die längeren Wellen diesen Gesetzen nicht gehorchen; wir haben nur kein Material, um Spiegel, Prismen und Linsen für die langen Wellen herzustellen.) Die Reichweite der quasi-optischen Wellen ist nur durch den optischen Horizont begrenzt, wenn sie gerichtet werden. Beim Wellenbereich unter 0,1 Meter steigt zwar die Schwierigkeit größere Sendeleistungen zu erhalten, dieses Manko wird aber mehr als ausgeglichen durch die Richtbarkeit dieser Strahlen. Daher können sie für die Navigation, vor allem bei Nacht, vorteilhaft ausgenutzt werden, zumal sie den Wasserdampf der Atmosphäre und den Nebel gut durchdringen. Bei Tageslicht werden diese Strahlen allerdings infolge der Ionisation der Luft fast vollständig vernichtet. Empfangen werden diese Strahlen mit einer sogenannten Dipolantenne und Elektronenröhren. Ein weiteres noch ausnutzbares Wellenband umfaßt die Strahlen von 1,5 bis 0,75 Tausendstel Millimeter, die der Physik, als ultrarot, häufig auch als infrarot bezeichnet, längst bekannt sind, denen aber bisher keine besondere technische Bedeutung beigemessen worden war. In der Technik waren diese Strahlen bisher sogar höchst unbeliebt, denn da sie bei den auf Temperaturstrahlung beruhenden Lichtquellen quantitativ ein gewaltiges Übergewicht haben, drücken sie den Wirkungsgrad selbst unserer besten Lichtquellen auf wenige Prozente herab. Jetzt aber kommen auch diese ultra-

roten Strahlen einigermaßen wieder zu Ehren, nachdem festgestellt ist, daß sie vom Nebel nicht in dem Maß ausgelöscht werden wie die sichtbaren Strahlen. Sie werden deshalb für die gesamte Meldetechnik von großer Wichtigkeit werden. Als Sender für diese Strahlengattung kommt jede beliebige Lichtquelle in Betracht, deren Strahlen durch einen Parabolspiegel parallel gemacht sind. Als Empfänger dient eine für Ultrarot empfindlich gemachte Selen- oder Photozelle, deren Metallbelag in ein Gefäß aus Quarz- oder Uviolglas eingebracht ist. Ein Schiff, das im Nebel jede Orientierung verloren hat, kann mit ultraroten Strahlen leicht Zeichen senden und empfangen, um damit seinen Standort festzustellen, auch Warnungssignale geben. Wenn die Reichweite der ultraroten Strahlen auch nicht größer als 3 bis 5 Kilometer ist, so genügt das für die besagten Zwecke doch vollkommen. Auch für eine Geheimheliographie lassen sich die kurzwelligen Ultrarotstrahlen verwenden. Die von der Lichtquelle, eventuell auch von der Sonne ausgesandten sichtbaren Strahlen werden durch ein geeignetes Filter abgefangen (Jod in Jodkaliumlösung, Kupferoxyd-Ammoniak- und Kaliumbichromatlösung in Uviolglasküvetten geben solche Filter), während die unsichtbaren ultraroten Strahlen zum Signalisieren benutzt werden. Das Verwendungsgebiet der kurzwelligen Wärmestrahlen läßt sich wahrscheinlich auch noch für eine ganze Reihe anderer Zwecke erheblich erweitern.

Elektrofilter Es gibt wohl keine Industrie, bei der infolge des Arbeitsprozesses kein Staub abfällt. Bei Feuerungsanlagen entweicht fein verteilter Kohlenstoff mit dem Rauch. In der chemischen Industrie entwickeln sich Nebel. Vielfach besteht der Staub aus wertvollem Material, in anderen Fällen finden durch Staub, Rauch und Abgase Belästigungen und Schädigungen statt, und sehr oft wirken die in die freie Luft entlassenen Dämpfe schädigend auf den Pflanzen- und Baumwuchs, auf Eisenkonstruktionen und selbst auf Steinbauwerke, wie das beispielsweise beim Kölner Dom der Fall ist. Die Beseitigung des Staubs und Rauchs sowie der entweichenden Dämpfe ist also selbst dann geboten, wenn mit ihr kein besonderer Gewinn verknüpft ist. Um welche gewaltigen Mengen es sich hierbei handelt, geht aus einer kleinen Statistik hervor, die R. Heinrich am 15. Februar in der Zeitschrift des

Vereins Deutscher Ingenieure veröffentlichte. Bei Hochöfen sind es 4 bis 16 % des Fertigprodukts, bei Blei- und Zinnschachtöfen 3 bis 12%, in der Zementindustrie 3 bis 25%, beim Steinkohlentrocknen 6 bis 12%, bei Steinkohlentstaubfeuerungen 4 bis 8% usw. Die Techniker haben sich deshalb schon seit langem bemüht die industriellen Nutz- und Abfallgase so vollständig wie möglich zu entstauben. Einfache Staubkammern und Staubkanäle sind bei Hüttenwerken schon seit mehr als 100 Jahren im Gebrauch; neuern Datums sind die Zyklon- und Zentrifugalstaubabscheider, die Naßwäscher und Sackfilter, und in der letzten Zeit gewinnen die Elektrofilter steigende Bedeutung.

Es ist nicht ohne Interesse darauf hinzuweisen, daß eine ganz banale und in der Landwirtschaft bekannte Erscheinung, nämlich das rasche Sauerwerden der Milch bei Gewittern, den Anstoß zur Ausbildung der elektrischen Staubbeseitigung gegeben hatte. Nachdem festgestellt worden war, daß bei elektrischen Gewitterentladungen die Milchsäuregärungsbakterien, die in der Luft immer enthalten sind, sich zusammenballten und damit in größerer Menge als gewöhnlich mit der Milch in Berührung kamen, lag es nahe dieses Phänomen auch technisch auszunutzen. In der Tat besteht das sogenannte Elektrofilter aus nichts anderm als aus einem von den zu reinigenden Abgasen durchstrichenen Raum, in dem sich elektrische Entladungen eines hochgespannten Gleichstroms vollziehen. In seiner einfachsten Ausführung ist das Elektrofilter eine 3 bis 5 Meter lange Metallröhre von 200 bis 300 Millimeter Durchmesser, in deren Achse ein 3 bis 4 Millimeter starker Draht ausgespannt ist. Der Draht liegt am negativen, das Rohr am positiven Pol einer Gleichstromquelle von 40000 bis 60000 Volt, wobei sich zwischen Draht und Rohr eine Glimmentladung vollzieht. Das zu reinigende Gas passiert das Rohr mit einer Geschwindigkeit von 0,5 bis 2 Meter in der Sekunde. Hierbei scheiden sich aus dem Gas alle in ihm schwebenden Bestandteile bis zu 98% an den Rohrwandungen aus. Der Vorgang vollzieht sich in der Weise, daß die aus dem negativ geladenen Draht austretenden Elektronen das Gas ionisieren. Die negativ geladenen Gasmoleküle mit dem suspendierten Staub oder Nebeltröpfchen wandern dann nach dem positiven Rohr, an dem sich die festen oder flüssigen Verunreinigungen des Gases niederschlagen.

Wenn der Niederschlag eine bestimmte Stärke erreicht hat, fällt er von selbst ab, oder er wird durch dauerndes Klopfen am Rohr zum Abfallen gezwungen. Im Gegensatz zu den mechanischen Filtern setzt das elektrische dem Gasstrom keinen Widerstand entgegen, so daß für die Gasbewegung kein zusätzlicher Energieaufwand erforderlich ist; es ist also nur für die elektrischen Ladungen Energie aufzuwenden. Die erforderliche Stromstärke beträgt 0,01 bis 0,6 Ampere, so daß eine Leistung von 400 bis 30 000 Watt, je nach der Größe der Anlage, aufzuwenden ist. Da die Röhrenfilter einen beträchtlichen Platz einnehmen, sind neuerdings raumsparende Kammerfilter von großer Leistungsfähigkeit konstruiert worden. Der zum Abscheiden des Staubs erforderliche hochgespannte Gleichstrom wird durch mechanische oder durch Glühkathodengleichrichter aus hochgespanntem Wechselstrom hergestellt.

Bei Hochofenanlagen hat die Entstaubung der Gichtgase ganz besondere Bedeutung, da die Gichtgase in großem Umfang zum Betrieb von Gasmotoren gebraucht werden, die durch staubhaltige Gase einem überaus starken Verschleiß unterworfen wären. In der Metallhüttenindustrie werden durch die Elektrofilter beträchtliche Werte aus dem aus dem Hüttenrauch niedergeschlagenen Blei, Zink, Zinn, Antimon, Silber, Gold usw. wiedergewonnen. So gewinnt eine große Bleihütte in Belgien täglich 2 bis 2,5 Tonnen Bleistaub zurück. In Schwel- und Generatorgasanlagen werden die Elektrofilter zur Entfernung der Öle und des Teers des Generatorgases benutzt. Der hohe Wert dieser wiedergewonnenen Stoffe macht die Elektrofilteranlage bald bezahlt. In der Chemischen Industrie werden die Elektrofilter zum Niederschlagen von Schwefelsäure-, Salz-, Phosphor- und Sulfidnebeln usw. benutzt, wo die früheren Methoden fast vollständig versagt hatten. Als besondere Vorteile der Elektrofilter sind noch der geringe Energiebedarf, der hohe Entstaubungsgrad, die Verwendbarkeit bei hohen Temperaturen bis 500°, die geringen Bedienungskosten und der minimale Verschleiß hervorzuheben.

Aluminiumstaubentzündung

Bei der Herstellung des Aluminiumstaubs, der als Bronzefarbe, als Zusatz zu Sprengstoffen und Feuerwerksätzen sowie in der Goldschmidtschen Aluminothermie viel verwandt wird, kommt es nicht selten vor, daß sich der Aluminiumstaub entzündet und ver-

hängnisvolle Explosionen verursacht. Die Ursachen der Selbstentzündung sind nur selten mit Sicherheit festzustellen; man führt sie auf Schlag, Stoß, Reibung sowie mechanisch erzeugte Wärme und Funken in den Aluminiumzerkleinerungsapparaten zurück, ohne jedoch positive Gewißheit zu haben. Aus diesem Grund unternahm es *Franz Ritter* in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt die Ursachen der Entzündung von Aluminiumstaub systematisch zu ermitteln. Zunächst stellte er fest, daß sich durch Schlag allein Aluminiumstaub nicht entzündet, außer wenn ihm ein Sauerstoffträger beigemischt ist. Der Zusatz von Sauerstoffträgern kommt aber bei Herstellung des Aluminiumpulvers nicht vor sondern erst bei Mischung von Aluminiumbronzen mit Farben, die Sauerstoffträger sein können. Dagegen kann die mechanische Erzeugung von Wärme und Funken die Ursache von Entzündungen sein, wenngleich diese Ursache in den meisten Fällen fälschlich angegeben wird, und in Wirklichkeit andere Ursachen in Betracht kommen. Eine dieser möglichen Ursachen ist die Zündung durch die Funken elektrostatischer Entladungen. Das Auftreten größerer freier Elektrizitätsmengen kann aber sicher durch sorgfältige Erdung der in Betracht kommenden Maschinen und Einrichtungen vermieden werden. Ritter ist der Meinung, daß die Erklärung von Zündungen durch statische Elektrizität meist als Notbehelf gedient hat, wenn man keinen andern Grund fand. Die wirklichen Ursachen erblickt Ritter in chemischen Umsetzungen, insbesondere der Oxydation. Aluminiumstaub setzt sich mit Wasser schon bei gewöhnlicher Temperatur um. Ein Tropfen Wasser, der in einen Vorrat von Aluminiumstaub hineinfällt, kann deshalb eine Brandgefahr bedeuten. Es ist darum dafür zu sorgen, daß sich in den Leitungen für Aluminiumstaub niemals Kondenswasser durch starke Abkühlung des immer in der Luft vorhandenen Wasserdampfs bilden kann. Weit wichtiger aber ist die Oxydation des Aluminiumstaubs. Ist solcher Staub irgendwo aufgehäuft, etwa in den Stampfgefäßen, Poliertrommeln usw., so oxydiert zunächst die Oberfläche des Haufens. Schüttet man nun das Gefäß aus, so kommt plötzlich frische Luft mit unverbrauchtem Sauerstoff mit der außerordentlich großen Oberfläche des Staubstrahls in Berührung, und es findet eine plötzliche, sehr starke Oxydation statt, die mit einer großen Wärmeentwicklung

verbunden ist. An und für sich ist zwar der Aluminiumstaub gegen rasche Oxydation durch eine Fettschicht geschützt, die ihm beigefügt wird, damit er sich beim Stampfen nicht zusammenballt. Wird dieser Fettzusatz beschränkt, so wächst die Gefahr der Selbstentzündung durch Oxydation. Deshalb ist die Herstellung des sogenannten Pyroschliffs, der wegen seiner Verwendung zu Feuerwerksätzen nur wenig Fett enthält, besonders gefährlich. Ritter berechnet aus der Wärmebilanz bei der Oxydation von Aluminium, daß schon die bei der Oxydation von 1 % des Staubs entstehende Wärme die Gesamtmasse um 319° erwärmen kann. Bei frisch aus dem Stampfen entnommenem Staub fand er aber 5 bis 6 % und bei einem unpolierten Schliff gar 9 % oxydiert. Es werden also durch Oxydation gewaltige Wärmemengen frei, die ohne weiteres genügen den Staub zur Selbstentzündung zu bringen.

Brennstoffnormung

Zur Normung der Brennstoffe stellte der Reichsbahnoberrat Fritz Landsberg die folgenden Leitsätze auf:

Der hinter der Fördermenge der Braunkohlen zurückgebliebene Steinkohlenbergbau hat mit planmäßigem Kundendienst begonnen. Sachgemäße Beratung fördert die Unterbringung der verschiedenen Sorten und zugleich die Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Genaue Kennzeichnung der Sorten und Lieferpflicht für die Sorten und für eine geraume Zeit sind Voraussetzungen für eine rationelle Kohlenwirtschaft. Klassifikation der Kohlen nach Eigenschaften und Verwendbarkeit sind die ersten Ziele der Normung und durch die Praxis bereits vorbereitet. Das Interesse der Erzeuger und nicht minder auch Verbraucher erfordert eine tatkräftige Beschleunigung der eingeleiteten Arbeiten. Diese Thesen werden im einzelnen begründet, und Landsberg faßt seine Ausführungen zusammen: Gebrauchsklassifikation und Güternormung bringen Erkenntnisse, die von sachverständig beratenen Verbrauchern beim Kohleneinkauf bereits angewendet werden, in festere Form. Ihre allgemeine Anerkennung, in dem Maß, wie ein sachlich begründetes Interesse des Bergbaus unter Berücksichtigung der schon eingeführten oder in der Entwicklung befindlichen technischen Verbesserungen es gestattet, wird der Binnenwirtschaft und der Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt zum Vorteil gereichen.

Kurze Chronik Die Fernleitung von dem *Kraftwerk Tschechnitz* nach Kosel, die dem Zusammenschluß der Netze in Ober- und Niederschlesien dienen soll, wurde in Betrieb genommen, nachdem in Kosel noch ein Umspannwerk errichtet worden war, das die zur Verfügung stehende Spannung von 60 000 auf 100 000 Volt erhöht. Damit ist gleichzeitig auch eine Verbindung mit dem mitteldeutschen Versorgungsgebiet geschaffen. \diamond Im Schweizer Kanton Wallis wird in 2000 Meter Höhe ein *Stausee* gebaut, der mit 1750 Meter das größte Gesamtgefälle haben dürfte. Das Kraftwerk wird 180 000 Pferdestärken liefern; die Kosten werden auf 60 Millionen Franken geschätzt. \diamond Die Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure gab ein Sonderheft heraus, das sich ausschließlich mit der *Schweißtechnik* beschäftigt. Bei der enormen Bedeutung, die die modernen Schweißverfahren für die ganze Technik, vor allem für den Kessel-, Maschinen-, Brücken-, Hoch-, Schiff-, Flugzeugbau usw., haben, wird diese Publikation den Wünschen zahlreicher Interessenten entgegenkommen, die sich über den neuesten Stand der Schweißtechnik zu informieren wünschen. \diamond Die türkische Regierung beschloß die längst bekannten *Erdölvorkommen* der Gebiete von Brussa, Erzingan, Erserum und Wan zu erschließen. Nach den Schätzungen können jährlich 800 000 Tonnen Öl gefördert werden, von denen nur 100 000 Tonnen im Land verbraucht werden würden. \diamond Der Anteil der verschiedenen Rohstoffe zur *Papierherzeugung* in Westeuropa war in den letzten 50 Jahren dieser: Lumpen 5 %, Stroh 8 %, Holz 65 %, Altpapier 22 %. \diamond Der europäische Ölrohstoffverbrauch für die *Margarinefabrikation* beträgt heute rund 4,8 Millionen Tonnen bei einer Welternte von rund 26,6 Millionen Tonnen. \diamond Der *Gasverbrauch* in den Vereinigten Staaten von Amerika hat in den letzten 10 Jahren um 100 % zugenommen; die Anzahl der Verbraucher ist um 70 % gestiegen. 22 000 industrielle Unternehmungen haben Gasfeuerung eingeführt. \diamond Der neue süddeutsche *Großrundfunktender* mit zunächst 60 Kilowatt Antennenleistung wird in der Nähe von Mühlacker errichtet werden. \diamond Der Verband Deutscher Elektrotechniker hatte am 8. Juli 1929 in Aachen eine *Ferntagung* (siehe dazu diese Rundschau, 1929 II Seite 763) veranstaltet, bei der er mit Fachgenossen im Haag, in Wien und in Budapest durch Mikrophon, Fernleitung und Laut-

sprecher verbunden war. Der Versuch war gelungen. Deshalb will der Verein Deutscher Ingenieure mit seinen 55 Bezirksvereinen und 29 Ortsgruppen sich diese neue Form der Übertragung für Fernvorträge und Fernansprachen nutzbar machen. Anfang März fand die erste solche Tagung statt. ◊ Am 15. Juni findet in Berlin die 2. *Weltkraftkonferenz* statt. Die 1. hatte im Jahr 1924 in London getagt. Eine Teilsitzung der Weltkraftkonferenz, die von 3000 Teilnehmern, darunter 600 von Übersee, besucht war, wurde später in Tokio abgehalten. ◊ Die *Heinrich-Hertz-Medaille* wurde dem Ingenieur Karl Willy Wagner in Berlin verliehen. ◊ Der außerordentliche Professor für Physik an der Universität Jena *Hans Busch* geht als Ordinarius der Elektrotechnik an die Technische Hochschule in Darmstadt. ◊ Der Historiker der Technik *Konrad Matschoß* wurde Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Berlin. ◊ Als Ordinarius für Maschinenbau geht *Friedrich Hübener* von Berlin an die Technische Hochschule Darmstadt. ◊ Im Januar feierte der *Elektrotechnische Verein* zu Berlin sein 50jähriges Bestehen. Diese weithin berühmte Gesellschaft war von Werner von Siemens und Heinrich von Stephan begründet worden und hat für die Entwicklung aller Zweige der Elektrotechnik fruchtbringende und wertvollste Arbeit geleistet. Ihre Zeitschrift hat sich Weltgeltung erworben. ◊ Am 15. Februar wurde *Johann Kremenetzky* in Wien 80 Jahre alt. Er ist einer der letzten Überlebenden aus der großen Zeit der Leuchttechnik. Bereits im Jahr 1877 beteiligte er sich an der Ausbildung und Verbreitung der Jablochkowschen "Kerze", der ersten Bogenlampe, die eine Teilung der Lichtquellen gestattete. 1880 machte er sich mit der Gründung einer Dynamomaschinenfabrik selbständig. Im Jahr 1884 nahm er die Erzeugung von Glühlampen nach den Patenten von Lane-Fox auf. Ende des Jahrhunderts fusionierte sich Kremenetzky mit der österreichischen Niederlassung von Schuckert & Co., und bei der Vereinigung dieser Werke mit Siemens & Halske wurde Kremenetzky als Direktor mit übernommen, um aber die Glühlampenabteilung der Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke schließlich wieder als eigenes Unternehmen weiterzuführen. Auch heute noch hat Kremenetzky infolge seiner großen Erfahrungen eine einflußreiche Stellung in der ganzen Fachwelt.

Verkehr / Otto Schmidt

Stadtverkehrs- Eine einheitliche und planmäßige Verkehrspolitik in den Großstädten ist, wie die Erfahrung fast überall lehrt, nur möglich, wenn die verschiedenen Verkehrsunternehmungen vereinigt, und privatwirtschaftliche Konkurrenz und Interessen ausgeschaltet werden. Das Bestreben die öffentlichen Verkehrsmittel zusammenzufassen und sie dabei gleichzeitig ganz oder teilweise in kommunale Betriebe umzuwandeln ist daher in letzter Zeit, vor allem auch in Anlehnung an die Neuorganisation der Berliner Verkehrsverhältnisse, in verschiedenen Großstädten festzustellen. Ein Gesetzentwurf der konservativen englischen Regierung zur Zusammenfassung aller *Londoner* Verkehrsmittel scheiterte seinerzeit an dem Einspruch der Arbeiterpartei und der Liberalen. Jetzt scheint sich jedoch die Labourregierung selber mit diesem Plan zu befassen. So erklärte kürzlich der Verkehrsminister im Parlament, daß eine Vereinheitlichung des *Londoner* Verkehrswesens unerlässlich sei, und zwar müsse an Stelle der jetzt selbständigen Einzelunternehmen ein einheitlicher Verkehrsbetrieb im Besitz der Öffentlichen Hand treten. Die Labourregierung hat bereits für die nächste Zeit genaue Vorschläge für die Durchführung dieses Plans, der eine Verstaatlichung aller *Londoner* Verkehrsunternehmungen zum Ziel hat, in Aussicht gestellt. Für den Erwerb der *Londoner* Straßenbahn-, Schnellbahn- und Omnibusunternehmen wären nach Schätzung von sachverständiger Seite etwa 112 Millionen Pfund Sterling aufzubringen. Interessant ist, daß die Regierung bei dieser Vereinheitlichung des *Londoner* Verkehrs auch an eine weitgehende Einbeziehung des Vortbahnverkehrs denkt, ein Plan, der in Berlin immer noch nicht oder nur sehr unzureichend verwirklicht worden ist. Auch in *Paris*, wo sich im vorigen Jahr die Schnellbahnen zusammengeschlossen haben, sind Bestrebungen im Gang nunmehr die Schnellbahnen mit der Pariser Verkehrsgesellschaft, in der die Straßenbahnen, Omnibusse und der Dampfbootverkehr auf der Seine vereinigt sind, zu verschmelzen. Auf diese Weise entstünde auch in *Paris* ein einheitliches Verkehrsunternehmen in der Hand der Stadt respektive des Staats. Die Stadt *Chicago* beabsichtigt gleichfalls die Straßenbahnen und Hochbahnen selbst zu übernehmen, um der Verkehrs-

schwierigkeiten besser Herr zu werden. Bei der ausgesprochen privatwirtschaftlichen Haltung der Amerikaner ist dieser Fall besonders typisch und gleichzeitig kennzeichnend für die Ähnlichkeit der Verkehrsschwierigkeiten in den Großstädten im allgemeinen.

Von den 158 deutschen Straßenbahnen sind zurzeit 57 reine Kommunalbetriebe, und bei weiteren 65 Unternehmen beträgt der Kapitalanteil der Öffentlichen Hand (Reich, Staat, Provinzen, Kommunen, Kreise, Landgemeinden) mehr als 50%. Auch an den dann verbleibenden 36 Straßenbahnen ist noch in einer Reihe von Fällen mehr oder weniger öffentliches Kapital beteiligt.

Rom Die Abwicklung des großstädtischen Verkehrs ist in Rom von jeher in der

Innenstadt durch die engen und winkligen Straßen sowie die alten Baulichkeiten sehr erschwert worden. Die Straßenbahnen winden sich durch diese engen Straßen, die zum größten Teil kein Trottoir haben, nur in Schrittgeschwindigkeit und machen jeglichen glatten Verkehrsdurchfluß unmöglich, so daß sich Verkehrsverstopfungen und dementsprechend auch Unfälle mit dem Anwachsen des Verkehrs immer mehr häufen. In der Archäologischen Zone, das heißt jenem Gebiet der Innenstadt, das die wertvollsten alten Bauwerke und Kirchen enthält, dürfen Straßendurchbrüche oder -verbreiterungen nicht durchgeführt, dem von Jahr zu Jahr wachsenden Verkehr (Rom hatte nach der letzten Zählung 936 000 Einwohner und damit doppelt so viel wie 1900) also neue Wege nicht geschaffen werden. Um diese Verkehrsschwierigkeiten wenigstens etwas zu mildern, griff die Stadtverwaltung zu einem Radikalmittel: Vom 1. Januar ab wurde die Straßenbahn in der Innenstadt durch den Autobus ersetzt. Auf diese Weise wird das römische Straßenbahnnetz um etwa $\frac{1}{5}$ verkürzt, das Omnibusnetz hingegen auf 112 Kilometer erweitert. Die Anzahl der Straßenbahnlinien ging von 51 auf 32 zurück, der Omnibuspark wird dementsprechend allmählich verdoppelt werden. Die Straßenbahn fährt jetzt in Rom, ähnlich wie in Wien und London, nur noch bis an die Peripherie der Innenstadt heran und dann auf einer Ringstraße um diese herum. Von dieser Ringlinie aus bedienen 9 Omnibuslinien strahlenförmig den Innenstadtkverkehr und kreuzen vor allem die Piazza Venezia und die Piazza Colonna. Daneben verkehren auch nach

den Außengebieten der Stadt weiterhin Omnibuszubringerlinien. Die Hauptvorteile, die sich die Stadtverwaltung von der in dieser Form in allen Großstädten der Welt wohl beispiellosen Verkehrsumstellung verspricht, sind größere Schnelligkeit und Regelmäßigkeit des Verkehrs, geringere Verkehrsstörungen und Unterbrechungen und damit höhere Verkehrssicherheit sowie schließlich auch verringerte Straßenunterhaltungskosten. Auch die bereits seit Jahren verfolgten Pläne einer Untergrundbahn sollen jetzt, nach gründlichen Studien in Paris, Berlin und London, abgeschlossen und von der fascistischen Regierung (die die Modernisierung aller italienischen Großstädte eifrig betreibt) bereits genehmigt sein. Demnach soll Rom ein Schnellbahnnetz von rund 24 Kilometer Länge erhalten, dessen Hauptaufgabe es sein wird die in den Vororten liegenden neuen Wohn-, Geschäfts- und Behördenzentren mit der Innenstadt zu verbinden. 3 Schnellbahnlinien sollen sich an den 3 wichtigsten Verkehrspunkten der Stadt, zum Beispiel am Hauptbahnhof, kreuzen. Mit dem Bau der 1. Strecke will man bereits in nächster Zeit beginnen. Mit Rücksicht auf die schwierigen Geländeverhältnisse ist eine 12jährige Bauzeit für das Gesamtnetz vorgesehen.

Berlin

Der Berliner Nahverkehr ist mit Beginn dieses Jahres durch Tarifierhöhungen auf allen Verkehrsmitteln erheblich verteuert worden. Vom 2. Januar ab haben die städtischen Verkehrsunternehmen (Straßenbahn, Omnibus und Schnellbahnen) den Preis für den Einheitsfahrchein von 20 auf 25 Pfennig erhöht, am 1. Februar sind die Tarife der Stadt- und Ringbahn in der 3. Klasse von 15 auf 20, in der 2. Klasse von 25 auf 30 Pfennig heraufgesetzt und damit den erhöhten Tarifen der städtischen Verkehrsmittel angeglichen worden. Neben dieser Preiserhöhung für den Nahverkehr ist auch eine leichte Erhöhung der Tarife im Vorortverkehr bei gleichzeitiger Verminderung der Zonen erfolgt. Die Fahrpreiserhöhungen im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr hat die Reichsbahn mit dem erheblichen Defizit (40 bis 50 Millionen Mark jährlich) begründet, das auch in Zukunft noch bestehen wird und sich wohl kaum beseitigen läßt, sofern nicht das gesamte Betriebssystem des Stadt-, Ring- und Vorortbahnverkehrs grundsätzlich geändert und mit den übrigen Berliner Verkehrsmitteln vereinigt wird. Die Tarifierhöhung bei der

Berliner Verkehrsaktiengesellschaft ist im Zusammenhang mit der durch die gespannte Finanzlage Berlins bedingten allgemeinen Heraufsetzung der Tarife der Berliner Kommunalbetriebe erfolgt, um auf diese Weise die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Man hat es aber versäumt die unvermeidbare Tarifierhöhung auf der andern Seite auch mit Verkehrsverbesserungen zu verbinden, etwa der Aufhebung der Beschränkung des Umsteigeverkehrs auf bloße Weiterfahrt, also der Freigabe auch der Rückfahrt (wodurch dann auch die lästige Kontrolle mit ihren Kosten wegfiele), ferner vor allem der Schaffung des Einheitsfahr Scheins mit dem Stadt- und Ringbahnverkehr. Auch der Übergangsfahr Schein von der Stadt- und Ringbahn zu den städtischen Verkehrsmitteln wurde von 30 auf 40 Pfennig erhöht, so daß zu seiner Benutzung nun überhaupt kein Anreiz mehr besteht. Die Reichsbahn sollte sich endlich dem Berliner Einheitstarif, wenigstens für eine bestimmte Zone (zum Beispiel für die gesamte Stadt- und Ringbahn), anschließen; ihr Verkehr würde dadurch ohne Zweifel zunehmen. Die Folgen der Tarifierhöhungen für den Verkehr sind auch nicht ausgeblieben: Im Januar ging der gesamte Berliner Nahverkehr um rund 10% zurück; die Straßenbahn verlor allein 15% ihrer Fahrgäste. Auf Grund dieses erheblichen Verkehrsrückgangs sah sich die Berliner Verkehrsgesellschaft in den letzten Wochen bereits zu Personalentlassungen gezwungen. Wo bleiben, volkswirtschaftlich gesehen, die Vorteile der Tarifierhöhungen?

Die Tarifierhöhung bei den Verkehrsmitteln wirft auch die Frage auf, ob es auf die Dauer der großstädtischen Verkehrsentwicklung förderlich ist die Verkehrsunternehmen allzu stark unter dem Gesichtspunkt der Überschußbetriebe für den Stadtsäckel anzusehen. Jeder Fahrgast zahlt heute in dem Fahrpreis nicht nur die Verkehrskosten sondern darüber hinaus noch eine indirekte Steuer an die Stadt zur Befriedigung des allgemeinen städtischen Geldbedarfs. Da die gesamte werktätige Bevölkerung Berlins, wie die Verkehrsstatistik zeigt, täglich 2mal ein Verkehrsmittel benutzt, wird klar, daß diese Art der Besteuerung, die jetzt auch andere Großstädte (beispielsweise Frankfurt) zur Deckung ihres Defizits benutzen wollen, gerade die Werkstätigen, also das Heer der Angestellten und Arbeiter, am stärksten trifft. Tarifierhöhungen sind ein allzu einfaches Mittel die Einnahmen zu stei-

gern, besonders wenn man ein Verkehrsmonopol besitzt. Zumindest sollten aber alle Überschüsse aus dem Verkehr wieder für die Verbesserung und den Ausbau der Verkehrsmittel benutzt werden.

Im Jahr 1929 hat die Berliner Verkehrsaktiengesellschaft insgesamt 172 Kilometer neue Strecken in Betrieb genommen, und zwar rund 89 Kilometer Straßenbahn-, 77 Kilometer Omnibus- und 6 Kilometer Schnellbahnlinien. Das gesamte Streckennetz betrug Ende 1929 rund 1085 Kilometer, davon entfallen 724 auf die Straßenbahn, 297 auf den Omnibus und 64,44 auf die Schnellbahn. An neuen Schnellbahnstrecken wurden eröffnet: Anfang August 1929 die Strecke Boddinstraße-Leinestraße sowie Ende Dezember die Strecken Stadion-Ruhleben und Dahlem-Krumme Lanke; gleichzeitig wurden auch, nach überreichlich langer Bauzeit, die Erweiterungen der Bahnhöfe Bülowstraße und Nollendorfplatz, die auf 110 Meter verlängert sind und neue Eingänge erhielten, fertiggestellt. Das elektrische Stadtbahnnetz wurde Mitte Dezember durch die zum größten Teil von den Siemenswerken finanzierte Strecke Jungfernheide-Siemensstadt-Gartenfeld um rund 4 Kilometer erweitert. Die für die nächste Zeit projektierten neuen Schnellbahnbauten, vor allem die Linie durch die Leipziger Straße, sind infolge der schwierigen finanziellen Lage Berlins zunächst hinausgeschoben worden. Mit der Vollendung der Reststrecke der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln ist im April zu rechnen. Auch die Linie durch die Frankfurter Allee wird fertiggestellt.

Im Jahr 1929 ist der von den Berliner Verkehrsmitteln bewältigte Personenverkehr wiederum um 7%, von 1800 auf 1928 Millionen Fahrgäste gestiegen. Die Verkehrszunahme gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr beträgt nunmehr fast genau 50%. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 448 Fahrten, gegen 323 im Jahr 1913. Vom Gesamtverkehr beförderten die Straßenbahnen 929 (im Vorjahr 899), die Schnellbahnen 277 (265), die Omnibusse 277 (223), die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen 445 (413) Millionen Personen. Während der Straßenbahnverkehr im letzten Jahr nur unwesentlich gestiegen ist, hat der der Schnellbahn um 4,5%, der der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen um 8% zugenommen. Am stärksten ist jedoch die Verkehrssteigerung, wiederum mit 24%, beim Omnibus; seit 1927 ist der Omnibusverkehr in Berlin um etwa das 2½fache gestiegen. Die Straßenbahn bewältigt

nach wie vor etwa die Hälfte des Gesamtverkehrs. Der Anteil des Omnibus und der Schnellbahnen am Gesamtverkehr ist jetzt mit je 14,4% gleich; der Omnibus hat den Anteil, den er in der Vorkriegszeit gehabt hat, wieder erreicht, sogar bereits überschritten. Die Anzahl der Verkehrsunfälle ist im letzten Jahr, trotz der Zunahme der Kraftfahrzeuge um 15,6%, zum erstenmal zurückgegangen; um 1,6%. Insgesamt stellte die Polizei 27 159 Verkehrsunfälle fest, bei denen 204 Personen getötet und 11 828 verletzt sowie 27 282 Fahrzeuge beschädigt wurden.

Binnenschiff- Die Gesamtlänge der deut-
fahrt schen Wasserstraßen be-
trägt 12 864 Kilometer; davon werden 10 668 befahren. Das Rückgrat des deutschen Wasserstraßennetzes bilden die großen Ströme, vor allem Rhein, Elbe und Oder. Obwohl die Ströme nur etwa $\frac{1}{4}$ der Länge aller schiffbaren deutschen Wasserstraßen ausmachen, bewältigen sie etwa $\frac{9}{10}$ des gesamten Binnenschiffverkehrs. Dieser hat sich in den letzten Jahren wieder gehoben, nachdem er während des Krieges und in der Inflationszeit vorübergehend bis auf $\frac{1}{3}$ des Vorkriegsverkehrs gesunken war. 1928 wurden auf den deutschen Binnenwasserstraßen 107,5 Millionen Tonnen Güter befördert, gegen 97,2 Millionen (auf das neue Reichsgebiet umgerechnet) im Jahr 1913. Gegen das Jahr 1927 ist der Verkehr 1928 vor allem beim Erz- und Steinkohlentransport etwas zurückgegangen. Der Anteil der Wasserstraßen am gesamten deutschen Güterverkehr auf Schiene und Wasserweg betrug 1927 rund 19%. Etwa die Hälfte der Güterbeförderung auf den deutschen Wasserstraßen ist Auslandsverkehr. 1927 wurden rund 32 Millionen Tonnen Güter auf dem Wasserweg nach dem Ausland verfrachtet, und 27 Millionen vom Ausland bezogen; der Durchgangsverkehr belief sich auf 1,6 Millionen Tonnen. Der überwiegende Teil dieses Auslandsverkehrs entfällt auf das Rheinstromgebiet im Austausch mit den belgischen und niederländischen Häfen. Etwa 30% aller auf den Binnenwasserstraßen beförderten Massengüter werden zur oder von der Bahn umgeschlagen. Die schweren Massengüter, die keine hohen Frachten vertragen können, und bei denen es auf Schnelligkeit der Beförderung nicht so sehr ankommt, stellen das Hauptkontingent im Wasserstraßenverkehr; Kohlen, Erze und Erden machen $\frac{2}{3}$ des gesamten Verkehrs aus.

Ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Binnenschiffverkehrs geht unter fremder Flagge. Der Anteil der ausländischen Schiffe am Gesamtverkehr ist von 22% vor dem Krieg auf etwa $\frac{1}{3}$ gestiegen, hauptsächlich als Folge der Internationalisierung aller deutschen Ströme, mit Ausnahme der Weser, durch den Friedensvertrag. 90% aller ausländischen Schiffe verkehren auf dem Rhein, fast die Hälfte des Güterverkehrs auf dem Rhein fährt somit unter fremder Flagge. Der größte deutsche Binnenhafen sind die Duisburg-Ruhrorter Häfen (fast 23 Millionen Tonnen Umschlag 1928), dann folgen Mannheim-Ludwigshafen (9,9), Berlin (9,9), Hamburg (8,3), Hamborn-Walsum (8,2) und Köln-Wesseling (4,8). (Der Güterumschlag des größten europäischen Binnenhafens Rotterdam betrug 1927 rund 33,4 Millionen Tonnen.) Die deutsche Binnenflotte bestand 1927 aus 4296 Schiffen mit eigener Triebkraft und insgesamt 347 929 Tonnen Tragfähigkeit (darunter 2235 Schlepper) sowie 14 383 Schiffen ohne eigene Triebkraft mit insgesamt 6 164 024 Tonnen Tragfähigkeit. Seit 1912 hat sich die Anzahl der Schiffe mit eigener Triebkraft kaum verändert, die der Schlepper ist um etwa 20% gestiegen, die der Schiffe ohne eigenen Antrieb, der Kähne also, um rund 9000 oder fast 40% zurückgegangen. Trotzdem ist die Gesamttragfähigkeit der deutschen Binnenflotte heute annähernd wieder so groß wie vor dem Krieg, da die durchschnittliche Tragfähigkeit der Schiffe von 291 Tonnen im Jahr 1912 auf 429 Tonnen im Jahr 1927 gestiegen ist. $\frac{1}{4}$ der deutschen Binnenflotte besteht heute bereits aus Schiffen über 600 Tonnen; diese stellen damit mehr als $\frac{1}{2}$ des gesamten Laderaums. Das Streben nach erhöhter Ladefähigkeit der Binnenschiffe findet jedoch seine Grenze in den Fahrwasserverhältnissen der Flüsse und der Leistungsfähigkeit der Kanäle, die in der Regel für 600- bis 1000-Tonnen-Schiffe gebaut sind. Zurzeit können nur 31% aller deutschen Wasserstraßen mit 600-Tonnen-Schiffen befahren werden. Die gebräuchlichsten Schiffgrößen sind heute auf dem Rhein das 1000- bis 1300-Tonnen-Schiff, auf den nordwestdeutschen Kanälen das 600- bis 900-Tonnen-Schiff, auf der Elbe das 600- bis 800-Tonnen-Schiff, auf der Weser das 650-Tonnen-Schiff, auf der Oder das 500-Tonnen-Schiff, auf der Donau das 700- bis 1000-Tonnen-Schiff und auf den märkischen Wasserstraßen das 225- bis 400-Tonnen-Schiff.

Automobilwesen

Zur Wahrung gemeinsamer Interessen auf dem Gebiet des Automobilwesens schlossen sich in Deutschland der Verband Deutscher Verkehrsverwaltungen und die Gesellschaft Kraftverkehr Deutschland zusammen. Das ist ein wesentlicher Fortschritt in der Vereinigung aller nichtreichseigenen Verkehrsunternehmungen. Der Wert der Gesamt-erzeugung der deutschen Automobilindustrie im Jahr 1929 betrug rund 1,16 Milliarden Mark bei einer Produktion von 352 000 Fahrzeugen einschließlich Motorrädern. Am 1. Juli 1929 war fast $\frac{1}{4}$ aller in Deutschland verkehrenden Personenautomobile ausländischen Ursprungs; von den Lastautomobilen waren etwa $\frac{1}{5}$, von den Motorrädern $\frac{1}{10}$ ausländische Erzeugnisse. Zurzeit sind in Deutschland 44 000 Tankstellen vorhanden; damit kommen etwa 32 Automobile auf 1 Tankstelle.

Das Automobilstraßennetz Italiens wird durch eine 126 Kilometer lange Strecke Mailand-Turin erweitert.

Der Kasseler Regierungspräsident hat für alle in öffentlichen Diensten stehenden Chauffeure seines Bezirks eine Alkoholsperre verhängt, mit der richtigen Begründung, daß ein erheblicher Teil der Automobilunfälle auf Trunkenheit der Führer zurückzuführen ist. Endlich hat auch die Rechtsprechung die Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen. So hat das Kammergericht kürzlich in einem Urteil zum Ausdruck gebracht, daß Trunkenheit eines Kraftdroschkenchauffeurs eine selbständige strafbare Handlung darstellt.

Informationsmittel

Auch auf dem Gebiet des Verkehrs erscheint jetzt bereits, von Verbänden oder anderen Organisationen herausgegeben, eine Reihe von Jahrbüchern, die jeweils über die neueste Entwicklung eines bestimmten Verkehrszweigs berichten und daher, besonders wegen ihrer vielfach sehr umfangreichen statistischen Angaben, gute Informationsmittel sind. Das *Schiffahrtjahrbuch 1929* /Hamburg, Seedienstverlag/ stellt diesmal die wirtschaftlichen Aufgaben der deutschen Seehäfen in ihren Beziehungen zum Hinterland und das Verhältnis der deutschen Reedereien zum Binnenland in den Vordergrund. Es enthält ferner Beiträge über Wesen und Ziele internationaler Schiffahrtkongresse, die zukünftige Entwicklung des Ozeanluftverkehrs, das Weltfrachtgeschäft 1927-1928 und die Ursachen der Schiffsverluste

und Schiffsschäden. Der stark erweiterte Nachschlageteil bringt unter anderm Statistiken über die deutschen und wichtigsten ausländischen Reedereien, die Schiffsmakler, den Seeverkehr der deutschen Häfen, die Welthandelsflotte und den Weltschiffbau sowie ein Verzeichnis der deutschen Handelsschiffe über 1000 Bruttoregistertonnen. Das vom Zentralverein für Deutsche Binnenschiffahrt anlässlich seines 60jährigen Bestehens herausgegebene Handbuch für die deutsche Binnenschiffahrt 1929-1930 /Hamburg, Meißner & Christiansen/ gibt einen Überblick über das deutsche Wasserstraßennetz, den Verkehr auf ihm bis zum Jahr 1927, den Umfang und die Zusammensetzung der deutschen Binnenflotte sowie die Pläne für den Ausbau der deutschen Binnenschiffahrtsstraßen und den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten. Ferner sind die hauptsächlichsten, für die Binnenschiffahrt in Frage kommenden Gesetze und Verordnungen, die Schiffahrtsabgaben und Lohntarife und die Wasserstraßenbehörden, sowie die Organisationen und Betriebe der deutschen Binnenschiffahrt zusammengestellt. Das neue Jahrbuch der Schiffsbau-technischen Gesellschaft /Berlin, Julius Springer/ enthält die Vorträge auf der 29. Generalversammlung der Gesellschaft. Sie behandeln in der Hauptsache schiffsbau-technische Probleme; den Schluß bildet ein interessanter Beitrag über die Darstellung des Schiffs in der Kunst vom Altertum bis zum Ausgang des Mittelalters.

Das von Joseph Brix herausgegebene Jahrbuch für *Straßenbau 1929* /München, Richard Pflaum/ bringt neben manchen bekannten und in der Fachliteratur hinreichend erörterten Straßenbaufragen eine von Arthur Speck besorgte ausgezeichnete Zusammenstellung über die Ausbaupläne und den Stand des Ausbaus der deutschen Landstraßen und vor allem die für diese Zwecke in den letzten Jahren aufgewendeten Summen. Andere Beiträge des mit zahlreichen Abbildungen und Karten ausgestatteten Werks behandeln das Problem der Straßenbaufinanzierung, den Regiebetrieb im Straßenbau, die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Straßenbauweisen, die Versuchsstraßen.

Das Jahrbuch des Reichsverbands der *Automobilindustrie* /Berlin, Ernst Valentin/ enthält den Geschäftsbericht des Verbands für das Jahr 1928, eine Zusammenstellung ausländischer Einfuhrzölle für Automobile und Zubehör, Angaben über Auswirkung der Typung und

Normung im deutschen Automobilbau, die Steuerformeln der verschiedenen Länder für Automobile, den deutschen Steuertarif für 1929 und ein umfangreiches Literaturverzeichnis.

Instruktive Zahlen und Angaben aus dem Betrieb der *Reichsbahn* bringt der Deutsche Reichsbahnkalender fürs Jahr 1930 /Leipzig, Concordiaverlag/.

Das selbe für die *Reichspost* besorgt der Deutsche Reichspostkalender fürs Jahr 1930 /Leipzig, Concordiaverlag/.

Das *Rundfunkjahrbuch* 1930 /Berlin, Union/, das die Reichsrundfunkgesellschaft herausgibt, vereinigt eine große Zahl von Beiträgen über die Entwicklung und Organisation des deutschen und ausländischen Rundfunks, wirtschaftliche und künstlerische Probleme der Übertragung, bemerkenswerte Darbietungen einiger Sender im verflossenen Jahr, Fragen der Funktechnik, die deutschen Funkvereine, hierunter auch den Arbeiter-radiobund, sowie allerlei Wissenswertes für den Rundfunkhörer, auf den das Buch in erster Linie zugeschnitten ist. Etwas weniger Persönlichkeitskult und drucktechnisch bessere Abbildungen sind der nächsten Ausgabe zu wünschen.

Totenliste

Am 6. August 1929 starb *Felix Genzmer*, ordentlicher Professor an der Berliner

Technischen Hochschule, 73 Jahre alt. Neben architektonischem Schaffen hat er sich besonders städtebaulichen Fragen gewidmet und für eine Reihe von Städten Bebauungspläne aufgestellt. 1907 gründete er mit Joseph Brix an der Technischen Hochschule Berlin das erste Seminar für Städtebau. Im Wettbewerb Groß Berlin vom Jahr 1909 erhielt er zusammen mit Brix und der Hochbahngesellschaft den 1. Preis.

Am 14. September starb *Hermann Dietrich Rolfs*, der langjährige Direktor einer der größten deutschen Privateisenbahnen, der Köln-Bonner Eisenbahnen. Unter seiner Leitung wurde die erste elektrische Städtebahn für Schnellzugsgeschwindigkeit gebaut.

Am 22. September starb *Ludwig Wendemuth*, lange Jahre Hafenaudirektor von Hamburg. Der Ausbau der Hamburger Hafenanlagen in den letzten Jahren war sein Werk. Sein Nachfolger wurde Erich Lohmeyer bisher Ministerialrat im preussischen Handelsministerium.

Im Alter von 86 Jahren starb am 27. Oktober in Braunschweig *Heinrich Büssing*, der Begründer der Büssing'schen Automobilfabriken, einer der Pioniere des deutschen Automobilbaus.

Neben seinen großen Verdiensten um die Entwicklung der deutschen Lastautomobilindustrie hat er solche um den Ausbau des Eisenbahnsignal- und Eisenbahnversicherungswesens.

Am 19. November starb der Professor an der Berliner Technischen Hochschule *Adolf Neuber*. Er hat auf den Gebieten der Wasserversorgung, der Entwässerung und des städtischen Straßenbaus mit großem Erfolg gearbeitet.

Im Alter von 84 Jahren starb am 29. Dezember in Stuttgart *Wilhelm Maybach*, der langjährige Mitarbeiter Gottlieb Daimlers und einer der erfolgreichsten deutschen Automobilkonstruktoren. Die Vervollkommnung des Automobils zum Schnellverkehrsmittel von heute geht in vielem auf seine Erfindungen zurück. Der Mercedeswagen war seine berühmteste Konstruktion. Sein Sohn Karl ist der Konstrukteur des Maybachwagens und der Maybachluftschiffmotoren.

Ende Dezember verunglückten beim Rückflug von den Canarischen Inseln in der Nähe von Berlin die Piloten der Deutschen Lufthansa *Joachim von Schroeder* und *Max Albrecht* tödlich. Beide waren 1928 2mal nach Sibirien geflogen und hatten kurz vor ihrem Absturz noch den erfolgreichen Flug von Konstantinopel nach Berlin in 10 Stunden durchgeführt. Die Expedition nach den Canarischen Inseln diente den Vorarbeiten für einen spätern deutschen Transozeanluftverkehr.

Kurze Chronik Am 1. Januar waren in Deutschland 3066 682 *Rundfunkteilnehmer* vorhanden;

die Zunahme im Jahr 1929 betrug rund 15%. ◊ In Pöhla bei Schwarzenberg in Sachsen wurde eine *Segelfliegerschule* errichtet. ◊ Nordamerikanische Flugzeug- und Eisenbahngesellschaften haben gemeinsam unter Mitarbeit des Ozeanfliegers Charles Lindbergh einen regelmäßigen transkontinentalen *Flug-Eisenbahn-Verkehr* zwischen den Küsten des Atlantischen und des Stillen Ozeans eröffnet, der es ermöglicht die Strecke New York-San Francisco in 48 bis 52 Stunden zurückzulegen. Am Tag benutzen die Reisenden das Flugzeug, in der Nacht den Schlafwagenzug. ◊ Die brandenburgische Provinzialverwaltung hat sich grundsätzlich bereit erklärt, soweit die vorhandenen Mittel dazu reichen, bei allen Straßenum- und -neubauten besondere *Radfahrwege* anzulegen. An den großen Durchgangsstraßen der Provinz ist bereits eine Reihe von Radfahrwegen im Bau oder fertiggestellt. ◊ In London

sind nun 29 Schnellbahnhöfe mit Rolltreppen ausgerüstet und im ganzen 85 derartige Anlagen in Betrieb. ◊ Die *Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger* unterhält 117 Rettungsstationen, davon 76 an der Ostsee und 41 an der Nordsee, 61 Stationen sind mit Booten und Raketenapparaten ausgerüstet. Auch im letzten Jahr ist es der gemeinnützigen und harten Arbeit der Stationen gelungen zahlreiche Schiffbrüchige zu retten. ◊ Mitte Januar lief der deutsche 14 000-Tonnen-Dampfer *Monte Cervantes* in der Magelhaensstraße auf ein Riff und sank einen Tag später. Fahrgäste und Besatzung konnten rechtzeitig an Land gebracht werden; der Kapitän ging mit seinem Schiff unter. Der *Monte Cervantes* war bereits im Sommer 1928 auf einer Nordlandreise mit einem Eisberg kollidiert und hatte damals die Hilfe des durch die Rettung der Nobilexpedition bekannten russischen Eisbrechers *Krassin* in Anspruch nehmen müssen. ◊ Die Schwedische Anthropologische und Geographische Gesellschaft verlieh *Umberto Nobile* die Andremedaille, die höchste, zur Erinnerung an diesen verschollenen Arktisforscher gestiftete Auszeichnung. Diese Auszeichnung *Nobiles*, der in der Tagespresse aller Länder beschimpft und verleumdet worden ist, und für den damals einzig die Sozialistischen Monatshefte eintraten (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 728, und den Artikel Meyers *Das Unrecht an Nobile*, 1929 II Seite 818 und folgende), scheint symptomatisch für die langsam sich vollziehende Wandlung in der Beurteilung seiner tatsächlichen Leistungen und Verdienste. So weist die *Vossische Zeitung* vom 30. Januar 1930 darauf hin, daß sich allmählich, besonders in den Kreisen der Fachgelehrten und Polarforscher, auf Grund von neutralen Berichten die Stimmung für *Nobile* zu entscheiden scheint. Die gerade jetzt in deutscher Sprache erscheinenden beiden Werke *Nobiles* über seine Expedition werden sicherlich weitere Aufklärung bringen.

Literatur Über die ziemlich entwickelten verkehrsrechtlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Reichsbahn und Reichspost unterrichtet das in 2 Teilen von *Johannes Schulz* herausgegebene Werk *Reichsbahn und Reichspost* /Berlin, Verlag der Verkehrswissenschaftlichen Lehrmittelgesellschaft bei der Deutschen Reichsbahn/. Im 1. Teil werden vor allem die Abgeltung der Be-

förderungsleistungen der Reichsbahn für die Reichspost sowie die auf das alte Postregal zurückzuführenden Sonderrechte behandelt, die die Post auch heute noch im Eisenbahnverkehr genießt. Der 2. Teil erörtert den finanziellen Ausgleich zwischen den beiden Verwaltungen für diese Leistungen sowie die einzelnen Bestimmungen für die Entwicklung des Postverkehrs auf den Eisenbahnen. Sämtliche einschlägigen Gesetze und Verordnungen sind beigegeben. ◊ Eine übersichtliche und anschauliche Einführung in den Eisenbahngüterverkehr gibt *Guido Fischer* /Berlin, Leopold Weiß/. Das Buch ist besonders demjenigen zu empfehlen, der sich schnell über die grundsätzlichen Bestimmungen und gesetzlichen Vorschriften des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen unterrichten will.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Le Corbusier *Vers une architecture und Urbanisme*; 2 Bücher Le Corbusiers, die im Verlag G. Cres & Cie. in Paris erschienen, kamen in der ausgezeichneten Übersetzung Hans Hildebrandts unter den Titeln *Kommende Baukunst und Städtebau* in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart heraus. Beide sind gewissermaßen Manifeste, Formulierungen seiner Absichten. Jetzt gaben O. Stonorow und W. Boesiger, 2 junge Architekten, eine Übersicht über das Gesamtwerk Le Corbusiers und seines Veters Pierre Jeanneret von 1910 bis 1929 /Zürich, H. Girsberger & Cie./ Ihr Buch ist keines der üblichen Architekturbilderbücher. Die Herausgeber haben sich bemüht durch Wiedergabe möglichst zahlreicher Grundrisse, Pläne, Konstruktionsdetails einen tiefern Einblick in die Arbeitsmethode Le Corbusiers zu geben. Le Corbusier schrieb zu dem Buch eine Einleitung, in der er einen kurzen Abriss der architektonischen Entwicklung in Frankreich in den letzten Jahrzehnten gibt. Der sogenannte Jugendstil war der erste entscheidende Angriff auf die Tradition, erstickte aber bald im Ornamentalismus. Tony Garnier spürt als erster die sich aus den neuen soziologischen Momenten ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten der Architektur, ohne aber in seinen Planungen die jahrhundertalte französische Tradition zu überwinden, die auch bei so bedeutenden Konstrukteuren wie den Brüdern Perret noch zu spüren ist. Erst bei dem genialen Konstrukteur Freyssinet wirkt sich das konstruktive Element un-

gehemmt aus. Es entsteht eine Art technischer Architektur, die von bedeutendem Einfluß auf die ganze architektonische Entwicklung wird. Zum erstenmal wird in Frankreich diese neue technische Welt, von Le Corbusier gestaltet, einem Künstler, dessen Schöpfungen nicht traditionell bedingt sind sondern organisch aus den neuen Aufgaben und aus ihren konstruktiven Voraussetzungen erwachsen und vielleicht gerade so wieder den Anschluß an die Tradition gewinnen.

Zukunftsstadt Unter dem Titel Die Stadt von morgen organisierten Maximilian von Goldbeck

und Erich Kotzer in Zusammenarbeit mit einer Reihe Baubeamter und Architekten, unter Unterstützung von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, einen »Film vom Städtebau«, der in den Terralichtspielen in Berlin vorgeführt wurde. Zunächst wurde gezeigt, wie wenig organischer Sinn im Werden unserer Städte und Großstädte lag, wie sehr die Fehler und Gedankenlosigkeiten dieses systemlosen Städtebaus heute auf dem Leben des einzelnen wie der Gesamtheit lasten. In einem 2. Teil wurde an einem idealen Stadtschema gezeigt, wie bewußter Gestaltungswille ein organisches Stadtgebilde aufbauen könnte, um die Interessen der Wirtschaft mit dem Leben des einzelnen in Einklang zu bringen. In großen Zügen wurden die Methoden der Landesplanung gezeigt, die Festlegung der Verkehrsbänder: für Eisenbahn-, Straßen- und Wasserverkehr, die Ausweisung von Industrie- und Wohngebieten, die Festlegung ihrer Ausdehnung, die Anordnung der Erholungsflächen. Die Absicht des Films ist bei den Parlamenten die Durchbringung der den Städtebau betreffenden Gesetze zu unterstützen, bei den Stadtparlamenten die Annahme von Bebauungsplänen und Bauordnungen zu erleichtern, endlich auch durch Vorführung vor Studierenden auf die Wichtigkeit städtebaulicher Planungen aufmerksam zu machen.

Trotz der Erkenntnis, daß gerade bei städtebaulichen Angelegenheiten die Interessen der einzelnen vor dem Gesamtinteresse zurückzutreten haben, vermißt man die daraus zu ziehende eindeutige Folgerung, daß eine prinzipielle Änderung nicht mit noch so gut gemeinten Reformplänen sondern nur auf Grund einer völlig veränderten Einstellung zu den Eigentumsbegriffen am Grund und Boden herbeigeführt werden kann. Außerdem setzt ein planvoller Städtebau auch eine vollendete Planwirtschaft, die jeg-

liche private Willkür ausschließt, voraus. Es fehlt die tiefere Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Den Verfassern des Films muß gesagt werden, daß sie die Stadt des 19. Jahrhunderts allzusehr vom Standpunkt der durch die industrielle Entwicklung gestörten Idylle ansehen. Die selbe Inkonsequenz ihrer Kritik am Bestehenden zeigt sich auch bei ihrem Planungsvorschlag. Dieser Stadtentwurf ist noch allzusehr auf traditionellen architektonischen Vorstellungen aufgebaut, um die Forderungen, die heute an eine Stadt gestellt werden müssen, zu erfüllen.

Ausstellungen Die neue Sammlung des Bayrischen Nationalmuseums in München zeigt in einer Ausstellung *Buntpapier* Industripapiere sowie Papiere einzelner Werkstätten, daneben Buntpapierentwürfe verschiedener deutscher, schweizerischer und österreichischer Kunstgewerbeschulen; außerdem Blätter, Bucheinbände und Aktendeckel aus China, Japan und aus dem Deutschland und Italien der letzten Jahrhunderte.

Im Rahmen der Internationalen Hygieneausstellung, die diesen Sommer in Dresden stattfinden wird, soll auch der *Bau von Krankenhäusern* in einer besondern Ausstellung gezeigt werden. Diese zerfällt in eine Musterraumschau und eine Mustertypenschau. Es werden sich an ihr 20 Staaten beteiligen.

Der Internationale Verband für Wohnungswesen will in Frankfurt ein *Internationales Wohnungs- und Baumuseum* einrichten. Zunächst soll ein Arbeitsprogramm aufgestellt, und die Sammlung von Material in die Wege geleitet werden. Es ist beabsichtigt alle mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen der Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Hygiene, Technik und Kultur in das Arbeitsgebiet des Museums einzubeziehen. Man gedenkt dann aber namentlich auch durch häufige Veranstaltung von Wanderausstellungen die Sammlung des Museums auch anderen Städten und Ländern zugänglich zu machen.

Totenliste Im Januar starb in Berlin der Obermeister der Berliner Bildhauerinnung *Adolf Westphal*, im Alter von 77 Jahren. Er gehörte der Berliner Handwerkskammer seit ihrer Errichtung im Jahr 1900 an und war seit 1920 Mitglied ihres Vorstands. Für seine Verdienste war ihm der Titel Ehrenmeister des Märkischen Handwerks verliehen worden.

Ende Januar starb in Berlin, im Alter von 72 Jahren, *Jacques Mühsam*, ein Kunstsammler von internationalem Ruf. Mühsam verwandte seine Sammlertätigkeit hauptsächlich auf Gläser, Keramiken, Holzplastiken und Bronzen. Er hatte schon in den Inflationsjahren Teile seiner Sammlung nach Amerika verkaufen müssen, so die Gläserammlung, die zahlreiche Unika enthielt, an die Museen von New York und Chicago. Vieles andere wurde im Jahr 1926 versteigert. Mühsams Sammlungen gehörten zu den großartigsten der Welt.

Kurze Chronik Der Große Staatspreis für Architektur soll in diesem Jahr von der Berliner Akademie der Künste nicht vergeben werden. Eine Prämie von 1650 Mark erhielten Rudolf Lodders /Berlin/ und Ernst Witt /Königsberg/. \diamond In Köln stieß man bei Ausschachtungsarbeiten am Neumarkt auf Reste eines Hauses aus der Römerzeit, aus denen man Schlüsse auf den Bautypus des *altrömischen Stadthauses* ziehen kann. Das Haus ist mit Malereien von hoher Qualität geschmückt, die vorzüglich erhalten sind; sie entsprechen im Stil den pompejanischen Wandmalereien. \diamond Vom Sächsischen Wirtschaftsministerium wurde mit Unterstützung des Reichsinnenministeriums, der Stadt Leipzig und des Vereins Deutscher Buchkünstler eine *Buchkunststiftung* mit einem Grundkapital von 30 000 Mark ins Leben gerufen, die den Zweck verfolgt charakteristische Stücke einheimischer und ausländischer Buchkunst zu erwerben und so das Anschauungsmaterial auf diesem Gebiet zu erweitern. Die Verwaltung der Stiftung soll die Deutsche Bücherei in Leipzig übernehmen. \diamond In Holland werden *Rembrandtbriefmarken* ausgegeben, nach einem von Jan Sluyters in Stahl gestochenen Entwurf, der den Kopf Rembrandts vor seinen Staalmeesters zeigt. Diese Briefmarken werden mit einem Aufschlag von 5 Cents verkauft; der Erlös fließt der Rembrandtvereinigung zu. \diamond Die Tschechoslowakische Republik setzte dem Architekten *Adolf Loos* eine lebenslängliche Rente aus. Loos ist schon seit über 30 Jahren ein Vorkämpfer für die neue Baubewegung, die eigentlich erst heute aktuell geworden ist. Im Verlag G. Crès & Cie. in Paris, für Deutschland im Verlag Der Sturm in Berlin, erschien vor einigen Jahren eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel *Ins Leere gesprochen*, die von 1897 bis 1900 geschrieben wurden und

sich bereits mit all den Problemen beschäftigen, die heute im Mittelpunkt des Interesses stehen (siehe auch diese Rundschau, 1928 I Seite 181). \diamond An die Hochschule für Handwerk und Baukunst in Weimar, das ehemalige, von Walter Gropius begründete Bauhaus, das zuletzt von Otto Bartning geleitet wurde, soll auf Veranlassung der neuen thüringischen Regierung *Paul Schultze-Naumburg* als Leiter berufen werden. Er soll durch sein Buch *Kunst und Rasse* /München, J. F. Lehmann/ sich die besonderen Sympathieen Hitlers erworben haben. Aber eine der rassistischen Eigenliebe schmeichelnde Stellungnahme in der Rassenfrage berechtigt noch keineswegs zur Leitung eines künstlerischen Unterrichtsinstituts. Wenn auch die Leistungen Schultze-Naumburgs gerade auf dem Gebiet der künstlerischen Erziehung durchaus anerkannt werden sollen, so müssen sie für heute doch als überholt gelten. \diamond Als Nachfolger Theodor Fischers kam der Kölner Stadtbaurat *Adolf Abel* an die Münchener Technische Hochschule.

Literatur Die baukünstlerische Entwicklung vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart zeigt *Bruno Taut* in seinem Buch *Die Neue Baukunst* /Stuttgart, Julius Hoffmann/. Seine Darlegungen werden durch zahlreiche gut ausgewählte Abbildungen und Beispiele unterstützt. Taut betrachtet die Baukunst nicht als isolierte Erscheinung sondern im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Erscheinungen, aus denen schließlich auch die Auswüchse der Architektur zu erklären sind. Heute wird die Zweckmäßigkeit wieder als Grundlage der Architektur angesehen. Aber auch die alten Baumeister waren stets bemüht ihre Aufgaben aufs zweckmäßigste zu erfüllen und das Äußerste aus dem Material herauszuholen. Die ästhetische Bauweise dagegen ist erst eine Entdeckung unserer Zeit, die das Schöne gewissermaßen als eine besondere Zugabe zum Bauwerk betrachtete. Gegen diesen äußerlichen Formalismus kämpft die neue Baugesinnung. Wobei die paradoxe Erscheinung festgestellt werden muß, daß ihre Ergebnisse von ihren Nachahmern bereits rein formal angewandt werden. Offenbar eine unausrottbare Erscheinung, die heute besonders dadurch bedenklich wird, daß gerade die Nachahmer für die Schöpfer gehalten werden, und durch sie die ganze Bewegung diskreditiert wird.